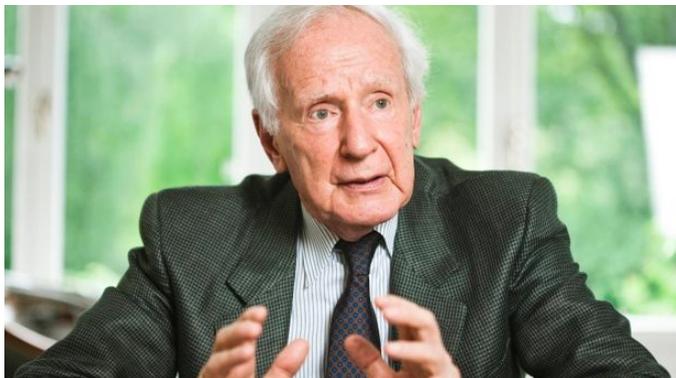


Klaus von Dohnanyi zur Ukraine-Krise

## Was sie in die Knie zwingt 103,1

28.04.2014 · „Putin-Versteher“ sind nicht automatisch Befürworter der russischen Politik im Krim-Konflikt. Und geht es nicht auch um „Obama-Versteher“, wenn man die Ukraine-Krise richtig beurteilt?

Von KLAUS VON DOHNANYI



© SCHNEIDER, HOLDE  Er weiß mit seinen Analysen gezielt zu provozieren: Klaus von Dohnanyi

Im verbündeten Westen gibt es unterschiedliche Meinungen zur Lösung der Ukraine-Krise, obwohl wir in der Analyse der Ursachen übereinstimmen: Die Revolution in Kiew hat Russland beunruhigt, aber das Referendum auf der Krim war dennoch illegal und nach der Verfassung der Ukraine unzulässig. Die Annexion verstieß gegen das Völkerrecht; Russland hatte 1994 im Budapester Protokoll die territoriale Integrität der Ukraine einschließlich der Krim garantiert. Und ohnehin kann die streitige Übernahme des Teiles eines anderen Staates nicht rechtens sein.

Die Annexion der Krim gefährdet auch den Frieden in der Welt: Sprachliche Minderheiten jenseits einer Grenze dürfen nicht zum Vorwand für Landnahme werden. Das würde schnell in eine sehr unfriedliche Welt führen. Die heutigen Unruhen in der Ostukraine sind bereits eine gefährliche Folge des Beispiels Krim.

### **Pas tout pardonner**

Aus russischer Gefühlslage lässt sich die Annexion allerdings verstehen: 1783 von Katharina der Großen den Tartaren entrissen, gehören Krim und ihr Hafen Sewastopol kulturell etwa so eng zu Russland wie Florida und Miami zu den Vereinigten Staaten. Ein Willkürakt von Chruschtschow schlug die Krim 1954 zwar zur Ukraine, und jene folgte ihr dann Anfang der neunziger Jahre in die Unabhängigkeit einschließlich Sewastopol. Russland hatte für Sewastopol dann nur noch einen zeitlich begrenzten Pachtvertrag, 20 Jahre Teil der Ukraine gegenüber mehr als 200 Jahren Teil Russlands: Das erklärt sogar Gorbatschows nachdrückliche Unterstützung der Annexion.

Kulturell gespalten, gab es im Westen der Ukraine schon von der orange Revolution Versuche, die Ukraine einseitig an EU und Nato zu binden. Der Osten der Ukraine, eher nach Russland orientiert, und die dortigen Interessen Russlands waren aufgeschreckt: Sewastopol auf Nato-Gebiet - ein schwerer Schlag für den russischen Nationalstolz.



© REUTERS  Schweigen herrschte während des G8 Gipfels in Enniskillen, nun eröffnen die

Nato und die Vereinigten Staaten eine „Krieg der Worten“ gegen Russland

Diese Zusammenhänge zu verstehen heißt nicht die Annexion zu billigen. Tout comprendre ist nicht tout pardonner! „Putin-Versteher“ im Krim-Konflikt sind keine Befürworter seiner Politik. Aber bei jedem Konflikt muss man versuchen, die Sicht beider Seiten im Auge zu behalten.

### **Finnlandisierung des kleinen Nachbarn**

Gerade für die Vereinigten Staaten sollte Putins Lagebeurteilung so schwer verständlich nicht sein. Als Fidel Castro 1959 die Macht auf Kuba gewann, kam er den Vereinigten Staaten so nahe, dass Kennedy 1961 einen militärischen „Befreiungsversuch“ unternahm. Lange Wirtschaftsembargos folgten. Und auch amerikanische Interventionen in Iran 1953 (Sturz Mossadegh) oder Chile 1973 (Sturz Allendes) könnte man erinnern.

Jedoch Verständnis hin oder her - Putins Schritt bleibt gefährlich. Denn wohin könnte russischer Nationalismus in anderen Regionen Osteuropas noch führen? Hat Putin weitere „Grenzbereinigungen“ vor? Treibt er die Unruhen in der Ostukraine voran?

Aus historischer Erfahrung neigen wir dazu, Russland gefährliche Absichten zu unterstellen. Will Putin aber wirklich - oder wollte er jemals - den Ostteil der Ukraine besetzen und annektieren? Kann er ein Interesse an einem möglichen ukrainischen Bürgerkrieg haben? Oder hat vielleicht Brzezinski, der frühere Sicherheitsberater von Präsident Carter, recht, wenn er eine „Finnlandisierung“ der Ukraine als das wahre Ziel Putins vermutet? Wir wissen es nicht.

### **Die Geschichte lehrt**

Im Lager der verbündeten westlichen Staaten gibt es angesichts dieser Ungewissheiten zwei unterschiedliche strategische Überlegungen: Die eine, heute eher von den Vereinigten Staaten geprägt, lautet: Stärke zeigen, Nato-Präsenz an die Grenzen bringen; Russland „bestrafen“. Und wenn Putin nicht nachgibt: schärfere „Strafen“, Kontakte weiter abbauen und Truppen der Vereinigten Staaten an den Grenzen zu Russland stationieren. Könnte aber die Nato heute die Grenzen Osteuropas ohne Einsatz von Atomwaffen überhaupt verteidigen? Ehrliche Antworten sind gefragt.

Die andere Strategie, eher der deutschen Position nahe, lautet: die völkerrechtliche Verurteilung der Annexion aufrechterhalten, aber Spannungen durch Gespräche und Verhandlungen entschärfen; politische Zusammenarbeit und Handel fortführen und geduldig daran arbeiten, dass sich auch in Russland zivilgesellschaftliche Interessen und völkerrechtliche Grundsätze durchsetzen werden. Hat das eine Chance?

Die Geschichte lehrt jedenfalls: Russland mit militärischen Mitteln zurückzudrängen war noch nie erfolgreich. 1812 kehrte Napoleon geschlagen aus Moskau zurück, auf dem Wiener Kongress 1815 war dann Zar Alexander I. die mächtigste Figur. Als nach der Russischen Revolution 1917 die sogenannte Weiße Armee aus Engländern, Franzosen und auch deutschen Truppen versuchte, den Bolschewismus zu besiegen, musste sie ergebnislos aufgeben. Und als der polnische Präsident Pilsudski 1920 sogar kurzfristig Kiew eroberte, war er am Ende froh, mit französischer Hilfe Warschau vor den bolschewistischen Truppen retten zu können. Auch Hitler drang fast bis Moskau vor - aber schließlich standen die Russen in Berlin!

## **Schutzschild und nicht mehr**

Wenn wir heute immer schärfere Töne von Washington und Nato hören, dann sollten wir ebenfalls daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten gegenüber Russland auch mit lauten Worten noch nie erfolgreich waren. So haben sie zwar die Aufständischen in der DDR (1953), in Ungarn (1956), in der ČSSR (1968) und 1980 in Polen propagandistisch ermutigt, mussten aber am Ende jedes Mal hilflos zusehen, wie diese niedergewalzt wurden. Kissinger schreibt dazu in seinen Memoiren: „Unsere Sünde war nicht gewesen, dass wir diese Völker betrogen hatten; wir hatten vielmehr Erwartungen geweckt, die wir nicht erfüllen konnten.“ Sind die Vereinigten Staaten und die Nato nicht wieder auf diesem Weg? Jetzt eröffnen sie sogar (so Christiane Amanpour auf CNN) einen „Krieg der Worte“ gegen Russland, und Washington hat hierfür bereits einen Staatssekretär ins Außenministerium berufen. Aber was wird das bewirken, außer die Krise zu verschärfen?

Nur einmal gelang es nämlich in den letzten 200 Jahren, die Grenzen Russlands erfolgreich nach Osten zurückzudrängen: durch Entspannungspolitik. Es waren nicht Waffen, und die Sowjetunion brach auch nicht wegen des Rüstungswettlaufes zusammen; das kommunistische System Russlands war so wenig lebensfähig wie das System Chinas, das eben auch ohne Rüstungswettlauf zum Staatskapitalismus mutierte. Aber die Entspannungspolitik, energisch vorangetrieben von der Bundesrepublik und von Willy Brandt, zunächst als Außenminister und später als Bundeskanzler, nutzte diese innere Schwäche der Sowjetunion und war am Ende erfolgreicher als alle Drohungen der Vereinigten Staaten.

Durch Verhandlungen zunächst Vertrauen schaffen und schließlich mit immer weiterreichenderen Vereinbarungen eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Kräfte in Russland bewirken - die Früchte dieser Bemühungen ernteten Kohl und Gorbatschow 1990. Worte, nicht Waffen befreiten auch Mitteleuropa - Verhandlungen und nicht die Nato! Diese blieb Schutzschild, nicht mehr. Das könnte und sollte sie auch heute sein.

## **Geduld und Verständnis**

Doch wie viel Widerstand und Skepsis von Seiten der Vereinigten Staaten begegnete uns! Kissinger gesteht inzwischen, auch er habe sich erst mühsam von der deutschen Entspannungsstrategie überzeugen müssen. Und Willy Brandt musste sich ständig gegen die Zumutung sinnloser Wirtschaftssanktionen wehren.

Und heute? Gewiss, ein „lupenreiner Demokrat“ ist Putin nicht. Würde er es vielleicht gern sein, wenn auch Russland es schon sein könnte? Schwer zu sagen. Bei meinen häufigen Kontakten mit russischen Wirtschaftsführern, Rechtsanwälten, Regionalpolitikern und Wissenschaftlern höre ich jedenfalls immer öfter diese eine Kritik: Man verstehe im Westen offenbar nicht, wie groß die rechtsstaatlichen Fortschritte unter Putin schon seien, wo es doch vor zwanzig Jahren in Russland kein geordnetes bürgerliches Recht, keinen geregelten Strafprozess, keine funktionsfähigen Gerichte und keinerlei regionale Selbstverwaltung - um nur einige Beispiele zu nennen - gegeben habe. Und ich höre dies nicht nur von jungen, meist westlich ausgebildeten Russen; ich höre das auch von vielen Deutschen, die in Russland arbeiten.

Könnten wir diese Entwicklung nicht nutzen, auch um die Genfer Vereinbarungen zur Lösung der Ukraine-Krise umzusetzen? Auch hier sind nämlich Geduld und Verständnis notwendig, denn beide Seiten sind nicht immer Herren ihrer Rebellen. Könnte denn Putin die Separatisten im Osten der Ukraine so ohne weiteres zurückpfeifen? Kann Obama die Rechtsradikalen aus der Kiew-Regierung drängen? Kann er Netanjahu zur Aufgabe der Siedlungspolitik bewegen? Oder in den Vereinigten Staaten das Tragen von Schnellfeuerwaffen verbieten?

## **Europa braucht eine gesunde Ukraine**

Innenpolitik bestimmt heute in den Vereinigten Staaten und in Russland auch die Ukraine-Politik, vielleicht sogar besonders in Amerika. Denn dort sieht es so aus, als werde Obama die Zwischenwahlen im Herbst

deutlich verlieren, und seine Gegner drängen immer mehr auf Härte und Stärke in der Außenpolitik. Geht es also gar nicht nur um „Putin-Versteher“, sondern auch um „Obama-Versteher“?

Wie kann es nun weitergehen? Um der Einigkeit im Westen willen musste Deutschland wohl den ersten Sanktionen zustimmen. Aber weiter so lieber nicht. Der Abbruch der Gespräche, auch innerhalb der G8, war kein Fortschritt: Mit Russland können wir nur vorankommen, wenn wir geduldig gemeinsame Interessen suchen und formulieren. Heute heißt das: keine Aufteilung der Ukraine, aber auch keine Ukraine in der EU oder in der Nato. Wirtschaftsöffnung der Ukraine zur EU, ohne aber Putin an einer Öffnung zu seiner Zollunion zu hindern. Berücksichtigung auch russischer Industrieinteressen in der Ostukraine. Europa braucht eine gesunde Ukraine; und das wird teuer genug für beide Seiten.

Diese Politik nur als einen Vorwand für wirtschaftliche Interessen oder Gasabhängigkeiten zu interpretieren zeigt wenig Kenntnis europäischer Erfahrung. Und wer glaubt, ein national erregtes Russland über Wirtschaftssanktionen in die Knie zwingen zu können, der sollte vielleicht erinnern, was die viel, viel schmerzhafteren Bombardierungen Deutschlands am Ende beim Volk wirklich erreichten!

### **Kalter Krieg 2.0**

Die Vereinigten Staaten verstehen eben wenig von Europa (siehe Rumsfelds „Mars oder Venus“). Sie vermissen zwar bei uns die eine Telefonnummer und beklagen unsere schwerfälligen Entscheidungen, zugleich betreiben sie aber aus geopolitischen Interessen den EU-Beitritt von Ukraine und Türkei, ohne zu bedenken (oder besser: zu verstehen!), was dies wohl für Sicherheit und Handlungsfähigkeit Europas bedeuten müsste.

Europa ist anders als die Vereinigten Staaten: nicht zusammengewachsen aus einer einzigen Wurzel; nicht eine Landessprache gilt bei uns; nicht eine Geschichte einigt die Europäer. Diese ist nicht nur Streitgeformt, sondern es gibt auch sehr unterschiedliche nachbarschaftliche Erfahrungen in Ost und West. Und doch: Für alle Europäer liegt Russland nicht jenseits des Atlantiks, ist nicht „strategische Gegenküste“, sondern ein landnaher, mächtiger Nachbar. Wie wenn China an Texas und Arizona grenzen würde!

Das müssen die Vereinigten Staaten endlich begreifen. Wertegemeinschaften sind eben nicht immer auch Interessengemeinschaften! Gelegentlich muss man deswegen Mut auch gegenüber guten Freunden haben. Niemand rüttelt am Schutzschild der Nato. Aber für Europa sind Russland und die Ukraine Nachbarn und europäische Nationen. Wir Europäer haben kein Interesse, wie manche angelsächsischen Medien, an der Wiederbelebung eines „Kalten Krieges 2.0“! Das muss Europa jetzt selbstbewusst deutlich machen.

Der Analytiker Klaus von Dohnanyi ist in seiner Partei, der SPD, ein Unruhegeist, der mit treffsicheren Analysen zu provozieren weiß. In den Siebzigern war er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sowie Staatsminister im Auswärtigen Amt; von 1981 bis 1988 hatte er das Amt des Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg inne.

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

## Voßkuhle wünscht kritische Auseinandersetzung über Europa 103,5

04.05.2014 · Nur eine offene Auseinandersetzung über Europa und die europäische Integration schaffe Akzeptanz bei den Bürgern. Das sagt der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Von REINHARD MÜLLER, KARLSRUHE

[Artikel](#) [Bilder](#) (1) [Lesermeinungen](#) (5)



© FRICKE, HELMUT  Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, lobt Europa und das freie Denken darüber.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, wünscht sich eine „offenere Auseinandersetzung“ über Fragen der europäischen Integration. Nur eine kritische Auseinandersetzung schaffe letztlich „Legitimation und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern“, sagte Voßkuhle im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. „Deshalb sollte man auch sehr vorsichtig sein mit Etiketten wie ‚europakritisch‘ oder ‚antieuropäisch‘, die von manchen vermeintlichen Europafreunden gerne verwendet werden.“ Voßkuhle fügte hinzu: „Sie ersetzen kein Argument und führen schnell zum Abbruch des Gesprächs und zu Denkverböten.“ Das habe einem demokratischen Gemeinwesen „noch nie gut getan.“



Autor: Reinhard Müller, Jahrgang 1968, in der politischen Redaktion verantwortlich für „Zeitgeschehen“ und für „Staat und Recht“.

Voßkuhle sieht die Verfassungsgerichtsbarkeit in Europa insgesamt als gestärkt an. Er habe nicht den Eindruck, dass eine Reform des Bundesverfassungsgerichts „ernsthaft auf der Tagesordnung“ stehe. Gegen den Vorschlag, die Richter künftig nicht mehr von einem Ausschuss, sondern vom Plenum des Bundestages wählen zu lassen, sei nichts einzuwenden. Es sei aber wichtig, „die Wahl weiterhin ohne Aussprache durchzuführen“. Andernfalls drohe eine übermäßige Politisierung des Gerichts, wenn die Richter vor ihrer Wahl zu Sachthemen befragt würden. Die Möglichkeit einer Wiederwahl der Richter wäre dagegen ein „Stich in das Herz“ der richterlichen Unabhängigkeit.

### Kritik bedeutet, dass das System funktioniert

Gelegentliche Kritik am Verfassungsgericht sei ein Indiz dafür, dass das System der „checks and balances“ funktioniere. Voßkuhle wünscht sich aber „mehr Kenntnis über die Art und Weise, wie wir hier in Karlsruhe arbeiten“. Vor dem Hintergrund der langwierigen Entscheidungsfindung wirke „manche Kritik etwas vorschnell“.

Voßkuhle rühmte die „große politische Leistung“ des europäischen Rettungsschirms ESM. Das Recht habe sich als belastbarer und leistungsfähiger erwiesen, als manch einer glaubte. „Mein Eindruck ist, dass unser Festhalten am Recht der Sache zuträglich war und von den Märkten gut verarbeitet werden konnte.“ Die erstmalige Vorlage einer Rechtsfrage von dem Bundesverfassungsgericht an den Europäischen Gerichtshof hält Voßkuhle für einen „wichtigen Schritt“, um die Zusammenarbeit mit dem Luxemburger Gerichtshof zu vertiefen.

Avec graphiques interactifs

Forscherurteil

## Mindestlöhne vergrößern die Armut in Europa 103,6

Vom Mindestlohn wird nur ein Teil der Menschen profitieren, sagt der Chef des renommierten Luxemburger Instituts CEPS. Viele andere könnten einen Teil ihres Einkommens verlieren – oder gar ihren Job. Von *Dorothea Siems*



Foto: dpa Die Gewerkschaften fordern: Keine Ausnahmen vom Mindestlohn

Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns drohen in Deutschland erhebliche Verwerfungen am Arbeitsmarkt. Auch wird das Ziel, die Armut auf diese Weise zu bekämpfen, verfehlt werden.

Diese Einschätzung vertritt Hilmar Schneider, Generaldirektor des **Luxemburger Forschungsinstituts CEPS**, im Gespräch mit der "Welt". Der Ökonom weist auf negative Erfahrungen in anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Belgien oder Spanien.

"Wir sehen in Europa auf breiter Front eine höhere Arbeitslosigkeit als Folge der Mindestlöhne." Wie stark der negative Beschäftigungseffekt ausfalle, hänge vor allem davon ab, wie stark der Mindestlohn die bestehende Lohnverteilung beeinflusst, sagte Schneider.

### Nicht die Höhe des Lohns ist entscheidend

Von den 28 Mitgliedern der Europäischen Union haben derzeit 21 eine flächendeckende Lohnuntergrenze. Neben Deutschland zählen lediglich die skandinavischen Länder, Italien, Österreich und Zypern zur Minderheit von Staaten ohne einheitlichen Mindestlohn.

Nach Angaben der **europäischen Statistikbehörde Eurostat** weisen Österreich und Deutschland die niedrigsten Arbeitslosenquoten auf. Auf Platz drei folgt allerdings mit Luxemburg ausgerechnet der Mitgliedsstaat, der mit rund elf Euro den mit Abstand höchsten Mindestlohn in Europa hat. Deutschland läge mit der geplanten Höhe von 8,50 Euro in der EU auf dem sechsten Platz.

"Nicht die absolute Höhe ist entscheidend für die Wirkung eines Mindestlohns, sondern die Frage, wie viele Arbeitnehmer er betrifft", so der CEPS-Chef. "Ökonomen sprechen vom 'bite', also vom Biss, eines Mindestlohns."

Dies habe in Deutschland auch die Erfahrung in der Bauwirtschaft gezeigt, in der schon seit 1997 ein Branchen-Mindestlohn gilt. Während dieser in den alten Bundesländern aufgrund des dort geltenden höheren Lohnniveaus kaum Folgen hatte, gingen in den neuen Bundesländern statistisch nachweisbar Jobs verloren.

### Nur ein Teil der Menschen wird profitieren

Schneider warnt indes davor, Luxemburgs Beispiel als Indiz dafür zu nehmen, dass selbst eine hohe gesetzliche Lohnuntergrenze keinen Schaden anrichte. "Für Luxemburger Verhältnisse ist der Mindestlohn von 11,10 Euro nicht dramatisch, weil in dem Land die Einkommen insgesamt besonders hoch sind und deutlich über dem anderer EU-Länder liegen. Für den deutschen Arbeitsmarkt ist dagegen der geplante Mindestlohn von 8,50 durchaus problematisch", warnt der Arbeitsmarktexperte. Denn es gebe vor allem im Bereich der geringfügigen Beschäftigung heute viele Jobs, in denen niedrigere Löhne gezahlt würden.

Naiv nennt Schneider die in der hiesigen Bevölkerung weit verbreitete Vorstellung, dass vom geplanten Mindestlohn all diejenigen profitieren, die heute weniger als 8,50 Euro verdienen. "Nur ein Teil dieser Menschen wird einen Vorteil in Form einer Lohnsteigerung haben. Doch der Rest profitiert überhaupt nicht, weil er den Job verliert und dann gar kein Arbeitseinkommen mehr hat."

Unter dem Strich reduziere die Lohnuntergrenze die Armut nicht, sondern vergrößere vielmehr das Problem, da Arbeitslosigkeit immer das größte Armutsrisiko sei.

### "Jobs wandern auch in die Schwarzarbeit"

Ein hoher Mindestlohn hat laut Schneider stets Ausweichreaktionen der Wirtschaft zur Folge. Arbeit könne zum einen durch Kapital substituiert werden. Dies geschieht beispielsweise, wenn Sicherheitskräfte durch Videoanlagen ersetzt werden oder durch den Einsatz neuer Maschinen für die gleiche Produktion weniger Personal nötig ist.

"Auch wandern Jobs in die Schwarzarbeit", warnt der CEPS-Generaldirektor. Besonders in Dienstleistungsbereichen wie dem Gaststättengewerbe oder bei Taxibetrieben sei mit einer Zunahme der Schattenwirtschaft zu rechnen.

In Belgien, wo der Mindestlohn bei neun Euro liegt, versuche der Staat derzeit, dem Problem mit schärferen Kontrollen und bürokratischen Vorschriften Herr zu werden, was aber nur begrenzt Erfolg haben dürfte.

"Es ist ein merkwürdiges Phänomen, dass die Bevölkerung die niedrigen Löhne in der Schwarzarbeit akzeptiert, aber **Niedriglöhne** in der regulären Beschäftigung skandalisiert", so Schneider.

## Rechnung der Gewerkschaft geht nicht auf

Den Gewerkschaften bescheinigt der Wirtschaftswissenschaftler ein strategisches Eigeninteresse, wenn sie sich für Mindestlöhne einsetzen. "Für die Gewerkschaften ist das treibende Argument die Angebotsverknappung."

"Wenn Minijobber durch hohe Zugangshürden dauerhaft vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden, wird Arbeitskraft knapper", erläutert der CEPS-Chef. Es gehe den Gewerkschaften somit darum, die eigene Verhandlungsmacht zu stärken – auch um den Preis einer höheren Erwerbslosigkeit.

Doch Schneider bezweifelt, dass die Rechnung der Gewerkschaften aufgeht. Weil die Wirtschaft auf den Lohnkostenanstieg mit Arbeitsplatzverlagerungen und Rationalisierungen reagiere, werde die bessere Verhandlungsposition nicht erreicht. "Am Ende geht es allen schlechter."

## In Frankreich Probleme unübersehbar

Im Gegensatz zu Frankreich, wo die Politik über den Mindestlohn entscheide und negative Beschäftigungswirkungen insbesondere für junge Menschen unübersehbar seien, gelinge es in Großbritannien der dort zuständigen unabhängigen und mit Experten besetzte Low Pay Commission, "den 'bite' des Mindestlohns nicht zu groß werden zu lassen", so Schneider.

Für Deutschland befürchtet er indes, dass das geplante Verfahren nicht so gut funktionieren wird wie das englische Modell. Zum einen sei schon im Wahlkampf stets eine feste Mindestlohnhöhe versprochen worden. Zum anderen soll die hiesige Kommission von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden besetzt werden.

"Diese repräsentieren in erster Linie die Interessen der Großunternehmen, und sie werden versuchen, sich durch einen möglichst hohen Mindestlohn die Konkurrenz der Kleinen vom Leib zu halten", prophezeit der Ökonom.

Dass Gewerkschaften und Arbeitgeber hier durchaus ein gemeinsames Interesse verfolgen, habe sich in Deutschland nach der Wiedervereinigung gezeigt, als man mit einer überzogenen Lohnpolitik verhindert habe, dass sich eine aufstrebende ostdeutsche Wirtschaft etablieren konnte. Auch beim Mindestlohn, der bundesweit einheitlich sein soll, droht der Schaden im Osten besonders groß zu werden, warnt Schneider.

## "Eine Altersgrenze von 25 Jahren ist sinnvoll"

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will Minderjährige vom Mindestlohn ausnehmen. Andere EU-Staaten haben teilweise höhere Altersgrenzen eingezogen.

So gilt etwa die Lohnuntergrenze in Großbritannien erst ab 21 Jahren, in den Niederlanden ab 23 und in Griechenland ab 25 Jahren. "Altersgrenzen sind zwar juristisch heikel, weil sie als Diskriminierung gewertet werden können", so der Institutschef.

Doch sei es problematisch, wenn ein Mindestlohn Jugendliche von einer beruflichen Ausbildung abhalte. In Spanien seien vor der Krise viele Jugendliche dem Ruf des schnellen Geldes gefolgt und direkt von der Schule als Hilfsarbeiter in die damals florierende Bauwirtschaft gegangen.

Das habe sich bitter gerächt, als sie nach dem Platzen der Immobilienblase auf der Straße landeten und als Unqualifizierte jetzt kaum Chancen auf einen neuen Job hätten. "Eine Altersgrenze von 25 Jahren ist sinnvoll, dann wird die berufliche Ausbildung nicht gefährdet und auch Studenten wären ausgenommen", so die Empfehlung des Arbeitsmarktexperten.

## „Die Transfers in den Osten werden nicht sinken“ 103,8

05.05.2014 · Der Forscher Klaus Schröder hat errechnet, dass die Wiedervereinigung 2 Billionen Euro „gekostet“ hat - und wird dafür stark kritisiert. Jetzt entgegnet er. Und sagt, warum diese Transfers richtig waren.

[Artikel](#) [Bilder](#) (1) [Lesermeinungen](#) (0)



© PICTURE ALLIANCE / DPA  Klaus Schroeder

**Herr Professor Schroeder, Sie haben gerade ein Zahl genannt, die für viel Wirbel sorgt. Rund 2 Billionen Euro hat die Wiedervereinigung bislang „gekostet“. Wie kommen Sie auf diese Summe?**

Die Zahl ergibt sich, wenn man alle Transfers addiert, die aus der EU und den westdeutschen Bundesländern in die infolge der Wiedervereinigung hinzugekommenen neuen Länder seit dem Jahr 1990 geflossen sind. Dazu zählen Sozialtransfers, wie zum Beispiel Renten, die etwa zur Hälfte über westdeutsche Beitrags- und Steuerzahler finanziert werden, aber auch Subventionen, Fördergelder und Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Geld wird aus denselben Gründen natürlich auch in den westdeutschen Ländern umverteilt, etwa nach Bremen. Aber eben auch in den Osten. Wenn man die Frage, was die Wiedervereinigung „gekostet“ hat, beantworten möchte, dann kommt man auf diese Summe.

**Nun gibt es Kritik an Ihrer Rechnung. Sie würden eine Neid-Debatte lostreten und gedanklich das Land quasi in Osten und Westen teilen, wo wir doch schon viele Jahre wiedervereint sind. Was sagen Sie dazu?**

Ich möchte betonen: Ich bin absolut für die Wiedervereinigung und sage ganz klar, dass die geflossenen Transfers auch in der genannten Höhe moralisch und politisch berechtigt waren und sind. Wir tragen alle Schuld daran, denn wir haben den Zweiten Weltkrieg angezettelt und sind für die langjährige Teilung unseres Landes verantwortlich – deswegen sollten wir alle dafür einstehen. Man muss aber auch Fakten nennen dürfen wie eben diejenigen, dass diese umfangreichen Transfers geflossen sind. Ich sage noch einmal: Solche Leistungen fließen auch zwischen den Ländern der ehemaligen BRD, aber eben in der von mir ausgerechneten Summe sind sie nach Ostdeutschland geflossen.

**Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff argumentiert, Ihre Zahl sei einseitig. Dagegen gerechnet werden müssten beispielsweise viele Tausend gut ausgebildete Fachkräfte, die seit der Wiedervereinigung vom Osten in den Westen gewandert sind.**

Das ist auf der einen Seite ein berechtigtes Argument. Sehr viele gut ausgebildete, allerdings auch weniger gut ausgebildete Menschen sind aus dem Osten in den Westen emigriert. Diese Menschen den Transfers einfach gegenüber zu stellen, funktioniert aber nicht. Auch vom Westen sind gut qualifizierte Menschen in den Osten gezogen und arbeiten dort. In dieser Logik müssten wir ebenfalls für alle zugewanderten Arbeitskräfte etwa aus Italien und der Türkei zahlen. Und wenn ich das mal sagen darf: Dieses Transfer-Argument hat bereits die ehemalige DDR gegenüber der BRD vorgebracht.

**Werden die Zahlungen eigentlich künftig kleiner?**

Wenn die gegenwärtigen Trends weiterbestehen, nicht. Solange die Zahl der Rentner weiter stärker wächst als die der erwerbstätigen Bevölkerung und die Produktivitätsunterschiede so groß bleiben, wie sie sind, werden die Transfers nicht sinken, eher im Gegenteil. Seit Mitte/Ende der neunziger Jahre stagniert die Angleichung zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands. Vielleicht muss man sich damit abfinden, dass sich manche Strukturen eben nur sehr sehr langsam ändern und dafür auch 25 Jahre nicht ausreichen. Was wir zudem nicht vergessen sollten: Die SED hat ein marodes Wirtschaftssystem und ein unterfinanziertes Sozialsystem mit vergleichsweise sehr niedrigen Renten hinterlassen. Dieses Erbe hat den Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung stark belastet.

# Frauen werden keine Maurer 103,9

06.05.2014 · Mehr Männer in die Kindergärten, mehr Frauen auf den Bau? Fehlanzeige! An der Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den vergangenen 35 Jahren kaum etwas verändert. Klar, dass die Frauen weniger verdienen.

Von SVEN ASTHEIMER



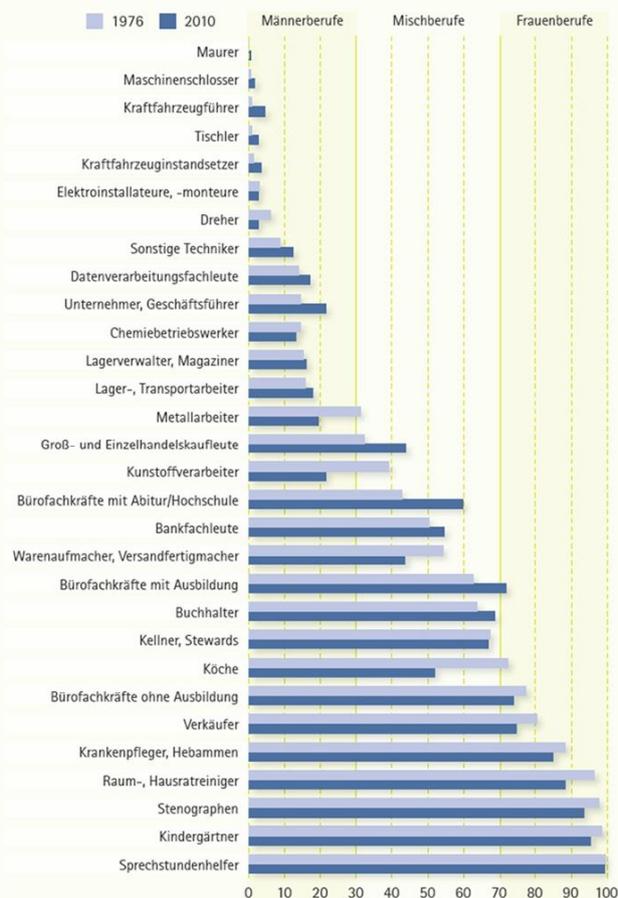
© DPA Was mit Kindern machen - ein typischer Berufswunsch von Frauen

Frauen und Männer arbeiten in Deutschland größtenteils getrennt nebeneinander her. Daran haben auch die in den letzten Jahren deutlich gestiegene Erwerbstätigkeit von Frauen, die Umstrukturierung in der Berufswelt und Werbekampagnen für Männer in Pflegeberufen oder Frauen in naturwissenschaftlich-mathematischen Bereichen nichts geändert. Rund 60 Prozent der Frauen verdienen hierzulande ihr Geld in „Frauenberufen“, das sind Berufe mit einem Frauenanteil von mindestens 70 Prozent. Männer sind sogar zu rund zwei Dritteln in Männerberufen tätig. Diese Geschlechtertrennung in der Arbeitswelt hat seit dreieinhalb Jahrzehnten nahezu unverändert Bestand, wie eine aktuelle Studie zeigt. Im Gegenteil: In einigen Berufen hat die Spaltung sogar noch zugenommen.

Um mögliche Veränderungen zu entdecken, haben sich zwei Wissenschaftlerinnen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg den westdeutschen Arbeitsmarkt zwischen 1976 und 2010 angeschaut. Die Trennlinien sind dabei eindeutig: Während die Berufe Arzthelfer oder Erzieher unverändert zu mehr als 90 Prozent von Frauen ergriffen werden, bleiben technische und verarbeitende Tätigkeiten eine Männerdomäne: Schlosser, Tischler, Kraftfahrzeugführer, Monteure und Dreher werden von Frauen größtenteils gemieden. Und weibliche Maurer sind nach wie vor die seltenste Spezies unter den 30 Berufen mit den meisten Beschäftigten in Deutschland.

## Frauenanteile in den 30 Berufen mit den meisten Beschäftigten

Westdeutschland 1976 und 2010, in Prozent



Quelle: SIAB, schwach anonymisierte Version 7510, eigene Berechnungen.

© IAB

Größere Veränderungen in unterschiedliche Richtungen gab es vor allem bei den Mischberufen: Während Fernsehköche wie Johann Lafer und Tim Mälzer anscheinend einer erheblichen Zahl von Männern den Mund wässrig gemacht haben, legten die Frauen unter den kaufmännischen Angestellten mit Abitur oder Hochschulabschluss deutlich zu.

### **Lohnlücke selbst verschuldet**

Die aber insgesamt nach wie vor recht starre Verteilung der Geschlechter führt die Autorinnen zu dem Ergebnis, dass die Frauen durch ihre Neigung zu Tätigkeiten in Dienstleistungsbranchen die bestehende Lohnlücke zu den Männern zu einem guten Teil selbst verursachen. Denn Frauenberufe würden im Durchschnitt deutlich schlechter entlohnt als Männerberufe und böten oftmals geringere Aufstiegsmöglichkeiten und Karrierechancen. Dass Frauen dennoch ihr Verhalten nicht ändern, führen die Autorinnen auch auf „die gesellschaftlich vorherrschenden Rollenmodelle und die bestehenden Verteilungen von Frauen und Männern“ zurück, die die Wahlpräferenzen junger Erwachsener prägen.

Auch wenn sich an den Ungleichheiten also kaum etwas geändert hat, bleibt doch festzuhalten, dass der Frauenanteil an allen sozialversichert Beschäftigten während des Untersuchungszeitraums von 38 auf 45 Prozent gestiegen ist. „Dabei könnten Frauen auch ihre gestiegenen Bildungsabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt nutzen“, schreiben die Forscherinnen. Bei den akademischen Berufen legte ihr Anteil um ganze 16 Prozentpunkte zu, unter anderen hochqualifizierten Tätigkeiten wie Zahntechniker oder Dolmetscher um 9 Punkte. Dagegen sank der Frauenanteil bei den Geringqualifizierten um 5 Prozentpunkte. Zumindest längerfristig könne dies „auch zu einer größeren Beteiligung von Frauen an gut dotierten Führungs- und Managementaufgaben führen“.

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

Quelle: F.A.Z.

## Wie kommt das Geld in die Welt? 103,11

03.05.2014 · Geld schafft die EZB seit der Krise in Hülle und Fülle. Trotzdem haben wir jetzt nicht mehr auf dem Konto. Wo sind die Milliarden hin? Eine Reise auf den Spuren des Geldes.

Von LISA NIENHAUS



© REUTERS  So kommt das Geld in die Welt - Eine Bildergeschichte

Mittwoch Morgen, 8.20 Uhr. Michael Thomas sitzt vor drei Bildschirmen, in einem Gebäude der Bundesbank in der Frankfurter Innenstadt, Raum Nummer 2513, und erzeugt zig Milliarden Euro. In einem Computersystem namens Omtos ist es nur ein Knopfdruck, den der 23-Jährige machen muss. Einer seiner sieben Kollegen, die im gleichen holzgetäfelten Großraumbüro sitzen, bestätigt das Geschäft noch. Dann sind die Milliarden geschaffen, die Deutschlands Banken in dieser Woche von der Zentralbank angefordert haben. Als elektronisches Geld erscheinen sie auf den Konten, die Deutsche Bank, Commerzbank, Hamburger Sparkasse oder das Bankhaus Metzler bei der Zentralbank haben.

Michael Thomas ist der Jüngste im Raum 2513, er ist seit einem halben Jahr dabei und erinnert noch sehr an den netten BWL-Studenten im zweiten Semester, der er sicher mal war - auch wenn er jetzt den pompösen Titel Bundesbankinspektor trägt. Für Michael Thomas ist es immer noch ein wenig surreal, was er da abwechselnd mit den Kollegen tut. Die Vorstellung, dass er derjenige ist, der die Milliarden in die Welt schickt. Immer noch fällt es ihm schwer, Menschen außerhalb der Bankenwelt zu erklären, was er genau tut.

Geld benutzen wir alle, täglich, routiniert. Wir zahlen bar oder mit Karte, wir überweisen, holen Kontoauszüge. Doch wo diese Euros eigentlich herkommen, wie sie entstehen, wer sie schafft, ist nur wenigen klar. Es ist, wie Kurt Tucholsky schon 1931 schrieb: „Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da beziehungsweise nicht da - meist nicht da.“

Das ist kein Problem, solange mit diesem Geld alles einigermaßen gut läuft, das Vertrauen da ist, das Konto stimmt. Doch seit der Finanz- und der Euro-Krise ist nichts mehr, wie es war. Erst gab es die Angst, es sei zu wenig Geld da für alle - das war die Finanzkrise. Dann schwemmte die Europäische Zentralbank den Markt mit Geld. Die Banken bekommen es heute fast kostenlos. Und auf einmal gibt es die Angst, das Geld könnte zu viel werden.

Immer mehr Menschen fragen sich: Was ist eigentlich dieses Geld? Und können wir ihm noch vertrauen? Deshalb haben wir uns auf die Reise begeben. An die Orte, an denen das Geld entsteht. In die Europäische Zentralbank, die Bundesbank und eine private Bank. Wir fragen: Wie kommt das Geld in die Welt? Wo sind die Milliarden der EZB gelandet? Und erleben drei Überraschungen.

\*\*\*

**Eurotower, Frankfurter Innenstadt.** Das Büro im 34. Stock der Europäischen Zentralbank, das Benoît Cœuré gehört, ist häufig verwaist. Meist ist er in Sitzungen, oder er ist irgendwo in Europa unterwegs. Im Direktorium der Europäischen Zentralbank ist er das Mitglied, das die meisten Aufgaben angesammelt hat. Zuletzt hat er die Bereiche des ausgeschiedenen Jörg Asmussen mit übernommen. Heute ist er da. Er wirkt erstaunlich ruhig, gar nicht gehetzt, ein Gespräch mit ihm ist das reine Anti-Stress-Programm.

Cœuré ist der Mann, dessen Entscheidung dafür sorgt, dass Michael Thomas bei der Bundesbank mittwochs früh überhaupt seinen Knopf drücken und Milliarden schaffen kann. Eine der Aufgaben von Cœuré: die Banken mit Geld versorgen. Jeden Dienstag melden die Banken

Europas bis 9.30 Uhr an ihre nationalen Notenbanken, wie viel Geld sie haben möchten. Die melden es sofort weiter an die EZB. Um zehn Uhr gibt es im ersten Stock des Eurotower ein Treffen. Dort wird darüber gesprochen, was an den Märkten los ist und wie viel Geld die Banken wünschen. Cœuré ist dabei. Um 10.30 Uhr eilt er in die Sitzung des Direktoriums. Währenddessen kommt jemand aus seiner Abteilung mit den genauen Zahlen herein, was die Banken an Geld haben wollen. Cœuré zeichnet ab. Auf Papier, da ist man bei der EZB altmodisch. Damit gibt er die Milliarden frei. Alle.

Es gibt wenige, die so viel darüber wissen, wie das Geld in die Welt kommt, wie Cœuré. Was er erzählt, kann überraschen. Zum Beispiel dies: „Wer denkt, dass nur die Zentralbank Geld schafft, liegt falsch. Wir schöpfen Geld, und die Banken schöpfen auch Geld.“ Das erstaunt, wenn man es zum ersten Mal hört. Die kleine Volksbank soll in der Lage sein, selbst Geld zu machen? Kommt das nicht alles von der EZB?

Die meisten Menschen stellen sich Geld ja so vor: Das, was auf meinem Konto ausgewiesen ist, liegt irgendwo in der Bank in einem Tresor als Bargeld. Das stimmt aber nicht. Die Banken halten viel weniger Bargeld, als sie Einlagen von Kunden haben. Das gesamte Geld in Europa beläuft sich auf eine Summe von knapp 10 Billionen Euro (siehe Grafik). Es ist aber nur rund eine Billion Euro an Bargeld vorhanden. Es geht also gar nicht, dass alles mit Bargeld hinterlegt ist. Normalerweise brauchen Banken auch nicht viel Bargeld, denn heute benutzen wir für größere Beträge häufig die Karte oder überweisen den Rechnungsbetrag. Das geht mit elektronischem Geld. Das dürfen die Banken selbst schaffen.

Wie das geht, erklärt Cœuré so: „Banken schöpfen Geld, wenn sie Geld an Haushalte und Unternehmen verleihen.“ Jeder Kredit ist also neu geschaffenes Geld. Das ist eine große Überraschung für jeden, der zum ersten Mal davon hört. Die erste Überraschung, die wir auf dieser Reise erleben. Weitere werden folgen. Die Erkenntnis, dass auch Banken Geld machen, ist so verblüffend, dass selbst viele Banker es nicht glauben.

\*\*\*

**Im Turm einer Privatbank** residiert ein freundlicher Herr, der sich bestens auskennt mit Geld. Seine Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass seiner Bank das Geld nicht ausgeht. Seinen Namen und den Namen seiner Bank will er nicht in der Zeitung lesen, das Thema ist zu kompliziert, zu groß die Gefahr, falsch verstanden zu werden. Dafür spricht er anonym umso offener. „Nein, wir schöpfen kein Geld“, sagt er voller Überzeugung. „Das macht die Notenbank.“

Neulich hat seine Tochter gefragt, ob er nicht einmal an ihrer Schule erklären kann, wie sein Beruf funktioniert. Er hat sich das so überlegt: „Ich bringe ein paar Münzen mit und verteile sie an die Hälfte der Kinder. Die können sie dann mir geben - sie sind die Anleger, ich bin die Bank. Und ich kann diese Geldstücke dann an die anderen Kinder verleihen - das sind die Kreditnehmer.“

So stellt er sich, stark vereinfacht, das Bankgeschäft vor. Geld kommt herein, und die Bank verleiht es weiter. Es wird nur gebucht, nicht geschöpft. Aber er weiß auch: Das Geld, das er selbst täglich verschiebt, ist nur zu einem winzigen Teil mit Bargeld hinterlegt und zu einem ebenfalls sehr kleinen Teil mit Geld von der Zentralbank. Woher kommt dann das Geld, mit dem er umgeht? Die Zentralbank schafft schließlich nur Bargeld und Zentralbankgeld. „Ja, woher?“, fragt er verduzt.

Unser Herr von der Privatbank ist ein kluger Kopf. Dass selbst er das mit der Geldschöpfung verwirrend findet, zeigt: Kaum einer versteht die Sache mit dem Geld in allen Details. Es gilt noch heute, was Max Weber schrieb: „Wie dieses Geld eigentlich zu seinen merkwürdigen Sonderqualitäten kommt, weiß der Geldgebraucher nicht - da sich ja selbst die Fachgelehrten darüber heftig streiten.“

Fachgelehrte hat unser Banker durchaus an seiner Seite. Sie sagen: Das Guthaben auf dem Girokonto ist kein Geld, es ist bloß der Anspruch darauf, Geld ausgezahlt zu bekommen. Wenn man so denkt, wenn man also nur Bargeld und Zentralbankgeld „Geld“ nennt, dann schöpfen Banken tatsächlich kein Geld.

Aber für die meisten Menschen ist es doch anders. Sie sehen auch die Euros, die sie auf dem Konto haben, als Geld an. So ist man sich heute zumindest unter Notenbankern weitgehend einig: Auch Banken machen Geld. Benoît Cœuré sagt: „Die Banken haben das außergewöhnliche Privileg, Geld zu schöpfen. Das unterscheidet sie von anderen Branchen. Und deshalb müssen sie so strikt überwacht werden.“

Aber wer bestimmt denn nun am Ende, wie unser Geld entsteht? Ist die Zentralbank gar nicht so mächtig? Um das zu erfahren, müssen wir der Spur des Geldes weiter folgen.

\*\*\*

**Erster Stock des Eurotowers.** Die Mitarbeiter von Cornelia Holthausen speisen die Entscheidung von Benoît Cœuré, die Milliarden der EZB freizugeben, in den Computer. Das geschieht in einem Raum, der dem Handelssaal einer großen Bank ähnelt: Jeder Mitarbeiter hat zwei bis drei Bildschirme, daneben stehen Fähnchen, oben im Fernseher laufen Nachrichten. Um viertel nach elf an jedem Dienstag geben Holthausens Kollegen dort per Computer öffentlich bekannt, wie viel Geld die EZB in dieser Woche schafft.

Holthausen ist nicht so oft in dem Handelsraum. Ihr Büro hat die 44-Jährige ein paar Meter weiter, von dort schaut sie direkt auf das Euro-Zeichen, das vor der EZB steht. Holthausen hat sich an die Milliarden gewöhnt, die ihre Abteilung bewegt. Ihre Kinder finden es immer noch spannend, wenn sie von dem Mann erzählt, dessen Unterschrift auf den Banknoten steht und der ihr oberster Chef ist: EZB-Präsident Mario Draghi. Für sie selbst wird es eher dann aufregend, wenn es einmal ganz schnell gehen muss. Das war zum Beispiel im August 2007 so, erzählt

sie. Da schossen die Zinsen hoch, die Banken liehen einander kein Geld mehr. „Da mussten wir schnell handeln. Um die Mittagszeit haben wir das Geschäft bekanntgegeben, bis drei Uhr nachmittags war das Geld vergeben.“

Normalerweise geht es langsamer zu. Montags wird das Geschäft bekanntgegeben, dienstags gibt die EZB das Geld frei, und erst Mittwochfrüh leitet Bundesbankinspektor Thomas das Geld letztlich an die Banken. Dass es nach dem Entscheid der EZB noch so lange dauert, liegt daran, dass in der Zwischenzeit noch geprüft wird, ob auch genügend Sicherheiten vorliegen. Denn Banken bekommen das Geld von der Zentralbank als Kredit. Sie müssen dafür Sicherheiten hinterlegen.

Das ist die zweite Überraschung für viele Menschen, die sich zum ersten Mal damit beschäftigen, was Geld überhaupt ist. Das Geld, das die Zentralbank ausgibt, ist nichts anderes als ein Kredit an die privaten Banken. Für ihn werden Sicherheiten hinterlegt, er muss zurückgezahlt werden. Er entsteht also nicht völlig aus dem Nichts, wie viele glauben.

Allerdings kann die Zentralbank selbst entscheiden, welche Sicherheiten sie akzeptiert. Rein theoretisch könnte sie also auch beschließen, Geld gegen die Ablieferung von drei Kilo Erdbeeren zu schaffen. Früher gab es für die nationalen Notenbanken noch Spielräume. So entschieden sie eine Zeitlang selbst, ob sie Staatsanleihen der europäischen Krisenländer als Sicherheiten für das Geld annahmen, das sie im Auftrag der EZB ausgaben. Die Bundesbank nahm die Papiere nicht an. Heute müssen alle nationalen Notenbanken Staatsanleihen von Griechenland und Portugal akzeptieren.

In Holthausens Arbeit ist seit der Finanzkrise wenig wie zuvor. Da ist die grenzenlose Geldvergabe. Vor der Krise haben die Banken Gebote abgegeben: Zu welchem Zins wollten sie wie viel Geld von der Zentralbank? Am Ende teilte die EZB eine begrenzte Summe zu. Nicht jeder bekam so viel, wie er wollte. Heute steht der Zins fest - er liegt bei niedrigen 0,25 Prozent. Und die Banken bekommen so viel Geld, wie sie wünschen - vorausgesetzt, sie bieten genügend Sicherheiten.

Das hat die Entscheidungen von Holthausens Abteilung leichter gemacht. Die Mitarbeiter müssen sich nicht mehr vorher überlegen, wie viel Geld sie insgesamt vergeben. Gleichzeitig ist es aber auch komplizierter geworden. Denn die Lage der Banken in Europa ist immer noch angespannt. Man weiß nie genau, wo es als Nächstes Probleme gibt. Auch die Banken wissen das und horten das Geld von der EZB. „Ich glaube, die Banken werden sich auf lange Sicht nicht so wenig Zentralbankgeld leihen wie vor der Krise“, sagt Holthausen.

Doch wofür brauchen Banken eigentlich Zentralbankgeld, wenn sie sich doch ihr eigenes schaffen können? Dafür muss man erst einmal verstehen, was Zentralbankgeld ist.

\*\*\*

**Besprechungsraum in einem Bundesbankgebäude** in der Frankfurter Innenstadt. Martina Göpel ist eine zurückhaltende, sachliche Frau, sie trägt die Haare kurz und strahlt exzessiv Verlässlichkeit aus. Martina Göpel erklärt Target 2. Keine Angst, es geht hier nicht um die komplizierten Salden, mit denen der Ökonomie-Professor Hans-Werner Sinn gerne veranschaulicht, wie teuer Griechenland für uns werden kann. Target 2 ist viel mehr. Vor allem anderen ist es das System, in dem Banken ihr Zentralbankgeld erhalten. Was Bundesbankinspektor Thomas freigibt, landet auf dem Target-2-Konto der entsprechenden Bank. Hat die Bank drei Milliarden Euro bestellt und die Sicherheiten reichen, so erscheinen da also drei Milliarden Euro.

So wie normale Menschen ein Konto bei der Deutschen Bank oder der Sparkasse haben, hat jede Bank in Deutschland ein Konto bei der Bundesbank. Martina Göpel ist nichts anderes als die Kundenberaterin dieser Banken. „Sie rufen uns an, wenn sie Fragen oder technische Probleme haben“, erklärt sie. Auf den Konten liegt das Zentralbankgeld der Banken - also das Geld, das Cœuré, Holthausen und schließlich Thomas in die Welt gebracht haben. Göpel kann das Konto jeder Bank in Deutschland einsehen. Als sie sich einst beworben hat, wusste sie gar nicht, was die Bundesbank eigentlich macht. Sie war im Telefonbuch die Namen aller Banken durchgegangen, hatte nicht zwischen Zentralbank und Geschäftsbank unterschieden. „Mittlerweile bin ich schlauer“, sagt sie.

Wenn die 45-Jährige heute erzählt, gelingt es ihr innerhalb weniger Minuten, für die dritte Überraschung in dieser Geschichte zu sorgen. Die lautet: Das Zentralbankgeld kann kaum hinaus in die wirkliche Welt. So kann beispielsweise die Commerzbank ihr Zentralbankgeld zwar an eine andere Bank im Target-System überweisen, an die Deutsche Bank, an Santander oder Unicredit. Aber sie kann es nicht aus dem Target-System herausnehmen, auf die Konten ihrer Kunden überweisen oder damit ein paar schicke neue Filialen bauen. Um Zentralbankgeld ins wirkliche Leben zu transferieren, kann sie es nur abheben. Dann bekommt es die Bank als druckfrisches Bargeld.

Der normale Mensch kommt mit diesem Geld kaum je in Berührung. Auch er kann nur Bargeld abheben, wenn er an Zentralbankgeld kommen will. Ein Konto bei der Zentralbank kann er nicht beantragen. Mit einer Ausnahme natürlich: wenn er seine eigene Bank gründet.

Aber mal abgesehen von der Bargeldbeschaffung: Wozu benötigt eine Bank überhaupt dieses Zentralbankgeld auf ihrem Konto? Fragen wir bei der Bank nach.

\*\*\*

**Zurück im Turm** der ungenannten Bank. Unser Experte ist vorsichtig: „Im Prinzip bräuchten wir keine Zentralbank, damit unser Geschäft funktioniert“, sagt er. Doch in der Krise, da brauchte man die Zentralbank und ihr Geld eben doch. Und zwar aus einem Grund: „Wenn die EZB

Zentralbankgeld ausgibt gegen Sicherheiten, die ansonsten gerade nicht oder nur schlecht handelbar sind.“ Wenn sie also genau jene Griechenland- oder Portugal-Papiere nimmt, die gerade kein anderer will. „Die Notenbank hält den Markt in der Krise flüssig“, sagt der Banker. In der Not sind Banken also glücklich über die EZB. Aber auch in besseren Zeiten gibt es Gründe, wieso eine Bank ihr Konto bei der Zentralbank hat.

\*\*\*

**Bundesbankzentrale im Frankfurter Norden.** Marc Resinek ist Ökonom in einer Abteilung, die sie hier in der Bundesbank kurz M nennen, M wie Märkte. Er beschäftigt sich mit Grundsatzfragen der Währungspolitik - und er kann sehr gut erklären, was kaum einer begreift. Er sagt: „Zentralbankgeld ist das Schmiermittel für das Bankensystem, für das Getriebe der Wirtschaft.“ Er kennt die Gründe, aus denen die Banken dieses Geld halten. Der erste ist simpel: Sie müssen es tun. Sie sind gesetzlich dazu verpflichtet, einen gewissen Anteil der Kundenguthaben in Form von Zentralbankgeld zu halten. Das nennt man die Mindestreserve. „In normalen Zeiten halten die Banken nicht viel mehr Zentralbankgeld als das, was sie halten müssen“, sagt Resinek.

So beeinflusst das Zentralbankgeld indirekt also doch unser Geld da draußen. Denn es ermöglicht erst die Geschäftstätigkeit der Bank und damit auch deren Geldschöpfung. Der Mindestreservesatz sichert der Zentralbank außerdem eine gewisse Macht über das gesamte Geld der Volkswirtschaft: Setzt sie den Satz hoch, können private Banken weniger Geld schaffen. Setzt sie ihn etwa auf 100 Prozent, können die Banken gar kein eigenes Geld mehr schaffen - beziehungsweise nur so viel, wie sie gleichzeitig als Zentralbankgeld auf ihrem Konto bei Martina Göpel haben.

Heutzutage ist der Mindestreservesatz so niedrig, dass er als Begrenzung für das Geld in der Welt keine Rolle spielt. Er liegt bei einem Prozent. Die EZB hat ihn in der Krise sogar noch gesenkt. Heute steuert die Notenbank die Geldmenge vor allem über den Leitzins. Er ist der Zins, den die Banken für das Geld zahlen müssen, das sie sich von der Notenbank leihen. Er ist nichts anderes als der Preis für das Geld, das sie bekommen.

Derzeit ist der Preis sehr niedrig: 0,25 Prozent, weniger geht kaum. Und die Banken haben weit mehr Zentralbankgeld, als sie müssten. Resinek weiß: „Derzeit halten alle Banken im Euroraum zusammen rund 100 Milliarden Euro mehr an Zentralbankgeld, als sie eigentlich müssten.“

Das liegt daran, dass das Geld günstig ist, aber auch an der zweiten Funktion, die das Zentralbankgeld hat: Die Banken bezahlen sich damit untereinander. Das erklärt man am besten mit einem Beispiel. Etwa mit dem Fall, dass ein Kunde der Commerzbank einem Kunden der Hamburger Sparkasse 10.000 Euro überweist und dies die einzige Überweisung an diesem Tag ist.

Jetzt muss man wissen, dass die Hamburger Sparkasse nicht bereit ist, die 10.000 Euro einfach auf dem Konto ihres Kunden auszuweisen. Sie möchte dafür eine Gegenleistung von der Bank, von der das Geld überwiesen wird. Diese Gegenleistung ist in der Regel Zentralbankgeld. Schließlich ist das supersicher und superliquide. Die Commerzbank überweist also 10 000 Euro Zentralbankgeld an die Hamburger Sparkasse. Braucht dann die Commerzbank selbst wieder mehr Zentralbankgeld, zum Beispiel weil sie ihre Mindestreserve sonst nicht erfüllt, so hat sie es früher einfach schnell bei einer anderen Bank geliehen. So war das zumindest vor der Finanzkrise.

Dieser Interbankenmarkt ist während der Krise weitgehend zusammengebrochen. Vorher liehen sich Banken untereinander täglich bis zu 450 Milliarden Euro. 2007 hörte das auf. Irgendwann gaben die Banken einander nur noch Zentralbankgeld, wenn sie mussten. Sonst horteten sie es auf ihren Konten. Denn sie sorgten sich, im Notfall ohne Zentralbankgeld dazustehen, wenn sie etwa eine große Summe an eine andere Bank zahlen mussten. Woanders konnten sie es sich nicht mehr so leicht leihen.

Zum Teil ist es noch heute so. Deshalb das viele Geld auf den Konten.

\*\*\*

**Wo sind die Milliarden** der EZB also hin, die sie seit der Krise geschaffen hat? Weg sind sie nicht. Zum Teil wurden sie an die EZB zurückgezahlt. Heute haben die Banken weniger Geld auf ihren Konten bei Bundesbank, Banque de France oder Banca d'Italia als auf dem Höhepunkt der Geldschwemme im Sommer 2012. Doch ein großer Teil der Milliarden liegt immer noch dort. Und wieso führt das nicht dazu, dass wir alle im Geld schwimmen, dass wir alle mehr auf dem Konto haben? Das liegt daran, dass die Notenbanken das Geld eben nicht alleine schöpfen. Die Banken müssen mitspielen, schließlich sind sie die Mittler zwischen Zentralbankgeld und uns allen. Doch das tun sie nur begrenzt. Sie schöpfen derzeit nicht so viel Geld, wie es ihnen möglich wäre.

Deshalb ist die Geldmenge in Europa nur wenig gestiegen während all der Jahre, in denen die EZB die dicken Berthas erfand, die Zinsen fast auf null senkte und den Banken unbegrenzt Geld gab. Das Zentralbankgeld schoss in die Höhe, aber die Banken wurden knauserig.

Das muss man gar nicht schlecht finden. Zur Erinnerung: Wenn Banken Geld schöpfen, bedeutet das normalerweise, dass sie Kredite vergeben. Wenn Banken wenig Geld schöpfen, sind sie also vorsichtig mit der Vergabe von Krediten. Wenn es aber derzeit wenig lohnende Projekte gibt, etwa in den Krisenländern Südeuropas, dann ist es nur gut, wenn es dafür auch keinen Kredit gibt.

\*\*\*

Doch es gibt Menschen, die das alles nicht gut finden. Dass normale Banken Geld schaffen dürfen, halten sie für gefährlich und wollen es abschaffen. Denn Banken können sich irren, sie können aus Übermut zu viel Kredit schaffen - und damit eine Blase aufpusten. Oder sie sind zu ängstlich und bremsen dadurch die Wirtschaft. Dieser Meinung sind so unterschiedliche Leute wie die Occupy-Bewegung und der Ökonom Hans Christoph Binswanger, der Doktorvater des früheren Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann. In der Schweiz wollen sie sogar einen Volksentscheid dazu herbeiführen. Das Ziel: Banken sollen nur so viel Geld schaffen dürfen, wie sie Zentralbankgeld halten. Also so ähnlich wie ein Mindestreservesatz von 100 Prozent.

\*\*\*

**Auch im 34. Stock des Eurotowers** kennt man die Leute, die das sogenannte Vollgeld fordern. Benoît Cœuré sieht Vorteile des Konzepts: „Das würde das Risiko von Finanzkrisen möglicherweise verringern“, sagt er. Aber die Nachteile findet er gravierender. „Das würde bedeuten, dass entweder Kredit beschränkt wird oder dass die Zentralbank komplett diktiert, wie Kredite vergeben werden. Wir sind in einer Marktwirtschaft und nicht in einer zentral gesteuerten Wirtschaft, das passt also nicht.“ Cœuré glaubt nicht, dass die EZB das kann: allein einschätzen, ob nun gerade die Flugzeugbauer oder die Maschinenbauer Kredit brauchen und wie viel Kredit die Wirtschaft Europas eigentlich gerade benötigt. Er ist für die Arbeitsteilung mit den Banken. Und er findet, die EZB hat auch so genügend Macht: „Wir sind das Zentrum. Wir legen den Leitzins und damit den Preis für Zentralbankgeld fest.“

Doch diese Macht hat zuletzt nicht mehr so gewirkt, wie es die Notenbanker gerne hätten. Der Zins liegt nahe null, trotzdem vergeben die Banken nicht so viele Kredite in den Krisenländern, wie es die EZB möchte. Schon denken Cœuré und seine Kollegen ernsthaft über andere, wildere Instrumente nach. Zum Beispiel über den Kauf von Staatsanleihen - ein Mittel am Rande der Legalität.

Die Notenbanker kämpfen mit einem Grundproblem: Der Euroraum besteht aus vielen Ländern, manche mit Problemen, manche weitgehend ohne Probleme. Dafür eine gemeinsame Geldpolitik zu machen ist fast unmöglich. Es sorgt für ständige Verwerfungen. Derzeit etwa fließt das Geld der Banken eilig in die Länder, denen es gutgeht, vor allem im Norden. Da kann die Notenbank noch so viel in die Südländer schaffen.

So landet das Geld, das wir verfolgt haben, am Ende vor allem in Frankfurt: bei deutschen Banken. Sie sitzen auf einem Berg von Geld und wissen kaum, wohin damit. Wenn das lange so geht, ist das gefährlich.

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

Quelle: F.A.S.

## Akademisch für Anfänger 103,16

Ob ECTS oder O-Woche: Dozenten, Medien und Langzeitstudenten bedienen sich gern gehobenen Uni-Sprechs. Unser Crashkurs mit Begriffen von A bis Z hilft verstehen. VON [LYDIA KLÖCKNER](#)

Aktualisiert 17. Oktober 2012 11:39 Uhr [19 Kommentare](#)

**A wie Akademische Viertelstunde:** Viele Veranstaltungen beginnen eine Viertelstunde nach dem offiziellen Anfangstermin. Im Vorlesungsverzeichnis steht dann meist *c.t.*, die Abkürzung für *cum tempore*, was auf deutsch mit Zeit bedeutet. Veranstaltungen, die pünktlich anfangen, haben das Kürzel *s.t.*, das für *sine tempore* steht, also ohne Zeit. Früher wiederholten Dozenten in den ersten fünfzehn Minuten den Stoff der letzten Stunde. Wer glaubte, diesen zu beherrschen, durfte später kommen.

**A wie Alumni:** Ehemalige Studenten, Professoren und Mitarbeiter der Universität. An den meisten Hochschulen gibt es Alumni-Netzwerke, die es Ehemaligen erleichtern sollen, mit Kommilitonen und Professoren in Kontakt zu bleiben. Der lateinische Begriff *Alumnus* bedeutet Zögling, wörtlich der Genährte.

**A wie AStA:** Abkürzung für Allgemeiner Studierendenausschuss, der an Hochschulen für die Interessenvertretung der Studierenden zuständig ist. Er besteht aus Studierenden der Universität und wird jährlich vom → [Studierendenparlament](#) gewählt. Zu den Aufgaben des AStA zählt zum Beispiel die Beratung von Studierenden. Das Geld für seine Arbeit erhält der AStA über die Semesterbeiträge, die jeder Student bezahlt.

**A wie Audimax:** Kurzform von Auditorium Maximum, der lateinischen Bezeichnung für den größten Hörsaal einer Universität. Meist finden darin mehrere hundert Menschen Platz, manchmal auch über tausend. Der Sitzbereich ist üblicherweise ansteigend und bogenförmig angeordnet, damit auch die Besucher auf den hinteren Plätzen gut hören und sehen können.

**B wie BAföG:** Kurzform für [Bundesausbildungsförderungsgesetz](#). Es regelt die staatliche Förderung von Studierenden, deren Eltern das Studium ihrer Kinder nicht finanzieren können. Studierende erhalten monatlich einen Betrag, dessen Höhe sich nach dem Einkommen der Eltern bemisst. Die Hälfte des Geldes muss nach Abschluss des Studiums in Raten zurückgezahlt werden.

**B wie Berufsqualifizierender Abschluss:** Abschluss eines Studiums, der zur Aufnahme eines bestimmten Berufs berechtigt. Im europäischen Studiensystem ist der Bachelor der erste berufsqualifizierende Abschluss.

**B wie Bildungsfonds:** Möglichkeit zur Studienfinanzierung. Anders als bei → [Studienkredit](#) kommt das Geld bei Bildungsfonds von Privatinvestoren oder Hochschulen. Die Studenten müssen in einem Auswahlverfahren überzeugen. Wer ausgewählt wird, bekommt monatlich bis zu 1.000 Euro. Für die Rückzahlung bleiben meist drei bis sieben Jahre Zeit, manchmal auch länger. Die Zinsen richten sich nach dem Verdienst und liegen zwischen drei und zehn Prozent.

**B wie Blockveranstaltung:** Lehrveranstaltung, die nicht über das Semester verteilt stattfindet, sondern in wenigen, dafür längeren Sitzungen. Häufig liegen die Termine an einem Wochenende oder in der → [vorlesungsfreien Zeit](#).

**B wie Bologna-Reform:** 1999 einigten sich die europäischen Bildungsminister in der italienischen Stadt [Bologna](#) darauf, die Studienabschlüsse in allen Ländern Europas zu vereinheitlichen. Nach amerikanischem Vorbild führten sie das zweistufige Bachelor-Master-System ein. Die einheitlichen Abschlüsse sollten es Studenten und Professoren unter anderem erleichtern, innerhalb Europas die Hochschule zu wechseln. Siehe auch → [ECTS](#)

**C wie Credit Points:** Leistungspunkte, die Studenten für Prüfungsleistungen erhalten. Credit Points sind die Einheit des Bewertungssystems → ["European Credit Transfer System"](#) (ECTS), das im Zuge des Bologna-Prozesses eingeführt wurde, um Studienleistungen europaweit vergleichbar zu machen. Ein Credit Point entspricht in der Regel einem Arbeitsaufwand von 25 bis 30 Stunden.

**C wie CHE:** Abkürzung für Centrum für Hochschulentwicklung, das die [Bertelsmann Stiftung](#) und die [Hochschulrektorenkonferenz](#) als gemeinnützige GmbH gegründet haben. Das CHE bezeichnet sich selbst als [Reformwerkstatt](#) des deutschen Hochschulwesens. Es erstellt jährlich ein Hochschulranking, das in der ZEIT und auf [ZEIT ONLINE](#) veröffentlicht wird.

**D wie Duales Studium:** Als dual werden Studiengänge bezeichnet, die neben Lehrveranstaltungen auch Praxisphasen in Unternehmen beinhalten. Da sie Studium und praktische Ausbildung verbinden, zeichnen sie sich durch einen engen Bezug zum angestrebten Beruf aus. Meist bieten Berufsakademien und [Fachhochschulen](#) duale Studiengänge an. Eine Liste gibt es zum Beispiel unter [www.unicheck.de](http://www.unicheck.de).

**D wie DAAD:** Abkürzung für [Deutscher Akademischer Austauschdienst](#). Eine gemeinsame Einrichtung deutscher Universitäten, die sich für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern einsetzt. Der [DAAD](#) organisiert und koordiniert Austauschprogramme, vergibt Stipendien für Auslandsaufenthalte und unterstützt den Aufbau von Universitäten im Ausland.

**E wie ECTS:** Abkürzung für ["European Credit Transfer System"](#) (ECTS). Ein Bewertungssystem, das im Zuge des Bologna-Prozesses eingeführt wurde, um Studienleistungen europaweit vergleichbar zu machen und Studenten den Wechsel zwischen Universitäten verschiedener Länder zu erleichtern. Das System basiert auf → [Credit Points](#), den Leistungspunkten, die Studierende für eine erfolgreich abgeschlossene Lehrveranstaltung erhalten.

**E wie Erasmus:** Abkürzung für European Region Action Scheme for the Mobility of University Students. Ein Programm der [Europäischen Kommission](#), das Studierenden die Möglichkeit bietet, für drei bis zwölf Monate an einer europäischen Partnerhochschule Ihres Studienfaches zu studieren.

**E wie Exzellenzinitiative:** Ein Programm, mit dem Bund und Länder seit 2005 "herausragende Forschungsprojekte und -einrichtungen" an Hochschulen fördern. Um eine Förderung zu erhalten, müssen die Universitäten ein mehrstufiges Antrags- und Begutachtungsverfahren durchlaufen. Welche Universität gefördert wird, entscheidet ein Gremium aus Mitgliedern der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Wissenschaftsrates. Von 2006 bis 2011 standen dafür insgesamt 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Juni 2009 beschlossen Bund und Länder, die Exzellenzinitiative über das Jahr 2012 hinaus für weitere fünf Jahre mit 2,7 Milliarden Euro fortzusetzen. Das Förderungsprogramm umfasst insgesamt 85 Projekte, die hier aufgelistet sind.

**F wie Fachschaftsrat:** Interessenvertretung der Studierenden eines Faches. Die Mitglieder des Fachschaftsrates beantworten Fragen rund um das Studium, helfen Studienanfängern dabei, Stundenpläne zu erstellen und veranstalten meist die Orientierungswoche für Erstsemester.

**F wie Fakultät:** Gruppe von Studienfächern, die zu einem bestimmten Fachgebiet gehören. Zur naturwissenschaftlichen Fakultät einer Universität können zum Beispiel die Fächer Physik, Biologie, Chemie und Geologie zählen.

**G wie Gasthörer:** Person, die kein vollständiges Studium absolviert, sondern nur einzelne Veranstaltungen besucht. Diese Studenten müssen keine Prüfungen ablegen und sich nicht an die Anwesenheitspflicht halten.

**H wie Hiwi:** Abkürzung für Hilfwissenschaftler, also Studenten, die parallel zu ihrem Studium an der Uni arbeiten. Sie geben zum Beispiel → Tutorien, unterstützen Professoren bei der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen und bei der Forschung. Hiwis unterliegen nicht dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Über die Vergütung bestimmt das Bundesland oder die Hochschule selbst. Als Hiwi werden sowohl studentische Hilfskräfte, als auch wissenschaftliche Hilfskräfte bezeichnet. Studentische Hilfskräfte (SHK) haben noch keinen → berufsqualifizierenden Abschluss und erhalten meist weniger Geld als wissenschaftliche Hilfskräfte, die bereits ein Studium abgeschlossen haben. Wie viele Stunden Hiwis arbeiten dürfen, legen die Hochschulen selbst fest. Meist sollen Studenten höchstens halb so lange arbeiten wie Vollbeschäftigte, also bis zu 20 Stunden in der Woche.

**I wie Institut:** in Hochschulen die Untereinrichtung einer → Fakultät.

**K wie Konsekutive Master:** Für diesen Masterstudiengang können sich nur diejenigen einschreiben, die bereits den Bachelor im selben Studienfach absolviert haben. Er baut unmittelbar auf die Lerninhalte des Bachelors auf. Anders als der → nicht-konsekutive Master.

**K wie Krankenversicherung:** Studierende, die nicht privat versichert sind, bleiben bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres über ihre Eltern familienversichert und müssen keine Beiträge zahlen. Wer 25 Jahre und älter ist, kann die studentische Krankenversicherung nutzen. Diese endet, wenn der Studierende 30 wird oder das 14. Fachsemester abgeschlossen hat. Danach bieten die Krankenkassen einen relativ günstigen Übergangstarif an, der nach sechs Monaten ausläuft. Anschließend müssen sich Studierende freiwillig bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichern.

**M wie Matrikelnummer:** Eine mehrstellige Nummer, die jeder Student bei der Einschreibung bekommt und bis zur Exmatrikulation behält. Sie dient der Universität zur Identifikation der Studierenden und muss zum Beispiel bei Prüfungen angegeben werden.

**M wie MBA:** Abkürzung für *Master of Business Administration*. Ein Studienabschluss, der an meist privaten, internationalen Business Schools angeboten wird. Das Studium umfasst unter anderem die Fachbereiche Rechnungswesen, Finanzwirtschaft, Marketing, Vertrieb, Produktionsmanagement, Informationstechnik, Wirtschaftsrecht und Personalmanagement. Voraussetzung ist normalerweise ein abgeschlossenes Bachelor- oder Diplomstudium.

**M wie Mensa:** Kantine einer Hochschule. Kurzform des lateinischen Begriffes *mensa academia*, der auf deutsch Esstisch der Universität heißt. In der Mensa erhalten Studenten, Professoren und Mitarbeiter der Hochschule mittags preisgünstige warme Speisen.

**M wie Modul:** Studieneinheit, die sich aus fachlich zusammenhängenden Lehrveranstaltungen zusammensetzt. Das können Vorlesungen, Übungen, Praktika und Exkursionen sein.

**N wie Nachrückverfahren:** System zur Vergabe von Studienplätzen, die in der ersten Vergaberunde nicht besetzt wurden. Nehmen Bewerber einen zugesagten Studienplatz nicht in Anspruch, wird dieser im Nachrückverfahren an Studierende weitergegeben, die zunächst eine Absage erhalten hatten.

**N wie NC:** Abkürzung für den lateinischen Begriff *numerus clausus*, der auf deutsch geschlossene Anzahl bedeutet. Er bezeichnet die Zulassungsbeschränkung begehrter Studienfächer. Bundesländer oder einzelne Hochschulen führen diese Begrenzung ein, wenn die Zahl der Studienbewerber die Anzahl der vorhandenen Plätze übersteigt. Es werden dann nur noch Bewerber zugelassen, die mindestens eine bestimmte Abiturnote oder Zahl von Wartesemestern haben. Diese örtlichen NC-Werte fallen jedes Jahr unterschiedlich aus, weil die Zahl der eingehenden Bewerbungen unterschiedlich hoch ist und somit auch die Durchschnittsnoten und Wartezeiten variieren. Wenn für ein Fach in ganz Deutschland mehr Bewerber als Studienplätze gibt, wird ein bundesweiter NC festgelegt. Derzeit sind die Fächer Medizin, Tiermedizin und Pharmazie bundesweit zulassungsbeschränkt. Die Studienplätze in diesen Fächern vergibt die → Stiftung für Hochschulzulassung (früher → ZVS).

**N wie Nicht-konsekutive Master:** Dieser Master ist ein inhaltlich eigenständiger Studiengang, der nicht direkt an die Lerninhalte eines bestimmten Bachelor-Studiengangs anknüpft. Einschreiben können sich also Absolventen mit fachlich unterschiedlichen Bachelor-Abschlüssen. Anders als beim → konsekutiven Master.

**O wie Orchideenfächer:** umgangssprachlicher Begriff für Studiengänge, die nur von wenigen Hochschulen angeboten und meist auch nur von wenigen Studenten belegt werden. Beispiele sind Koptologie, Afrikanistik oder Baltistik. Eine Auswahl hat die Arbeitsstelle Kleine Fächer der Universität Potsdam zusammengestellt.

**O wie O-Woche:** Kurzform für Orientierungswoche. Dient der Einführung der neuen Erstsemester und findet meist eine Woche vor Vorlesungsbeginn statt. Dozenten und Studierende höherer Semester beantworten Fragen zum Studienverlauf, helfen beim Erstellen des Stundenplans und erklären, wie man sich für Kurse und Prüfungen anmeldet. Das Abendprogramm besteht in der Regel aus Partys, bei denen sich die Erstsemester kennenlernen können.

**P wie Plagiat:** Übernahme eines fremden Textes in die eigene Arbeit ohne Angabe der Quelle. Plagiat stammt vom lateinischen Begriff *plagium* ab und bedeutet übersetzt Menschenraub. Wer beim Plagieren erwischt wird, muss damit rechnen, dass seine Arbeit als nicht

bestanden gewertet wird. Außerdem drohen Schadensersatzzahlungen, da Plagiate gegen das Urheberrecht verstoßen können. Hier ist aufgelistet, welche Werke das Urheberrecht schützt.

**P wie Prokrastination:** Fremdwort für das Aufschieben von Tätigkeiten. Kann bei Studenten zur Überschreitung der → Regelstudienzeit führen. Das Wort stammt vom lateinischen Wort *procrastinatio*, das wörtlich übersetzt Vertagung bedeutet. Prokrastination wird dadurch begünstigt, dass im Studium jeder selbst entscheiden kann, wann er Vorlesungen nacharbeitet, für Klausuren lernt und Hausarbeiten schreibt.

**R wie Regelstudienzeit:** Zeitraum, in dem idealerweise alle Prüfungsleistungen eines Studiengangs erbracht werden sollen. Bachelorstudiengänge dauern an deutschen Universitäten in der Regel sechs oder acht Semester. Masterstudiengänge haben eine Regelstudienzeit von zwei bis vier Semestern.

**S wie SfH:** Abkürzung für Stiftung für Hochschulzulassung. Die SfH verteilt Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen, zu denen derzeit Medizin, Tiermedizin, Pharmazie und Zahnmedizin zählen (→ siehe NC).

**S wie SHK:** Abkürzung für studentische Hilfskraft (SHK), die noch keinen → berufsqualifizierenden Abschluss hat. SHKs erhalten meist weniger Gehalt als wissenschaftliche Hilfskräfte, die bereits ein Studium absolviert haben.

**S wie Stipendien:** finanzielle Unterstützung für Studenten, die im Gegensatz zu → Bafög nicht zurückgezahlt werden muss. Vergeben werden Stipendien zum Beispiel von Stiftungen, Hochschulen, politischen Parteien, Konzernen und religiösen Organisationen. Kriterien für die Vergabe sind etwa die akademischen Leistungen, das Talent, die wirtschaftliche Situation und das soziale Engagement der Bewerber. Einen Überblick bietet die Stipendien-Datenbank e-fellows.net.

**S wie Studentenwerk:** Institution, die für die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Belange der Studenten zuständig ist. Es vergibt Wohnheimplätze, bearbeitet → Bafög-Anträge und betreibt die Mensen einer Universität. In Deutschland gibt es 58 Studentenwerke, die sich im Deutschen Studentenwerk zusammengeschlossen haben.

**S wie Studiengebühren:** In Niedersachsen, Hamburg und Bayern bezahlen Studierende pro Semester bis zu 500 Euro, um an staatlichen Hochschulen studieren zu dürfen. In allen anderen Deutschen Bundesländern gibt keine Studiengebühren mehr. Auch Hamburg plant, die Gebühren zum Wintersemester 2012/13 abzuschaffen.

**S wie Studienkredit:** Studenten, die kein Bafög bekommen und keine Zeit für einen Nebenjob haben, können sich ihr Studium mit einem Studienkredit finanzieren. Der Kredit der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wird von fast allen großen Banken vermittelt. Durchschnittlich werden zwischen 500 und 650 Euro monatlich ausgezahlt.

**S wie StuPa:** Abkürzung für Studierendenparlament. Die Vertretung der Studenten einer Hochschule, die einmal im Jahr gewählt wird. Das Parlament wählt den → AStA und ist für den Haushalt und die Satzung der Studierendenschaft zuständig.

**S wie SWS:** Abkürzung für Semesterwochenstunden. Gibt die Anzahl von Stunden an, die eine Lehrveranstaltung pro Woche in Anspruch nimmt. Eine Semesterwochenstunde ist 45 Minuten lang.

**T wie TOEFL:** Abkürzung für Test of English as a Foreign Language. Ein standardisierter Englisch-Sprachtest für Nicht-Muttersprachler, der weltweit von Hochschulen und Unternehmen anerkannt wird. Er setzt sich aus verschiedenen Teilprüfungen zusammen, die insgesamt etwa viereinhalb Stunden in Anspruch nehmen und von den Testpersonen am Computer durchgeführt werden. Erfasst werden Fähigkeiten in den Bereichen Sprechen, Hörverständnis, Lesen und Schreiben.

**T wie Tutorium:** regelmäßige Lehrveranstaltung, in der die Lerninhalte der Vorlesung oder des Seminars erklärt werden. Die Tutoren sind meist Studierende höherer Semester, die als → Hiwis an der Universität arbeiten.

**V wie Vorlesungsfreie Zeit:** Zeitraum von etwa drei Monaten, der am Ende eines Semesters liegt. An deutschen Universitäten reicht das Wintersemester (WS) vom 1. Oktober bis 31. März, das Sommersemester (SS) vom 1. April bis 30. September. Die alternative Bezeichnung Semesterferien kann in die Irre führen, da Studenten während dieser Zeit oft Prüfungen absolvieren, Hausarbeiten schreiben oder → Blockveranstaltungen besuchen müssen. Häufig nutzen Studenten die vorlesungsfreie Zeit auch für Praktika oder Auslandsaufenthalte.

**W wie Werkstudent:** → siehe SHK

**Z wie ZVS:** Abkürzung für die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, die seit 2010 → Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) heißt.

## Demografischer Wandel

# Anleitung zum Wenigersein 103,19

Ob man, wie die Schweiz, den Zuzug begrenzen will oder darauf hofft, dass Einwanderung die demographischen Probleme löst – die europäischen Länder sollten damit rechnen, dass ihre Bevölkerung schrumpft. Das wird schwer genug.

06.05.2014, von REINER KLINGHOLZ

So viel Zuwanderung war selten: Mehr als 1,2 Millionen Menschen aus anderen Ländern sind im vergangenen Jahr vorläufigen Schätzungen zufolge nach Deutschland gezogen. Weil im selben Zeitraum nur knapp 800.000 Personen das Land verlassen haben, blieb ein Wanderungsüberschuss von fast einer halben Million. Das waren genug Menschen, um die Bevölkerung zwischen Rügen und dem Bodensee wieder einmal wachsen zu lassen, auf 80,8 Millionen. Schon seit drei Jahren hält dieser Trend an, so dass der Einwohnerschwund, der im Jahr 2003 begonnen hatte, erst einmal gestoppt ist. Damals lebten nach offiziellen Angaben 82,3 Millionen Menschen in Deutschland.

Aber wie geht es weiter? Wird das neue Wachstum anhalten, oder werden wir doch eher weniger? Können all die arbeitssuchenden jungen Bulgaren, Spanier oder Polen, all die Ärzte und Ingenieure, die Bauarbeiter und Spargelstecher den vielbeschworenen demographischen Wandel abwenden und das angesagte Schrumpfen und Altern verhindern? Immerhin sind die Zuwanderer ein Grund dafür, dass die Beschäftigungszahlen und damit auch die Steuereinnahmen hierzulande auf Rekordniveau liegen. Dies gilt im Übrigen auch für die Schweiz, wo die Bevölkerung derzeit aufgrund von Zuwanderung sogar prozentual doppelt so stark wächst wie in Deutschland.

### Die Babyboomer werden alt

Dennoch ist ein längerfristiger Einwohnerzuwachs hierzulande extrem unwahrscheinlich, denn der Wandel unserer Bevölkerungsstruktur wurde vor vierzig Jahren angelegt. In den siebziger Jahren begannen die Zeiten sehr niedriger Kinderzahlen, an denen sich seither, ungeachtet aller familienpolitischen Anreize, nichts verändert hat. Deutschland verbucht seit 1972 Jahr für Jahr mehr Sterbefälle als Geburten. Das hat lange Zeit kaum jemanden interessiert, denn die Zuwanderung konnte den natürlichen Schwund mehr als ausgleichen.

Einzig in den wirtschaftlichen Krisenjahren zwischen 1975 und 1985, als es für Migranten keinen Anlass gab, nach Deutschland zu kommen, gingen die Einwohnerzahlen schon einmal leicht zurück. Als dann mit dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht nur zwei Millionen Spätaussiedler, sondern auch 700000 Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien ins Land kamen, war das Schrumpfen erst einmal beendet.

Erst von 2003 an konnten die Zuwanderer das Geburtendefizit nicht mehr kompensieren. Der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten war zu groß geworden, er steigt seither weiter und stetig an. 2012 starben bereits 196000 mehr Menschen als geboren wurden. Und weil auch die Babyboomer irgendwann in die Jahre kommen, ist zu erwarten, dass der Sterbeüberschuss bis 2020 auf 300000 und bis 2050 auf mehr als eine halbe Million pro Jahr steigen wird.

### Wanderungswellen sind nicht planbar

Folgerichtig geht das Statistische Bundesamt davon aus, dass sich der Bevölkerungsrückgang mittelfristig verstärken wird. Bis 2060 dürften wir demnach um mehr als zehn Millionen weniger werden – unter der Voraussetzung, dass im Saldo 200000 Zuwanderer pro Jahr ins Land kommen. Selbst wenn die Kinderzahl je Frau von heute 1,4 auf einen Wert von 1,6 stiege, wofür es bisher nicht die geringsten Anzeichen gibt, ließe sich der Bevölkerungsverlust bis 2060 lediglich auf sechs Millionen begrenzen.

Dieses Schrumpfen ließe sich nur vermeiden, wenn die Lücken komplett mit Einwanderern gefüllt würden. Theoretisch wäre das kein Problem, denn die Weltbevölkerung wächst jedes Jahr um die Einwohnerschaft Deutschlands. Vor allem Afrika, wo sich die Zahl der Menschen bis 2050 mehr als verdoppeln dürfte, böte ein schier unbegrenztes Potential an möglichen Zuwanderern. Aber wie realistisch wäre diese Vorstellung?



Organisierte Zuwanderung erfolgt nicht nach der simplen Vorgabe, die Einwohnerzahl zu stabilisieren. Sie ist die Folge von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen wie Zuwanderungs- oder Asylgesetzen sowie von Sondereffekten wie etwa dem Fall des Eisernen Vorhangs. Deshalb gab es 1992 einen Rekordwanderungsgewinn von 782000 Personen.

Auch die heutige Zuwanderung, die im Wesentlichen aus EU-Ländern stammt, beruht auf einem Sondereffekt. Sie gründet auf der Krise in den südeuropäischen Ländern und den neuen Regelungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für osteuropäische EU-Staaten. Weil Sondereffekte jedoch die Ausnahmen sind, stellen auch die Wanderungsgewinne der letzten drei Jahre Ausreißer nach oben dar. Im Zehnjahresschnitt erreichen sie bei weitem nicht die 200000-Grenze.

Zudem ist es wahrscheinlich, dass die heutige Zuwanderungswelle aus Europa wieder abschwilt. Zum einen haben diese Länder ähnliche Nachwuchsprobleme wie wir Deutschen und können es sich langfristig gar nicht leisten, ihre jungen Leute abzugeben. Zum anderen setzt die EU aus guten Gründen alles daran, diese Länder wirtschaftlich zu stabilisieren, so dass die Spanier wieder Perspektiven in Spanien haben und die Bulgaren in Bulgarien. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es in diesen Fällen rasch zu Rückwanderungswellen kommen kann. Daran muss auch Deutschland ein Interesse haben, denn ein langfristiges Scheitern der EU-Krisenländer käme uns teuer zu stehen.

### **Schwund in der Peripherie**

Es bleiben aber immer noch Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten. Sie kommen bis heute nur in sehr geringen Zahlen nach Deutschland. Künftig dürften es mehr werden, schon allein, weil die deutschen Unternehmen auf sie angewiesen sind. Deren Bedarf ist in der Tat hoch, aber nicht so hoch, dass er die erwarteten Sterbeüberschüsse ausgleichen könnte. Und selbst wenn die Migranten in diesem Ausmaß kämen, könnten sie unser Demographieproblem nicht lösen. Zuwanderer sind zwar im Schnitt jünger als die einheimische Bevölkerung und bekommen schon deshalb häufiger Nachwuchs als diese. Aber selbst auf diesem Weg ließe sich der Geburtenmangel bei weitem nicht beheben.

Zum einen stammen die meisten der heutigen Zuwanderer aus Ländern, in denen die Kinderzahlen je Frau genauso niedrig sind wie bei uns. Zum anderen passen sich auch Menschen aus Ländern, in denen noch größere Familien die Norm sind, in Allgemeinen nach einer Generation an das einheimische Nachwuchsniveau an. Deshalb werden auch Migranten Teil der alternden Gesellschaft, in der sich das Verhältnis von jungen Arbeitskräften zu älteren Abhängigen zunehmend verschlechtert.

Vor allem können Zuwanderer die massiven regionalen Bevölkerungsverwerfungen nicht abmildern. So ist der Einwohnerschwund vor allem in den ländlichen Gebieten Deutschlands, insbesondere im Osten, spürbar, die zu wenige Arbeitsplätze bieten und zu weit entfernt von den Metropolregionen liegen. An diesen Gebieten ist die Zuwanderung der vergangenen Jahre komplett vorbeigegangen. Warum aber sollten künftig Inder und Chinesen ausgerechnet dorthin ziehen, wo die Einheimischen aus guten Gründen fortgezogen sind?

Selbst wenn also die Gesamtbevölkerung mit Hilfe der Zuwanderer wüchse, hätte dies zur Folge, dass die Infrastruktur in den wirtschaftsstarke Städte aufwendig ausgebaut werden müsste, während der kaum aufzuhaltende Schwund in der Peripherie ebenfalls hohe Kosten verursacht.

### **Vorbereitung auf das Schrumpfen**

Schlussendlich wären bei einer Zuwanderung, welche Deutschlands Gesamtbevölkerung stabilisieren könnte, ungewöhnlich hohe Integrationsleistungen notwendig, um soziale Probleme zu vermeiden. Um die mittelfristig notwendigen 300000 bis 500000 Zuwanderer pro Jahr dauerhaft als Einwohner zu gewinnen, müsste Jahr für Jahr die dreifache Zahl über die Grenzen kommen. Denn etwa zwei Drittel der Zuwanderer kehren erfahrungsgemäß schon nach relativ kurzer Zeit wieder in die Heimat zurück.

Jedes Jahr 900000 bis 1,5 Millionen Menschen aus anderen Ländern in die hiesige Gesellschaft zu integrieren – das könnte zu einem Problem werden für eine Nation, die sich in der Vergangenheit eher schwer mit der Integration getan hat. Ein Land, in dem sich viele vor einer Überfremdung fürchten und andere sich auf eine „Leitkultur“ berufen, lässt sich nicht über Nacht in eine multikulturelle Gesellschaft verwandeln, wie sich etwa das überaus einwanderungsfreundliche Kanada offiziell definiert.

Auch wenn Zuwanderung die wichtigste Stellschraube bleibt, um den demographischen Wandel zu verlangsamen, müssen wir notgedrungen für das Schrumpfen planen: also unsere Sozialsysteme an die Alterung anpassen, in Bildung investieren, uns auf ein längeres Erwerbsleben vorbereiten und Konzepte für den Umgang mit den ausblutenden ländlichen Gebieten suchen, anstatt vergeblich darauf zu hoffen, dass Menschen aus anderen Ländern all diese Probleme für uns lösen.

Diese Konzepte könnten angesichts des globalen demographischen Wandels bald schon Gold wert sein: Nicht nur Deutschland, viele andere Industrienationen wie Japan oder Russland und bald auch die ersten Schwellenländer brauchen dann eine Anleitung zum Wenigersein.

**Reiner Klingholz** ist Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

[http://www.nytimes.com/2014/05/08/world/europe/populist-party-gaining-muscle-to-push-britain-to-the-right.html?hp&\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/05/08/world/europe/populist-party-gaining-muscle-to-push-britain-to-the-right.html?hp&_r=0)

## *Populist Party Gaining Muscle to Push Britain to the Right 103,21*

By **STEPHEN CASTLE** MAY 7, 2014

Photo



Nigel Farage leads the UK Independence Party, which has emerged from the fringes in Britain. Credit Andrew Testa for The New York Times

GATESHEAD, England — Before winning power, Prime Minister David Cameron once called them “fruitcakes, loonies and closet racists,” and a cabinet minister, Kenneth Clarke, dismissed them last year as “clowns.” But the U.K. Independence Party is showing that it cannot be laughed off.

Polls suggest that the party, which emerged from the right-wing fringes of British politics to call for sharp limits on immigration and for exiting the European Union, will perform strongly in the European Parliament elections that start on May 22. It appears poised to outpoll Mr. Cameron’s Conservative Party, and it may even vie with the Labour Party for first place in Britain.

The party and its leader, Nigel Farage, are [exerting substantial influence in Britain](#) even before the voting begins, despite holding no seats in the House of Commons. The strength of the following it has built is forcing Mr. Cameron and his party to move further rightward, and compelling other mainstream parties to take account of the appeal its anti-elitist message has for economically stressed voters who might otherwise lean left.

In that sense, [UKIP](#), as the party is known, is similar to the National Front of Marine Le Pen in France, the Party for Freedom under Geert Wilders in the Netherlands, Beppe Grillo’s Five Star Movement in Italy, and other protest parties in Europe. All have a chance in this month’s elections to establish themselves as legitimate political forces, their clout coming less from the seats they win than from their skill in redefining public debate around their populist themes.

From Amsterdam to Athens, populists are seeking to capitalize on discontent with mainstream politicians and with European integration, which many voters now associate more with austerity than prosperity. Even in Germany, arguably the nation most committed to the European Union, one fringe party is campaigning to scrap the shared euro currency.

Pressure from the right in Britain has already elicited promises from Mr. Cameron to restrict immigration, curb welfare entitlements for newcomers and hold a referendum in 2017 on whether to quit the European Union.

Speaking to 1,200 supporters who gathered in April in Gateshead, an industrial town in northern England, Mr. Farage urged Britain to get “up off its knees” and take a path independent of the European Union. He predicted that across the 28-nation bloc, political parties skeptical of greater integration would win about one-quarter of the vote.

For his party, Mr. Farage declared, the “days of mockery are over.”

Britain’s economy is recovering after years of austerity, but the country remains in a scratchy, doubting mood, questioning its role in the world after unpopular wars in Iraq and Afghanistan. [Scots are to vote in September](#) on seceding from the United Kingdom.

In that climate, Mr. Farage has provided what to some Britons are appealing targets of blame.

“He’s giving a very simple message to voters: Say ‘no’ to immigration, say ‘no’ to Westminster, say ‘no’ to Brussels,” said Matthew Goodwin, a professor of politics at the University of Nottingham, referring to the seats of national and European power.

Professor Goodwin said UKIP has evolved from “an anti-Europe, single issue pressure group” into a “broad radical-right force that is winning support not just from ex-Conservatives, but people we call the left behind: blue-collar, working-class voters who, under a period of harsh fiscal austerity, might otherwise be expected to support the center-left Labour Party.”

In Mr. Farage, who holds a seat in the European Parliament already, UKIP has a public face with an easy barroom charm and a talent for invective. In 2010 he turned a routine exchange into [a YouTube hit](#) by telling Herman Van Rompuy, the president of the European Council, that he had “the charisma of a damp rag and the appearance of a low-grade bank clerk.”

UKIP caused a sensation by grabbing one-quarter of the vote in local elections last year. And unlike British elections, those for the European Parliament use a proportional system that benefits smaller parties.

The Conservatives worry that they will lose crucial voters to UKIP, perhaps enough to deny the Tories a new term in power in the British general election next year. But the insurgents threaten Labour as well with its appeal to working-class voters. In Gateshead, Mr. Farage asserted that immigration was “good for rich people, because it means cheaper nannies and cheaper chauffeurs and cheaper gardeners, but it has been a disaster for millions of ordinary, decent families.”

For all its success, though, UKIP has been handicapped by inconsistency and amateurishness. Mr. Farage has criticized other leaders as elitists, but he, too, went to private school. After complaining about foreigners taking British jobs, he has had trouble justifying hiring his German wife as a secretary at taxpayers’ expense.

He is often embarrassed by things his party colleagues say and do, like the statement by a local-government council member that the serious floods this year were divine retribution for Britain legalizing same-sex marriage. One supporter was suspended from the party over xenophobic comments he posted on Twitter; a member of the European Parliament resigned from UKIP after referring to women as “sluts.”

Many commentators say Mr. Farage got the better of two televised clashes over European policy with Nick Clegg, the deputy prime minister and leader of the Liberal Democrats who is Mr. Cameron’s coalition partner. But Mr. Farage also gave voters reason to question his judgment when he said in an interview that President Vladimir V. Putin of Russia was the statesman he most admired.

Still, by fusing the issues of Europe and immigration, Mr. Farage has given the party a clear identity and an easily understood agenda.

“They are standing on a tidal wave of public opinion,” Professor Goodwin said.

It remains to be seen whether UKIP can become something more permanent than a protest party. It did well in the [last elections for the European Parliament in 2009](#), placing second in Britain with 16.5 percent of the vote and 13 seats, only to see its support slump to 3.1 percent in the general election the next year, when the government of the country was at stake.

But it is clear that the party has already moved British politics to the right. The Labour Party, which moved to open the country to workers from eight ex-Communist countries when it was in power in 2004, and before it needed to, has now said that step should have been delayed. And Mr. Cameron, besides hardening immigration policy and offering a referendum on Europe, has shifted his government’s stance on other issues, including the environment (UKIP opposes subsidies for wind farms).

Critics say that, far from weakening UKIP’s appeal, adopting this approach validates the party’s agenda. And on his signature issues, Mr. Farage is hard to outmaneuver.

Last year, Mr. Cameron’s government sent out vans with advertisements telling illegal immigrants to “go home” or face arrest. Unexpectedly Mr. Farage denounced the billboards as nasty and un-British. Not long afterward, the program was discontinued.

Frankreichs Sozialisten

## Holpriger Weg zur „Agenda 2020“ 103,23

Frankreich muss sparen und sich reformieren. Diese Einsicht dämmert auch den Sozialisten, doch wie sie dahin kommen könnten, bleibt – mild formuliert – umstritten. Nicht wenige in der Partei träumen immer noch vom Ende des Kapitalismus.

07.05.2014, von GÜNTHER NONNENMACHER



© AFP  Die Richtlinien bestimmt immer noch der Staatspräsident: François Hollande und sein Premierminister Manuel Valls (links) Ende April in Paris

Manuel Valls hätte das Zeug, ein französischer Gerhard Schröder zu werden. In der Sozialistischen Partei hat er früh den Tabubrecher gespielt, als er die gesetzlich verankerte 35-Stunden-Woche kritisierte, statt der Rente mit 60 eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit verlangte und sich als Mann der inneren Sicherheit profilierte. Das trug ihm einen Ruf als rechter Flügelmann ein, als „Sozialliberaler“, was bei den Sozialisten die beleidigende Steigerung der ungeliebten Bezeichnung Sozialdemokrat ist. Die Quittung bekam er bei der Vorwahl für die Präsidentschaftskandidatur im Oktober 2011: Valls landete mit sechs Prozent auf dem letzten Platz; Sieger war nach einer Stichwahl François Hollande.



Autor: Günther Nonnenmacher, Jahrgang 1948, Herausgeber. Folgen:

Knapp drei Jahre später, nach einer verheerenden Niederlage der Sozialisten bei Kommunalwahlen, musste der vor zwei Jahren zum Präsidenten gewählte Hollande in seiner Not den ehemaligen Rivalen zum Premierminister ernennen. In einer abgewirtschafteten Regierung hatte Valls sich als starker Innenminister (und durch mediale Dauerpräsenz) Popularität erworben. Jetzt soll er als Regierungschef den Karren aus dem Dreck ziehen.

### Ein Mann des Aussitzens

Doch zwischen dem Amt des deutschen Bundeskanzlers und dem des französischen Regierungschefs gibt es einen entscheidenden Unterschied: Der Bundeskanzler (oder die Kanzlerin) bestimmt die Richtlinien der Politik (natürlich im Rahmen von Koalitionsvereinbarungen); der französische Premierminister dagegen hat einen Vorgesetzten: Er muss die vom Staatspräsidenten definierte Politik ausführen.

Hollande aber ist mit Sicherheit kein französischer Schröder. Der hatte eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen in Kauf genommen, die Spaltung seiner Partei und den Bruch mit den Gewerkschaften riskiert, um seine Agenda-Politik durchzusetzen. Hollande dagegen ist ein Mann des Kompromisses, der Konzertation und des Aussitzens – das Gegenteil eines Basta-Präsidenten.

Immerhin hatte er im Januar offenbart, was ohnehin alle wussten: Er sei ein Sozialdemokrat. Damit verbunden war eine Korrektur der bisherigen Wirtschaftspolitik unter dem Titel „Pakt für Verantwortung“. Das ist zwar keine „Agenda 2020“, aber für französische Verhältnisse ein ziemlich mutiges Reformprogramm, jedenfalls eine Abkehr von dem bisherigen Kurs steter Steuererhöhungen. Seither bläst dem Präsidenten – und nun auch Valls – ein Sturm der Empörung aus der Sozialistischen Partei ins Gesicht.

## **Furcht vor Neuwahl**

Zwar hat Valls einen Burgfrieden mit wichtigen Linksauslegern in seiner Regierung geschlossen, die im Gegenzug dafür aufgewertete Portefeuilles bekamen. Doch auch das hat nicht verhindert, dass ein Teil der sozialistischen Abgeordneten ihm (und dem Präsidenten) bei der ersten wichtigen Abstimmung über ein Sparpaket (50 Milliarden in drei Jahren) die Gefolgschaft verweigerten. Valls und Hollande konnten abzählen, dass sie keine eigene Mehrheit mehr in der Nationalversammlung haben. Die Grünen, bis vor kurzem noch Koalitionspartner, sind aus der Regierung ausgeschieden und wissen noch nicht recht, ob sie ganz in die Opposition wechseln sollen.

Von der Linksfrente, die Hollande zum Wahlsieg verholfen hatte, hat die Regierung schon lange nichts mehr zu erwarten. Nun haben auch 41 sozialistische Abgeordnete sich der Stimme enthalten; in Wirklichkeit sind etwa hundert Abgeordnete gegen das Sparpaket, doch aus Angst vor einer Parlamentsauflösung und darauf folgenden Neuwahlen hat ein Teil von ihnen mit der Faust in der Tasche den Stabilitätspakt passieren lassen. Die Wahrheit ist: Etwa ein Drittel der sozialistischen Fraktion in der Nationalversammlung trägt den Kurs von Hollande und Valls nicht mit; in der Partei ist das Kräfteverhältnis ähnlich.

## **Manche träumen noch vom Ende des Kapitalismus**

Wie aber kann eine „Agenda 2020“ durchgezogen werden mit einer gespaltenen Partei, deren starker linker Flügel immer noch von der Überwindung des Kapitalismus und dem Ende der Globalisierung träumt, einer Partei, die bis weit ins „reformistische“ Lager hinein dem planenden, lenkenden und intervenierenden Sozialstaat eine bestimmende Rolle in der Wirtschaft zuweist? Nimmt man dazu noch zwei der drei großen Gewerkschaften, die von der Idee der Sozialpartnerschaft, die eigentlich die Grundlage von Hollandes „Pakt der Verantwortung“ sein sollte, nichts halten, sondern auf Klassenkampf gestimmt sind und Haushaltssanierung, Sparanstrengungen im öffentlichen Dienst oder Reformen der Sozialsysteme aus Prinzip ablehnen, dann darf man daran zweifeln, dass es Hollande und Valls in den nächsten drei Jahren gelingen wird, wirkliche strukturelle Reformen ins Werk zu setzen.

Valls wird sich mit Zugeständnissen im Parlament durchhangeln. Der Präsident verfügt zwar über eine politische Nuklearwaffe: die Drohung mit der Auflösung des Parlaments. Aber ihr Einsatz hätte unweigerlich eine verheerende Wahniederlage der Sozialisten, vielleicht gar ein Auseinanderbrechen der Partei zur Folge. Und genau das muss Hollande verhindern, um seine ohnehin geringen Chancen auf eine Wiederwahl zu wahren. Eine Mehrheit für Reformen gibt es derzeit in der Nationalversammlung nicht. Und deshalb bleibt Frankreich vorerst der „kranke Mann“ Europas.

## Liebesgrüße aus Bordeaux 103,25

In der rechtsbürgerlichen UMP ist ein Richtungsstreit über die Europapolitik entbrannt - in dessen Schatten steigt Alain Juppé zum Liebling der Konservativen auf. Er fordert ein Bekenntnis zur europäischen Einigung.

07.05.2014, von MICHAELA WIEGEL, PARIS



© AFP  Bringt sich in Stellung: Der ehemalige Premierminister Alain Juppé

Nicolas Sarkozy ziert sich noch. Seit Tagen beknieen Parteifreunde den früheren französischen Präsidenten, er möge endlich ein Machtwort zur Europapolitik sprechen. Denn unter den UMP-Granden ist mitten im Europawahlkampf ein Richtungsstreit entbrannt. Abgeordnete wie Laurent Wauquiez, Henri Guaino und Xavier Bertrand wollen die EU „von Grund auf verändern“, träumen von einem „Europa zu sechst“ und lehnen die Wiederkehr einer engen deutsch-französischen Bindung („Merkozy“) ab. Alain Juppé hingegen hat sich nicht lange bitten lassen. Mit einer von ihm so getauften „Liebeserklärung an Europa“ hat er sich weit über die Partei hinaus Gehör verschafft. Unermüdlich wirbt er, der EU die zu Recht kritisierten Schwächen zu verzeihen und sich der Stärken des europäischen Einigungsprozesses bewusst zu werden. „Wir müssen wieder auf affektive Weise von Europa sprechen und betonen, welche Chancen der europäische Einigungsprozess uns und unseren Kindern bietet“, sagte Juppé.



Autorin: Michaela Wiegel, Politische Korrespondentin mit Sitz in Paris. Folgen:

Juppés Auftritte haben Frankreich aufmerken lassen. Denn längst schon sehen nicht nur Parteifreunde in dem 69 Jahre alten Staatsmann eine ernsthafte Alternative zu Nicolas Sarkozy für die Präsidentenwahl in drei Jahren. In Meinungsumfragen hat Juppé den zehn Jahre jüngeren Sarkozy inzwischen überholt. Fast unbemerkt ist der lange als zu steif und autoritär geltende Bürgermeister von Bordeaux zum Liebling der rechtsbürgerlichen Wähler aufgestiegen. Schon Jacques Chirac hatte seinerzeit in Juppé „den Besten unter uns“ ausgemacht, doch das Kompliment sollte auf dem brillanten Absolventen gleich mehrerer französischer Elitehochschulen wie ein Fluch lasten.

Fast 20 Jahre ist es her, dass Juppé als Premierminister einen radikalen Umbau der staatlichen Rentensysteme anstrebte. Doch das Land war für den Reformgeist nicht reif, von der „grande grève“, dem großen Streik, den Juppé hervorrief, sollte er sich als Regierungschef nicht erholen. Er diente der Republik mehrmals als Außenminister sowie als Verteidigungsminister, er leitete die Partei, aber eine Präsidentschaftskandidatur blieb ihm verwehrt. Juppé war es, der gerichtlich die Verantwortung zu tragen hatte für das unlautere System der Parteifinanzierung, das sein Mentor Chirac im Rathaus von Paris viele Jahre billigte. In seiner Wahlheimat Bordeaux hingegen zeigt Juppé seit 1995, über welches Können er als Stadtherr wirklich verfügt. Bei der Kommunalwahl im März bestätigten ihn die Bürger der Weinmetropole schon im ersten Wahlgang mit breiter Mehrheit im Amt. Seither gilt Juppé als weiser Hoffnungsträger in seiner Partei. „Wie ein guter Bordeaux-Wein“ werde er mit den Jahren „immer besser“, sagte einer seiner Anhänger, der Abgeordnete Pierre Lequiller.

### „Die EU ist eine Friedensgarantie“

Juppé nutzt seine Beliebtheit, um seiner seit dem Machtverlust inhaltlich verunsicherten Partei neuen Halt zu geben. Geschickt integriert er die Erfolge der Ära Sarkozy in seine Argumentationsstränge, anders als der auf Distanzierung bedachte frühere Premierminister François Fillon. Die Ukraine-Krise zeige, dass der Frieden in Europa kein immerwährendes „Acquis“ sei. „Die EU aber ist eine Friedensgarantie“, sagte Juppé

jetzt vor dem Europäisch-Amerikanischen Presseclub in Paris. Die Situation in den baltischen Staaten, in denen russischsprachige Minderheiten lebten, hätte ganz anders aussehen können, wenn die drei Länder nicht in die EU und in die Nato aufgenommen worden wären, gab Juppé zu bedenken.

Zugleich erinnerte er an die „wichtige Vermittlerrolle“ Nicolas Sarkozys, die dieser während der Georgien-Krise 2008 ausgeübt habe. Sarkozy habe in Moskau direkt verhandelt – in der Ukraine-Krise sei der französische Präsident hingegen kein wichtiger Gesprächspartner für Putin. Juppé führte das auch auf unausgesprochene deutsch-französische Divergenzen zurück. Er hätte sich gewünscht, dass der deutsche, der französische und der polnische Außenminister ihre Vermittlungsmission fortsetzten. Deutschland aber lasse eine zu große Vorsicht gegenüber der russischen Staatsführung walten, kritisierte Juppé. Von der Ukraine-Krise müsse ein Umdenken in der Verteidigungspolitik ausgehen. „Können wir weiter in den Verteidigungshaushalten sparen, oder ist es nicht an der Zeit, unsere Ausgaben zu bündeln? Warum warten wir noch, eine europäische Rüstungsindustrie aufzubauen?“

Auch in der Energiepolitik sei eine echte Zusammenarbeit, insbesondere mit Deutschland, unabdingbar. Die deutsch-französische Zusammenarbeit funktioniere schlecht, weil „die Deutschen das Vertrauen in uns verloren haben und uns als kranken Mann Europas sehen“, sagte Juppé. Um wieder als zuverlässiger Partner zu gelten, müsse Frankreich seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wiederherstellen. Er wolle jetzt noch eine Frage beantworten, die ihm nicht gestellt wurde, schloss Juppé: „Ist Frankreich am Ende? Nein! Wir bleiben eine wichtige Macht mit einem fabelhaften Potential.“

## Deutsch-französischer Rollentausch 103,27

Anfang des Jahrtausends war Deutschland der kranke Mann Europas. Dann kamen die Hartz-Reformen und veränderten alles. Heute kränkelt Frankreich. Deutschland dagegen plant die Rolle rückwärts.

09.05.2014, von JOHANNES PENNEKAMP



© DDP  Die Proteste gegen die Hartz-Reformen in Deutschland waren immer wieder groß. Gebracht haben die Reformen nach Ansicht von Fachleuten aber viel.

Es ist eine atemberaubende Übernahmeschlacht: Einer der wichtigsten Industriekonzerne des Landes steht vor dem Kauf durch einen ausländischen Konkurrenten. Der Deal erschüttert die Grundfesten der Volkswirtschaft: Gewerkschaften mobilisieren, sogar die Regierung schaltet sich ein, um zu retten, was zu retten ist. Ohne Erfolg - am 4. Februar 2000 stimmt der Mannesmann-Aufsichtsrat der Übernahme durch den Mobilfunkkonzern Vodafone zu.

14 Jahre später gleichen sich die Szenen. Nur steht dieses Mal keine deutsche Industrie-Ikone zum Verkauf, sondern der französische Großkonzern Alstom. Wieder warnen die Gewerkschaften, wieder übt sich die Regierung in Schadensbegrenzung. Und wieder scheint sie auf verlorenem Posten zu stehen.

Man könnte diese Parallele als Zufall abtun. Man kann sie aber auch als Sinnbild für einen erstaunlichen Rollentausch der beiden größten europäischen Volkswirtschaften, Deutschland und Frankreich, interpretieren. Es ist die Geschichte vom Aufstieg und Fall zweier Wirtschaftsnationen - die jenseits und diesseits des Rheins in entgegengesetzte Richtungen läuft: Während Deutschland nach Beginn der Hartz-Reformen im Jahr 2003 von Europas wachstumsschwächsten Land, vom „kranken Mann“ zum Wachstumsmotor aufgestiegen ist, titulieren Ökonomen wie der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding, heute Frankreich als „kranken Mann“ Europas.

### 1999 wurde Deutschland zum „kranken Mann“ erklärt

Wer sich den geschwächten Zustand der deutschen Wirtschaft und die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in den Jahren vor den Hartz-Reformen ins Gedächtnis ruft, kann sich über den Rollentausch nur wundern. Im Jahr 1999 drückt das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ der Bundesrepublik den Stempel des „kranken Mannes“ in Europa auf. Die Diagnose: zu hohe Lohnstückkosten, überregulierte Märkte, ein zu teurer Wohlfahrtsstaat. Ausgerechnet das Nachbarland Frankreich wurde Deutschland als Vorbild vorgehalten. Deutschland könne nicht geltend machen, dass es vergleichbaren Volkswirtschaften auch schlecht gehe, hieß es in dem Artikel: „Frankreich und mehrere kleinere Länder wachsen ziemlich komfortabel.“

Zwischen 1995 und 2003 legte das französische Bruttoinlandsprodukt stets stärker zu als das deutsche. Früher habe Frankreich Komplexe wegen Deutschlands Stärke gehabt, diese seien nun der Sorge über die deutsche Schwäche gewichen, kommentierten damals französische Journalisten. Der Chef des Versicherungskonzerns Axa verglich Deutschland mit dem in der Krise steckenden Japan. Die Kommentare waren nicht hämisch gemeint, denn auch Frankreich hatte unter dem wirtschaftlichen Abstieg des östlichen Nachbarn zu leiden.

Strukturelle Defizite schwächten die deutschen Unternehmen. Vorstände großer Unternehmen mussten Furcht vor feindlichen Übernahmen haben, hieß es in der Presse. Im Jahr 2003 werden einige Dax-Größen von den Medien als mögliches Übernahmziel gehandelt: die Deutsche Bank, Bayer, Continental, Adidas, sogar Siemens. Die Lage ist angespannt - und der Druck wächst durch die Globalisierung, der es Unternehmen zunehmend leichter macht, kostengünstig außerhalb Deutschlands zu produzieren.

## Deutschland und Frankreich im Vergleich

**Industrieanteil**  
in Prozent des BIP



**Arbeitslosenquote**  
in Prozent<sup>1)</sup>



**Staatsquote**  
in Prozent des BIP



1) International standardisiert; jüngster Wert März 2014 (saisonbereinigt).

Quellen: Bundesfinanzministerium; Eurostat / F.A.Z.-Grafik Brocker

Als der Industrieverband DIHK vor zehn Jahren deutsche Unternehmen befragte, plante fast jedes vierte, zumindest einen Teil seiner Produktion ins Ausland zu verlagern. Der Chiphersteller Infineon erwog gerüchteweise seine Zentrale in die Schweiz zu verlagern, der Softwarekonzern SAP kündigte an, auf billige Entwicklungsstandorte wie Indien und Bulgarien ausweichen zu wollen. Es machte sogar kurz das Gerücht die Runde, Siemens könnte seine Zentrale von München nach Salzburg verlegen. Die steigende Arbeitslosigkeit im Land erhöhte den Druck auf die Politik, tiefgreifende Reformen einzuleiten. Die „Agenda 2010“ der Regierung des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder war die Antwort. Sie leitete in den Augen vieler Fachleute die Wende ein.

„Im Jahrzehnt vor den Hartz-Reformen befand sich Deutschland in gewissem Sinne in einer vergleichbaren Lage wie Frankreich heute“, sagt Volkswirt Schmieding. Ein Blick auf wichtige Wirtschaftsdaten verdeutlicht die Parallelen. In den Jahren bis 2005 stieg die Arbeitslosigkeit in Deutschland (nach internationaler Berechnungsmethode) auf mehr als 11 Prozent (5 Millionen Menschen) und damit über den Durchschnitt des Euroraums, heute beträgt sie rund 5 Prozent (rund 3 Millionen Menschen). In Frankreich die umgekehrte Entwicklung: In den Jahren der Hartz-Reformen lag die Arbeitslosenquote dort unter der deutschen, aktuell überschreitet sie die 10-Prozent-Marke. Rechnet man die Arbeitssuchenden mit geringfügiger Arbeit hinzu, gibt es in Frankreich wie einst in Deutschland mehr als 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Der französische Arbeitsmarkt gilt heute als so unflexibel wie der deutsche vor der Agenda 2010. „Das Arbeitsrecht ist ein Dschungel, ebenso unverständlich wie hemmend und technokratisch, selbst für einen Juristen“, sagte der frühere französische Justizminister Robert Badinter kürzlich der F.A.Z.

### Staatsquote als Gradmesser

Die aktuellen Probleme jenseits des Rheins sind auch an den für die Standortwahl relevanten Lohnstückkosten abzulesen. Seit 2003 legten sie in Deutschland nominal nur um 9 Prozent zu. In Frankreich stiegen sie im selben Zeitraum um 18,5 Prozent. Immer wieder wird zudem die starke Rolle des Staates in Frankreich als Bremsklotz für die Wirtschaft verantwortlich gemacht. Ein Gradmesser ist die Staatsquote, die das Verhältnis der Ausgaben des Staates zum Bruttoinlandsprodukt angibt. Nach einem deutlichen Rückgang kletterte sie in Deutschland 2003 auf 48,5 Prozent, bevor sie auf etwa 45 Prozent zurückging. In Frankreich stieg die Quote seit 2000 von 51,5 Prozent auf mehr als 56 Prozent. „Eine solch hohe Staatsquote kann man sich nur leisten, wenn man das Haushaltsdefizit im Griff hat“, sagt der Chefvolkswirt der DZ Bank, Stefan Bielmeier. Doch genau da hakt es. Die EU-Kommission erwartet, dass es Frankreich auch 2015 nicht gelingen wird, das Staatsdefizit unter den Maastrichter Referenzwert von 3 Prozent des BIP zu senken.

Sinnbildlich für die gegensätzliche Entwicklung der vergangenen Jahre steht der Zustand der Industrie. 25,5 Prozent der Wertschöpfung erwirtschaften hierzulande die Industrieunternehmen. Im Nachbarland betrug der Anteil zur Jahrtausendwende 18 Prozent - inzwischen ist er um fast ein Drittel auf 12,8 Prozent gesunken. Ökonom Bielmeier hält das für bedenklich. „Wenn die Basis schnell kleiner wird, geht auch viel Wissen verloren“, sagt er. Es werde immer schwieriger, die Verluste wieder aufzubauen. Die französische Industrie sei geprägt von der Schwerindustrie. „Die Regierung versucht händeringend, diese Strukturen aufrechtzuhalten“, sagt Bielmeier. Doch das gehe am Bedarf der Weltwirtschaft vorbei.

Der Vergleich der beiden großen Volkswirtschaften verdeutlicht, wie fragil eine scheinbar komfortable Situation sein kann. Er zeigt aber auch, wie schnell sich ein Land mit einer Kraftanstrengung aus einem Tief befreien kann: Frankreichs Präsident François Hollande hat Anfang des Jahres Reformen unter dem Slogan „Pakt für Verantwortung“ initiiert. Die Steuern und Abgaben der Unternehmen sollen sinken. Der neue Premier Manuel Valls hat in der Nationalversammlung zudem ein 50 Milliarden Euro umfassendes Sparpaket für die kommenden drei Jahre durchgesetzt. DZ-Volkswirt Bielmeier sieht die Reformen als „Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht ausreichend“ an. Ökonom Schmieding schrieb kürzlich: „Präsident Hollande hat noch immer die Chance, die französische Version von Gerhard Schröder zu werden.“ In Deutschland werden dagegen mit der abschlagsfreien Rente mit 63 Teile der Agenda-Reformen zurückgedreht.

## Hat der Nationalstaat wirklich ausgedient? 103,29

Es ist eine verstörende Geschichte: Die Nazis träumten einst von einem vereinten Europa. Und wenn wir uns fragen, welches Europa wir wollen, steht auch wieder die Frage an: Müssen gute Europäer den Nationalstaat wirklich überwinden?

11.05.2014, von RAINER HANK

Die Zeitschrift „Junges Europa“ veröffentlichte im Mai 1942 einen Aufsatz unter dem Titel „Verfall und Größe der europäischen Idee“. Als Verfasser zeichnet ein gewisser Dr. Peter Coulmas. Die regelmäßig erscheinende Zeitschrift nennt sich im Untertitel „Blätter der Frontkämpfer der Akademischen Jugend Europas“. Coulmas tritt ein für die „Neugründung Europas“, deren Erfolg abhängt von einer konstruktiven europäischen Idee und einer Führerschicht. Zu überwinden sei der von der Französischen Revolution in die Welt gebrachte Nationalismus und der kleinliche Chauvinismus, der sich bis in die Versailler Verträge durchziehe.

„Einheit in der Vielfalt“, heißt Coulmas' Motto für das neue Europa, welches er bei seinen Lesern bewirbt. Coulmas, geboren 1914 unter dem Namen Petros Koulmassis als Sohn eines griechischen Zigarettenfabrikanten in Dresden, hatte Soziologie, Philosophie und Literaturwissenschaft studiert und arbeitete von 1936 an als Assistent an der Universität Athen. Nach dem Krieg wurde er leitender außenpolitischer Redakteur des WDR, galt als Kosmopolit und engagierte sich gegen die Militärdiktatur in Griechenland.

### Ein wahrer „Europa-Rausch“ nach 1940

Coulmas wurde eine publizistische Figur der Nachkriegsrepublik, er kämpfte für den Weltfrieden, war befreundet mit Willy Brandt, Gustav Heinemann und Walter Scheel. Coulmas' Text ist typisch, keine Ausnahme. Er spiegelt den Geist der Zeit. Während nach 1918 die deutsche Rechte anti-europäisch war, brach nach dem Sieg über Frankreich 1940 ein wahrer „Europa-Rausch“ aus, wie der Freiburger Historiker Ulrich Herbert erzählt. Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 entfesselte erst recht Vorstellungen über die „Rettung Europas vor dem Ansturm barbarischer Horden“. Goebbels Rede im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1943 sprach vom „Ansturm der Steppe gegen unseren ehrwürdigen Kontinent“.

Es gehe um die Rettung Europas vor dem Bolschewismus. Eine der wirkmächtigsten Legenden, die schon lange über Europa erzählt wird, behauptet, die Idee der europäischen Einigung sei 1945 - vorbereitet in den Jahren davor von italienischen Antifaschisten - wie eine Erlösungsformel über die Völker des vom Krieg zerstörten Kontinents gekommen. Dass aber auch die Nazis Europäer gewesen sein sollen, das auszuplaudern ist bis heute verboten: Dass nämlich Europa zu einer „Leitvokabel“ (Ulrich Herbert) der Nazis werden konnte, darf in den friedlichen Gründungsgeschichten der EU nicht vorkommen, in den Festschriften und Wahlplakaten dieser Tage vor der Europawahl schon gar nicht.

### Die schöne Legitimationsgeschichte wäre beschmutzt

Es würde die ganze schöne Legitimationsgeschichte Europas verschmutzen. Die Europavision der Nazis taugt nicht zum Material für Karlspreisreden. Zu leicht macht es sich, wer die Europa-Idee der Nationalsozialisten einer bösen „antiliberalen“ Tradition zuordnen würde, um sie dem „guten“ liberalen Europa der Antifaschisten entgegenzustellen. Dazu sind die Vorstellungen auch nach 1945 insgesamt viel zu widersprüchlich: Der Gedanke einer Einheit Europas birgt konservative, sozialistische, korporatistische, also allesamt eher anti-liberale Denkbruchstücke in sich. Zugleich fiel es schwer, das „Junge Europa“ der Nazis als ausschließlich und eindeutig „antiliberal“ oder rechtsfaschistisch ab- und auszugrenzen.

Man wird viel eher von Kontinuität als von Diskontinuität der Europaidee vor und nach 1945 sprechen müssen. Sie ist politisch ziemlich unempfindlich und ideologisch robuster als die Guteuropäer heute es gerne hätten. Wichtiger als die Integration nach innen war stets die Formierung nach außen. Ein einzelner kleiner Nationalstaat sei schließlich schwerlich in der Lage, den politischen und ökonomischen Mächten in Russland oder Amerika Paroli zu bieten, heißt es stereotyp. Nur ein geschlossenes Europa sei dafür gerüstet.

Dieser Reflex ist bis heute lebendig. „Die russische Aggression zwingt die Europäer zusammen“, ist dieser Tagen häufig zu lesen: Seit der Krimkrise des Frühjahrs 2014 stehe Europa plötzlich, anders als in der Schuldenkrise, ziemlich einig da, wird gesagt. Kanzlerin Angela Merkel, jetzt plötzlich die Anführerin der Europäer, beschwört den Dreiklang des Krisenmanagements: Gespräche mit Moskau suchen, Sanktionen verhängen und weitere androhen, Hilfe für die Ukraine anbieten (politisch und finanziell). „So schweißt der Konflikt der Ukraine die notorisch uneinigen EU-Mitglieder zusammen.“

### Nazi-Deutschland gebärdete sich pro-europäisch

Europa als Bollwerk –, das ist ein geläufiger Topos. Nazideutschland gebärdete sich, spätestens seit 1940, pro-europäisch. Neben dem Hauptfeind „Bolschewismus“ im Osten fungiert schon damals der Kapitalismus Amerikas als Gegner im Westen. Nur ein geschlossenes Europa sei einer solchen Zwei-Fronten-Auseinandersetzung gewachsen. Dafür hier ein weiterer Beleg: „Europa in der Entscheidung“ heißt ein Aufsatz von Dr. Giselher Wirsing im Juliheft 1944, dem letzten erschienenen Heft des eingangs zitierten „Jungen Europa“. Im Vergleich zu Asien, Amerika und der Sowjetunion sei Europa arm an Rohstoffen und natürlichen Reichtümern, weshalb der Kontinent nur bestehen könne, „wenn die Europäer es selbst wollen“.

Gegen den „Sowjetismus“, den „Amerikanismus“, den „Überkapitalismus“ und die „Diktatur der öffentlichen Meinung“ müsse sich Europa als „geistiger Begriff“ formen, verlangt Wirsing. Scharf richtet er sich gegen den Nationalismus der europäischen Völker: „Hier stehen wir abermals vor der Schicksalsfrage: Werden sich die europäischen Völker in ihrem Nationalismus ersticken lassen oder werden sie, trotz der vielfach unerfreulichen Zwangslagen, die der Krieg geschaffen hat, erkennen, dass die großen außereuropäischen Weltmächte aufgrund der ihnen innewohnenden Dynamik überhaupt nichts anderes erstreben können, als die völlige Entmachtung beziehungsweise die Aufsaugung ganz Europas“.

Sturmbannführer Wirsing, geboren 1907, war von 1930 bis 1941 Mitherausgeber der Monatszeitschrift „Die Tat“, außerdem gab er die Zeitschrift „Das XX. Jahrhundert“ heraus. Im Krieg war Wirsing irgendwie verbandelt mit der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Später, von 1954 bis 1970, war er Chefredakteur der Zeitschrift „Christ und Welt“, die eine Zeitlang die auflagenstärkste Wochenzeitung der jungen Bundesrepublik war. Wirsings Bestseller „Der Aufstieg der Plutokratie in den USA“, bereits 1942 erschienen, mehrfach nach dem Krieg neu aufgelegt und in andere Sprachen übersetzt, geißelt die „entartete“ Mischung von „Puritanismus und asozialem Freiheitsbegriff“ Amerikas, „der nur dem Lebensstil der Finanzoligarchie dient“.

Plutokratie, also die Herrschaft der Reichen, ist ein bis heute wiederkehrender antikapitalistischer Topos in den Texten der deutschen Europafreunde. Europa gewinnt Maß und Mitte im Kampf gegen Bolschewismus und Kapitalismus. Wirsing vertritt keine Einzelmeinung. Auch Walther Funk, in Personalunion Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident beginnt seine programmatische „Rede vor der Universität Königsberg“ mit einer Invektive auf den „anglo-amerikanischen Geldimperialismus (wir nennen ihn auch Plutokratie)“: „Wir werden es nicht dulden, dass der Wert unseres Geldes von einer ausländischen Regierung oder von den Bankiers der Wallstreet bestimmt wird, und wir werden es nicht zulassen, dass die deutschen Preise an der Chicagoer Getreidebörse festgelegt werden“.

### **Ideen für eine künftige Europabank**

Gegen diesen „Geld- und Dollarimperialismus“ plädiert Funk für eine künftige europäische Wirtschaftsordnung, wie ihn schon der sogenannte Schlotterer-Ausschuss seines Staatssekretärs Gustav Schlotterer ab 1940 entwickelt hatte. Man war sich darin einig, dass der innerdeutsche Handel von Zoll- und Währungsgefällen befreit und das Ruhrgebiet mit Nordfrankreich und den Benelux-Ländern zu einem „natürlichen Wirtschaftsraum“ zusammengeschlossen werden sollte. Grundlage sei ein privatwirtschaftlich zu organisierendes Produktionskartell, das als „wirtschaftliches Paneuropa“ bezeichnet wurde.

„Von Antieuropa kann jedenfalls bei diesen Protagonisten kaum die Rede sein; die Montanunion hatte eine korporative Vorgeschichte, die das Dritte Reich einschloss“ sagt der Historiker Thomas Sandkühler. Die Nazis entwickelten Ideen für eine künftige Europabank mit Sitz in Wien, die in vielem der EZB von heute ähnelte, wenn schon damals daran gedacht war, dass die Bank auch ermächtigt sein würde, überschuldeten Mitgliedsstaaten Kredite zu gewähren. Minister Funk machte zugleich differenzierte Pläne für ein multilaterales „Clearingsystem“ auf Reichsmarkbasis, das die Zahlungsbilanzen der europäischen Länder intern ausgleichen und es erlauben sollte, auf direkten Geldverkehr zu verzichten.

Der Historiker Sandkühler bemerkt, dass diese ambitionierten Pläne Funks, die dieser im Kern bereits 1940 in einer Rede zur „Wirtschaftlichen Neuordnung Europas“ entworfen hat, weit über das Kriegsende hinausweisen und zumindest gedanklich die heutige Gemeinschaftswährung vorweg nahmen. Es wird Zeit, dass wir damit aufhören, die europäische Einigung und die weitere Zentralisierung der EU ausschließlich als historisches Lernprogramm und Konsequenz aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus zu begründen.

### **„Let Europe arise“**

Nicht Diskontinuität, sondern unaufgeklärte Kontinuität zeichnete das europäische Denken nach 1945 aus. Es sei der blinde Fleck Europas, dass es sich gerade nicht mit seiner Geschichte auseinandergesetzt habe, hat die französische Psychoanalytikerin und Schriftstellerin **Julia Kristeva vor einen Jahr in einem bemerkenswerten Interview in der F.A.Z.** erklärt: „Solange dieser verborgene Schatten nicht erforscht und einer Kritik unterzogen worden ist, wird Europa nicht voran kommen, sondern ist sogar dazu verdammt, Rückschritte zu machen.“

Dass es 1945 keine Stunde Null gegeben hat, ist bekannt. Dass dies aber auch auf den Europadiskurs zutrifft, ist immer noch überraschend. Winston Churchill prägte 1946 nicht nur das Wort vom Eisernen Vorhang, sondern forderte ein neues, vereintes Europa, von dem keine Nation ausgeschlossen werden dürfe: „Wir müssen eine Art Vereinigter Staaten von Europa aufbauen. Bei dieser dringenden Aufgabe müssen Frankreich und Deutschland die Führung übernehmen. Ich sage Ihnen Let Europe arise.“

Churchill, der – wie Hans Magnus Enzensberger spöttisch bemerkt – mit Ausnahme der Inder kein Volk unsympathischer fand als die Deutschen, hatte weniger das Wohl der Deutschen (und schon gar nicht die Beteiligung der Briten) im Auge als die sowjetische Bedrohung. Ihr sollte das Projekt der Vereinigten Staaten Europas Einhalt gebieten: Nicht als Friedensprojekt, sondern als Verteidigungsbollwerk diene Europa hier. Die „Idee Europa“ hatte sich auch nach dem Krieg in den sicherheitspolitisch-strategischen Dienst zu stellen, nicht anders als bei den Nazis in den letzten Kriegsjahren.

### **Ein Begriff mit großer Konjunktur**

Solch „europäisches Denken“ war die Nachkriegsdevise, die auch den deutschen Kriegsheimkehrern gar nicht so fremd klang, waren sie doch mit der Idee der „Lebensgemeinschaft Europas“ in jenen Krieg gezogen, aus dem sie jetzt als Verlierer zurück kamen. Jetzt sollten sie von Ortega Y Gasset, Ernst Rudolph Curtius von „Europa als sittlicher Idee“ überzeugt werden und sich Halt verschaffen an den Wurzeln des wahlweise christlich oder antik vereinigten

„Abendlandes“ – ein Begriff, der wie schon im Krieg, so auch nach dem Krieg große Konjunktur hatte. „Es gibt drei Hügel, von denen das Abendland seinen Ausgang genommen hat: Golgatha, die Akropolis in Athen, das Capitol in Rom. Aus allen ist das Abendland geistig gewirkt, und man darf alle drei, man muss sie als Einheit sehen“, schwärmte am 16. September 1950 Bundespräsident Theodor Heuss bei einer Festrede auf einer Schulfeier in Heilbronn.

Kein Wunder, dass die Europa-Idee nach 1945 bei den Deutschen so rasch und problemlos Akzeptanz finden konnte. Hier mussten sie wenig umdenken und schon gar nicht umerzogen werden. Kein Wunder, dass die Deutschen sich immer als besonders glühende Europäer gebärdeten. Es war nicht nur die Kompensation ihres schlechten Gewissens, es war zugleich Ausdruck einer Kontinuität von Integrationszielen, gewiss mit anderen Vorzeichen.

### **„Transnationalisierung“ heißt das Zauberwort**

Solche Kontinuitäten der europäischen Idee vor und nach 1945 nehmen der heutigen Europadebatte ihre Unschuld. Sie kratzen an dem Bild der Europäischen Einigung als Friedensprojekt, wird doch deutlich, dass mehr als die Pazifizierung nach innen der Zusammenschluss von Anfang an auf einen gemeinsamen Gegner von außen zielte – die Russen und die Amerikaner. Dieser Reflex hat sich bis heute gehalten. Noch viel wichtiger aber ist, dass einem Missverständnis aufsitze, wer behauptet, die Lehre der Europäischen Einigungsbewegung sei es, den Nationalismus aufzugeben und den Nationalstaat zu überwinden. „Transnationalisierung“ heißt das Zauberwort, dass der deutsche Cheftintellektuelle Jürgen Habermas zum Kampfbegriff für ein künftiges Europa ausgerufen hat.

Und die meinungsführende Intelligenz folgt dem Philosophen. Die Herstellung größerer und immer größerer Einheiten ist für solchen Phantasien die Logik des naturwüchsigen Weltprozesses.

Dahinter steht die irrije Annahme, der Nationalsozialismus sei ein Nationalismus gewesen, weshalb der Nationalstaat böse sei und vor allem von den Deutschen überwunden werden müsse. Doch wer gegen die Nation ist und befindet, die Völker Europas müssten im Interesse ihrer Einigung sich transnationalisieren und Souveränität abgeben, sollte sich zur Begründung besser nicht auf den „bösen Nationalismus“ der Nazis berufen.

### **Weder mit der Nation, noch mit dem Sozialismus viel im Sinn**

Es gab ihn nämlich gar nicht. Gerade die Nazis polemisierten, wie wir gesehen haben, gegen kleinlichen Nationalismus, an dem man nicht ersticken wolle. „Wir sind traumatisiert durch Hitler. Dabei verachtete Hitler die Nationen“, wirft Alain Finkielkraut in die Debatte: Der französische Intellektuelle erinnert zu Recht daran, Hitler habe die Nation durch die Rasse ersetzen wollen. „Heute aber lassen wir die Nationen für Hitlers rassistische Maßlosigkeit büßen.“ Die Forderung, Vereinigte Staaten von Europa zu schaffen und dafür nationale Souveränität zu opfern, kann sich zur Begründung nicht auf das angeblich schlechte Vorbild der deutschen Nationalsozialisten berufen.

Die „National-Sozialisten“ hatten weder mit der Nation, noch mit dem Sozialismus viel im Sinn. Die deutschen Euromantiker und Entnationalisierer merken gar nicht, dass sie, bei aller antinationalistischen Rhetorik, deren nationalistischem Pathos auf postnationaler, europäischer Ebene selbst aufsitzen. „Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte“, lautet Jürgen Habermas Bekenntnis zu Europa, wobei ihm offenbar die neoimperiale Größenphantasie dieses Satzes (bloß kein Abschied von der Weltgeschichte!) verborgen geblieben ist.

Es sind immer vor allem französische Intellektuelle, welche die Deutschen warnen: „Wir sind nicht so begierig darauf, uns von den Deutschen sagen zu lassen, wir sollten unsere Souveränität verlieren“, sagt Emmanuel Todd, ein französischer Historiker. Todd spürt sehr genau den hegemonialen Unterton, der sich hinter der unschuldig vorgetragenen Bescheidungsgebe („Abgabe von Souveränität“) verbirgt.

### **Nachbarn sehen sich deutschem Erziehungsdiktat unterworfen**

„Die deutsche Dominanz über Europa dauert an“, heißt der Vorwurf Todds in einem Anfang des Jahres im amerikanischen Magazin „Harper’s“ erschienenen bemerkenswerten Beitrag zum Thema „Wie die Deutschen Europa zurück eroberten“. Wir Deutschen finden das grob ungerecht. Da wären wir bereit, aus der Nazizeit zu lernen, unsere Souveränität aufzugeben und dem veralteten Nationalismus abzuschwören. Aber die hellhörigen Nachbarn spüren heraus, dass die Deutschen unter der Maske der guten Europäer abermals ihren alten Eroberungsgelüsten frönen.

Seid vorsichtig, wenn die Deutschen Europa zusammen führen wollen, so Todd: „Es war die Nachkriegsidee, aus Deutschland ein europäisches Land zu machen. Stattdessen haben wir Deutschland als europäische Powerzone bekommen.“ Die Klagen der Europäer von Griechenland über Italien, Spanien, Portugal bis nach Frankreich seit Beginn der Eurokrise sprechen eine deutliche Sprache: Die Nachbarn sehen sich einem deutschen Erziehungsdiktat zur Austerität unterworfen. Europa pfeift darauf, dass die Deutschen ihnen das Opfer der Souveränitätsabgabe machen. „Die Nation ist nicht schlecht“, sagt Todd: „Die Nation ist der Ort der Demokratie und der Ort der Entscheidungen“.

Womöglich haben die französischen Intellektuellen eine bessere Erinnerung an die der Tradition der Aufklärung entstammende Idee der Souveränität, die eben gerade kein „kleinlicher Chauvinismus“ ist. „Unter der Souveränität ist die dem Staat eignende absolute und zeitlich unbegrenzte Gewalt zu verstehen“, heißt es bei dem französischen Staatstheoretiker Jean Bodin, ein Mann des 16. Jahrhunderts, der als Erfinder des Souveränitätsgedankens gilt. Thomas Hobbes hat daraus später den Nationalstaat gemacht, der die Rechts- und Wettbewerbsordnung schützt. Und Jean-Jacques Rousseau entwickelte den Gedanken der Volkssouveränität, wonach das Volk zum alleinigen und souveränen Träger der Staatsgewalt bestimmt ist.

## **Keine Argumente für eine Veränderung**

Nichts davon ist heute überholt. Nichts davon müsste für dem Ziel eines freien und geeinten Europa geopfert werden. Im Gegenteil: Gerade die Linken, die stets die Gefahr wittern, die globale Wirtschaft schwäche die Demokratie, müssten sich den Nationalstaat zum Bundesgenossen erwählen. Denn hier werden Steuer-, Sozial- und Handelsgesetze gemacht, die zugleich die Gewähr ihrer Durchsetzung bieten. Transnationale politische Institutionen (von der WTO bis zur UNO) sind dagegen notorisch schwach.

Gewiss, die Nationalstaaten waren nicht die erste Erfindung der europäischen Geschichte. Es gibt auch Alternativen – Stadtstaaten zum Beispiel. Gustav Seibt hat jetzt daran erinnert, dass es immerhin bereits das Konzil von Konstanz war (dessen 600-jähriges Jubiläum in diesem Jahr gefeiert wird), wo zum ersten Mal nach „Nationen“ abgestimmt wurde. Niemand sollte dieses ehrwürdige Konzept der Nation mit dem imperialen Nationalismus des 19. Jahrhunderts gemein setzen. Und schon gar nicht mit einem vermeintlichen Nationalismus der Nazis verwechseln.

Der Nationalstaat ist nicht nur Garant von Volkssouveränität und Demokratie. Die Existenz vieler Nationalstaaten ermöglicht auch jenen stimulierenden Wettbewerb, der nach einem berühmten Wort des Schotten David Hume die Lebensqualität aller Menschen verbessert, ein Wetteifer, der zugleich Macht und Autorität der einzelnen Staaten einschränkt. Es gibt kein philosophisches, ökonomisches und - wie wir sehen - erst recht kein historisches Argument, an diesem überzeugenden Erfolgsgeheimnis Europas etwas zu verändern.

## Eine Arbeitsstunde kostet 31,70 Euro 103,33

Die Arbeitskosten in Deutschland ziehen wieder an: Private Arbeitgeber zahlten im vergangenen Jahr im Schnitt 31,70 Euro je Arbeitsstunde. In einigen Nachbarländern sind die Kosten noch höher.



© ZB  Im EU-Vergleich liegt Deutschland bei den Arbeitskosten auf Rang sieben.

Die Arbeitskosten in Deutschland liegen gut ein Drittel höher als im EU-Schnitt, aber niedriger als bei den meisten Nachbarn. Private Arbeitgeber zahlten 2013 durchschnittlich 31,70 Euro je Stunde an Bruttoverdiensten und Lohnnebenkosten, teilte das Statistische Bundesamt am Montag mit. Damit liegt Deutschland mit Finnland auf Rang sieben in der Europäischen Union.

Schweden hat mit 43,00 Euro die höchsten Kosten. In den direkten Nachbarstaaten Belgien (41,20), Dänemark (39,80), Luxemburg (35,60), Frankreich (35,00) und den Niederlanden (32,50) sind die Kosten höher als in Deutschland. In Österreich (31,70), Polen (7,40) und Tschechien (10,40) fallen sie niedriger aus. Bulgarien hat mit 3,70 Euro je Stunde die geringsten Arbeitskosten in der gesamten EU.

Im Verarbeitenden Gewerbe - das besonders stark im internationalen Wettbewerb steht - kostete eine Arbeitsstunde 36,20 Euro. Damit lag Deutschland im EU-Vergleich auf Rang fünf. Eine Stunde Arbeit in der Industrie war damit 48 Prozent teurer als im EU-Schnitt, aber ein Prozent billiger als in Frankreich.

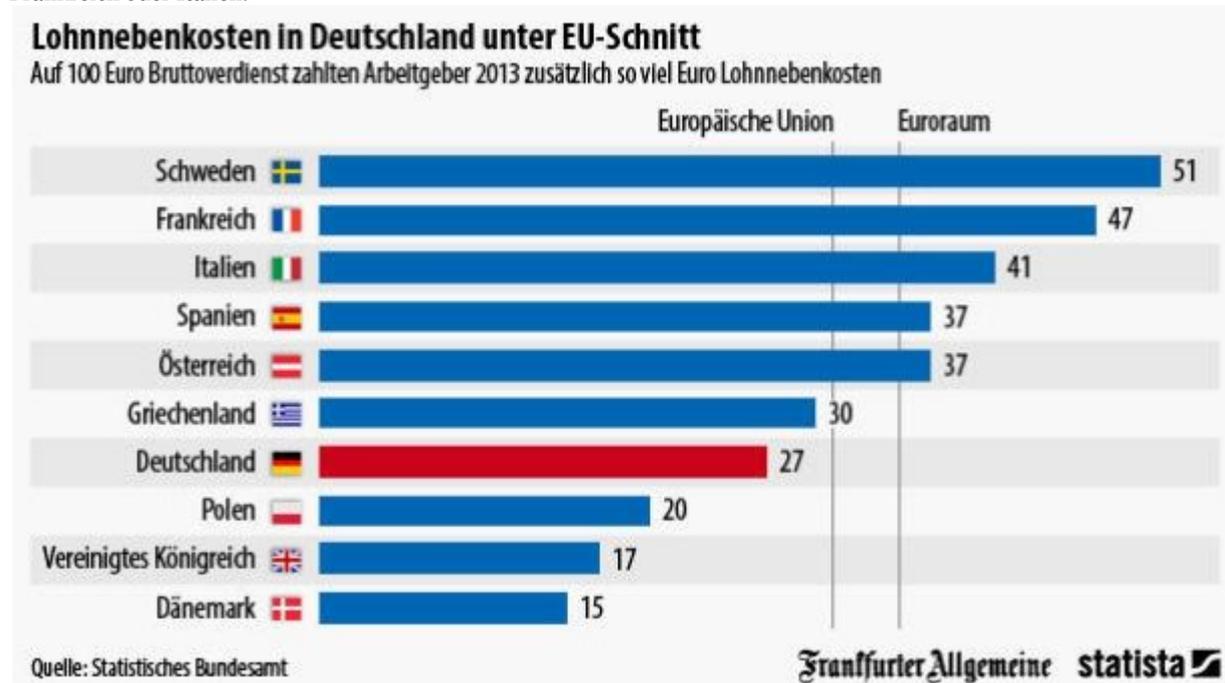
Stiegen die deutschen Kosten zwischen 2004 bis 2010 langsamer als im EU-Schnitt, ziehen sie seit 2011 schneller an. Dies zeigt sich auch beim Vergleich mit Frankreich, der wichtigster Handelspartner und großer Konkurrent - etwa in der Autoindustrie - zugleich ist: 2004 bis 2010 kletterten die Arbeitskosten in Frankreich jährlich um 3,4 Prozent, hierzulande um 1,4 Prozent. Von 2011 bis 2013 lag der Anstieg in Deutschland mit 2,7 Prozent dagegen über dem des Nachbarn (1,9 Prozent).

Arbeitskosten setzen sich aus Bruttoverdiensten und Lohnnebenkosten zusammen. 2013 zahlten private Arbeitgeber in Deutschland auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 27 Euro Lohnnebenkosten. Der EU-Schnitt beträgt hier 31 Euro, im EU-Ranking nimmt Deutschland Rang 16 ein. Zu den Nebenkosten zählen Beiträge der Arbeitgeber zu Sozialversicherungen und betrieblicher Altersversorgung sowie die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall.

Europa-Vergleich

## Warum Arbeit in Frankreich mehr kostet als bei uns 103,34

Arbeit kostet in Deutschland weniger als in vielen Nachbarländern. Das liegt vor allem an den hohen Lohnnebenkosten beispielsweise in Frankreich oder Italien.



© FAZ.NET/STATISTA - LIZENZ: CC BY-ND 3.0 Deutschland hat niedrigere Lohnnebenkosten als die EU im Durchschnitt.

Arbeitskräfte sind in Deutschland günstig verglichen vor allem mit den unmittelbaren Nachbarländern. Wie das Statistische Bundesamt gerade ausgerechnet hat, kostet eine Arbeitsstunde hierzulande rund 31,70 Euro (Stand 2013). In Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark und Belgien kostet sie mitunter deutlich mehr. Innerhalb der Europäischen Union liegt Deutschland auf dem siebten Rang.

Ein Grund, warum Arbeit in unseren Nachbarländern mitunter so viel teurer ist, liegt in den Lohnnebenkosten, hat der Datenanbieter Statista nun für FAZ.NET aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes aufgeschlüsselt. Die Unterschiede hier sind wesentlich größer als aus dem zusammenfassenden Arbeitskostenvergleich hervorgeht.

Auf 100 Euro Bruttoverdienst zahlten Arbeitgeber in Deutschland im vergangenen Jahr im Schnitt 27 Euro Lohnnebenkosten. Die Bundesrepublik liegt damit sogar unter dem Schnitt in der Europäischen Union insgesamt - dieser betrug im vergangenen Jahr 31 Euro (in der Währungsunion waren es 35 Euro).

In Österreich und Spanien müssen Arbeitgeber durchschnittlich 37 Euro zahlen, in Italien 41 Euro, in Frankreich sogar 47 Euro - Spitzenreiter in dieser Auflistung ist abermals Schweden mit 51 Euro. Niedriger liegen die Lohnnebenkosten hingegen beispielsweise in Polen (20 Euro je 100 Euro Bruttoverdienst), dem Vereinigten Königreich und Dänemark.

## Fluch der Stärke offenbart Europas ewiges Dilemma

Vor zwei Jahren stand der Euro am Abgrund, nun ist er Krisenländern zu stark. Helfen soll erneut Mario Draghi mit einem kraftvollen Auftritt. Doch Europas Grundproblem wird der EZB-Chef nicht lösen. von *Sebastian Jost*

Artikel empfehlen:

E-Mail



Foto: REUTERS/Meisterhaft: EZB-Präsident Mario Draghi hat nach der letzten Zinssitzung durch eine mysteriöse Ankündigung den Euro-Kurs gedrückt – doch es müssen auch wirksame Taten folgen

Bild teilen

WEITERFÜHRENDE LINKS

- [Geldpolitik: Wirtschaftsweiser fordert von EZB schwächeren Euro](#)
- [EZB-Entscheidung: Wird Mario Draghi eine neue Wunderwaffe zünden?](#)
- [Geldpolitik: Euro fällt nach Draghis mysteriöser Ankündigung](#)
- [Währungen: Der hohe Euro-Kurs wird zur Gefahr für Europa](#)

THEMEN

- [Devisen](#)
- [Euro-Krise](#)
- [Staatsschulden](#)
- [Europäische Zentralbank \(EZB\)](#)
- [Mario Draghi](#)
- [Peter Bofinger](#)

Es war ein kniffliger Auftritt für Mario Draghi. Fast ebenso akrobatisch wie einige Künstler beim Eurovision Song Contest habe sich der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) bei seiner Pressekonferenz in Brüssel präsentiert, witzelte Diba-Chefökonom Carsten Brzeski anschließend. Besonders schöne Pirouetten führte der Notenbanker auf, wenn er auf das Thema Wechselkurs angesprochen wurde.

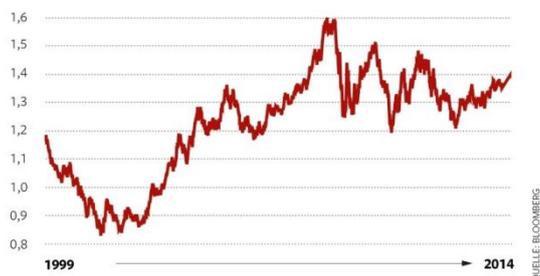
Zahlreiche Politiker hatten in dieser Sache nach Hilfe durch die Notenbank gerufen. Zunächst gab sich Draghi hart. Man bedanke sich für die zahlreichen Ratschläge zur Geldpolitik, aber die EZB sei nun einmal unabhängig, sagte er.

Doch dann nahm er sich des Wechselkurses doch noch an – und zwar mit ungekannter Deutlichkeit: Die Stärke des Euro sei "Grund zu ernsthafter Sorge" für den EZB-Rat, sagte Draghi. Und stellte eine noch lockerere Geldpolitik in Aussicht, die den Wechselkurs sinken lassen könnte. Der Euro an sich ist wieder ein Politikum – wenn auch in ganz anderer Hinsicht als noch vor zwei Jahren. Damals war die Sorge verbreitet, die Gemeinschaftswährung sei in sich zu schwach, um auf Dauer zu bestehen. Nun dagegen gilt auf einmal die Stärke des Euro als Problem.

## Fluch der Stärke offenbart Europas ewiges Dilemma 103,36

### Starker Euro ruiniert Frankreichs Exportchancen

WERT DES EURO IN DOLLAR



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Der Kurs des Euro in Dollar

Die Währung ist in den vergangenen Monaten immer teurer geworden, mehrfach touchierte der Euro-Dollar-Kurs die 1,40-Marke. Viel zu hoch, beklagte sich etwa der französische Premierminister Manuel Valls, der starke Euro ruiniere Frankreichs Exportchancen.

Unverhohlen forderte er die EZB zum Gegensteuern auf. Und der frühere italienische Regierungschef Silvio Berlusconi drohte im Bemühen um Wählerstimmen vor der Europawahl sogar mit einem Austritt seines Landes aus der Währungsunion, wenn die Zentralbank ihre Geldpolitik nicht weiter lockere.

Der Wechselkurs steht mehr denn je im Mittelpunkt: Bei den aktuellen Diskussionen im EZB-Rat spielt der Vergleich mit dem Dollar inzwischen dem Vernehmen nach eine größere Rolle als die zu Jahresbeginn noch debattierten Deflationsgefahren.

Die Stärke des Euro als Problem, diese Debatte gab es lange nicht im von Krisen erschütterten Europa. Und doch zeugt das Thema von Kontinuität. Denn im Kern geht es auch diesmal wieder um die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder – und um die Frage, ob die Probleme der Währungsunion mit mehr Geld oder nur mit mehr schmerzlichen Reformen zu lösen sind.

### Draghi war mit Auslöser des Euro-Höhenflugs

Der Höhenflug des Euro-Kurses begann im Sommer 2012, kaum dass Draghi die Angst vor einem Zusammenbruch der Währungsunion vertrieben hatte mit seinem Versprechen, alles zu tun, um den Euro zu retten.

Damals war der Euro bis auf 1,21 Dollar abgesackt. Seither hat er in Wellenbewegungen zugelegt, vor allem deshalb, weil immer mehr Geld in den Währungsraum strömte. Zuletzt brachte der Ukraine-Konflikt neues Fluchtkapital nach Europa.

Ob der Euro damit besonders teuer ist, hängt vom Blickwinkel ab. "Der aktuelle Euro-Kurs ist hoch, aber historisch keinesfalls außergewöhnlich", sagt Stefan Bielmeier, Chefökonom der DZ Bank. An 16 Prozent der Handelstage seit 1999 habe die Währung oberhalb des aktuellen Niveaus notiert. Und das teilweise deutlich: 2008 erreichte der Euro seinen Höchststand bei rund 1,60 Dollar, auch 2009 und 2011 kratzte er noch einmal an der 1,50-Dollar-Marke.

Da wirkt ein Kurs zwischen 1,35 und 1,40 Euro wie zuletzt schon weit weniger bedrohlich. "Der Euro ist leicht überbewertet, aber nicht in einem besorgniserregenden Ausmaß", lautet das Urteil von Berenberg-Chefvolkswirt Holger Schmieding.

### Deutscher Export kann mit Euro bei 1,40 gut leben

Nicht einmal die deutsche Exportwirtschaft, die einen günstigen Euro eigentlich immer gut gebrauchen kann, weil er ihre Produkte in der Welt billiger macht, will derzeit jammern. Immer wieder werde über eine Schmerzgrenze beim Wechselkurs diskutiert, sagt Anton Börner, Präsident des Außenhandels-Verbands BGA.

"Die Wahrheit ist: Weder bei einem Euro-Dollar-Kurs von 1,30 noch bei 1,35 gingen die Lichter aus. Die deutsche Exportwirtschaft kommt nun auch mit 1,40 Euro zurecht, und selbst bei einem noch teureren Euro bestünde hierzulande kein Grund zur Panik."

Dieser Eindruck deckt sich mit ökonomischen Analysen. Denn wenn man nur Deutschland betrachtet, ist der Euro eigentlich noch viel zu billig. Ökonomen der Investmentbank **Morgan Stanley** taxieren den "fairen Wert" der Währung aus deutscher Sicht auf 1,53 Dollar. Dabei werden fundamentale Wirtschaftsdaten wie Handelsströme zwischen Ländern berücksichtigt. Doch was für Deutschland gilt, gilt nicht für die gesamte Währungsunion. Für fast alle übrigen Mitgliedsländer ist der Euro der Morgan-Stanley-Analyse zufolge überteuert. Für Spanien und Portugal läge der faire Wert bei 1,27 Dollar, für Frankreich bei 1,23, für Italien gar bei nur 1,18 Dollar.

### Bofinger: Wechselkurs ist "absolut kontraproduktiv"

Und so kommen denn die Klagen aus diesen Teilen Europas auch nicht von ungefähr: "Für Länder mit geringer Wettbewerbsfähigkeit ist der verhältnismäßig starke Euro ein zusätzliches Problem", sagt Kai Konrad, Direktor am Max-Planck-Institut für Öffentliche Finanzen in München.

Auch der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger bezeichnet den Wechselkurs als "absolut kontraproduktiv": Die Peripherieländer versuchten mühsam, wieder wettbewerbsfähiger zu werden, indem sie etwa ihre Arbeitskosten senkten, so Bofinger – "aber die Euro-Stärke entwertet das alles wieder."

Stimmen, die im Frankfurter Euro-Tower offensichtlich nicht ungehört bleiben. EZB-Präsident Draghi stellte für die nächste Zinssitzung im Juni in überraschender Deutlichkeit eine neue Lockerungsrunde in Aussicht. Angelsächsisch geprägte Experten wie Morgan-Stanley-Chefökonom Joachim Fels halten dies für überfällig.

"Die EZB hätte schon längst handeln sollen", kritisiert er. Aus seiner Sicht ist der Euro vor allem deshalb so stark, weil die US-Notenbank Fed und oder die Bank of Japan eifrig Geld druckten, während die Bilanz der EZB sogar schrumpfte. "Die USA und Japan exportieren so ihre deflationären Tendenzen, wir importieren sie."

### **EZB muss die ganz großen Waffen auspacken**

Doch eine Währung zu schwächen, ist leichter gesagt als getan. "Eine etwas lockerere Geldpolitik der EZB alleine dürfte den Wechselkurs kaum nachhaltig bewegen", sagt DZ-Bank-Ökonom Bielmeier. "Wenn die Notenbank den Außenwert des Euro wirklich drücken wollte, müsste sie **die ganz großen Waffen auspacken** und mit aller Kraft am Devisenmarkt intervenieren."

Genau das fordert denn auch der Wirtschaftsweisen Bofinger: "Wechselkurse bewegen sich weitgehend losgelöst von makroökonomischen Fakten, deshalb ist es gerechtfertigt, wenn die Notenbanken da eingreifen", sagt er. "Die EZB sollte sich ein Beispiel an der Schweizer Nationalbank nehmen, ein klares Wechselkursziel definieren und dieses auch verteidigen."

Tatsächlich hatte sich die Schweizerische Nationalbank 2011 erfolgreich gegen eine noch extremere Aufwertung des Franken gestemmt. Allerdings bedeutete dies einen Kraftakt. Die Nationalbank musste Milliarden Franken drucken, um damit Euro-Anleihen zu kaufen.

### **EZB muss auf dem Devisenmarkt intervenieren**

Um eine wesentlich größere Währung wie den Euro zu drücken, dürften noch höhere Summen nötig sein. Nach Bofingers Ansicht sollte man davor jedoch nicht zurückschrecken: "Die EZB müsste eben in großem Stil amerikanische Staatsanleihen kaufen – die dafür nötigen Euro-Beträge kosten sie nichts, und auf die US-Anleihen gäbe es sogar noch Zinsen."

Die Amerikaner würden sich das allerdings kaum bieten lassen, sondern gegensteuern – und schon befänden sich die beiden größten Wirtschaftsräume mitten im Währungskrieg. Solche Konflikte gab es in der Vergangenheit, und sie nützten am Ende keinem der Beteiligten.

Nicht umsonst haben sich die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer dazu verpflichtet, keine Währungskriege mehr anzuzetteln. Auch Peter Bofinger räumt ein, dass eine entsprechende Intervention nur als konzertierte Aktion erfolgsversprechend sei. Dass ein solches Bündnis zustande käme, erscheint allerdings sehr zweifelhaft.

Und selbst wenn, wäre es falsch, meint Außenhandels-Präsident Börner: "Es wäre der falsche Weg, den Wechselkurs mit Mitteln der Notenbank künstlich zu drücken", warnt er. "Das würde das Problem für ein paar Monate übertünchen." Zumal es auch Gewinner eines starken Euro gibt – schließlich macht der Importeure aus anderen Währungsgebieten billiger, wovon gerade die Verbraucher profitieren.

### **Deutschlands Problem ist der niedrige Zins**

"Ein Eingreifen der EZB hätte notgedrungen erhebliche Umverteilungswirkungen", mahnt Ökonom Konrad. Und während eine geldpolitische Lockerung, die den Euro drücken könnte, für Südeuropa angemessen sein mag, würde sie in Deutschland eher schaden. Schließlich ist rechnerisch gesehen nicht nur der Wechselkurs, sondern auch das Zinsniveau zu niedrig gemessen an der deutschen Wirtschaftslage. Konrad warnt vor einer Überhitzung hierzulande – wenn nicht durch den künstlich gesenkten Wechselkurs, so doch durch das Geld, das die EZB drucken würde, um den Euro zu schwächen.

So führt die Diskussion um den richtigen Wechselkurs zurück zum Grundkonflikt der **Euro-Krise**: Die Interessenslagen der einzelnen Länder sind unterschiedlich. Gerade in Deutschland hegt man wieder den Verdacht, es gehe den Mittelmeerländern nur um bequeme Lösungen. "Die Euro-Stärke ist positiv für Europa", glaubt BGA-Präsident Börner. Sie wirke disziplinierend auf Politik, Firmen und Gewerkschaften: "Deutschland ist nicht zuletzt deshalb erfolgreich geworden, weil eine teure Währung die Wirtschaft immer wieder zwang, noch produktiver und effizienter zu werden." Dazu kommt: Wenn die Europäer über einen starken Euro klagen, beklagen sie die Erfolge ihrer eigenen Rettungspolitik. Daran erinnern die Ökonomen der französischen Bank Natixis. Schließlich würde der Wert des Euro sinken, wenn sich Investoren wieder abwenden, wenn sie italienische oder deutsche Anleihen abstoßen würden. Und dabei habe Europa doch seit 2012 alles daran gesetzt, genau diese Anleihen wieder an den Mann zu bringen.

So mag der hohe Wechselkurs für manche französische oder italienische Firmen eine Herausforderung darstellen. Verglichen mit der Existenzkrise des Euro ist er aber ein Luxusproblem.

## Thomas Pikettys Weltformel 103,38

Die wachsende Ungleichheit lässt sich in eine Formel packen, sagt Thomas Piketty. So einfach, wie er sich das vorstellt, ist es aber nicht. Eine Kritik.

13.05.2014, von HANS-WERNER SINN



© AFP  Der französische Ökonom Thomas Piketty ist der neue Star am Ökonomen-

Himmel.

Thomas Piketty hat mit seinem Buch über Verteilungsfragen **den Nerv der Amerikaner getroffen**. Das Buch erinnert an Karl Marx, Piketty hat einen ähnlich emotionalen Schreibstil, und er benutzt eine ähnliche Theorie.

Piketty führt die wachsende Ungleichheit auf die Formel  $r > g$  zurück, eine der wenigen Formeln, die es international in die Tageszeitungen geschafft hat und dort mittlerweile Einsteins Formel  $E=mc^2$  Konkurrenz macht. Die Formel besagt, dass der Zins im Sinne der durchschnittlichen Kapitalrendite ( $r$ ) dauerhaft größer als die Wachstumsrate der Wirtschaft ( $g$ ) ist. Die Folge sei, so Piketty, dass das Vermögen fortwährend schneller zunehme als die Wirtschaftsleistung. Marx hatte das schon mit seinem „Gesetz von der wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals“ behauptet. Überall diskutiert man heute Pikettys neue Weltformel.

Die Formel ist indes lange bekannt und kennzeichnet eine Grundannahme der Wachstumstheorie. In der Tat liegt der Zins längerfristig meistens über der Wachstumsrate, wie Piketty behauptet. Doch folgt daraus nicht, dass die Vermögen schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung. Das wäre zwar so, wenn die Ersparnis der Volkswirtschaft mit den Zinseinkommen gleichgesetzt werden könnte, so dass der Zinssatz der Wachstumsrate der Vermögen gleicht. Das aber ist nicht der Fall.



© DAPD  Der Autor Hans-Werner Sinn ist Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Vielmehr ist die Ersparnis regelmäßig kleiner als die Summe aller Kapitalerträge. Insofern liegt die Wachstumsrate der Vermögen unter dem Zins, und der Umstand, dass der Zins die Wachstumsrate übersteigt, impliziert keinesfalls, dass die Vermögen schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung.

Tatsächlich ist es ein zentrales Ergebnis der Wachstumstheorie, dass sich der Zins einer Volkswirtschaft in Abhängigkeit von der Sparquote langfristig gerade bei jenem Niveau einpegelt, bei dem die Wachstumsrate des Kapitals der Wachstumsrate der Einkommen entspricht. Die Konsequenz ist die langfristige Konstanz des Verhältnisses von Vermögen und Wirtschaftsleistung. Deutschlands prominenter Wachstumsforscher Ernst

Helmstädter hatte dieses Ergebnis seinerzeit zum Kern seines Buches „Der Kapitalkoeffizient“ gemacht: Der Kapitalkoeffizient ist genau die Relation von Vermögen und Einkommen, auf die Piketty abstellt.

Hinter der langfristigen Konstanz dieser Relation steht eine einfache mathematische Gesetzmäßigkeit. Wenn eine Volkswirtschaft einen bestimmten Anteil ihres Volkseinkommens spart, wächst das Vermögen, das ja durch die Akkumulation dieser Ersparnis gebildet wird, langfristig ebenfalls mit derselben Rate, mit der das Volkseinkommen wächst. Das Verhältnis von Vermögen und Einkommen kann also gar nicht dauerhaft ansteigen.

### Beispiel Erdhaufen

Die Gesetzmäßigkeit liegt darin begründet, dass eine jede wachsende Größe auf die Dauer nur mit der Rate wachsen kann, mit der auch ihr Zuwachs wächst. Man betrachte als Beispiel das Aufschütten eines Erdhaufens. Pro Periode wird ihm eine Schaufel Erde hinzugefügt, aber die Schaufel wird von Periode zu Periode um einen bestimmten Prozentsatz vergrößert. Dann konvergiert die prozentuale Wachstumsrate der Menge an Erde, die auf dem Haufen liegt, gegen die Wachstumsrate der Schaufelgröße. Setzt man die Menge an Erde auf der Schaufel mit der laufenden Ersparnis der Volkswirtschaft und die Größe des Erdhaufens mit dem Vermögen gleich, folgt die langfristige Konstanz der Relation von Vermögen und Einkommen, wenn aus dem Einkommen ein fester Anteil gespart wird.

Es ist aber zu betonen, dass es bei dieser Gesetzmäßigkeit um lange Fristen von einer Reihe von Jahrzehnten geht. Temporär kann das Vermögen sehr wohl schneller als das Volkseinkommen wachsen. Aber auch wenn das der Fall ist, gibt es kaum Anlass für allzu große Befürchtungen, weil es für die Verteilungsfrage weniger auf das Verhältnis von Vermögen und Volkseinkommen als auf die Anteile am Volkseinkommen ankommt. Diese Anteile wiederum sind, das hat schon die linke Ökonomin Joan Robinson 1942 in ihrem Buch „An Essay on Marxian Economics“ festgestellt, im Zeitablauf relativ konstant und folgen jedenfalls keinem Trend.

Viel wichtiger als Pikettys Weltformel ist die Frage, wie viele Menschen sich die Lohn- und Kapitaleinkommen teilen. Wenn die Zahl der abhängig Beschäftigten schneller steigt als die Zahl der Vermögensbesitzer, könnte es trotz der Konstanz der Relation von Kapital- und Lohneinkommen zu ungunsten Entwicklungen in der Einkommensverteilung kommen. Das mag für Amerika, das viel Einwanderung verzeichnet hat, zutreffen und der tiefere Grund für die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung sein. Aber es gibt keine Anhaltspunkte, dass es sich dabei um eine generelle Gesetzmäßigkeit handelt.

Und wenn wirklich die Gefahr besteht, dass die Zahl der Reichen im Verhältnis zur Zahl der Armen zu langsam wächst, ist die beste Medizin, dass man die Aufstiegschancen verbessert. Je mehr Tellerwäscher Millionäre werden, desto kleiner ist das Verteilungsproblem. Auch hilft es, wenn die Reichen mehr Kinder als die Armen haben, denn durch die Teilung der Erbschaften würde sich das Verteilungsproblem von ganz allein lösen.

Dessen ungeachtet braucht man ein progressives Steuersystem, um den Zuwachs der Nettoeinkommen im oberen Bereich zu begrenzen. Denn auch wenn es keine Grundtendenz zu mehr Ungleichheit aufgrund der von Piketty formulierten Theorie gibt, kann die Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Vermögensbesitzer zunehmen, weil einzelne Dynastien immer mehr Vermögen akkumulieren. Ob in Europa ein besonderer Handlungsbedarf besteht, lässt sich freilich bezweifeln, denn die Progression hat hier ja bereits erhebliche Ausmaße angenommen.

So bleibt das Urteil, dass Piketty wie Marx zwar eine Sehnsucht der Bevölkerung bedient - doch seine Politikempfehlungen mit einer Weltformel zu untermauern versucht, die nicht das impliziert, was er behauptet.

## Studentin muss Schleier lüften 103,40

Von PITT VON BEBENBURG



„Kommunikation unmöglich“: eine Frau mit Burka. Foto: dpa

**Eine muslimische Burka-Trägerin, die an der Universität Gießen studiert, hat sich mit der Hochschulleitung darauf geeinigt, in den Uni-Veranstaltungen ihr Gesicht zu zeigen.**

An der Universität Gießen studiert eine muslimische Frau, die sich normalerweise mit einer Burka voll verschleiert. Sie studiert auf Lehramt. Es sei vereinbart, dass die Studentin in Vorlesungen und Seminaren ihr Gesicht zeige, sagte Uni-Sprecherin Caroline Link der Frankfurter Rundschau am Montag auf Anfrage. Es ist der erste bekanntgewordene Fall, in dem eine Frau mit Burka eine deutsche Uni besucht.

Nach Links Angaben hat die Uni-Leitung der Studierenden im persönlichen Gespräch deutlich gemacht, dass ein wissenschaftlicher und interaktiver Diskurs in Lehrveranstaltungen nur möglich sei ohne Verschleierung des Gesichts. Mimik und Gestik seien für die Kommunikation unentbehrlich. „Die Studierende wird bei universitären Veranstaltungen ihr Gesicht nicht mehr verhüllen oder verschleiern“, sagte die Sprecherin.

### Keine Kommunikation möglich

Die Burka ist ein Ganzkörperschleier, mit dem Frauen ihren Körper und ihr Gesicht verhüllen. In Afghanistan hatten die radikalislamischen Taliban in ihrer Herrschaftszeit Frauen zum Tragen der Burka verpflichtet.

Für das hessische Kultusministerium steht fest, dass Frauen mit Burka nicht an den Schulen lehren dürfen – und auch kein Praktikum absolvieren können, wie es Lehramts-Studenten tun müssen. „Ich halte das für ausgeschlossen“, sagte Christian Henkes, der Sprecher von Kultusminister Ralph Alexander Lorz (CDU). Mit einer Burka sei „keine Kommunikation möglich“ und noch nicht einmal eine eindeutige Identifizierung der betreffenden Person, betonte Henkes.

Der hessische CDU-Abgeordnete Ismail Tipi zeigte sich zufrieden über die Reaktion der Behörden. Es sei richtig, dass die Gießener Uni-Leitung auf einer Teilnahme ohne Verschleierung bestehe und das Land keine Lehrer mit Burka zulasse, kommentierte der Abgeordnete.

### „Klare Kante zeigen“

Hessen müsse „klare Kante zeigen“, betonte der CDU-Politiker. „Die Burka hat in unserer demokratischen Gesellschaft keinen Platz.“ Sie nehme Frauen ihr Gesicht weg. Man müsse dem gerade an Schulen und Universitäten „einen Riegel vorschieben“, forderte Tipi.

Der SPD-Integrationspolitiker Gerhard Merz lobte, die Universität habe angemessen reagiert. In Lehrveranstaltungen müsse Kommunikation möglich sein. Daher kann auch der Sozialdemokrat sich keine Lehrerin in Ganzkörperschleier vorstellen. „Es ist undenkbar, dass eine Lehrerin mit verhülltem Gesicht mit Schülern kommuniziert“, sagte Merz.

In Hessen gilt ein Verbot, die Burka im öffentlichen Dienst zu tragen. Den entsprechenden Erlass hatte der damalige Innenminister Boris Rhein (CDU) im Jahr 2011 herausgegeben. Damals war eine muslimische Frau der Anlass, die voll verhüllt im Frankfurter Bürgeramt arbeiten wollte. „Da Beschäftigte des öffentlichen Dienstes grundsätzlich die Verpflichtung zur religiösen und politischen Neutralität haben, ist das Tragen der Burka während des Dienstes nicht akzeptabel“, hatte Rhein seinerzeit erklärt. Der Minister ist heute für die Hochschulen zuständig – und damit auch für die Universität Gießen.

### Debatte unter Koch

Bereits 2007 war in Hessen sehr emotional über ein generelles Burka-Verbot an Schulen diskutiert worden. Sechs Wochen vor der Landtagswahl 2008 hatte der damalige Ministerpräsident Roland Koch (CDU) ein solches Verbot ins Gespräch gebracht.

Er argumentierte mit muslimischen Mädchen, die „aus den eigenen Reihen unter Druck gesetzt“ würden. Man müsse ein solches Thema auch ansprechen, wenn es noch keinen bekannten Fall an den Schulen gebe, erklärte er damals. Kritiker warfen ihm vor, sein Vorschlag gehe an der hessischen Wirklichkeit vorbei.

<http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/05/14/97001-20140514FILWWW00001-lambert-wilson-les-paroles-de-la-marseillaise-sont-racistes-et-xenophobes.php>

Lambert Wilson : "Les paroles de La Marseillaise sont racistes et xénophobes" 103,41

Publié le 14/05/2014 à 00:25

L'acteur Lambert Wilson, maître de cérémonie du festival de Cannes qui s'ouvre ce mercredi, a réagi à [la polémique autour de Christiane Taubira et l'hymne national](#).

"Je suis extrêmement énervé que personne ne dise qu'il est temps de changer les paroles de *La Marseillaise* qui sont d'un autre temps. Quand j'entends 'Qu'un sang impur abreuve nos sillons', je suis sidéré qu'on continue à chanter ça", a affirmé Lambert Wilson [au micro de RTL](#) mardi.

Avant d'ajouter: "Les paroles sont épouvantables, sanguinaires, d'un autre temps, racistes et xénophobes. La musique est fantastique. Il y a pas mal de paroles qui passent et certaines qui sont inécoutables".

[http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304081804579559692472161038?mod=rss\\_Opinion?mod=hp\\_opinion&mg=reno64-wsj&url=http%3A%2F%2Fonline.wsj.com%2Farticle%2FSB10001424052702304081804579559692472161038.html%3Fmod%3Drss\\_Opinion%3Fmod%3Dhp\\_opinion](http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304081804579559692472161038?mod=rss_Opinion?mod=hp_opinion&mg=reno64-wsj&url=http%3A%2F%2Fonline.wsj.com%2Farticle%2FSB10001424052702304081804579559692472161038.html%3Fmod%3Drss_Opinion%3Fmod%3Dhp_opinion)

## Bring Back All Girls Trapped by Shariah Law 103,42

Underlying the theocratic legal system is the same hatred of women that motivates Boko Haram.

• By PAULA KWESKIN  
May 13, 2014 2:52 p.m. ET

The latest trending image on [Twitter](#) [TWTR -1.62%](#) is a photograph of U.S. First Lady [Michelle Obama](#) standing in a White House room and holding a card with the handwritten hashtag "#BringBackOurGirls." The card refers to the more than 200 girls kidnapped in northern Nigeria by the Islamic terror group Boko Haram. I'm glad the first lady has joined the campaign. But I also want to hold up my own sign in response to hers. My sign says: "Why Did Your Husband Visit Saudi Arabia and Say Nary a Word About Women's Rights There?"

The same misogynistic ideology that guides the Boko Haram kidnapers to sell women like chattel also underpins the Saudi kingdom. And yet President Barack Obama visited with King Abdullah in March to repair Washington's tense relations with Riyadh.

Is the American president aware that four daughters of the Saudi king say they are in their 13th year of house arrest, kidnapped and held hostage by their father and other male relatives? Two of the princesses broke their silence days before Mr. Obama's visit in an interview with Britain's Channel 4. "Why are we, grown women, held against our will?" one of the princesses asked. "Any leader meeting with the king or any Saudi official is responsible for what is happening in Saudi Arabia."

Saudi Arabian law treats women as "perpetual minors." Saudi women aren't allowed to drive and don't have the freedom to work, travel, study, seek medical treatment or marry without the permission of a male family member.

Saudi Arabia is governed by Shariah law, a complex Islamic system that is applied by judges interpreting medieval texts inspired by the Quran. Shariah law, coupled with the king's edicts, result in a system of gender apartheid for women in Saudi Arabia that severely restricts their rights—not to mention the rights of gays, Christians, atheists and other minorities.

Underlying the Shariah system is the same hatred of women and girls that motivated the terrorists' kidnapping in Nigeria. Boko Haram's goal is to create a Nigeria that would deny girls education and transform women into second-class citizens. In other words, Boko Haram wants to turn Nigeria into . . . Saudi Arabia.

The placard Mrs. Obama held up is relevant not only for the Nigerian girls, but for all women and girls living under Shariah law. In his hourlong, rambling video, the leader of the Boko Haram kidnapers repeatedly called for the end of Western education and female education. He is threatening to sell the kidnapped girls, forcing them into "marriages" of sexual slavery and servitude. While heart-wrenching, this declaration isn't surprising. Child and forced marriages are hallmarks of Shariah; in Saudi Arabia there is no minimum age for marriage.

Interestingly, Shariah law is now making waves in Hollywood, too, where its tenets aren't well-received. Ellen DeGeneres, [Jay Leno](#) and others are in the headlines for protesting the sultan of Brunei and his decision to implement Shariah in his country with new laws that call for the stoning of adulterers and the dismemberment of thieves.

Ms. DeGeneres and other Hollywood stars are boycotting the Beverly Hills Hotel due to the sultan's ownership stake in the property. It is heartening to see Hollywood waking up to systematic and institutionalized human-rights abuses in the Muslim world. These efforts have the potential to change public opinion, how people invest their money and even government policies. Perhaps they may even change Mr. Obama's policies toward countries with scant protections for women.

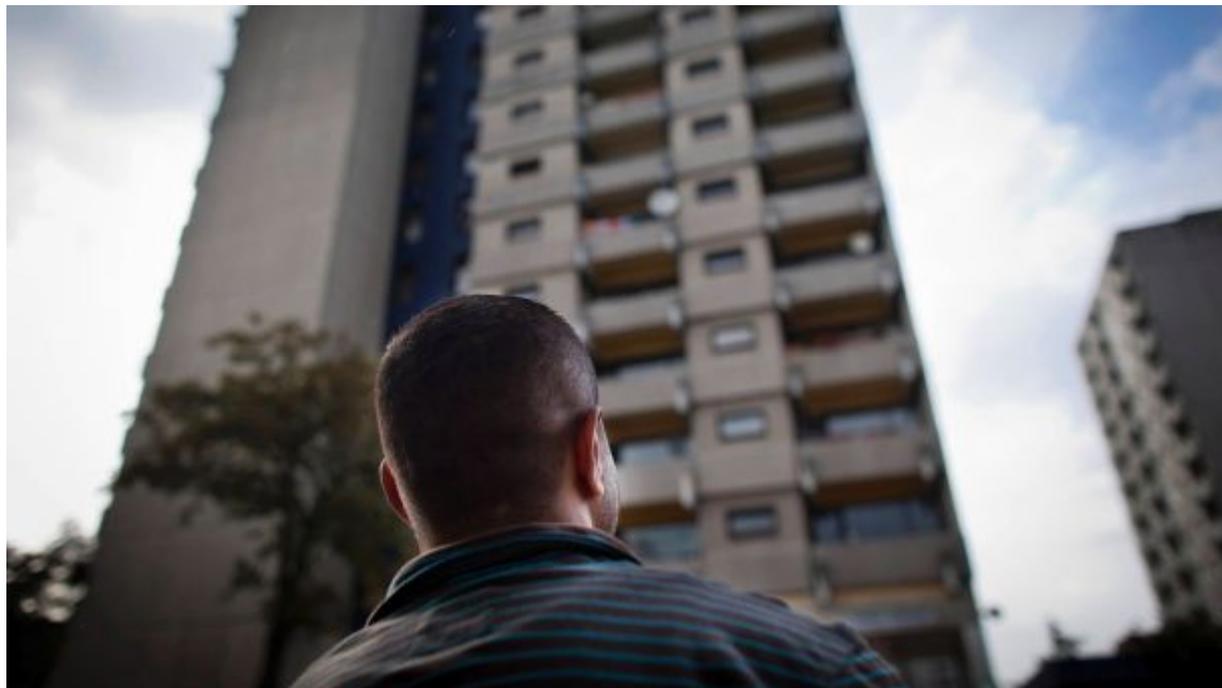
It's time to expand the #BringBackOurGirls campaign. The 200-plus girls kidnapped last month represent a fraction of the millions of women and girls who have been sold or forced into marriage, or stoned for adultery, or denied an education in the name of Shariah. All of them deserve to be brought back.

*Ms. Kweskin is an attorney and the writer-producer of the film "Honor Diaries."*

## Salafisten im Klassenzimmer 103,43

An Hamburger Schulen verhalten sich immer mehr Jugendliche streng muslimisch. Lehrer werden zu ihrer Zielscheibe. Bildungssenator Ties Rabe bringt den Einsatz von Verfassungsschutz und Polizei ins Spiel.

14.05.2014, von FRANK PERGANDE, HAMBURG



© MAXIM SERGIENKO / AGENTUR FOCUS Multikulturell: Hamburgs Stadtteil Mümmelmannsberg

Seit gut sechs Jahren leitet Detlef Aßmann die Hamburger Stadtteilschule in Mümmelmannsberg. Seit 34 Jahren ist er Lehrer. Er hat in der Schule so ziemlich alles erlebt, was man dort erleben kann. Aber die Vorwürfe einer Mutter, die Lehrer ließen es an Respekt gegenüber dem Islam fehlen, haben ihn doch geärgert. Denn sie wurden anonym vorgebracht und auch nicht in der Schule, sondern über die Medien.

Acht angebliche islamfeindliche Zitate von Lehrern waren auf einem handgeschriebenen Zettel festgehalten, den eine muslimische Mutter dem NDR präsentierte. Einen der Vorwürfe erkannte Aßmann sogar wieder, weil der Fall in der Schule tatsächlich eine Rolle gespielt hatte. Allerdings anders als von der Mutter behauptet. Es ging um Vorwürfe gegen eine Lehrerin, die inzwischen von den Urhebern zurückgezogen waren. Aßmann sagt: „Dass im Schulalltag mal etwas Missverständliches gesagt wird, wer will das ausschließen? Aber wenn es Vorwürfe gibt, dann gehören sie zuerst auf den Tisch der Schule.“

Mümmelmannsberg ist einer jener drei Hamburger Stadtteile, die in den siebziger Jahren komplett neu errichtet wurden und heute mit einem schlechten Ruf zu kämpfen haben. Der riesige Schulbau bildet gleichsam den Mittelpunkt der Siedlung mit etwa 18.000 Einwohnern. Er atmet vier Jahrzehnte bundesdeutscher Bildungsgeschichte. Als Schulzentrum, zu dem eine Gemeinschaftsschule und weitere Bildungseinrichtungen gehören, ausgestattet mit weiten Fluren, Hörsälen und vergleichsweise kleinen Klassenräumen, ist das Gebäude heute eine Stadtteilschule mit Ganztagsbetrieb. Und zwar eine der großen Schulen mit 1.300 Schülern sowie 130 Lehrern und Sozialpädagogen.

### „Konfrontative Religionsausübung“

Zwei Drittel der Schüler haben ausländische Wurzeln, sie haben vor allem türkische, aber auch afghanische und iranische Wurzeln, viele sind muslimisch geprägt. Auch Afrika ist in Mümmelmannsberg stark vertreten. „Jede Flüchtlingsbewegung bemerken wir bei uns durch neue Schüler“, sagt Aßmann. „Der Syrien-Konflikt etwa schlägt sich derzeit auch an der Schule nieder.“ Der Schule gehen nicht wie anderswo wegen der Demographie die Schüler aus. In Mümmelmannsberg leben junge Familien mit Migrationshintergrund, die oft nur ein paar Jahre bleiben und dann anderen jungen Familien Platz machen.

Das Kopftuch ist allgegenwärtig in der Schule. An einigen Mädchen ist die Abya zu sehen, ein traditionelles langes, fließendes Gewand. Aßmann macht in der Schülerschaft einen Trend zu mehr Religion aus. Es gebe deutlich mehr „konfrontative Religionsausübung“. Das seien grundsätzliche Konflikte, die allein in der Schule nicht gelöst werden könnten. „Wir können nur miteinander aushandeln, wie wir damit umgehen wollen.“ Die Streitpunkte sind hinlänglich bekannt. Sie betreffen den Sport- und besonders den Schwimmunterricht, die Sexualkunde, Klassenfahrten und die im Islam geltenden Kleidungsnormen. Aber es gibt eine neue Dimension dieser Konflikte, wenn Schüler oder auch Eltern fordern, dass in der Schule ein Gebetsraum sein müsse. Oder wenn Schüler wegen ihres Glaubens gemobbt werden.

**Brisanten Bericht zunächst als Geheimpapier behandelt**

„Wir hatten in der Tat bei uns auch schon solche Konflikte.“ Auch sei es schon vorgekommen, dass sich Schüler in der Schule zum Gebet niedergelassen haben. Aus dem Haus der Jugend, das sich mit im Schulgebäude befindet, wird berichtet, dass auf einmal die Mädchen sich nicht mehr zur Kinderdiskothek trauten. Im vergangenen Jahr hat das Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung solche Tendenzen näher untersucht und einen Bericht über „Religiös gefärbte Konfliktlagen an Hamburger Schulen“ vorgelegt. Dessen Inhalt war so brisant, dass die Ergebnisse zunächst wie ein Geheimpapier behandelt wurden. Unter anderem steht darin, dass das „islamistisch-extremistische Verhalten“ offenbar von islamistischen Extremisten außerhalb der Schule ausgehe – und zwar im Osten Hamburgs, vor allem im Raum Billstedt und Mümmelmannsberg. Die „Bild“-Zeitung verkündete kürzlich, an manchen Schulen tobe ein Glaubenskrieg, und titelte: „Salafisten unterwandern sieben Hamburger Schulen“. Eines der Fotos dazu zeigte die Schule Mümmelmannsberg.

Im Februar entschloss sich die Schulbehörde, doch über das Papier zu informieren, ohne die betroffenen Schulen zu nennen. Die Konflikte bedeuteten „erhebliche Herausforderungen für die Lehrkräfte“, hieß es. Auch seien Lehrer „überfordert angesichts endloser und provozierender Diskussionen mit Schülern“. Bildungssenator Ties Rabe (SPD) machte bei der Gelegenheit deutlich, dass es für den Umgang verschiedener Kulturen miteinander in der Schule längst Regeln gebe. Er sagte aber auch, im Fall des Falles müssten Verfassungsschutz und Polizei eingeschaltet werden.

Zufall oder nicht, kurz nach Rabes Auftritt lud der Hamburger Verfassungsschutz zu zwei Diskussionsrunden über den Einfluss von Islamisten auf Jugendliche ein. Überschrift: „Die missbrauchte Religion“. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob Islamismus nur eine jugendliche Subkultur sei. Die Debatte dazu wurde dann allerdings von Muslimen bestimmt. Sie forderten, der Islam müsse im Schulunterricht eine größere Rolle spielen, besonders im Religionsunterricht. Die Nichtmuslime wüssten zu wenig darüber. Es sei nicht hinnehmbar, dass schon ein Kopftuch Misstrauen erwecke, sagte etwa eine junge zum Islam konvertierte Frau – mit Kopftuch. Auch würden die Muslime Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren, hätten untereinander aber ein starkes Wir-Gefühl. Erst am Ende meldeten zwei Grundschullehrerinnen Zweifel an, ob allein die Gesellschaft eine Art Bringschuld dem Islam gegenüber habe. „Die Jungs, die wir in die Schule bekommen, haben zwar schlechte Deutschkenntnisse, aber den Islam kennen sie, den lernen sie von Anfang an“, sagte die eine Lehrerin. Die andere berichtete von einem „Integrationsprojekt“ mit türkischen und deutschen Eltern an der Schule, um einander besser kennenzulernen. „Nach vier Jahren muss ich feststellen: Nur eine der angesprochenen türkischen Familien zeigte wirklich Interesse.“ Auch Direktor Aßmann bestätigt für seine Schule: „Wir treffen auf muslimischer Seite immer mehr auf Fälle, wo die Verständigung an Grenzen stößt und ein religiös motivierter Konflikt droht.“ Das habe allerdings viel mit der Pubertät zu tun. Oft genug hätten schon muslimische Eltern bei ihm gesessen, die selbst nach Erklärungen suchten, welche Veränderungen ihre Kinder gerade durchlebten, und zwar oft innerhalb kürzester Zeit. „Die Religionsausübung sehe ich als eine private Sache an“, sagt Aßmann. „Im Vordergrund steht die Verpflichtung einer Schule, für alle da zu sein gerade in einer multikulturellen Gesellschaft.“

Einen Gebetsraum wird es nicht geben, das Gebet im Schulgebäude ist nicht erlaubt. Die Gesichter und Hände der Schülerinnen dürfen nicht verschleiert sein. In der Mittagspause von anderthalb Stunden haben die Schüler die Möglichkeit, nach Hause zu gehen und vielleicht dort ein Gebet zu sprechen. In einem Mobbingfall wurde auch schon mal mit Schulverweis gedroht. 14 pädagogische Mitarbeiter, Lehrer und Sozialpädagogen in Mümmelmannsberg haben selbst einen Migrationshintergrund. Gerade hat eine muslimische Lehrerin eine Zusatzausbildung für den Religionsunterricht abgeschlossen. Demnächst wird die Schulordnung überarbeitet. Die große Mehrheit der Mädchen und Jungen, sagt Aßmann, komme gerne zur Schule. „Einige der Schüler leben in schwierigen Verhältnissen. Für manche sind die Stunden in der Schule wahrscheinlich die schönsten des Tages.“ Darauf deutete auch der Erfolg der Schule: „Kaum ein Schüler kommt mit Gymnasialempfehlung zu uns. Aber am Ende macht etwa ein Viertel das Abitur.“

## Wir müssen Europa gegen die EU verteidigen 103,45

Es gibt eine europäische Identität. Sie erwächst aus der Vielfalt des Kontinents – das ist Stärke und Schwäche zugleich. Was Europa ausmacht, kann jedenfalls nicht von Brüssel aus bestimmt werden.

Von Michael Stürmer

Europas Stärke liegt in seiner Verschiedenheit, zugleich ist diese die Ursache seiner Schwäche. Dieser Widerspruch macht von jeher und bis heute die Identität der Europäer und Europas aus. Es ist derselbe Widerspruch, der auch das Unbehagen am aufgeklärten Absolutismus der Brüsseler Kommission treibt. Angesichts der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament wirft er die Frage auf, ob 100.000 Seiten bedrucktes Papier in Gestalt des "Acquis Communautaire" als einheitsverbürgendes Formprinzip ausreichen. Die kurze Antwort lautet Nein.

Umso wichtiger ist die lange Antwort. Sie muss beides tun, weit zurückblicken in Geschichte und Erinnerung der Völker und weit vorausschauen auf die Ziele und Möglichkeiten Europas und der Europäer in einer denkbar unsentimentalen globalen Zivilisation, die Schwäche nicht verzeiht, die industriellen Demokratien Europas samt ihrem Sozialvertrag in existenzielle Bedrängnis bringt und demografisch eine Umverteilung in Gang hält, in der Europa nicht mithalten kann.

Europa hat seelische und intellektuelle Reserven. Aber sie lassen sich nicht erschließen durch immer mehr Zentralismus und Dirigismus – das Modell ist rund um den Globus mehr oder weniger gescheitert, und selbst der Aufstieg des alten neuen Reichs der Mitte ist bisher kein Gegenargument. Die Lösung viel mehr liegt in Kräften und Tugenden, die spezifisch sind für die europäische Kultur in allen ihren Gegensätzen, Dissonanzen und Selbstzweifeln. Wobei, was als europäisch gilt, nicht von der Brüsseler Kommission und assortierten Ministerräten bestimmbar ist, sondern durch die Völker selbst in allen ihren so gewohnten wie geliebten Widersprüchen.

Europa ist keine gewaltige Landmasse

Man muss wohl, wie die ältesten Historiker, mit der Geografie beginnen. Europa ist nicht eine gewaltige Landmasse wie Nordamerika, Russland oder China, sondern eine Ansammlung von Inseln und Halbinseln, das kleine Kap am westlichen Ende der eurasischen Landmasse und zugleich der östliche Küstensaum des atlantischen Systems.

Europa heißt zwar ein Kontinent, und das deutet sprachlich auf Zusammenhalt hin, aber Geografie und Geschichte sind zentrifugal angelegt seit vielen Jahrhunderten. Geschichte und Kultur sind geprägt durch Widerspruch, Wettstreit und Wettbewerb, nicht durch imperialen und ideologischen Gesamtentwurf.

Und wo es dennoch so war, da hat es nicht lange gedauert. Nicht im Frankenreich unter Karl dem Großen, das schon unter den Söhnen dauerhaft zerfiel; nicht im Heiligen Römischen Reich, das den absoluten Dominat des Kaisers im Dreißigjährigen Krieg niederkämpfte, nicht unter Napoleon und nicht unter Hitler.

Völker wollen nicht auf ihre Besonderheit verzichten

"Ein Gott, ein König, ein Gesetz": Das war die Grundformel französischer Staatsbildung. Sie strahlte auf die entstehenden europäischen Nationalstaaten aus, bis das Prinzip sich im 20. Jahrhundert unter ungeheuren Blutopfern erledigte. Europa durch Vereinheitlichung und Zentralisierung gegen seine alten Dämonen zu sichern wird zwar von den Brüsseler Eurokraten als quasigöttlicher, zumindest welthistorischer Auftrag gesehen.

Doch das kann nichts daran ändern, dass die Völker etwas Entscheidendes vermissen, was sie doch, von Kopenhagen bis Wien, gerade bewahren wollten, ihre Besonderheit – die "exception française", die polnische Märtyrernation, Italien die "grande proletaria". Und auch die Deutschen, die zu Hause ihren Föderalismus pflegen – und mitunter beklagen – wollen doch nicht auf hergebrachte Lebensformen verzichten.

Im Großen groß soll die EU sein, im Kleinen klein – das wollen bei den Europawahlen alle Prominenten – so als ob sie jahrzehntlang im Widerstand gewesen wären. Es werden wohl Nichtwähler und Europaskeptiker, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten, die Mehrheit haben.

Amerikas Vorstellungen sind uns fremd

Eine Stunde der Wahrheit kündigt sich an. E pluribus unum – der stolze amerikanische Imperativ, aus vielen Verschiedenheiten ein großes Ganzes zu machen, hat selbst in den Vereinigten Staaten seine Grenzen, doch sind Legende und Wirklichkeit des "american way of life" machtvolle geschichtliche Kräfte. Amerikas Sendungsbewusstsein, die Welt sicher zu machen für die Demokratie, ist den Europäern fremd und hat Amerika zu Triumphen in zwei Weltkriegen geführt, seitdem aber auch seine Grenzen erwiesen.

Nichts davon findet sich in Europa. Die Wegbeschreibung zur "immer engeren Gemeinschaft", wie sie in den Verträgen über Euratom, die Montanunion und dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vor sechs Jahrzehnten auf geduldiges Papier gesetzt wurde, kam aus dem Trauma des Krieges, Bedrängnis durch die Sowjetunion, jugendlichem Idealismus, Weisheit alter Männer und vielen aufschiebenden Formelkompromissen.

Die Franzosen wollten so viel wie möglich vom Nationalstaat und der France profonde bewahren, die Deutschen so viel wie möglich den zerbrochenen Nationalstaat hinter sich lassen. Die amerikanische Führungsmacht gab militärischen Schutz, namentlich durch die Politik der Nuklearwaffe, welche die Amerikaner hatten und die Russen lange nicht, und verlangte im Gegenzug, die Europäer sollten ihre Wirtschaft fusionieren und Deutschland in den Klub aufnehmen.

Die Summe der Brüsseler Wohltaten bringt nichts

Europäische Identität? Anders als lange geglaubt, kann sie nicht das Modell des deutschen Föderalismus borgen. "Staatenverbund neuer Art" – so orakelte vor zwei Jahrzehnten das Bundesverfassungsgericht und überließ den Rest der Kommission mit ihrem Sendungsbewusstsein und den Mitgliedsstaaten mit ihrem Egoismus. Wenn letztere aber erwarteten, es werde sich aus der Summe der Brüsseler Wohltaten irgendwie irgendwann eine höhere Synthese ergeben, so haben sie sich getäuscht. Europäische Identität wird auf diese Weise nicht entstehen.

Dabei gibt es sie längst, man muss sie nur wahrnehmen und anerkennen. Wie kommt es denn, dass Europa im Rest der Welt als Sinn- und Wirkungseinheit verstanden wird – nur in Russland ist das Prinzip der fusionierten Souveränität Objekt des Rätselratens geblieben.

Wie kommt es, dass deutsche Werkzeugmaschinen und Automobile, französische Haute Couture, italienische Handtaschen als klassische europäische Kulturprodukte wahrgenommen werden und sich im Übrigen auch der Nachahmung, wenn man genauer hinschaut, entziehen? Wie kommt es, dass die europäische Stadt mit Rathaus, Kirche und Markt unverkennbar Alte Welt ist, die Kulturlandschaften ebenso, die Reste der Vergangenheit, eingeschlossen das Gedenken an die durchlebten und durchlittenen gemeinsamen Katastrophen?

Mit anderen Worten: Es gibt die europäische Identität, man muss sie nur in ihren Widersprüchen begreifen und notfalls gegen Kommission, Ministerräte und Technokratie verteidigen.

## Kommunikation braucht ein Gesicht 103,47

Die Uni Gießen hat einer Studentin zu Recht untersagt, mit Burka in den Hörsaal zu kommen. Wissenschaft ist auf Verständigung angelegt. Mit Schleier geht das nicht.

EIN KOMMENTAR VON PARVIN SADIGH

14. Mai 2014 15:30 Uhr 227 Kommentare

Eine Muslimin studiert in Gießen auf Lehramt. Sie trägt normalerweise eine Burka, einen Ganzkörperumhang, der nur ihre Augen freilässt. Damit wollte sie auch in den Hörsaal gehen. Aber die Uni-Leitung hat ihr mitgeteilt: Ein wissenschaftlicher und interaktiver Diskurs sei damit nicht möglich. In Bayern hat ein Verwaltungsgericht vor Kurzem ähnlich entschieden: Schulen dürfen die Ganzkörperverschleierung verbieten. Eine Schülerin hatte geklagt, weil sie einen Nikab tragen wollte, einen Schleier, der das ganze Gesicht verhüllt.

Nun scheint die Burka für eine Lehramtsstudentin schon deshalb absurd, weil an den meisten Schulen Lehrerinnen nicht einmal ein Kopftuch tragen dürfen. Darüber kann man natürlich streiten. Der Grund ist zwar nachvollziehbar, denn sie sind im öffentlichen Dienst angestellt oder Beamte, und dazu gehört, sich religiös und politisch neutral zu verhalten.

Fraglich ist allerdings, ob das auch für Lehrerinnen gelten sollte, die zum Beispiel islamischen Religionsunterricht erteilen, und damit sowieso ein religiöses Bekenntnis ablegen. Eine konsequente Trennung von Religion und Schule gibt es in Deutschland ohnehin nicht.

Im Alltag nehmen wir Frauen mit Kopftuch längst als normale Gesprächspartnerinnen wahr. Wir verabreden mit der Arzthelferin Termine, lesen die Texte einer Journalistin oder hören uns die Argumente einer Politikerin an. Wir urteilen über diese Frauen nicht mehr nur aufgrund ihres Kopftuches, sondern aufgrund dessen, was sie tun und sagen.

Wer sein Gesicht verbirgt, isoliert sich

Nicht zu streiten braucht man über die völlige Verhüllung des Gesichts – also über Burka oder Nikab an Schule, Universität oder auch in Berufen, in denen die Frauen mit Menschen reden müssen. Denn Frauen mit Kopftuch können wir ins Gesicht schauen, sie lächeln oder grollen sehen. Wir können sie als Persönlichkeit wahrnehmen. Wir können mit ihnen Witze machen oder streiten und dabei erkennen, ob sie beleidigt sind oder amüsiert, ob ein Kompromiss möglich ist oder nicht, ob sie sich in die Ecke gedrängt fühlen oder ob sie gleich angreifen werden.

In der Schule und erst recht an der Uni lernen Schüler und Studenten nicht nur Fakten. Sie lernen auch, indem sie argumentieren und mit anderen diskutieren. Kommunikation läuft aber nicht nur über Sprache. Wer sich mit anderen verständigen möchte, ist auf Zeichen angewiesen, die sich im Gesicht des anderen zeigen. Wer sich verbirgt, isoliert sich von den anderen und nimmt an einem wesentlichen Teil des Unterrichts entweder gar nicht mehr teil – oder irritiert Mitschüler und Kommilitonen ebenso wie Lehrer und Dozenten. Darauf hat auch die Uni Gießen die Studentin hingewiesen.

In der Schule kommt noch ein anderes Argument dazu: Minderjährige Mädchen müssen auch davor geschützt werden, dass extrem gläubige Mitschüler oder Verwandte und Bekannte sie unter Druck setzen, sich vom normalen deutschen Schul- und Teenagerleben zu isolieren, und ihnen damit die Chance nehmen, selbst zu bestimmen, wie sie glauben und leben wollen.

Im aktuellen Fall ließ sich die Studentin übrigens von der Universitätsleitung überzeugen, auf die Burka im Hörsaal zu verzichten. Weitere Fälle sind bisher nicht bekannt – wohl auch deshalb, weil muslimische Studentinnen in der Regel wenig Interesse daran haben, sich durch Ganzkörperverhüllung an den Rand zu stellen.

## „Englisch gefährdet das Denken“ 103,48

Meeting oder Sitzung? Low Performer oder Versager? Was hat es eigentlich für Auswirkungen, wenn auf deutschen Bürofluren nur noch das Englische dominiert? Ein Interview mit dem Sprachwissenschaftler Jürgen Trabant.

© ANDREAS PEIN / F.A.Z.  Jürgen Trabant, 71, war Professor für Romanische Philologie in Berlin. Zuletzt erschien von ihm „Globalesisch oder was? Ein Plädoyer für Europas Sprachen“.

### **Herr Trabant, was unterscheidet ein Meeting von einer Sitzung?**

An der Sitzung nehmen der Herr Professor und die Frau Direktorin teil. Beim Meeting sitzen John, Peter und Wolfgang am Tisch. Hierarchien gibt es trotzdem. Da täuschen sich viele, die nach Amerika gehen. Sie denken, das ist mein Freund John. Dabei ist er natürlich der Boss, und jeder weiß das. Darin liegt eine Gefahr.

### **Ist der Low Performer etwas anderes als der Versager?**

Er ist jedenfalls etwas anderes als der Pechvogel, der sagt: Mir war auf dieser Welt das Glück nicht hold, ich wandre in die Berge - wie es in Gustav Mahlers Lied von der Erde heißt. Das ist die europäische Sicht. Der Amerikaner bezieht die Schuld auf sich selbst.

### **Verliefe der Change Process anders, wenn er Veränderungsprozess hieße?**

Sie wären zumindest weniger genervt und hätten nicht ständig das Gefühl, dass Sie eine Mogelpackung verkauft bekommen: Sie sollen etwas ganz normales Deutsches machen und müssen es sich auf Englisch aufhübschen lassen. Das hat einen Snob Appeal, der viele stört.

### **Es geht gar nicht um das Englische - sondern um die Leute, die sich so ausdrücken?**

An den Anglizismen störe ich mich überhaupt nicht. Das nervt manchmal, aber darunter leidet nicht die deutsche Sprache. Die Frage ist eine andere: Müssen wir diesen Snobismus mitmachen?

### **Darf sich ein Finanzkonzern noch Deutsche Bank nennen, wenn der Vorstandschef nur Englisch spricht?**

Das müssen die Aktionäre beurteilen, ob sie auf der Hauptversammlung Auskünfte in der Landessprache verlangen. Ich selbst fand es jedenfalls befremdlich.

### **Ist eine Firma, die Englisch als Umgangssprache einführt, noch dieselbe wie vorher?**

Natürlich ändern sich damit das ganze Denken und das ganze Verhalten. Solange es um normierte Abläufe geht, ist das nicht gravierend. Aber zumindest die Führungskräfte übernehmen mit der Sprache auch einen ganzen Lebensstil. Sie schicken ihre Kinder auf eine englischsprachige Kita, Schule, Universität. Da muss sich eine Gesellschaft die Frage stellen, ob sie ihre ökonomischen Eliten einfach auswandern lässt. Es ist schon ein Problem, wenn sich eine ganze Gruppe von Menschen in eine andere sprachliche und kulturelle Welt flüchtet - wie die Aristokratie des 18. Jahrhunderts ins Französische.

### **Eben: Im Mittelalter kommunizierten die europäischen Eliten auf Latein, im 18. Jahrhundert auf Französisch, heute halt auf Englisch. Wo ist das Problem?**

Damals gab es noch keine Demokratie, und es gab riesige Klassenunterschiede. Mit dem Bürgertum ist das Deutsche dann aufgestiegen. Und die Landessprache begünstigte das Entstehen von Demokratie, so war es in den meisten europäischen Ländern. Für eine Gesellschaft ist es gut, wenn sie sich in einer gemeinsamen Sprache verständigen kann. Was nicht bedeutet, dass die Eliten nicht mehrsprachig sein sollen. In Deutschland waren sie es immer. Und es ist auch gut, wenn viele Menschen mehrsprachig sind.

### **Wie kann eine vielsprachige Demokratie in Europa funktionieren?**

Ich habe nichts dagegen, dass die Parlamentarier und die Eurokraten in Brüssel untereinander Englisch sprechen. Hauptsache, die Verwaltung funktioniert. Aber mit den einzelnen Ländern muss das Zentrum in der Landessprache kommunizieren. Wenn ich als lettischer Bürger einen Brief nach Brüssel schreibe, habe ich den Anspruch auf eine lettischsprachige Antwort. Das läuft im Moment nicht so gut, wie es laufen sollte.

### **Muss die gemeinsame Sprache das Englische sein?**

Mir als Romanisten wäre natürlich das Französische lieber gewesen. Ich war damals auf der Seite von Charles de Gaulle, der sich auch deswegen gegen die Aufnahme Großbritanniens gestemmt hat. Er hat genau gesehen: Wenn England nicht dabei wäre, hätten wir heute Französisch als Sprache Europas.

### **Und das Deutsche?**

Es war vielleicht ganz weise, nicht auf unserer Sprache zu bestehen. Nach dem Krieg gab es so etwas wie eine deutsche Sprach-Scham. Wir wollten im Ausland nicht die Sprache benutzen, in der kurz zuvor so schrecklich gebrüllt wurde. Auch heute ist die Zurückhaltung ein Gebot der politischen Klugheit, wir sind nun mal das große Land in der Mitte Europas. Im eigenen Land könnten wir die Schönheit unserer Sprache allerdings mehr betonen.

**Das passiert doch, wenigstens zum Teil: Die Bahn sagt wieder „WC“ statt „McClean“. Die Parfümerie Douglas hat ihren Slogan „Come in and find out“ eingestampft, weil ihn niemand verstand.**

Ist das so? An jeder Boutique steht „Closed“, und der Schlussverkauf heißt „Sale“. Manche Exzesse wurden zurückgenommen, das stimmt. Die Telekom verschickt ihre Rechnungen wieder auf Deutsch. Eine Zeitlang stand dort „City Call“ statt Ortsgespräch, und kein Mensch wusste, was er da überhaupt bezahlt. Stellen Sie sich mal vor, in Amerika würden Telefonrechnungen auf Deutsch oder Russisch verschickt!

### **Das Englische ist doch ungemein praktisch: Anders als noch vor zwanzig Jahren komme ich damit überall in Europa durch.**

Wenn ich mich damit nur verständlich machen will, ist das ja völlig in Ordnung. Um in Helsinki eine Pizza zu bestellen, muss ich nicht Finnisch lernen. Aber das bleibt eindimensional: Mit meinem praktischen Englisch will ich vor allem meinen Wunsch kommunizieren, ich will gar nicht wissen, was du mir sagst. Das führt dazu, dass man immer nur sich selbst ausdrückt, statt sich in den anderen hineinzuhören. Wenn ich mich mit Finnen oder Griechen wirklich befreunden möchte, sollte ich besser deren Sprache lernen. Ich bin sicher: Viele der Probleme mit Griechenland wären gar nicht erst aufgetreten, wenn mehr Leute in Berlin und Brüssel Griechisch könnten.

### **Viele Amerikaner fordern auch in Europa ganz selbstverständlich ein, dass man Englisch mit ihnen spricht.**

Fremdsprachen sind an den öffentlichen Schulen in Amerika und England so gut wie abgeschafft. Sie haben mit ihrer Sprache gesiegt und glauben, sie kommen damit durch. Dieser sprachliche Provinzialismus gefährdet das Denken. Als die Amerikaner aus dem Irak abzogen, sagte Präsident George W. Bush: Dann schicken wir die Übersetzer nach Afghanistan. Er wusste offensichtlich nicht, dass in Afghanistan kein Arabisch gesprochen wird! So etwas hat natürlich politische Folgen. Für die Vorherrschaft der Amerikaner in der Welt wäre es besser, wenn sie den Umgang mit dem anderen lernten.

### **Auch in Amerika haben sich die intellektuellen Eliten über Bush lustig gemacht.**

Was die Sprache betrifft, sind sie aber keinen Deut besser. Die letzten fünf Jahre habe ich an einer englischsprachigen Hochschule in Deutschland unterrichtet. Da merkte ich: Alles, was ich in meinem Forscherleben getan habe, kommt in der abgeschlossenen Anglo-Welt nicht vor. Aus anderen Sprachen wird nichts wahrgenommen und nur wenig ins Englische übersetzt, und wenn, dann müssen es die anderen selbst bezahlen. Ganze Bibliotheken von Wissen verschwinden auf Nimmerwiedersehen in der exklusiven Anglophonie.

### **Ein Wettbewerbsvorteil ist das Englische für die Amerikaner schon - die ganzen Internetfirmen säßen kaum in Amerika, wenn Englisch nicht die Weltsprache wäre?**

Klar, die Vorherrschaft des Englischen ist ein unglaublicher Wirtschaftsfaktor. In England gehen, glaube ich, bis zu 20 Prozent der Wirtschaftsleistung auf den Englischunterricht für Ausländer zurück. Der belgische Sozialphilosoph Philipp Van Parijs hat ausgerechnet, dass die nichtanglophone Menschheit jedes Jahr 300 Milliarden Euro allein fürs Englischlernen ausgibt. Es wäre doch schön, wenn die Briten dafür ein bisschen Geld aufs Festland überweisen könnten - als eine Art Finanzausgleich.

### **Wenn es stimmt, dass man sich durchs Sprachenlernen besser in andere Kulturen hineinversetzen kann: Dann wäre das doch für die Amerikaner ein großes Handicap?**

So ist es ja auch. Der deutsche Exporterfolg hat auch damit zu tun, dass wir uns ganz gut auf die anderen einstellen können. Der schwäbische Mittelständler schickt nach Polen eben einen Mitarbeiter, der auch Polnisch spricht oder sich zumindest darum bemüht. Die Amerikaner wissen oft gar nicht, was es heißt, in anderen Sprachen zu kommunizieren. Sie nehmen keine Rücksicht und reden drauflos, als seien sie in Tennessee. Unter meinen Studenten waren sie die Einzigen, die man nicht verstehen konnte.

### **Dann müssen wir uns um die Zukunft des Deutschen keine Sorgen machen?**

Aussterben wird es nicht. Aber die Gefahr ist, dass es zu einer zweitrangigen Sprache für den Hausgebrauch herabsinkt. Hinter dieser Befürchtung steht die französische Erfahrung. Bis zur Revolution war Frankreich ein vielsprachiges Land. Die Revolution hat dann die französische Sprache durchgesetzt, das Bretonische und das Okzitanische sind ins Haus zurückgewandert. So könnte es den europäischen Sprachen ergehen, wenn sich das Englische in der offiziellen Sphäre weiter durchsetzt.

### **Gibt es positive Vorbilder?**

Das alte Österreich hat eine sehr kluge Sprachpolitik gemacht. Die habsburgischen Beamten mussten mindestens drei Sprachen können. Wer nach Ruthenien versetzt wurde, der musste eben Ruthenisch lernen. Heute rate ich: Jeder Europäer sollte neben seiner Muttersprache und dem Englischen mindestens noch eine dritte Sprache lernen.

### **Wonach soll ich mich dabei richten?**

Nach der Stimme des Herzens. Nicht nach ökonomischen Kriterien, dafür gibt es ja schon das Englische. In der Schule habe ich mich schrecklich gequält, ob ich als dritte Sprache Französisch oder Russisch lernen soll. Dann sagte ein Lehrer: Nach Russland kommst du schlecht hin, Frankreich liegt uns näher. Als ich dann zum ersten Mal Französisch hörte, dachte ich: Das ist die Sprache, die in meinem Herzen schon immer geklungen hat.

## Europe : l'identité introuvable ? 103,50

Par Anne Lorne

Publié le 15/05/2014 à 15:56



FIGAROVOX/TRIBUNE- Pour Anne Lorne, le génie européen tient précisément à des principes universels enracinés dans une histoire : la place centrale accordée à la personne humaine, la distinction entre politique et religieux, et la dignité de la femme.

---

Anne Lorne est candidate aux élections européennes sur la liste de Renaud Muselier (UMP) dans la circonscription Sud-Est. Elle participe également à Sens Commun.

---

«Les racines de l'Europe autant musulmanes que chrétiennes» affirmait de manière provocatrice le Président Jacques Chirac, en mai 2003, pour justifier son refus d'inscrire toute référence au christianisme dans la constitution européenne.

De fait, si l'on considère l'identité comme l'addition arithmétique des influences qui se sont succédé sur le continent européen au fil des siècles, l'Europe serait tout aussi bien chrétienne que musulmane, du moins en Espagne et dans les Balkans, longtemps dominés par une présence musulmane. Doit-on pour autant effectuer un calcul par pourcentage d'influence sur une échelle de temps donnée? Ce serait nier la notion même d'identité.

Il est vrai que l'identité, instinctivement ressentie par ceux qui l'éprouvent, est, en revanche, beaucoup plus difficile à définir tant le risque est grand, alors, de l'enfermer dans des termes ne rendant pas suffisamment compte de sa complexité comme de son évolution: «Ce qu'il y a de moins simple, de moins naturel, de plus artificiel, c'est-à-dire de moins fatal, de plus humain et de plus libre dans le monde, c'est l'Europe» affirmait à juste titre [Jules Michelet](#) dans son Introduction à l'histoire universelle. De fait, l'Europe est d'abord une aventure humaine et ses frontières, fixées par la géographie des mers à l'Ouest et au Sud, relèvent d'un donné culturel à l'Est.

**« Ce qu'il y a de moins simple, de moins naturel, de plus artificiel, c'est-à-dire de moins fatal, de plus humain et de plus libre dans le monde, c'est l'Europe »**

Jules Michelet

Il faut donc faire appel à la culture pour brosser à grands traits une identité marquée par les méandres de l'histoire. Héritière de la philosophie grecque, structurée en grande partie par le droit romain et enracinée dans la pensée judéo-chrétienne, l'Europe peut fièrement revendiquer Athènes, Rome et Jérusalem comme ses trois «mères-patries», selon l'expression de Jean-Marie Paupert. Cela n'exclut nullement les apports antérieurs ou les

influences ultérieures, qu'ils soient celtes, germains, arabes ou slaves. Mais l'identité, loin de nier ces particularités, les ordonne en fonction d'un tout et c'est cela qui nous préoccupe.

Nécessairement plurielle, à la manière d'une toile impressionniste, l'identité n'est donc pas un bloc monolithique. Mais si elle s'enrichit de toutes les influences qui la nourrissent au fil du temps, elle ne se résume pas non plus à une agrégation de cultures. Elle est un tout qui ordonne, sans les nier, les particularités locales, en fonction d'un axe vertical qui lui donne sa cohérence. De même qu'une personne, ayant pu recevoir par héritage différentes influences, s'ancre résolument dans la culture qu'elle choisit d'aimer, l'Europe, qui a vu déferler sur son sol différentes influences, a historiquement choisi de s'enraciner dans la culture gréco-latine et dans les valeurs judéo-chrétiennes. De fait, la greffe musulmane n'a pas pris sur le long terme, en Espagne comme dans les Balkans. L'identité est donc aussi affaire de volonté et c'est pourquoi elle est un combat permanent.

Par-delà les tribulations de l'histoire, quels sont les invariants qui dessinent à grands traits les caractères essentiels de notre identité? Distinguons-en trois principaux:

- Une place centrale accordée à la personne humaine : c'est particulièrement visible dans l'art, reflet de toute civilisation. Qu'il s'agisse du Louvre, du musée de l'Ermitage de Saint-Pétersbourg, du Prado à Madrid ou de la National Gallery à Londres, le visage humain est magnifié et conçu comme le sommet de la beauté, là où d'autres civilisations s'interdisent de le représenter. Héritage d'une culture où le fils de Dieu s'est incarné pour prendre un visage humain, l'Europe considère la personne comme un sujet de droit doté d'une dignité inaliénable, là où d'autres civilisations font primer la logique de clan, d'ethnie, de groupe ou de caste.

- Une distinction des pouvoirs civils et religieux, qui fonde la liberté de conscience: là où l'empereur romain avait coutume, comme dans toutes les autres civilisations de l'époque, de «cumuler» la dignité sacrée de Pontifex Maximus avec le titre guerrier d'Imperator, l'Occident chrétien a, pour la première fois dans l'histoire des sociétés, opposé une fin de non-recevoir au souverain et contesté le monopole de son pouvoir religieux. C'est l'apparition du domaine réservé de la conscience que le pouvoir politique ne peut, sous peine d'illégitimité, violer allègrement, comme le pressentait déjà Antigone face à Créon. À noter que la liberté de conscience est aujourd'hui en France un principe de valeur constitutionnelle que souhaiteraient remettre en cause tous ceux qui souhaitent faire primer un consensus législatif précaire sur les droits inviolables de la conscience humaine.

- Une dignité particulière de la femme : là où d'autres civilisations ont voué les femmes à la reproduction ou en ont fait des instruments de plaisir, l'Europe, issue d'un personnage féminin de la mythologie grecque, a célébré la femme dans la littérature et dans l'art, et lui a accordé un rôle éminent dans la vie sociale, et ce, bien avant le dévoiement, par un féminisme agressif, de l'altérité des sexes. «Les sociétés sont ce que veut être la femme», résume magnifiquement le bienheureux Joseph Anacleto Gonzalez Flores, chef cristeros martyrisé par les autorités mexicaines en 1927 et béatifié par Benoît XVI en 2005. De fait, la conception que se fait de la femme une société, est révélatrice de son degré de civilisation.

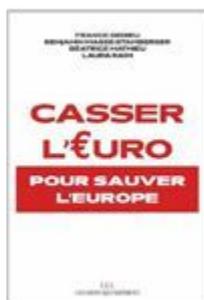
Le point commun entre ces principes, c'est qu'ils sont universels par vocation et pourraient concerner a priori toutes les nations, même s'ils restent circonscrits à l'Europe dans leur développement historique. C'est là tout le génie et le paradoxe de notre continent, universel par vocation mais identitaire par construction.

## Faut-il casser l'euro pour sauver l'Europe ? 103,52

Par Alexandre Devecchio

Publié le 15/05/2014 à 20:58

FIGAROVOX/ECONOMIE - Douze ans après la mise en circulation la monnaie unique, un documentaire diffusé ce jeudi sur France 2 raconte «Le Roman de l'euro». Mais pour Franck Dedieu, co-auteur de *Casser l'euro pour sauver l'Europe*, l'aventure de l'euro s'est transformée en tragédie économique.



Franck Dedieu est rédacteur en chef adjoint de l'Expansion et co-auteur de «Casser l'euro pour sauver l'Europe ».

---

Douze ans après la mise en circulation la monnaie unique, un documentaire diffusé ce jeudi sur France 2 raconte «Le Roman de l'euro». Dans votre livre, vous proposez de «casser l'euro pour sauver l'Europe». Le projet européen pourrait-il survivre à la fin de la monnaie unique? L'euro n'est-il pas le garant de la coopération européenne?

Franck Dedieu: L'euro vendu lors de sa création comme un facteur de protection, de convergence et de coopération n'a pas du tout rempli sa mission initiale. Il a même produit l'effet inverse. Les pays au lieu de se rapprocher, ce sont éloignés économiquement. Le Nord industriel accumule les excédents commerciaux, le sud consommateur enregistre des déficits malgré la légère amélioration de tendance ces derniers mois du côté latin. Et aujourd'hui, sous le régime de l'euro, les pays n'ont pour seul choix que de se lancer dans une course sans fin à la baisse du coût du travail. L'Allemagne a commencé il y a dix ans à baisser son coût du travail. Les autres se lancent aujourd'hui, tous en même temps. François Hollande se démène pour faire baisser de 5 à 6 % son coût du travail, avec son pacte de responsabilité. L'italien Matteo Renzi promet d'améliorer sa compétitivité de 10%. Et, cerise sur le gâteau, l'espagnol Mariano Rajoy envisage un forfait de 100 euros de charges sociales pour toute nouvelle embauche. L'effort de l'un se trouve ainsi annulé par la surenchère de l'autre. C'est la cause de la déflation dans lequel le Vieux Continent est en train de pénétrer aujourd'hui. Si chacun des pays de la zone euro recouvraient leur souveraineté monétaire, ils pourraient dévaluer leur monnaie - ou se trouver contraint de réévaluer - de manière à desserrer la pression sur le coût du travail.

Tous les pays qui ont fait des réformes structurelles ont accompagné leurs efforts d'une dévaluation de leur monnaie pour dynamiser leurs exportations. Ce fut le cas de la Suède et de Canada au début des années 1990.

La crise dans laquelle les Etats européens s'enfoncent depuis 5 ans est-elle une crise budgétaire, comme semble le penser la majorité des dirigeants européens, ou s'agit-il plus largement d'une crise monétaire? En quoi l'euro pénalise-t-il les économies européennes?

Malheureusement, tout est lié. Le fonctionnement de l'euro - selon des canons ordolibéraux inspirés du modèle allemand qui proclame l'indépendance de la Banque Centrale et la lutte contre l'inflation - limite intrinsèquement la croissance. Pour contourner ce problème structurel, les pays ont eu recours à la facilité de l'endettement, ceux du Sud en ont usé et abusé grâce à des taux d'intérêt bas. Aujourd'hui, le mensonge de la

dette apparaît dans sa nudité et les institutions européennes à Bruxelles et Francfort infligent aux pays des cures d'austérité qui brident le moteur économique de la zone.

Certains trouvent un intérêt économique à maintenir l'euro en état, les banquiers notamment qui ont intérêt à préserver la rente et à vivre dans un univers déflationniste, quitte à pénaliser l'économie réelle.

Comment expliquez-vous que l'Allemagne, avec la même monnaie, soit aussi prospère? L'une des clefs de son succès n'est-elle pas qu'elle a mené à bien les réformes que nous refusons d'engager?

Oui, l'Allemagne a mené des réformes mais en premier et dans des circonstances économiques favorables (début des années 2000). Selon le principe bien connu de ce que les économistes appellent «le cavalier solitaire», c'est le premier à agir qui trouve un avantage relatif par rapport aux autres, qui n'ont d'autres choix que de suivre le courant des réformes pour rester compétitif. Le retour aux monnaies nationales sous l'égide d'un nouvel euro, une monnaie commune, n'est pas une martingale commode pour repousser à plus tard les réformes. C'est une condition préalable. Tous les pays qui ont fait des réformes structurelles ont accompagné leurs efforts d'une dévaluation de leur monnaie pour dynamiser leurs exportations. Ce fut le cas de la Suède et de Canada au début des années 1990. Et si on remonte plus loin, au lendemain du Traité de Rome, le Général de Gaulle en 1958, dévalua avec messieurs Pinay et Rueff en même temps qu'il fit adopter des baisses de dépenses dans le pays.

La proposition de «casser» l'euro reste taboue dans le débat politique français. Comment expliquez-vous une telle chape de plomb?

L'échec de l'euro contredit toutes les promesses formulées dans les années 1990 par la gauche comme la droite au pouvoir. Ouvrir le débat revient à reconnaître leurs erreurs d'analyse. De façon plus prosaïque, certains trouvent un intérêt économique à maintenir l'euro en état, les banquiers notamment qui ont intérêt à préserver la rente et à vivre dans un univers déflationniste, quitte à pénaliser l'économie réelle. Sans tomber dans la théorie du complot, il y a une intimidation sur ce sujet, fondée sur une fausse équation: «sortir de l'euro = fin de l'Europe». Nous pensons exactement l'inverse, l'Europe court à sa perte sous l'égide d'une monnaie vecteur de récession et de déflation.

La souveraineté monétaire doit correspondre à la souveraineté politique. Les deux doivent fonctionner à la même échelle.

Vous-même, vous n'avez pas voté «Non» au traité de Maastricht. Qu'est-ce qui vous a fait évoluer sur cette question?

J'ai voté oui et même soutenu ardemment le Traité de Maastricht à l'âge de 20 ans. Comme tous les auteurs, nous avons vu à la faveur de la crise le vice de conception de l'euro produire ses effets délétères. La souveraineté monétaire doit correspondre à la souveraineté politique. Les deux doivent fonctionner à la même échelle. Or ce n'est pas le cas, l'euro est post-national, les budgets et les droits sociaux sont nationaux. Alors, bien sûr, il y a la solution fédéraliste qui dans son principe alignerait la monnaie, le budget et le social et donc résoudrait ce vice de conception. Mais c'est le fruit d'un travail long, très long. «On ne fait pas d'omelette avec des oeufs durs» disait de Gaulle. L'intégration européenne avance à pas de fourmi alors que la crise s'étend rapidement. Il faut donc agir vite, et convaincre nos partenaires européens de sortir de l'euro de la façon la plus coordonnée possible.

La fin de l'euro, qui n'existe que depuis à peine plus de dix ans, soit presque rien au regard de l'Histoire, ne serait pas l'apocalypse.

Comment se déroulerait concrètement une sortie de l'Euro? Que répondez-vous à ceux qui prédisent le chaos?

Ceux qui prédisent le chaos sont surtout ceux qui veulent que rien ne change, soit parce qu'ils auraient trop à y perdre, soit parce qu'il faudrait expliquer pourquoi ils se sont trompés, soit tout simplement par conformisme ou par idéologie.

La fin de l'euro, qui n'existe que depuis à peine plus de dix ans, soit presque rien au regard de l'Histoire, ne serait pas l'apocalypse. Il y aurait certes un peu de tangage sur les marchés, mais qui pourrait être compensé le

temps de la grande conversion, par un rétablissement du contrôle des capitaux, et à moyen terme, par l'augmentation de la part de la dette financée par l'épargne nationale.

Par ailleurs, les marchés sont pragmatiques et non idéologiques contrairement à nombre d'experts et de commentateurs: si l'économie française redémarre, grâce au gain de compétitivité instantané permis par la dévaluation, ils reviendront financer l'économie française.

## Les cours en amphi moins efficaces pour réussir 103,55

Par Julie-Anne De Queiroz Publié le 15/05/2014 à 18:09

Souvent jugés ennuyeux par les étudiants, les cours magistraux ne permettent pas d'obtenir d'aussi bons résultats que les méthodes d'enseignement plus actives, selon les résultats d'une étude américaine.

On s'en doutait, une étude le confirme: les cours magistraux sont moins efficaces que des méthodes d'enseignement plus actives, telles que les travaux dirigés ou autres [cours](#) en groupes où l'interaction est encouragée.

Selon [cette étude](#) publiée dans la revue Proceedings of the National Academy of Sciences (PNAS), les étudiants qui suivent des cours magistraux sont 1,5 fois plus susceptibles d'échouer aux examens que leurs camarades suivant des cours basés sur «l'apprentissage actif». Celui-ci étant défini par les chercheurs comme «engageant les étudiants dans le processus au travers d'activités et/ou de discussion dans la classe, contrairement à l'écoute passive d'un expert, et «mettant l'accent sur une réflexion de plus haut niveau», souvent associé à du travail de groupe.

### Des notes plus élevées pour les étudiants impliqués dans des cours «actifs»

Pour aboutir à cette conclusion, les chercheurs ont analysé 225 cours à caractère scientifique, impliquant technologie, ingénierie, [mathématiques](#) et sciences. Les étudiants étaient divisés en deux groupes: alors que les premiers suivaient des cours magistraux, les seconds suivaient des cours «actifs», avec pour les deux groupes le même enseignant. A la fin, tous les élèves passaient le même examen. 22 % des étudiants des cours actifs ont échoué, contre 34 % de ceux suivant les cours magistraux. Les notes obtenues par les élèves «acteurs» des cours étaient par ailleurs plus élevées, en moyenne de 6 %.

«C'est vraiment un article important» s'est félicité Eric Mazur, physicien à [l'université de Harvard](#) et militant de longue date pour une pédagogie plus active, qui n'a pas pris part à cette étude. Avant d'ajouter qu'il lui semblait «presque contraire à l'éthique de faire des cours magistraux si on a ces données».

Pour Scott Freeman, l'un des chercheurs à l'origine de cette étude, le but de ce travail était notamment de fournir une base solide et fiable pour soutenir la remise en cause des cours magistraux, «forme prédominante d'enseignement» depuis la «création des universités en Europe de l'ouest en 1050».

### Les MOOC, le futur des cours magistraux?

Dans les pays anglo-saxons, l'interaction est déjà bien plus développée. Souvent, les élèves sont chargés de préparer les thèmes des cours chez eux, avant d'en discuter en classe, où les effectifs sont souvent limités. Mais Scott Freeman refuse de se voir opposer le nombre d'[étudiants](#) comme obstacle à la participation des élèves. «Mon cours d'introduction à la biologie rassemble jusqu'à 700 étudiants», explique-t-il. Pourtant, pour la dernière séance de son cours, son PowerPoint ne présente que des questions, et il fait appel aux étudiants, sur la base du volontariat ou en les désignant, pour y répondre.

Moins efficace, les cours magistraux ne devraient pour autant pas complètement disparaître si l'on en croit Noah Finkelstein, chercheur à l'université du Colorado. Pour lui, si l'étude met en lumière les avantages de la pédagogie active, il y aura tout de même «toujours des moments où le cours magistral sera nécessaire». Reste que pour ses détracteurs comme Scott Freeman, le cours magistral n'étant pas plus efficace qu'un [MOOC](#), quitte à en suivre un, «autant rester à la maison dans vos pantoufles lapin».

[HTTP://ONLINE.WSJ.COM/NEWS/ARTICLES/SB10001424052702304908304579564180959369024?MG=RENO64-WSJ&URL=HTTP%3A%2F%2FONLINE.WSJ.COM%2FARTICLE%2FSB10001424052702304908304579564180959369024.HTML](http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052702304908304579564180959369024?MG=RENO64-WSJ&URL=HTTP%3A%2F%2FONLINE.WSJ.COM%2FARTICLE%2FSB10001424052702304908304579564180959369024.HTML)

BRUSSELS BEAT

## Five Big Policy Issues for Europe's Next Five Years 103,56

The European Union's new parliament and commission leaders will face many challenges, foremost among them managing Russia and finding jobs for its youths.

By [STEPHEN FIDLER](#)

The European Union is looking forward. Elections for the European Parliament next week will be followed by an overhaul of the European Commission, the EU's executive arm. Herman Van Rompuy will also step down as president of the European Council, the powerful body where the 28 EU leaders meet, at the end of November.

With the changing of the guard in Brussels, politicians, policy makers, diplomats and businesspeople are debating the challenges the EU will face during the next five years.

Here, distilled from some of these discussions, are the five often-overlapping policy areas expected to dominate Europe's next half-decade.

### **The Neighborhood:**

The legacy of the Arab Spring had already created turmoil and conflict in the countries around the Mediterranean before [Vladimir Putin](#) started intervening in neighboring Ukraine at the EU's eastern border. Many diplomats fear that Moscow is trying to turn Ukraine into a failed state, seeking to make sure that if the country doesn't fall into its sphere of influence it won't fall into the West's.

Trying to shore up Ukraine and managing an adversarial relationship with Russia are geopolitical challenges for a bloc that is most comfortable handling technocratic obstacles. Most EU nations would like to return to business-as-usual; Mr. Putin may not let them.

### **Migration:**

The unsettled neighborhood is amplifying the numbers of undocumented migrants seeking refuge inside the EU—this year likely to reach record levels.

The bloc already faces a humanitarian crisis, with hundreds drowning in the Mediterranean while trying to make the crossing from Libya to Italy. Tensions are already high between countries in the south where the refugees land and which argue they are bearing most of the financial cost, and countries in the north where they want to go. On top of that, officials are bracing for increased numbers of migrants from Ukraine.

So far, external migration has been put in the tray marked "too difficult." But it's not only external migration that's an issue. Migration inside the EU—deriving from the right of free movement of labor—has become a political hot potato in the U.K. and elsewhere. That brings us to the third likely challenge.

### **The U.K.**

A campaign to curb immigration has become a rallying cry for the anti-EU U.K. Independence Party, which is riding high in the opinion polls. UKIP's undercutting of the Conservative Party has led Prime Minister [David Cameron](#) to promise an In-Out referendum on the EU in 2017. It's not yet inevitable because the Conservatives are far from certain to be returned to office in next year's elections. Nonetheless, the U.K. is seeking negotiations that will reduce the EU's perceived power. Those talks could be linked to EU treaty changes Germany wants to make to reform the euro zone.

Before then, the cat could be put among the EU pigeons if Scotland votes in a September referendum to leave the U.K., triggering negotiations over how it enters the bloc.

## **Growth and Jobs**

Some British officials worry that the case to leave the EU could be boosted by feeble economic performance in the euro zone, strengthening the argument that the U.K. should "untie itself from a corpse."

Unemployment, particularly among young people, remains the No. 1 domestic priority in many economies. But there's little or no scope for government-financed stimulus across most of the bloc. Governments have promised reforms to improve the functioning of economies—but now that financial-market pressure has lifted, the impetus for change at a national level has halted.

At the European Business Summit, a conference of business leaders in Brussels over Wednesday and Thursday, business leaders pushed for the completion of a trade deal with the U.S., which many say would help growth and jobs.

They also urged completing the EU's single market. They emphasized the need to reduce national barriers in the digital economy, which make it impossible for Europe to replicate the U.S. experience. The euro zone's "banking union" exists for many enterprises only on paper, with a great divide in the cost of and access to credit for similar companies in the periphery and the core.

## **Energy**

Nowhere is the failure of the EU to create a true common market more evident, many of these executives said, than in energy. Apart from urging exploitation of shale gas, many argued Europe must create a continental grid of electricity and natural gas to allow increased efficiencies and to lower prices.

Typical of a Continent-wide problem: Spain and Portugal have a host of terminals for liquefied natural gas, but there is no infrastructure to allow that gas to be delivered into France and the rest of Europe.

This issue is more than a matter of economics. Policy makers argue that reducing Europe's heavy energy dependence on Russia is now a security matter. Given the experience of the past five years when it seemed only crisis could spur the bloc into action, it is possible the turmoil in Ukraine could be the spark needed for a decisive move toward a common energy market.

## Wir haben genug Arbeit, doch Vermögen geht verloren 103,58

Die Politik verbirgt schmerzhaftes Wahrheiten, und viele Menschen glauben ihr. Sie meinen, die Finanzkrise sei vorbei. Es wird nicht allzu lange dauern, bis sie merken, dass sie betrogen wurden. *Von Hans-Werner Sinn*



Volkswagen-Manufaktur in Dresden: Letztlich ist es uns nicht gelungen, für die Exporte ein hinreichend solides und ertragreiches Auslandsvermögen aufzubauen

Es gibt politische Wahrheiten und wirkliche Wahrheiten. Politische Wahrheiten entstehen, indem hinreichend viele Politiker sie einander erzählen, bis sie selbst, die Medien und die Menschen sie glauben.

Wirkliche Wahrheiten folgen aus ökonomischen und naturwissenschaftlichen Gesetzen sowie statistischen Fakten. Ich werde als Wirtschaftswissenschaftler von den Bürgern dafür bezahlt, dass ich die wirklichen Wahrheiten zu finden versuche. Die Vorstellung von der Existenz einer wirklichen Wahrheit, die sich nicht an dem orientiert, was in der Mediendemokratie mehrheitsfähig ist, mag manch einer für naiv halten. Aber davon gehen alle Wissenschaften aus.

Die Existenz wirtschaftswissenschaftlicher Wahrheiten wird häufig in Zweifel gezogen, weil sich die Wirtschaftswissenschaft mit der Politik beschäftigt und Antworten gibt, die mit Ideologien und bloßen Werturteilen konkurrieren. Es gehört aber zum Selbstverständnis eines Volkswirts, dass er sich davon, soweit es geht, freimacht. Dass andersdenkende Politiker und Journalisten ihn trotzdem ideologisch verorten wollen, ist sein Schicksal. Das muss er hinnehmen, weil es sich nicht ändern lässt.



*Foto: picture alliance / dpa*Hans-Werner Sinn Präsident des Münchener ifo-Institutes. Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um das Vorwort seines neuen Buches: "Gefangen im Euro" (siehe unten)

Seit es unser Fach gibt, steht es im Konflikt zwischen dem sogenannten Primat der Politik und den Gesetzen der Ökonomie. Nicht nur der Fall des Eisernen Vorhangs hat mich davon überzeugt, dass die Gesetze der Ökonomie sich letztlich durchsetzen werden. Mittel- bis langfristig ist keine Wirtschaftspolitik erfolgreich, die diesen Gesetzen widerspricht. Sie scheitert – auch wenn uns Politiker gern anderes glauben machen möchten, um wirtschaftliche Probleme in spätere Wahlperioden zu verschieben. So, wie das seit Jahrzehnten bei der Rente geschieht.



Foto: Redline Verlag/Hans-Werner Sinn: "Gefangen im Euro", Redline-Verlag, Edition Debatte, München. 224 S., 9,99 €.

### Die Fehler der Südländer

In Diktaturen kann es viele Jahrzehnte dauern, bis sich die Wahrheit durchsetzt, in Demokratien viele Jahre. Politiker, die die ökonomischen Gesetze missachten, mögen ein oder zwei Legislaturperioden damit durchkommen, doch irgendwann kommt es an den Tag, dass etwas falsch läuft. Dann gelangen neue Politiker an die Macht und betreiben die Wende oder die Wende von der Wende.

Es gibt Parteien, die sich dem Druck der Wähler nicht beugen, weil die Altvorderen, die ursprünglich die Fehlentscheidungen trafen, im Hintergrund aktiv bleiben und den Kurswechsel verhindern. Solche Parteien gehen auch schon mal unter und werden durch andere ersetzt. Oder sie werden so geschwächt, dass sie stark an Einfluss verlieren.

Auch beim Euro zeigen sich die ökonomischen Gesetze unerbittlich. Kurzfristig – nach seiner Einführung – sah alles bestens aus. Aber nun zeigt sich, dass er Europa in eine ökonomische Zwickmühle gebracht hat, aus der es keinen leichten Ausweg mehr gibt. Exzessive Kreditflüsse haben die Länder Südeuropas in die Inflation getrieben und ihrer Wettbewerbsfähigkeit beraubt.

### Das Risiko chronischen Siechtums

Ohne Euro-Austritt kämen diese Länder nur dann aus ihrer Misere wieder heraus, wenn sie eine lange Phase der Stagnation und Deflation akzeptierten, die die Inflation wieder neutralisiert. Während einer solchen Phase herrscht indes eine Massenarbeitslosigkeit, an der die Gesellschaft zerbrechen kann. Diese Gefahr sollte man nicht unterschätzen. Wird aber versucht, die Massenarbeitslosigkeit durch Nachfrage stimulierende Maßnahmen abzumildern – etwa durch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme –, dann entsteht ein chronisches Siechtum, weil die Deflation nicht stattfindet und sich die Wettbewerbsfähigkeit nicht verbessert.

Genau das zeichnet sich ab. Die Länder Südeuropas sind im Euro gefangen, weil der Austritt als politisches Unglück deklariert wird und sie im Euro nur dann wieder wettbewerbsfähig werden, wenn sie zuvor eine lang währende Massenarbeitslosigkeit erdulden, die weit über das hinausgeht, was man von Tiefpunkten in konjunkturellen Zyklen kennt. Das ist eine fast ausweglose Situation.

Die Deutschen sind nun in eine Situation geraten, in der man von uns fordert, durch immer mehr öffentlichen Kredit und immer mehr Kreditgarantien über die Europäische Zentralbank und die Rettungsfonds die zerstörte Wettbewerbsfähigkeit der südlichen Länder zu kompensieren. Uns scheint es zwar gut zu gehen, weil die

Kapitalexporte aus Deutschland heraus den Euro-Kurs niedrig und Krisenländer liquide halten, sodass unser Güterexport ganz gut läuft. Aber der Schein trägt insofern, als es uns letztlich nicht gelungen ist, für die Exporte ein hinreichend solides und ertragreiches Auslandsvermögen aufzubauen.

#### **Wenn die Babyboomer alt werden**

Zu Hause haben wir nicht mehr genug investiert, und die Auslandsinvestitionen erwiesen sich, soweit sie finanzieller Art waren und über unsere Banken und Lebensversicherungen flossen, als Flop. Um es auf eine Kurzformel zu bringen: Wir haben genug Arbeit, doch das Vermögen geht verloren. Uns geht es also nur scheinbar gut. Das wird in den nächsten zwei Jahrzehnten jedermann klar werden, nämlich dann, wenn die Babyboomer, die jetzt 50 sind, ins Rentenalter kommen und von ihren mittlerweile erwachsenen Kindern ernährt werden wollen, von denen es nur wenige gibt, und sich das vermeintliche Auslandsvermögen unserer Banken und Versicherungen in Luft aufgelöst hat.

Doch damit nicht genug: Auf der zwischenstaatlichen Ebene hat die Krise Spannungen hervorgebracht, wie wir sie in Europa – abgesehen vom Ost-West-Konflikt – seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr erlebt haben. Und das paradoxerweise als Ergebnis eines politischen Friedensprojektes! Helmut Kohl hat den Euro ja nicht ökonomisch begründet, sondern als großes europäisches Friedensprojekt. Er war kein Ökonom, und er hörte auch wenig auf ökonomische Argumente. Die Folgen erleiden wir heute und noch stärker in der Zukunft.

Gerade beim Euro sehen wir also: Die Politik kann nicht auf Dauer gegen die ökonomischen Gesetze funktionieren. Die Geschichte hat gezeigt, dass sich die ökonomischen Gesetze letztlich durchsetzen – es sei denn, es kommt zu politischen Megaereignissen, wie es zum Beispiel Kriege sind. Aber ohne solche Eruptionen setzen sich die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten durch. Das gilt auch für den Euro und die Eurorettungspolitik. Je länger diese Politik versucht, die Gesetze der Ökonomie zu ignorieren – und das tut sie derzeit immer noch –, desto mehr müssen künftige Generationen dafür bezahlen.

## Peu à peu, la loi de 2004 interdisant les signes religieux à l'école est détricotée par ceux qui devraient la défendre. 103,61

Démonstration par Jean-Paul Brighelli.



Les pressions jugeant discriminante la loi de 2004 se font de plus en plus fortes, notamment à Marseille. © Rémy Gabalda / AFP

Par JEAN-PAUL BRIGHELLI

Dans son édition du samedi 17 mai, le quotidien *La Provence* (organe de la gauche provençale) se penche sur le sort des malheureuses collégiennes musulmanes obligées, dans les quartiers nord de Marseille (et ailleurs, la cité phocéenne ayant une population immigrée qui depuis belle lurette occupe vaillamment le centre-ville), de se dévoiler chaque matin en arrivant en classe. Et de décrire la hantise matinale de "Sabrina", obligée d'ôter son jilbeb (le long voile brun qui l'enveloppe tout entière), conformément à la loi de 2004 sur l'interdiction des signes religieux en milieu scolaire. Les tenues peuvent être variées (hidjab, jupe longue ou foulard islamique), mais le refrain est toujours le même.

La proviseur du lycée professionnel de la Calade, qui a, comme elle dit, "bien d'autres problèmes à gérer", participe à la commission laïcité du rectorat - une spécialité locale, les autres rectorats n'en ont pas éprouvé la nécessité. "Nous nous réunissons régulièrement avec des juristes, des historiens, des experts, et même un imam", explique Rodrigue Coutouly, référent académique pour l'éducation prioritaire au rectorat d'Aix-en-Provence. L'idée, c'est d'éclairer ce que la loi ne dit pas.

Ignorant que j'étais ! Je croyais la loi très claire : tout signe religieux est interdit à l'école - ou dans cette école hors les murs qu'on appelle la sortie scolaire. L'une de mes étudiantes l'an dernier a voulu porter son voile lors d'un voyage scolaire en Angleterre, et l'administration, tout comme l'équipe enseignante, a été très claire : une classe qui sort emporte le règlement intérieur à la semelle de ses souliers. Hors de question que le laxisme anglo-saxon s'applique à un groupe scolaire français.

Le problème, c'est que les tendances lourdes du système, parfaitement résumées la semaine dernière par Benoît Hamon dans une décision que nous avons commentée ici même, vont dans un sens tout différent.

### **Le laxisme expliqué à ma fille**

Premier mouvement : on minimise le problème. "Une trentaine de jeunes filles sur 1 500 élèves..." "Une question de mode..." "Parmi les musulmans de Marseille, ces milieux représentent une part infime", assure ainsi la sociologue de service, Françoise Lorcerie, longuement interviewée à la suite de l'article - et qui plaint dans un même élan compassionnel les apprentis djihadistes de Syrie et d'ailleurs : "Ils le font par désespoir, pour être quelqu'un, se construire un avenir là où il n'y en a pas, ou, tout au moins, là où ils ne parviennent plus à s'en imaginer un. Plutôt que de stigmatiser ces adolescents, il faut leur donner confiance en eux, dans une école bienveillante, qui ne se braque pas contre son environnement, son quartier." Fini l'enseignement selon Jean Zay,

qui expliquait que l'école devait être une forteresse où ne parviendraient pas les rumeurs du dehors. Mérite-t-il vraiment d'être panthéonisé ?

Deuxième mouvement : la dramatisation. En page 1 du quotidien, sous le titre très explicite "Laïcité : l'école du compromis", on lit l'accroche suivante : "Dix ans après le vote de la loi, des chefs d'établissement des quartiers nord s'interrogent encore : comment faire appliquer le texte sans *exclure* les élèves voilées ?" "Des milliers d'exclusions par an", affirme Françoise Lorcerie.

Troisième mouvement : créer une commission ad hoc, non pas pour enterrer la question, comme on le fait d'ordinaire quand on crée une commission, mais pour faire admettre le contournement de la loi, au cas par cas - et de fil en aiguille, pour faire modifier la loi.

Et là, on a affaire à une collusion entre les "sociologues" ("la loi de 2004 n'a pas eu que de bons côtés", dit Françoise Lorcerie, qui est venue défendre ses thèses dans mon lycée il y a deux ans) et des enseignants, idiots utiles des organisations islamistes, cinquième colonne involontaire d'un militantisme qui a choisi les filles et les femmes pour avancer ses pions.

### **La sociologie, science de toutes les compromissions**

Pour noyer le poisson, on s'appuie sur les conclusions de Pisa (je reviendrai prochainement sur les enquêtes de cette institution qui donne tous les deux ans du grain à moudre à la presse sans que la scientificité de ses méthodes soit bien établie) qui affirment que la France est l'un des pays dans lesquels les discriminations sociales ne sont en rien gommées par l'école - et qu'elles sont même renforcées. Ce que des médias communautaires du type Ajib, dont le moins que l'on puisse dire est qu'il ne représente pas l'islam le plus modéré, relaient avec complaisance - tout comme notre sociologue, qui se désole que les garçons, cette fois, soient eux aussi pénalisés par les méchants enseignants français, qui notent sans doute au faciès puisque dans notre pays n'existe aucune statistique ethnique. Françoise Lorcerie est connue par ailleurs pour sa défense bec et ongles des populations brimées par la laïcité à la française, qui a fait d'elle une inlassable activiste saluée par les organisations islamiques et les pédagogistes de toutes farines. Elle n'est pas la seule : son collègue Vincent Geisser a été accusé de "caresser les barbus dans le sens du poil", mais il ne renie rien de ses convictions - et Françoise Lorcerie le défend à toute occasion. Il existe une franc-maçonnerie des sociologues, avant-garde et caution "scientifique" des concessions en cours et des abdications à venir.

On fabrique ainsi une ambiance délétère, qui place forcément les enseignants en porte-à-faux : "Une radicalité qui me met très mal à l'aise", dit l'un ; "C'est dur de conserver une neutralité d'enseignant", avoue une autre. Je veux bien le croire. Quand la loi n'est plus une, mais dépend de l'interprétation des autorités locales, c'est l'autorité tout entière qui se délite.

Il est évidemment plus simple de ramener au niveau "sociétal" les problèmes vitaux dont l'école de la République est en train de mourir : le collège unique, qui dans ces quartiers est extraordinairement homogène, si je puis dire ; la difficulté dans ce contexte à faire passer une langue, prérequis pour aller plus loin dans l'acquisition des savoirs et de la culture ; l'autorité même, dont les manques sont automatiquement excusés sous prétexte de "discriminations", source, comme on le sait, de toutes les incompétences...

Pendant ce temps, on organise, à Marseille même, des classes-relais, des prépas à la prépa, où des élèves majoritairement issus de l'immigration trouvent enfin leurs marques, préparent et réussissent des concours difficiles parce qu'on leur a enfin appris à oser aller plus loin que le bout de leur famille et de leurs rites. Mais de cela, il ne faut pas parler. Une pédagogie sans concession, des programmes cohérents, les conditions effectives de la réussite, c'est difficile à mettre en oeuvre. Toiletter une loi pour faire plaisir aux groupes de pression, en revanche...

### **Céder un jour, c'est céder toujours**

Qu'un ministre fasse chorus avec ce que le laxisme et l'empathie mortifère ont de pire, c'est un comble. Il faut bien voir qu'un signal ambigu envoyé de la Rue de Grenelle est reçu forcément cinq sur cinq par les recteurs les plus concernés (à Marseille, monsieur Ali Saïb, qui n'avait pas trouvé le temps, en décembre, de recevoir les

profs de prépa en grève) et les chefs d'établissement. Et, en bout de chaîne, ce sont les enseignants qui affrontent les mères d'élèves qui viennent voilées aux réunions et participent voilées aux sorties scolaires, et qui gèrent au quotidien les élèves, qu'ils ont amenées voilées à une récente conférence de Thomas Piketty à l'Alcazar de Marseille - je peux en témoigner, j'y étais. Au Blanc-Mesnil, en région parisienne, lesdites mères, animées forcément des meilleures intentions et qui n'écoutent que leur conscience, et pas des prédicateurs déchaînés, se sont mobilisées pour exiger l'aménagement de la loi : Hamon les a entendues.

Marseille est peut-être une ville exceptionnelle, un laboratoire du laxisme ou une zone de renoncement. Les fondations financées par l'Europe décrivent la population marseillaise avec pitié, tout en oubliant de souligner que l'économie souterraine, entre autres celle de la drogue, crée une ville parallèle à côté de la ville officielle. Ici, la loi ne s'applique pas partout, et tout comme la police hésite à patrouiller dans certaines zones de la ville, les enseignants auraient bien tort de s'arc-bouter sur des principes vitaux pour la laïcité - et, à terme, pour la pédagogie : si l'on cède sur un point aussi central, on nous expliquera bientôt ce qu'il faut dire ou ne pas dire en cours, comme on nous a expliqué ce qu'il fallait donner à manger (1). Ce n'est pas un problème réservé aux quartiers nord d'une ville malade : c'est une gangrène obscurantiste qui touche une extrémité, avant de gagner le reste de l'organisme.

(1) La question de la nourriture est loin d'être anecdotique. Lire à ce sujet la remarquable étude de Pierre Birnbaum, *La République et le Cochon* (Seuil, 2013), qui analyse comment les Juifs se sont intégrés, depuis la Révolution, à la République.

## Deutschland ist zweitbeliebtestes Einwanderungsland 103,64

Mit seiner wirtschaftlichen Stärke und dem robusten Arbeitsmarkt lockt Deutschland immer mehr Menschen aus dem Ausland an – und schiebt sich auf Platz zwei hinter Amerika. Die Statistik zeigt auch, wie viele Neuankömmlinge Arbeit finden.

20.05.2014, von SVEN ASTHEIMER



© DPA  Das Brandenburger Tor: Viele Zuwanderer zieht es nach Berlin.

Deutschland lockt wegen seiner wirtschaftlichen Stärke und dem robusten Arbeitsmarkt immer mehr Menschen aus dem Ausland an. Erstmals nimmt das Land nun hinter den Vereinigten Staaten den zweiten Rang unter den beliebtesten Zielländern ein, wie aus einer neuen Untersuchung der Industrieländerorganisation OECD hervorgeht. Demnach kamen im Jahr 2012 rund 400.000 dauerhafte Zuwanderer nach Deutschland. Das sind fast doppelt so viele wie fünf Jahre zuvor. Noch im Jahr 2009 hatte Deutschland lediglich auf Rang acht dieser Wertung gelegen.



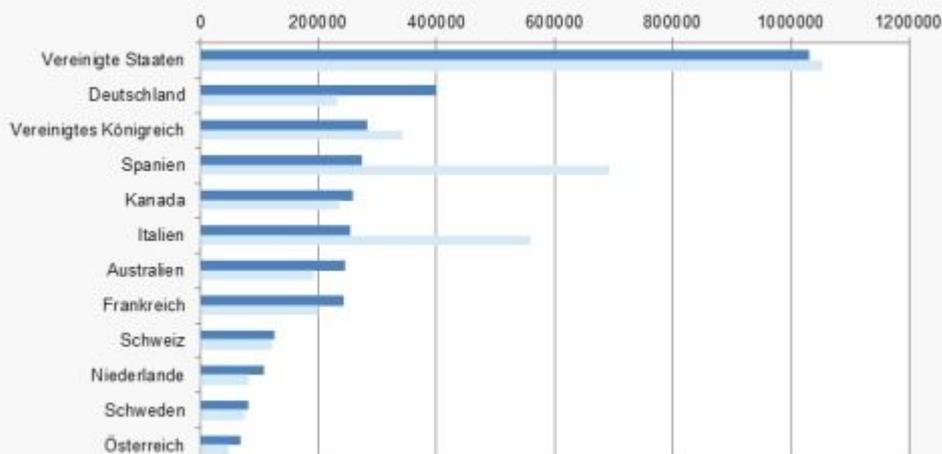
Autoren: Sven Astheimer, Jahrgang 1972, Redakteur in der Wirtschaft, zuständig für „Beruf und Chance“. Folgen:

„Man kann hier ohne Übertreibung von einem Boom sprechen“, sagt Thomas Liebig, Migrationsfachmann der OECD in Paris, gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ein Anstieg um rund 40 Prozent sei für ein so großes Land außergewöhnlich und bislang äußerst selten gewesen. Deutschland hat damit einige europäische Länder wie Großbritannien und Spanien überholt, die im Zuge der Wirtschaftskrise deutlich an Attraktivität für Migranten verloren haben. Auch klassische Einwanderungsländer wie Kanada und Australien sind mittlerweile weit abgeschlagen.

Die neue Beliebtheit ist vor allem der Personenfreizügigkeit in Europa geschuldet, welche den Bürgern aus anderen EU-Mitgliedstaaten sowie der EFTA-Gruppe (Norwegen, Liechtenstein, Schweiz, Island) freien Zugang ermöglicht. „Deutschland ist mittlerweile zentraler Motor der Migrationsentwicklung in Europa“, sagt Thomas Liebig. Jeder dritte dauerhafte Zuwanderer komme aus der Europäischen Union – nur in der Schweiz und in Österreich sei der Anteil noch höher. Im Gegensatz zur Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfasst das OECD-Konzept der dauerhaften Zuwanderung nur Migranten, die anschließend mindestens ein Jahr in Deutschland bleiben. Saisonkräfte oder Studenten werden dabei nicht berücksichtigt.

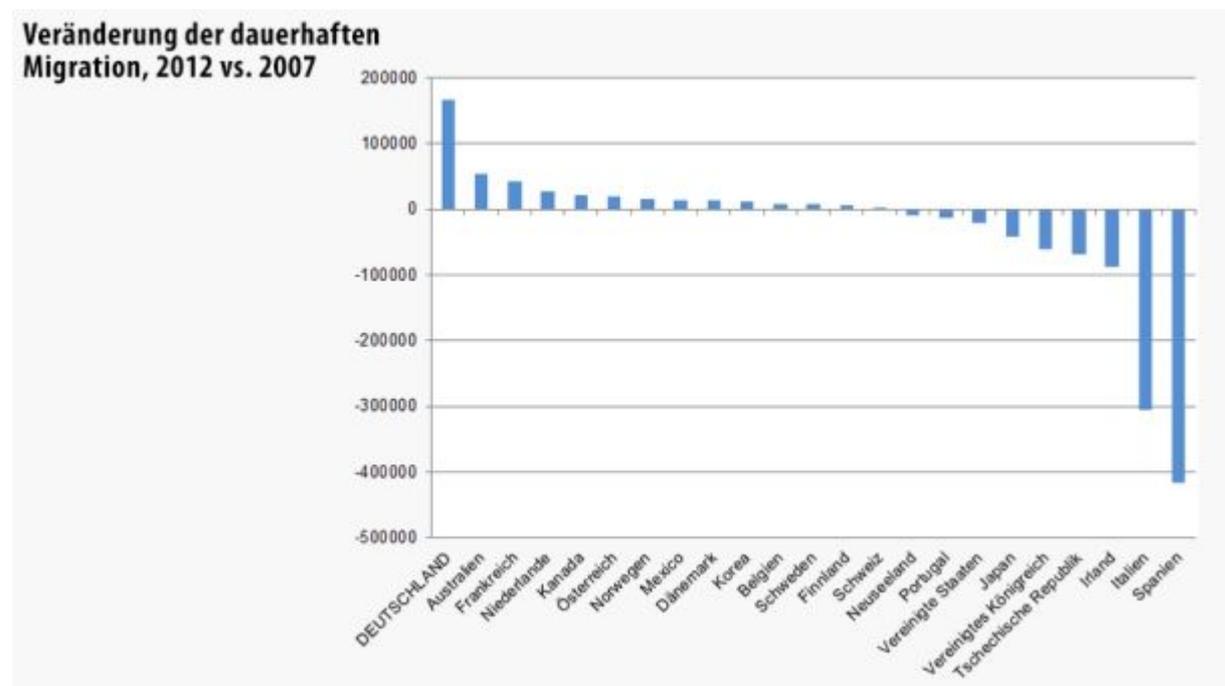
### Dauerhafte Migration in die OECD-Länder, 2012 vs. 2007

■ 2012 ■ 2007



Aus Sicht der Wissenschaftler kommen zwei Effekte zusammen: Mehr Zuwanderer als früher kommen nach Deutschland, und zugleich bleiben sie länger als in der Vergangenheit. Das hängt zum einen mit der schwierigen wirtschaftlichen Situation in Südeuropa zusammen, die nur langsam etwas Besserung verspricht. In Spanien und Griechenland liegen die Arbeitslosenquoten immer noch über 25 Prozent.

Allerdings stammt die größte Gruppe der Zuwanderer weiterhin aus den neuen EU-Staaten Mittel- und Osteuropas. An der Spitze liegt Polen als einwohnerreichstes Land der Region. Seit Jahresbeginn sind auch die Übergangsbeschränkungen für Rumänen und Bulgaren aufgehoben.



© F.A.Z.

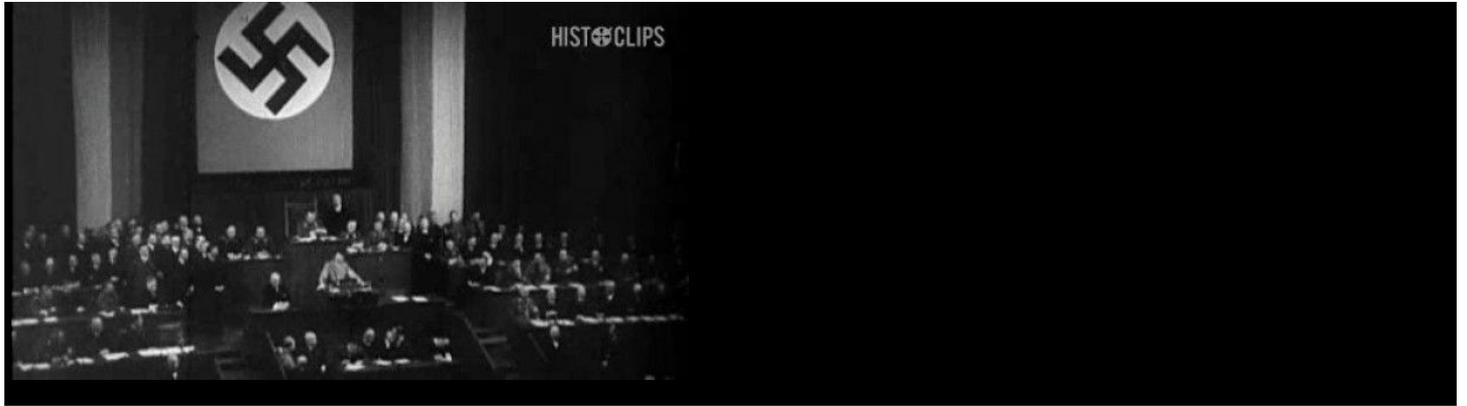
Bezogen auf die Einbindung der Neuankömmlinge hat Thomas Liebig eine gute Nachricht: „Die innereuropäischen Zuwanderer – auch die aus Mittel- und Osteuropa – sind höher qualifiziert und besser in den Arbeitsmarkt integriert als in der Vergangenheit.“ Die Erwerbstätigenquote unter den europäischen Migranten hat sich 2012 auf 69 Prozent erhöht (2009: 66) und liegt damit nur noch knapp unter dem der Gesamtbevölkerung (74 Prozent).

Der Anteil der Hochqualifizierten, in der Regel Akademiker, ist unter den europäischen Zuwanderern mit 34 Prozent sogar höher als unter der im Inland geborenen Bevölkerung (26 Prozent). Die außereuropäischen Einwanderer sind zwar seltener erwerbstätig (40 Prozent), weisen aber von allen Gruppen den größten Hochqualifiziertenanteil auf (38 Prozent).

## Deutschland, das Rätsel des 20. Jahrhunderts 103,66

Wie konnte aus dem Land der Mörder unser heutiges Land der Freiheit werden? Ulrich Herbert deutet die "Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert" und macht auch Leitmotive des Guten aus. *Von Thomas Schmid*

NSDAP übernimmt Regierungsgewalt in Deutschland



Quelle: STUDIO\_HHDer 30. Januar 1933 wird von den Nazis in den folgenden Jahren als Machtergreifung gefeiert. Ein Datum mit weitreichenden, schrecklichen Folgen für Europa und die ganze Welt.

Nichts versteht sich von selbst. Genau betrachtet, ist die Welt voller Rätsel, kleiner wie großer. Eines der wirklich großen Rätsel hat sich der in Freiburg lehrende Historiker Ulrich Herbert in seinem neuen und monumentalen Werk "Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert" vorgenommen.

Leitmotivisch zieht sich eine sehr naheliegende, aber merkwürdigerweise nur selten gestellte Frage durch das Buch. Die Frage danach, wie die zwei Deutschlands des 20. Jahrhunderts zusammenpassen: das der Kriege und Katastrophen und das der Freiheit und politischen Stabilität. Das erste scheint mit dem zweiten nichts zu tun zu haben.

### Zielgerichtet in die Katastrophe?

Fast nichts wies in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts darauf, dass Deutschland einmal eine ziemlich gelungene Republik der Freiheit werden würde. Und umgekehrt ist dem friedlich gesonnenen Deutschland von heute kaum noch abzulesen, dass es einmal ein mörderischer Staat gewesen war. Wie war das eine möglich, wie das andere?

Für Deutschlands Weg in die **NS-Diktatur** gibt es einen geläufigen Erklärungsversuch. Verantwortlich seien vor allem die lang zurückreichenden autoritären Traditionen gewesen, von denen sich das Land nie habe befreien können. Nahezu zielgerichtet sei es Schritt um Schritt auf die große Katastrophe zugelaufen.



Foto: M. RauheProf. Dr. Ulrich Herbert, 48, ist seit 1995 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg.

# ULRICH HERBERT GESCHICHTE DEUTSCHLANDS IM 20. JAHRHUNDERT C.H.BECK



Foto: C. H. Beck Verlag/ Ulrich Herbert: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. C. H. Beck, München. 1451 Seiten, 39,95 Euro.

## Neue Deutung der Geschichte

Ulrich Herbert gibt sich mit dieser Deutung nicht zufrieden. Nicht in der Zurückgebliebenheit Deutschlands erkennt er das Problem, sondern in seiner überraschenden Modernität. Obwohl er eine "Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert" schreibt, greift er zurück bis zur Reichsgründung von 1870/71. In den vier Friedensjahrzehnten, die ihr folgten, wurde beides begründet: Deutschlands Weg in die Barbarei und Deutschlands Weg in eine stabile, freiheitlich verfasste Gesellschaft.

Nicht behäbig, langsam und verschlafen, sondern behände, schnell und neugierig war das kaiserliche Deutschland. Das Tempo ist Herberts Thema. Ob Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur: überall regierten Innovation und rascher Wandel. Gerade weil der Fortschritt so groß war, kamen auch Zweifel an ihm auf. Viele kamen nicht mehr mit und verstanden nicht, was da vor ihren Augen geschah.

## Manchen war der Fortschritt zu schnell

So entstanden Hass auf Minderheiten, Antisemitismus und krause Verschwörungstheorien. Die Verfeinerung der Zivilisation ging Hand in Hand mit radikaler Zivilisationskritik. Das Land war auf dem Weg in eine liberale Moderne. Doch die Zweifel daran, ob das ein verträglicher Weg sei, nährten die Kräfte des rechten wie linken Radikalismus und der Fortschrittsfeindschaft.

Mit Sorgfalt arbeitet Ulrich Herbert in seiner großen Erzählung die Vielschichtigkeit dieses Prozesses heraus. Das rechtfertigt auch den beträchtlichen Umfang des mehr als 1400 Seiten umfassenden Buches (dem leider ein Sachregister fehlt): Es zeigt auf erzählerische Weise, dass der deutsche Weg auch mit guten Möglichkeiten gepflastert war.

Ein eigentümlicher Blick auf das kurze, angeblich nur von 1917 bis 1989 reichende 20. Jahrhundert hat manchen dazu verleitet, in diesem Jahrhundert nur den Kampf zweier entsetzlicher Giganten zu erkennen: des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Das Schöne an Herberts Ansatz besteht darin, dass er hier den Blickwinkel auf etwas eigentlich Selbstverständliches weitet: auf das oft ausgeschlossene Dritte, die liberale Demokratie.

## Die wiederkehrenden Fragen

Das 20. Jahrhundert ist, auch in Deutschland, ein ununterbrochener Streit zwischen zwei Totalitarismen und jenen Kräften gewesen, die der Verfassung der Freiheit den Vorzug gaben.

Ohne seine Darstellung thesenartig zu forcieren, zeigt Ulrich Herbert, dass die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert von einigen wiederkehrenden Fragen oder Problemen geprägt ist.

Ein Beispiel: Das deutsche Kaiserreich war vor 1914 langsam, aber erkennbar auf dem Weg zu einem parlamentarisch verfassten Staat. Der Erste Weltkrieg machte dem keineswegs ein Ende. Vielmehr übte die Not der Kriegswirtschaft einen beträchtlichen Druck aus, Parteien wie auch Bürger weit mehr als bisher einzubinden.

## Unser Erbe aus dem Ersten Weltkrieg

Zum ersten Mal arbeiteten das Zentrum, die liberale Fortschrittspartei und die bislang ausgegrenzte SPD wirklich zusammen. Und zum ersten Mal wurden in den großen Betrieben paritätisch besetzte Arbeiter- und Angestelltenausschüsse eingerichtet. Das eine war genau die politische Dreierkonstellation, die in Gestalt von Union, SPD und FDP über Jahrzehnte hinweg die Politik der Bundesrepublik prägte. Und die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse nahmen das Modell der Sozialpartnerschaft vorweg, das sich in der Bundesrepublik triumphal durchsetzte.

Man hat die **Weimarer Republik** eine Republik ohne Demokraten genannt. Gewiss, es waren zu wenige Demokraten. Aber diese hatten ihre Chancen und nutzten sie. Friedrich Ebert, der erste Reichspräsident, hat die Republik souverän durch etliche Krisen geführt. Die Sozialdemokraten haben immer wieder die Staats-, also die Republikräson vor die Parteiräson gestellt.

## Warum Weimar scheiterte

Dass das alles nicht gereicht hat, lag zum einen an dem geradezu verbrecherischen Hang der politischen Rechten, die Republik aus Prinzip anzugreifen und die eigene Verantwortung für den desaströsen Ausgang des Ersten Weltkriegs ausgerechnet den Demokraten anzulasten. Es lag aber auch an den schwierigen Startbedingungen, die unter anderem der Vertrag von Versailles geschaffen hatte: Er säte den Unfrieden, gegen den die Republikverteidiger nicht mehr ankamen.

Dass die Demokratie am Ende scheiterte, hatte aber nicht zuletzt auch damit zu tun, dass die Mehrheit der Parteien immer mehr der weltanschaulichen Bindung Vorrang vor dem politischen Pragmatismus gab. Und das wiederum lag daran, dass sich die Parteien zuvor im Kaiserreich nicht erfolgreich in politische Verantwortung einüben konnten: Nun zahlte sich die jahrzehntelang erzwungene Regierungsferne katastrophal aus.

## Verliebt in Fortschritt und Tempo

Weimar – das war aber auch Aufbruch, war auch der Wunsch, in einer friedlichen, freiheitlichen und vibrierenden Moderne anzukommen. Ein junger Publizist schrieb 1930: "Wir hielten uns an Amerika. Amerika war eine gute Idee; es war das Land der Zukunft. Es war in seinem Jahrhundert zu Hause.

Die Sympathie, die man für Lift, Funkturm, Jazz äußerte, war demonstrativ. Sie war ein Bekenntnis. Sie war eine Art, das Schwert zur Pflugschar umzuschmieden." Die Begeisterung für Tempo und Technik blieben, auch noch und erst recht, als Hitler an die Macht gekommen war. Doch es sollte noch lange dauern, bis Deutsche von sich sagen konnten, sie seien in ihrem Jahrhundert auf diese Weise zu Hause.

## Die Basis für den Erfolg der Nazis

Erhellend ist Ulrich Herberts Darstellung nicht zuletzt, weil es dem Autor gelingt, so vorsichtig wie entschieden das periodische Wiederauftauchen der gleichen Fragen und Probleme herauszuarbeiten. Diese deutsche Geschichte ist voll von Korrespondenzen, von Antworten, die um Jahrzehnte verzögert ankommen. Die Nazis nutzten die Kritik an der angeblich entfesselten Moderne.

Doch einmal an die Macht gekommen, etablierten sie sich in einem atemberaubenden Tempo und setzten die Deutschen – zuletzt in einem wahnsinnigen Krieg – einem mörderischen Tempo, einer anderen, einer waffenstarrten Moderne aus. Gerade weil die Siegermächte des Ersten Weltkriegs den Versailles-Fehler nicht noch einmal machen wollten, hielten sie still, als Hitler erst das Sudetenland und dann Österreich dem Reich einverleibte – Herbert gelingt eine umsichtige Darstellung der Appeasement-Politik, in der sich Klugheit, Vorsicht und Torheit mischten.

Oft tun die Akteure in diesem Buch das Richtige zur falschen Zeit, sie ziehen aus Fehlern verständnisvoll Lehren – mit schließlich verhängnisvollen Folgen.

## Die Erfindung des Massenkonsums

Zu Weimarer Zeiten wurde das, was man später "Konsumgesellschaft" nannte, zur Vision. Doch weil die Demokratie nicht genug Zeit bekam, diese Massenhoffnung einzulösen, galt sie als schwach und ungeeignet. Dagegen setzte sich Hitlers Dezisionismus durch, sein unbändiger Wille zu Macht und Tat. Als Einziger vom äußersten rechten Rand hatte er eine große Massenbewegung hinter sich, als Einziger auch kündigte er den nationalrevolutionären Messias nicht an, sondern erklärte sich selbst zum Messias.

Auch das verlieh ihm ungeahnte Kräfte. Gerade weil er ein Vabanquespiel betrieb, war er lange – gegen den Rat von Wirtschaftsklugen und Militärs – erfolgreich. So verstand es dieser Zerstörer, einen staatsgetriebenen Modernisierungsschub in Gang zu setzen, welcher der Mehrheit der Deutschen, die ihm zu folgen bereit war, zweierlei in Aussicht stellte: eine Rückkehr zur Normalität und, um den Titel von Ludwig Erhards späterer Programmschrift zu zitieren, Wohlstand für alle, in diesem Fall: für alle Volksgenossen.

## Wer nicht dazugehörte

Wer nicht dazugehörte, den traf der ganze eliminatorische Hass, zu dem Hitler und seine Eliten fähig waren. Vor allem die Juden, die in wahnhafter Rhetorik für alle Verwerfungen, ja Unebenheiten der Moderne verantwortlich gemacht wurden. Liest man Hitlers "Mein Kampf", dann ist man schnell geneigt, eine direkte Linie von dieser Hass-Schrift bis zur Shoah zu ziehen.

Herbert geht, ähnlich wie Hans Mommsen in seinem **neuesten Buch**, anders vor. Obwohl es nie einen Zweifel gab, dass die Nazi-Elite die Juden in Deutschland wirklich verfolgen und entrechten wollte, existierte kein Plan. Schritt für Schritt näherte sich das Regime dem Massenmord, den Hitler zwar wollte, bezeichnenderweise aber nie ausdrücklich anordnete. Er setzte aber, durchaus bewusst, eine Dynamik der Steigerung, der gewissermaßen experimentellen Überbietung in Gang, die nicht mehr zurückschraubbar war.

Von der Demütigung über Entrechtung und Pogrome wurde "der Raum des Denk- und Sagbaren" ständig ausgeweitet. Der Weg zur industriellen Tötung der Juden war am Ende nur der letzte Schritt, der deswegen in seiner Monstrosität gar nicht besonders auffiel.

## Der Anschluss an die Moderne

Obwohl Hitler am Ende alle Normalität zerstörte und ein elendes Deutschland zurückließ, darf man nicht übersehen, dass er in seinen ersten Regierungsjahren durchaus das präludierte, was in der Bundesrepublik später zur gesellschafts- und staatstragenden Melodie wurde. Es waren die Nazis gewesen, die das Tor zur Konsumgesellschaft einen Spalt weit öffneten.

Die deutsche Geschichte, Herbert zeigt es wieder, ist voll von solchen untergründigen und oft erschauern lassenden Traditionslinien. Noch in seinen letzten Zuckungen schuf der NS-Staat Voraussetzungen für den Anschluss Deutschlands an die industrielle Moderne: Durch Albert Speer wurde das Fließband flächendeckend durchgesetzt. Keine zwei Jahrzehnte später war es das Rückgrat der Massenproduktion, die die (West-)Deutschen mit Kühlschränken, Autos, Fernsehgeräten versorgte und sie in der freizeitbewussten Arbeitsgesellschaft ankommen ließ.

## Und plötzlich Symbol der Freiheit

Auf den 700 Seiten, die sich mit deutscher Geschichte nach 1945 befassen, vergisst es Ulrich Herbert nicht, auch das andere Deutschland, die DDR, gebührend Revue passieren zu lassen. Eigentlich aber erzählt er von der atemberaubenden westdeutschen Antwort auf das halbe deutsche Jahrhundert, das so furchtbar misslang.

Mit der Luftbrücke 1948 war Berlin, die Zentrale des NS-Terrors, nur kurze drei Jahre nach der deutschen Kapitulation zu einem weltweit wahrgenommenen Symbol der Freiheit geworden! "Selten hat es in der jüngeren Geschichte Europas einen abrupteren politischen Richtungswechsel gegeben", schreibt Ulrich Herbert.

### **Aus der Schwäche heraus zur Stärke**

Paradoxerweise war es die Schwäche, aus der die bundesdeutsche Stärke gekommen ist. Die vollkommene Delegitimierung Deutschlands erzwang mit Macht Bescheidenheit, Demut, kleine Anfänge, eine unscheinbare, zurückgenommene Staatlichkeit. Und sie förderte, oft übersehen, einen neuen deutschen Internationalismus: Von Beginn an besorgten die westlichen Alliierten – aus Vorsicht, aus Überzeugung und des Kalten Krieges wegen – die Einbettung des entstehenden Staates. Schon im Ruhrstatut von 1949, das die Aufsicht über die westdeutsche Schwerindustrie regelte, war die europäische Integration angelegt.

Es wurde – siehe 1968, siehe Ostpolitik – heftig und zuweilen ideologietrunken gestritten in der Bundesrepublik. In dem Rückblick, den Ulrich Herbert bietet, erkennt man mit freudiger Rührung, wie souverän und unaufgeregt dieser – nicht nur im geographischen Sinne – Halbstaat Klippen genommen und verschrottenswerte Vergangenheitsteile verschrottet hat. Er hat den Rechtsnationalismus pulverisiert und den Linksextremismus ausgehalten, bekämpft und am Ende ebenfalls zerrieben.

### **Die Funktion von Adenauer**

Auf den Terror der mehrheitlich jungen Nazi-Elite folgte das straffe Regiment des alten Konrad Adenauer und seiner Zeit, deren "eigentümliche Starrheit" (Herbert) auch dazu da war, die ungeheure Wandlungsdynamik der jungen Bundesrepublik zu kompensieren und biedermeierlich einzuhegen. In keinem deutschen Staat zuvor haben Regierungen einander so elegant und letztlich unaufgeregt abgelöst wie nun.

Es waren nicht mehr die Rechtsnationalen, sondern es war der linke, antikommunistische Remigrant Willy Brandt gewesen, der der deutschen Politik wieder Leidenschaft und einen Hauch von Visionärem implantierte – was man am Ende auch rechts von der Mitte akzeptierte. Das deutsche Glück, dem 1989/90 die in Polen und anderswo im europäischen Osten vorbereitete Neugründung des vereinten Nationalstaats hinzugefügt wurde, ist kaum zu fassen.

### **Bleibt Deutschland glücklich?**

Wie es ist, muss es nicht bleiben. Ulrich Herbert, der als Historiker viel über die düsteren Seiten der deutschen Geschichte gearbeitet hat, neigt nicht zu optimistischem Überschwang. Am Ende stellt er aber eine ermutigende Diagnose. Wie gerade die Rückkehr der Geopolitik und die Infragestellung des Völkerrechts durch Russland gezeigt hat, mögen große neue Bedrohungen auf uns zukommen.

Erstmals in der neueren deutschen Geschichte kommen sie aber, trotz der ausländerfeindlichen Ausschreitungen der Neunzigerjahre, nicht von innen, sondern von außen. Der deutsche Furor, sich mit sich selbst zu entzweien und dafür Gewalt und Krieg zu riskieren, scheint ausgegült zu sein. Diese Errungenschaft ist ein wenig erarbeitet, vor allem aber unverdientes Glück.

### **Ein großer Wurf**

Einzelheiten an Herberts Werk mag man kritisieren. Trotz einigen Bemühens findet er keine überzeugende Antwort auf die Frage, warum ein kleiner Teil der ersten deutschen Generation, die in Freiheit und relativem Wohlstand aufgewachsen ist, um 1968 zu der heute verrückt erscheinenden Überzeugung kam, dieser Staat des Gelingens müsse in toto verworfen werden.

Das ändert aber nichts am Gesamteindruck: Ulrich Herbert ist ein großer Wurf gelungen. Man muss diesem Geschichtsbuch wünschen, dass es hilft, die Deutschen über ihre Abgründe und ihr Glück aufzuklären.

## Einwanderungsland Deutschland 103,70

Wenn Deutschland seinen Wohlstand halten will, braucht es junge und qualifizierte Einwanderer. Deshalb sollte besser ausgewählt werden, wer kommt.

20.05.2014, von **HOLGER STELTZNER**



© DPA  Deutschland ist das zweitbeliebteste Einwanderungsland - nach Amerika.

Wer hätte das gedacht? **Nach den Vereinigten Staaten ist Deutschland das beliebteste Einwanderungsland der Welt.** Das ist die Realität, auch wenn das manche immer noch nicht wahrhaben wollen. Gemessen am Anstieg der Zuwanderung und auch in absoluten Zahlen hat Deutschland klassische Einwanderungsländer wie Kanada oder Australien abgelöst.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber. Folgen:

Jeder dritte Zuwanderer kommt aus Südeuropa, wo die Euro-Krise die Arbeitsmärkte zusammenbrechen ließ und einer Generation junger Menschen die Perspektive raubte. Nun ist Migration kein Ersatz für eine bessere Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Krisenländern, aber der EU-Binnenmarkt dient zumindest als Ventil.

Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer, der freie Handel und der Wettbewerb im gemeinsamen Binnenmarkt sind von zentraler Bedeutung für die EU. Deshalb muss, bei aller berechtigter Kritik an vielen Euro-Rettungsmaßnahmen und trotz des verständlichen Ärgers über die Brüsseler Regulierungswut, der freie Zugang zur Beschäftigung innerhalb der EU erhalten bleiben.

Das rasch alternde und in weiten Teilen vollbeschäftigte Deutschland ist auf den Zuzug von jungen und qualifizierten Menschen angewiesen, wenn es sein Wohlstandsniveau halten möchte. Noch führt die Euro-Krise viele europäische Talente nach Deutschland, die hier Arbeit und Zukunft finden. Aber es wird dem Zufall überlassen, wer mit welcher Ausbildung aus anderen Weltgegenden kommt.

Das machen Länder wie die Schweiz, Australien oder Kanada besser, weil dort verstanden wird, dass der Kampf um die besten Nachwuchskräfte zum Wettbewerb gehört. Dort wählt man die Zuwanderer nach Qualifikation und Bedarf aus. Deshalb liegen diese Länder im Wettlauf um die Besten ebenso vorne wie bei vielen Schülerwettbewerbern.

Wer hingegen das (noch) reiche Deutschland zur Sozialstation Europas oder darüber hinaus machen möchte, der wird das Gegenteil schaffen – ein überfordertes, gesellschaftlich gespaltenes und am Ende verarmtes Land. Jetzt hat der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofs festgestellt, **dass Deutschland auch EU-Bürgern Hartz-IV-Leistungen verweigern darf**, um „Missbräuche und eine gewisse Form von Sozialtourismus zu verhindern“. Deutsche Politiker und Gerichte sollten entsprechend handeln. Wer nur einreist, um Sozialhilfe zu beziehen, den sollte man nicht mit hilfsbedürftigen Arbeitssuchenden verwechseln. Bleibt zu hoffen, dass auch die obersten europäischen Richter Europa (noch) nicht als Sozialunion sehen.

## Les Allemands et la peur de l'inflation 103,71

Publié le 14/05/2014 à 19:17



Pour les Allemands, l'inflation relève du traumatisme historico-économique.

La monnaie est une chose sacrée. En Allemagne, personne ne remet en cause la politique monétaire. Stabilité de l'euro, lutte contre l'inflation, indépendance de la BCE: le consensus est général. Ceux qui veulent s'attaquer au dogme en sont pour leur frais. À peine le premier ministre Manuel Valls avait-il critiqué le cours de l'euro que le gouvernement M

erkel lui répondait sèchement: «Le cours de l'euro n'est pas du ressort des politiciens nationaux, c'est une question pour la BCE, qui agit de manière indépendante et n'a pas de conseils à recevoir sur ce qu'elle doit faire», expliquait-on.

En Allemagne, le deutschemark a longtemps symbolisé la puissance économique du pays. «La Bundesbank était indépendante, forte et respectée. D'un point de vue allemand, il n'y a pas de raison d'avoir une approche différente pour la BCE», explique Christian Deubner, spécialiste des questions européennes, à l'institut de recherche FEPS. En abandonnant le mark pour créer la monnaie unique, le gouvernement avait veillé à inscrire dans le marbre l'indépendance de la BCE, dont l'objectif est de lutter contre l'inflation.

Pour les Allemands, l'inflation relève du traumatisme historico-économique. Dans les années 1923-1924, l'hyperinflation atteint des niveaux records dans la fragile République de Weimar. La crise débouche sur la tragédie politique: l'accession au pouvoir de Hitler. En Allemagne, l'instabilité économique est synonyme de risque démocratique.

Aujourd'hui, la question monétaire en recouvre une autre: celle de la faillite potentielle des États. «Les Allemands n'ont pas peur de l'inflation, ils ont peur de la dette», assure Gabriele Baring. Psychologue et diplômée en économie, elle est l'auteur d'un livre sur les Peurs secrètes des Allemands. «Les Allemands ont peur de devoir payer pour les pays du Sud. Ce n'est pas un problème psychologique, c'est une réalité.» En gardant la main sur la défense de l'euro, dont le niveau n'a jamais vraiment pénalisé leur économie, les Allemands estiment défendre leurs intérêts économiques.

## Merkel will „keine Sozialunion“ 103,72

Wenige Worte, große Wirkung: „Die EU ist keine Sozialunion“, sagt die Bundeskanzlerin in einem Interview - während in Deutschland ohnehin eine Debatte zum Thema tobt. Merkels Devise: Kein Hartz IV mehr für EU-Ausländer, die nur zur Arbeitssuche hier sind.



© DPA  Gießt in der Debatte über Sozialmissbrauch noch einmal Öl ins Feuer: Kanzlerin Angela Merkel

Die Bundeskanzlerin verschärft in der Debatte über Sozialmissbrauch durch EU-Ausländer den Ton: „Die EU ist keine Sozialunion“, sagte Angela Merkel (CDU) nun in einem Interview mit der Zeitung „Passauer Neue Presse“. Zuvor war ein Gesetzentwurf bekannt geworden, demzufolge die Regierung gegen einen möglichen Sozialmissbrauch durch EU-Ausländer vorgehen will: EU-Bürgern soll künftig die Wiedereinreise nach Deutschland untersagt werden, wenn sie in Deutschland Sozialleistungen missbrauchen. In manchen Fällen werden künftig auch Gefängnisstrafen möglich.

Grundsätzlich ist Deutschland verpflichtet, Zuwanderern aus anderen EU-Staaten Sozialleistungen zu zahlen. Der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof hielt allerdings am Dienstag in einem Gutachten fest, dass man sogenannten Armutszuwanderern dann Hartz IV verweigern darf, wenn die Betroffenen ausschließlich nach Deutschland kamen, um Sozialhilfe zu beziehen.

Merkel sagte der „Passauer Neuen Presse“: „Wir wollen Hartz IV nicht für EU-Bürger zahlen, die sich allein zur Arbeitssuche in Deutschland aufhalten.“ Zum Kindergeld gebe es in der EU Freizügigkeitsregelungen und ein klares Urteil des Europäischen Gerichtshofes. Danach hätten in Deutschland arbeitende EU-Bürger grundsätzlich Anspruch darauf, wenn sie in Deutschland erwerbstätig sind. „Wir arbeiten daran, hierbei bestmöglich Missbrauch ausschließen zu können.“

### Auch Gefängnisstrafen sollen möglich werden

Im Vorjahr haben in Deutschland lebende Ausländer Hartz-IV-Leistungen in Höhe von rund 6,7 Milliarden Euro bezogen - etwa ein Fünftel des Gesamtvolumens. Auf die rund 900.000 Ausländer aus Nicht-EU-Staaten entfielen 5 Milliarden Euro, auf die 311.000 Zugewanderten aus den anderen EU-Ländern 1,7 Milliarden Euro. Das geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage hervor. Darin sind Gesamtaufwendungen für Hartz-IV-Leistungen von 33,7 Milliarden Euro ausgewiesen. Bundesbürger erhielten davon 26,8 Milliarden Euro.

Dem neuen Gesetzentwurf zufolge sollen unter anderem bei Sozialbetrug fünf Jahre lange Einreiseverbote und Beschränkungen beim Kindergeld drohen. Die Grundzüge des Vorhabens sind schon seit zwei Wochen bekannt - jetzt liegen auch die angepeilten Detailregelungen vor, die nach einem Kabinettsbeschluss allerdings noch durch Bundestag und Bundesrat müssen. Wer sich durch falsche oder unvollständige Angaben eine Aufenthaltserlaubnis erschleicht, muss demnach mit bis zu drei Jahren Gefängnis rechnen. Den unberechtigten Bezug von Kindergeld will man dadurch verhindern, dass der Antragsteller künftig Steueridentifikationsnummern für sich und das jeweilige Kind vorlegen muss. EU-Zuwanderer sollen zur Arbeitssuche zudem in der Regel nur noch ein auf sechs Monate befristetes Aufenthaltsrecht bekommen.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt bezeichnete die Pläne mit Blick auf die Europawahl als „populistisches Wahlkampfgetöse“. In der „Saarbrücker Zeitung“ (Donnerstag) beklagte sie, Wiedereinreisesperren seien europarechtswidrig und bloße Augenwischerei.

Anlass für die gesetzliche Neuregelung war die CSU-Kampagne „Wer betrügt, der fliegt“, mit der die Christsozialen vor einem massenhaften Missbrauch von Sozialleistungen durch Bulgaren und Rumänen gewarnt hatten. Bürger aus diesen beiden jungen EU-Staaten haben seit dem 1. Januar freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Einige Kommunen fühlten sich jedoch durch den steigenden Zuzug von sozial schwachen Osteuropäern überfordert.

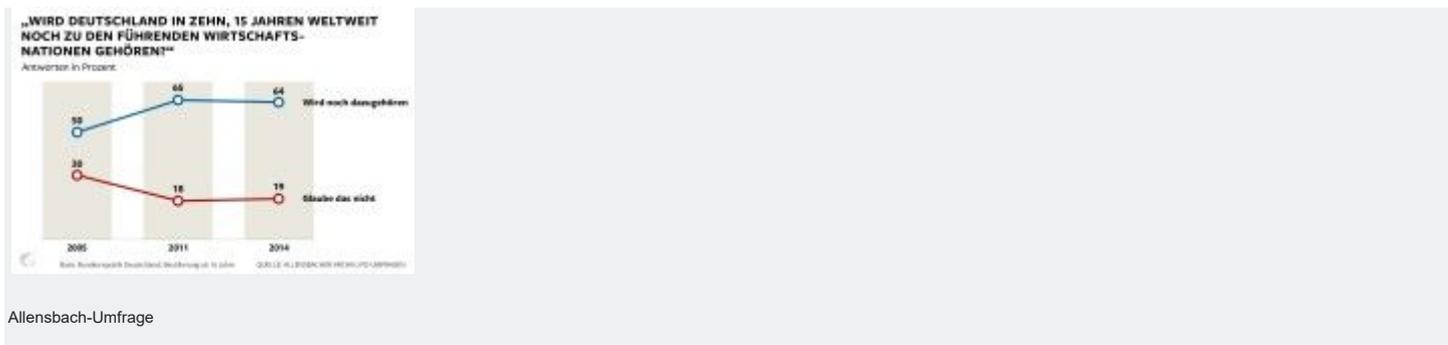
## Wettbewerbsfähigkeit

# Image des Standorts Deutschland so gut wie nie 103,73

Noch sind die USA die wettbewerbsfähigste Volkswirtschaft. Doch Deutschland holt im weltweiten Vergleich kräftig auf. Vor allem ums Image des Wirtschaftsstandortes ist es überraschend gut bestellt. *Von Anja Ettl*

In Sachen Konkurrenzfähigkeit bleiben die USA die unangefochtene Nummer eins: Zum zweiten Mal in Folge hat es die größte Wirtschaftsmacht der Welt auf den Spitzenplatz im weltweiten Wettbewerbsvergleich geschafft. Europa holt allerdings kräftig auf. Wie aus der aktuellen Rangliste der Schweizer Business School IMD hervorgeht, die einmal jährlich erhoben wird, haben fast alle der untersuchten Euro-Länder im vergangenen Jahr Plätze gut gemacht.

Vor allem Deutschland konnte seine Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessern. Das Land rangiert momentan auf dem sechsten Platz weltweit und ist damit im Vergleich zum Vorjahr drei Plätze aufgestiegen.



Besonders gute Noten erntete **Deutschland** im vergangenen Jahr für seine Rolle als Stabilisator des europäischen Finanz- und Bankensystems. Auch die Infrastruktur und die wirtschaftliche Effizienz – gemeint sind damit unter anderem die wirtschaftliche Produktivität eines Landes, die Situation auf dem Arbeitsmarkt oder auch der rechtliche Rahmen für Unternehmen – zählen aus Sicht der Umfrageteilnehmer zu den Highlights am Standort. Als größter Hemmschuh wiederum gilt wie schon in den Vorjahren die Fiskalpolitik: Vor allem für sein kompliziertes Steuersystem und die Höhe der Steuersätze bei der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung erntet Deutschland schon seit Jahren schlechte Noten.

## Deutschland besonders wirtschaftsfreundlich

Überraschend gut ist es im weltweiten Vergleich um das Image Deutschlands bestellt. Wie aus dem IMD-Report weiter hervorgeht, belegt Deutschland hier mittlerweile den zweiten Platz knapp hinter Singapur. Befragt wurden die 4300 Teilnehmer der weltweiten Studie danach, wie gut oder schlecht ihr Land aus ihrer Sicht als Wirtschaftsstandort im Ausland wahrgenommen wird. Vor dem Ausbruch der **Euro-Krise** lag Deutschland dabei traditionell eher im Mittelfeld. Doch seit 2011 hat die Bundesrepublik rasant aufgeholt. In Sachen Image steht der Wirtschaftsstandort Deutschland aktuell so gut da wie noch nie seit Beginn der Messungen im Jahr 1995.

Unter den Euro-Nationen schneidet Deutschland damit in der aktuellen Rangliste mit weitem Abstand am besten ab. Doch auch Finnland, Irland, Österreich, Luxemburg, Portugal und **Frankreich** konnten ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern. Deutlich besser geht es im Vergleich auch Spanien: Das einstige Krisenland rückte dank einer ganzen Reihe von Reformen um sechs Plätze nach vorne.

Ähnlich gut entwickelten sich in Europa nur noch die baltischen Staaten Estland und Litauen sowie EU-Mitglied Rumänien, das sogar um acht Plätze aufstieg. "Es gibt kein allgemeingültiges Rezept, um im Ranking aufzusteigen", sagte Arturo Bris vom IMD World Competitiveness Center. "Sehr viel hängt von den lokalen Gegebenheiten des jeweiligen Landes ab." Zu den Sorgenkindern Europas zählen nach wie vor **Italien** und Griechenland. Beide rutschten im internationalen Vergleich weiter ab. Schlechter als Griechenland (Rang 57) stehen momentan nur noch Argentinien, Kroatien und Venezuela da.

## China rutscht ab

Auch eine ganze Reihe von Schwellenländern haben im vergangenen Jahr an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt. Dazu trugen vor allem das schwächere Wirtschaftswachstum und sinkende Investitionen aus dem Ausland bei. China beispielsweise, das im vergangenen Jahr ganz knapp am Aufstieg in die Top 20 scheiterte, rutschte angesichts wachsender Zweifel am Geschäftserfolg der Volksrepublik auf den 23. Platz ab. Indien und WM-Gastgeber Brasilien wiederum verloren in der Umfrage vor allem deshalb an Boden, weil es beiden Ländern bisher nicht gelungen ist, ihre Arbeitsmärkte und die wirtschaftlichen Strukturen im eigenen Land effizienter zu gestalten.

Für die seit 1989 jährlich veröffentlichte Untersuchung "World Competitiveness Ranking" analysieren die Wissenschaftler des IMD die Wettbewerbsfähigkeit von insgesamt 60 Volkswirtschaften weltweit. In die Analyse fließen über 300 Indikatoren ein, vom Defizit der öffentlichen Haushalte über die Gaspreise bis hin zur Zahl der Breitbandanschlüsse. Zusätzlich wurden für die Studie in diesem Jahr 4300 Manager weltweit zu ihrer Einschätzung der jeweiligen Standorte befragt.

Bis 1995 publizierte das IMD die Studie in Zusammenarbeit mit dem World Economic Forum in Genf, das mittlerweile einen eigenen Wettbewerbsindex erstellt. Zwar unterscheiden sich die Ansätze und Berechnungsmethoden, im Ergebnis ist der Tenor der beiden Wettbewerbsstudien aber gleich: Auch im WEF-Index ist Deutschland zuletzt kräftig aufgestiegen und liegt mittlerweile auf dem vierten Platz weltweit, knapp hinter den Spitzenreitern Schweiz, Singapur und Finnland.

## DIE WETTBEWERBSFÄHIGSTEN LÄNDER DER WELT 2014

Land	Rang		Veränderung zum Vorjahr
	2014	2013	
USA	1	1	→
Schweiz	2	2	→
Singapur	3	5	↗
Hongkong	4	3	↘
Schweden	5	4	↘
<b>Deutschland</b>	<b>6</b>	9	↗
Kanada	7	7	→
Vereinigte Arabische Emirate	8	8	→
Dänemark	9	12	↗
Norwegen	10	6	↘
Luxemburg	11	13	↗
Malaysia	12	15	↗
Taiwan	13	11	↘
Niederlande	14	14	→
Irland	15	17	↗

QUELLE: IMD

DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt Deutschland belegt in der IMD-Rangliste den sechsten Platz

## **The Opinion Pages | OP-ED COLUMNIST**

Crisis of the Eurocrats 103,75

MAY 22, 2014



**Paul Krugman**

A century ago, Europe tore itself apart in what was, for a time, known as the Great War — four years of death and destruction on an unprecedented scale. Later, of course, the conflict was renamed World War I — because a quarter-century later Europe did it all over again.

But that was a long time ago. It's hard to imagine war in today's Europe, which has coalesced around democratic values and even taken its first steps toward political union. Indeed, as I write this, elections are being held all across Europe, not to choose national governments, but to select members of the European Parliament. To be sure, the Parliament has very limited powers, but its mere existence is a triumph for the European idea.

But here's the thing: An alarmingly high fraction of the vote is expected to go to right-wing extremists hostile to the very values that made the election possible. Put it this way: Some of the biggest winners in Europe's election [will probably be people taking Vladimir Putin's side](#) in the Ukraine crisis.

The truth is that the European project — peace guaranteed by democracy and prosperity — is in deep trouble; the Continent still has peace, but it's falling short on prosperity and, in a subtler way, democracy. And, if Europe stumbles, it will be a very bad thing not just for Europe itself but for the world as a whole.

Why is Europe in trouble?

The immediate problem is poor economic performance. The euro, Europe's common currency, was supposed to be the culminating step in the Continent's economic integration. Instead, it turned into a trap. First, it created a dangerous complacency, as investors funneled huge amounts of cash into southern Europe, heedless of risk. Then, when the boom turned to bust, debtor countries found themselves shackled, unable to regain lost competitiveness without years of Depression-level unemployment.

The inherent problems of the euro have been aggravated by bad policy. European leaders insisted and continue to insist, [in the teeth of the evidence](#), that the crisis is all about fiscal irresponsibility, and have imposed savage austerity that makes a terrible situation worse.

The good news, sort of, is that despite all these missteps the euro is still holding together, surprising many analysts — myself included — who thought it might well fall apart. Why this resilience? Part of the answer is that the European Central Bank has calmed markets by promising to do "[whatever it takes](#)" to save the euro, up to and including buying government bonds to keep interest rates from rising too far. Beyond

that, however, the European elite remains deeply committed to the project, and, so far, no government has been willing to break ranks.

But the cost of this elite cohesion is a growing distance between governments and the governed. By closing ranks, the elite has in effect ensured that there are no moderate voices dissenting from policy orthodoxy. And this lack of moderate dissent has empowered groups like the National Front in France, whose top candidate for the European Parliament denounces a “technocratic elite serving the American and European financial oligarchy.”

The bitter irony here is that Europe’s elite isn’t actually technocratic. The creation of the euro was about politics and ideology, not a response to careful economic analysis (which suggested from the beginning that [Europe wasn’t ready for a single currency](#)). The same can be said of the turn to austerity: All the economic research supposedly justifying that turn [has been discredited](#), but the policies haven’t changed.

And the European elite’s [habit of disguising ideology as expertise](#), of pretending that what it wants to do is what must be done, has created a deficit of legitimacy. The elite’s influence rests on the presumption of superior expertise; when those claims of expertise are proved hollow, it has nothing to fall back on.

So far, as I said, the elite has been able to hold things together. But we don’t know how long this can last, and there are some very scary people waiting in the wings.

If we’re lucky — and if officials at the European Central Bank, who are closer to being genuine technocrats than the rest of the elite, act boldly enough against [the growing threat of deflation](#) — we may see some real economic recovery over the next few years. This could, in turn, offer a breathing space, a chance to get the European project as a whole back on track.

But economic recovery by itself won’t be enough; Europe’s elite needs to recall what the project is really about. It’s terrifying to see so many Europeans rejecting democratic values, but at least part of the blame rests with officials who seem more interested in price stability and fiscal probity than in democracy. Modern Europe is built on a noble idea, but that idea needs more defenders.

## Revenge of the Optimum Currency Area 103,77

JUNE 24, 2012

A couple of months ago I gave a dinner talk for the NBER Macroeconomics Annual conference. For technical reasons I can't seem to post a pdf, but here's the write-up — probably pretty scrappy looking — after the jump:

### Revenge of the Optimum Currency Area

Paul Krugman

The creation of the euro was supposed to be another triumphant step in the European project, in which economic integration has been used to foster political integration and peace; a common currency, so the thinking went, would bind the continent even more closely together. What has happened instead, however, is a nightmare: the euro has become an economic trap, and Europe a nest of squabbling nations. Even the continent's democratic achievements seem under threat, as dire economic conditions create a favorable environment for political extremism. Who could have seen such a thing coming?

Well, the answer is that lots of economists could and should have seen it coming, and some did. For we have a long-established way to think about the prospects for currency unions, **the theory of optimum currency areas** — and right from the beginning, this theory suggested serious concerns about the euro project.

These concerns were largely dismissed at the time, with many assertions that the theory was wrong, irrelevant, or that any concerns it raised could be addressed with reforms. Recent events have, however, very much followed the lines one might have expected given good old-fashioned optimum currency area theory, even as they have suggested both that we need to expand the theory and that some aspects of the theory are more important than we previously realized.

In what follows, I'll start with a very brief and selective review of what I consider **the key points of optimum currency area theory**, and what that theory seemed, some two decades ago, to say about the idea of a single European currency. Next up is the crisis, and the continuing refusal of many leaders to see it for what it is. Finally, some thoughts on possible futures.

### Mundell, Kenen, and currencies

**The advantages of a common currency are obvious**, if hard to quantify: reduced transaction costs, elimination of currency risk, greater transparency and possibly greater competition because prices are easier to compare. Before the creation of the euro, some statistical work on the limited number of country pairs sharing a currency suggested that the common European currency might produce an explosion in intra-European trade; that hasn't happened, but trade does seem to have risen modestly as a result of the single currency, and presumably that corresponds to an increase in mutually beneficial and hence productive exchanges.

**The disadvantages of a single currency come from loss of flexibility.** It's not just that a currency area is limited to a **one-size-fits-all monetary policy**; even more important is **the loss of a mechanism for adjustment**. For it seemed to the creators of OCA, and continues to seem now, that changes in relative prices and wages are much more easily made via currency depreciation than by renegotiating individual contracts. Iceland achieved a 25 percent fall in wages relative to the European core in one fell swoop, via a fall in the krona. Spain probably needs a comparable adjustment, but that adjustment, if it can happen at all, will require years of grinding wage deflation in the face of high unemployment.

But why should such adjustments ever be necessary? The answer is **"asymmetric shocks"**. A boom or slump everywhere in a currency area poses no special problems. But suppose, to take a not at all

hypothetical example, that a vast housing boom leads to full employment and rising wages in part, but only part, of a currency area, then goes bust. The legacy of those boom-time wage increases will be an uncompetitive tradable sector, and hence the need to get at least relative wages down again.

**So the advantages of a single currency come at a potentially high cost. Optimum currency area theory is about weighing the balance between those advantages and those potential costs.**

Now, what we need to say right away is that this “weighing” takes place only in a qualitative sense: at this point nobody says that the benefits of joining the euro are  $x$  percent of GDP, the costs  $y$ , and  $x > y$ , so the euro it is. Instead, it’s more along the lines of arguing that Florida is a better candidate for membership in the dollar zone than Spain is a candidate for membership in the euro zone. This doesn’t necessarily say that Spain made a mistake by joining the euro – nor does it necessarily refute the argument that Florida would be better off with its own currency! But the theory does at least give us some insight into the tradeoffs.

We also need to say that in practice very little of optimum currency area theory is concerned with the benefits of a single currency area. Obviously these benefits depend on potential economic interactions; there would be no point in sharing a currency with, say, a colony on Mars that did almost no trade with Earth, and joining the euro makes a lot more sense for, say, Slovakia than it would for Mongolia. But almost all the interesting stuff comes from looking at factors that might mitigate the costs arising from the loss of monetary flexibility that comes with adopting someone else’s currency – which brings us to the two big ideas of OCA.

First up, **Mundell, whose classic 1961 paper argued that a single currency was more likely to be workable if the regions sharing that currency were characterized by high mutual labor mobility.** (He actually said factor mobility, but labor is almost surely the one that matters). How so?

Well, suppose – to take a not at all hypothetical example – that the state of Massachusetts takes a major asymmetric hit to its economy that sharply reduces employment – which is, in fact, what happened at the end of the 1980s. If Massachusetts workers can’t or won’t leave the state, the only way to restore full employment is to regain the lost jobs, which will probably require a large fall in relative wages to make the state more competitive, a fall in relative wages that is much more easily accomplished if you have your own currency to devalue. But if there is high labor mobility, full employment can instead be restored through emigration, which shrinks the labor force to the jobs available. And that’s what actually happened. Table 1 shows snapshots of the Massachusetts economy at three dates: 1986, the height of the “Massachusetts miracle” centered on minicomputers, 1991, after the shift to PCs and the bursting of a housing bubble had brought a severe local recession, and 1996. Notice that Massachusetts never regained the employment share it lost in the late-80s bust. Nonetheless, by the mid-90s it once again had an unemployment rate below the national average, because workers moved elsewhere.

So that’s one main theme of optimum currency area theory. But it isn’t the only one. There’s also Peter Kenen’s argument that fiscal integration – a large “federal” component to spending at the regional or local level – can help a lot in dealing with asymmetric shocks.

Let’s once again take a not at all hypothetical example, Florida after the recent housing bust. America may have a small welfare state by European standards, but it’s still pretty big, with large spending in particular on Social Security and Medicare – obviously both a big deal in Florida. These programs are, however, paid for at a national level. What this means is that if Florida suffers an asymmetric adverse shock, it will receive an automatic compensating transfer from the rest of the country: it pays less into the national budget, but this has no impact on the benefits it receives, and may even increase its benefits if they come from programs like unemployment benefits, food stamps, and Medicaid that expand in the face of economic distress.

How big is this automatic transfer? Table 2 shows some indicative numbers about Florida’s financial relations with Washington in 2007, the year before the crisis, and 2010, in the depths of crisis. Florida’s tax payments to DC fell some \$33 billion; meanwhile, special federally funded unemployment insurance programs contributed some \$3 billion, food stamp payments rose almost

\$4 billion. That's about \$40 billion in de facto transfers, some 5 percent of Florida's GDP – and that's surely an understatement, since there were also crisis-related increases in Medicaid and even Social Security, as more people took early retirement or applied for disability payments.

You might argue that since Florida residents are also U.S. taxpayers, we really shouldn't count all of this as a transfer. The crucial point, however, is that the federal government does not currently face a borrowing constraint, and has very low borrowing costs. So all of this is a burden that would be a real problem if Florida were a sovereign state, but is taken off its shoulders by the fact that it isn't.

Wait, there's more: Florida banks benefit from federal deposit insurance; many mortgage losses fell on Fannie and Freddie, the federally-sponsored lending agencies. More on this financial backing shortly.

In summary, optimum currency area theory suggested two big things to look at – labor mobility and fiscal integration. And on both counts it was obvious that Europe fell far short of the U.S. example, with limited labor mobility and virtually no fiscal integration. This should have given European leaders pause – but they had their hearts set on the single currency.

Why did they believe it would work? I won't try for a detailed historiography; let me just say that what I recall from discussions at the time was the belief that two factors would make the adjustment problems manageable. First, countries would adopt sound fiscal policies, and thereby reduce the incidence of asymmetric shocks. Second, countries would engage in structural reforms that would make labor markets – and, presumably, wages – flexible enough to cope with such asymmetric shocks as occurred despite the soundness of the fiscal policies.

Even at the time, this sounded to many American economists like wishful thinking. After all, asymmetric shocks don't have to arise from unsound policies – they can come from shifts in relative product demand or, of course, such things as real estate bubbles. And European leaders seemed to believe that they could achieve a degree of wage flexibility that would be more or less unprecedented in the modern world.

Nonetheless, the project went ahead. Exchange rates were locked at the beginning of 1999, with the mark, the franc and so on officially becoming just denominations of the euro. Then came actual euro notes – and they all lived happily ever after, for values of “ever after” < 11 years.

### The euro crisis

As I just suggested, the architects of the euro, to the extent that they took optimum currency area theory at all seriously, chose to believe that asymmetric shocks would be a relatively minor problem. What happened instead was the mother of all asymmetric shocks – a shock that was, in a bitter irony, caused by the creation of the euro itself.

In essence, the creation of the euro led to a perception on the part of many investors that the big risks associated with cross-border investment within Europe had been eliminated. In the 1990s, despite the absence of formal capital controls, capital movements and hence current-account imbalances within Europe were limited. After the creation of the euro, however, there was massive capital movement from Europe's core – mainly Germany, but also the Netherlands – to its periphery, leading to an economic boom in the periphery and significantly higher inflation rates in Spain, Greece, etc. than in Germany.

This movement was itself a large asymmetric shock, but a relatively gradual one, and one that the European Central Bank was willing to accommodate with slightly above-target inflation. Matters were quite different, however, when private capital flows from the core to the periphery came to a sudden stop, leaving the peripheral economies with prices and unit labor costs that were well out of line with those in the core. Suddenly the euro faced a major adjustment problem.

This was the kind of problem optimum currency area theory warned would be very difficult to handle without currency devaluation; euro optimists had believed that reforms would make labor markets

sufficiently flexible to deal with such situations. Unfortunately, the pessimists were right. “Internal devaluation” – restoring competitiveness through wage cuts as opposed to devaluation – has proved extremely hard. Table 3 shows hourly labor costs in the business sectors of several peripheral economies that, by common account, entered the crisis with very flexible labor markets; even so, and despite very high unemployment, they have achieved at best small declines.

So optimum currency area theory was right to assert that creating a single currency would bring significant costs, which in turn meant that Europe’s lack of mitigating factors in the form of high labor mobility and/or fiscal integration became a very significant issue. In this sense, the story of the euro is one of a crisis foretold.

Yet there have been some surprises – unfortunately, none of them favorable.

First, as far as I know nobody or almost nobody foresaw that countries hit by adverse asymmetric shocks would face fiscal burdens so large as to call government solvency into question. As it turned out, the adjustment problems of the euro area quickly turned into a series of fiscal emergencies as well. In this sense, Kenen has turned out to dominate Mundell: lack of labor mobility has not played a major role in euro’s difficulties, at least so far, but lack of fiscal integration has had an enormous impact, arguably making the difference between the merely bad condition of America’s “sand states”, where the housing bubble was concentrated, and the acute crises facing Europe’s periphery.

Second, traditional optimum currency area theory paid little attention to banking issues; little thought was given to the importance of national as opposed to regional bank guarantees in the United States. In retrospect, however, we can see just how crucial such guarantees have actually been. Deposits in U.S. banks are guaranteed at the federal level, so that bank bailouts have not been a burden on state governments; in Europe, bank bailouts have helped cause sudden jumps in government debt, most notably in Ireland, where the government’s assumption of bank debts abruptly added 40 points to the ratio of public debt to GDP.

The combination of concerns about sovereign debt and the absence of federal bank backing have produced the now-famous phenomenon of “doom loops”, in which fears of sovereign default undermine confidence in the private banks that hold much sovereign debt, forcing these banks to contract their balance sheets, driving the price of sovereign debt still lower.

Then there’s the lender of last resort issue, which turns out to be broader than even those who knew their Bagehot realized. Credit for focusing on this issue goes to Paul DeGrauwe, who pointed out that national central banks are potentially crucial lenders of last resort to governments as well as private financial institutions. The British government basically can’t face a “rollover” crisis in which bond buyers refuse to purchase its debt, because the Bank of England can always step in as financier of last resort. The government of Spain, however, can face such a crisis – and there is always the risk that fears of such a crisis, leading to default, could become a self-fulfilling prophecy.

As DeGrauwe has pointed out, Britain’s fiscal outlook does not look notably better than Spain’s. Yet the interest rate on British 10-year bonds was 1.7% at the time of writing, whereas the rate on Spanish 10-years was 6.6%; presumably this liquidity risk was playing an important role in the difference.

An even more striking comparison is between euro area countries and those nations that have pegged to the euro but not actually adopted the currency. Denmark, Austria, and Finland are all, by common agreement, in pretty good fiscal shape. But where Austria and Finland are euro nations, Denmark is merely pegged to the euro. You might have thought that this lack of full commitment on Denmark’s part would exact a price in the form of higher interest rates – after all, someday Denmark might choose to devalue. In fact, however, Danish borrowing costs are significantly lower than those in Finland and Austria. To be fair, this could reflect fears that all euro countries will end up being contaminated by the problems of the periphery – say, by suffering large losses on loans between central banks. But a more likely explanation is that Denmark is seen as a safer bet because it could, in a liquidity squeeze, turn to its own central bank for financing, ruling out the self-fulfilling crises that pose risks even to relatively strong euro area governments.

The bottom line here would seem to be that concerns about the euro based on optimum currency area theory were actually understated. Members of a currency area, it turns out, should have high integration of bank guarantees and a system of lender of last resort provisions for governments as well as the traditional Mundell criterion of high labor mobility and the Kenen criterion of fiscal integration. The euro area has none of these.

### Making the euro workable

I won't try here to project the likely outcome of the euro crisis, since any such discussion will surely be overtaken by events. Instead, let me ask what it might take to make the euro workable even if it isn't optimal.

One answer would be full integration, American-style – a United States of Europe, or at least a “transfer union” with much more in the way of automatic compensation for troubled regions. This does not, however, seem like a reasonable possibility for decades if not generations to come.

What about more limited fixes? I would suggest that the euro might be made workable if European leaders agreed on the following:

1. Europe-wide backing of banks. This would involve both some kind of federalized deposit insurance and a willingness to do TARP-type rescues at a European level – that is, if, say, a Spanish bank is in trouble in a way that threatens systemic stability, there should be an injection of capital in return for equity stakes by all European governments, rather than a loan to the Spanish government for the purpose of providing the capital injection. The point is that the bank rescues have to be severed from the question of sovereign solvency.
2. The ECB as a lender of last resort to governments, in the same way that national central banks already are. Yes, there will be complaints about moral hazard, which will have to be addressed somehow. But it's now painfully obvious that removing the option of emergency liquidity provision from the central bank just makes the system too vulnerable to self-fulfilling panic.
3. Finally, a higher inflation target. Why? As I showed in Table 3, euro experience strongly suggests that downward nominal wage rigidity is a big issue. This means that “internal devaluation” via deflation is extremely difficult, and likely to fail politically if not economically. But it also means that the burden of adjustment might be substantially less if the overall Eurozone inflation rate were higher, so that Spain and other peripheral nations could restore competitiveness simply by lagging inflation in the core countries.

So maybe, maybe, the euro could be made workable. This still leaves the question of whether the euro even should be saved. After all, given everything I said, it looks increasingly as if the whole project was a mistake. Why not let it break up?

The answer, I think, is mainly political. Not entirely so – a euro breakup would be hugely disruptive, and exact high “transition” costs. Still, the enduring cost of a euro breakup would be that it would amount to a huge defeat for the broader European project I described at the start of this talk – a project that has done the world a vast amount of good, and one that no citizen of the world should want to see fail.

That said, it's going to be an uphill struggle. The creation of the euro involved, in effect, a decision to ignore everything economists had said about optimum currency areas. Unfortunately, it turned out that optimum currency area theory was essentially right, erring only in understating the problems with a shared currency. And now that theory is taking its revenge.

### REFERENCES

De Grauwe, Paul, “Managing a fragile Eurozone”, VoxEU, May 2011.

Kenen, Peter: “The Theory of Optimum Currency Areas: An Eclectic View” in R.Mundell and A. Swoboda eds, Monetary Problems of the International Economy, The University of Chicago Press, 1969

Mundell, Robert: A theory of Optimum Currency Areas, American Economic Review, 51 (4), 1961

Table 1: Labor mobility in action

MA share in US employment MA unemployment rate US unemployment rate

1986 2.70 4.0 7.0

1991 2.48 8.8 6.8

1996 2.43 4.6 5.4

Table 2: Florida and the Feds

2007 2010

Revenue paid to DC 136.5 111.4

Special unemployment benefits 0 2.9

Food stamps 1.4 5.1

Table 3: Hourly labor costs in the business sector, 2008=100

2006 2007 2008 2009 2010 2011

Estonia 73.1 87.8 100.0 98.2 96.2 100.7

Ireland 91.5 95.7 100.0 103.1 102.4 100.7

Latvia 62.8 81.7 100.0 99.9 97.1 100.3

## 71COMMENTS

- [SHARE](#)

## Was Sie über das neue Rentenpaket wissen müssen 103,83

Der Bundestag hat mit großer Mehrheit das Rentenpaket beschlossen. Es gibt viele Gewinner, aber noch mehr Verlierer. Mütterrente, Rente mit 63, Erwerbsminderungsrente - die wichtigsten Punkte im Überblick.

© DPA  Junge Mütter im März 1961: Sind die Kinder vor 1992 geboren, bekommen die Mütter von Juli an ein zusätzliches Jahr Kindererziehungszeit bei der ...

Mit dem Rentenpaket beschert die große Koalition den Rentnern die größte Leistungsausweitung seit Jahrzehnten. „Nicht geschenkt, sondern verdient“, wirbt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Rund 10 Millionen Menschen können sich als Gewinner der schwarz-roten Rentenpolitik betrachten: Mütter, besonders langjährig Beschäftigte und jene, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können. Ihr Wohlergehen lässt sich der Staat dauerhaft zusätzlich rund 10 Milliarden Euro im Jahr kosten. Sind in einer einfachen Gegenrechnung die übrigen 70 Millionen heutigen und künftigen Beitrags- und Steuerzahler in Deutschland die Verlierer der Rentenpolitik der Koalition? Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Rentengesetz, [das der Bundestag an diesem Freitag verabschieden wird](#) und das am 1. Juli in Kraft treten soll.

### **Mütterrente**

#### *Wer gewinnt?*

Rund 9,5 Millionen Mütter (oder selten auch Väter), deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Sie bekommen bei der Rente von Juli an ein zusätzliches Jahr Kindererziehungszeit angerechnet. Der Aufschlag bringt je Kind im Westen 28,61 Euro und im Osten 26,39 Euro im Monat. Von diesen Bruttowerten werden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Steuern abgezogen. Der Aufschlag wird steuerlich so behandelt wie eine normale Rentenerhöhung.

#### *Wer geht leer aus?*

Die Mütter (oder Väter), die nicht oder nicht in voller Höhe von der Mütterrente profitieren. Dazu gehören jene, die zur Vermeidung von Altersarmut staatliche Grundsicherung beziehen. Wenn sie mehr Mütterrente bekommen, sinkt ihr Anspruch auf Grundsicherung. Auch eine Witwenrente kann sich reduzieren, wenn der eigene Rentenanspruch steigt. Außerdem können Mütter leer ausgehen, die während der Kindererziehungszeit relativ viel verdient haben. Treffen Kindererziehungszeiten mit Beitragszeiten aus Beschäftigung zusammen, wird die Summe der Entgeltpunkte durch die Beitragsbemessungsgrenze gedeckelt, derzeit sind es 71 400 Euro im Jahr (Ost: 60 000 Euro). Das gilt aber nur für künftige Rentnerinnen. Auch geschiedene Mütter können leer ausgehen, wenn wegen der höheren Mütterrente der Versorgungsausgleich durch das Familiengericht neu berechnet wird. Leer gehen auch viele Mütter aus, die nie berufstätig oder aber immer beamtet oder freiberuflich tätig waren. Ein Anspruch auf Rente setzt voraus, dass fünf Jahre mit Beitragszeiten vorhanden sind. Von Juli an werden für vor 1992 geborene Kinder zwei Beitragsjahre angerechnet. Das bedeutet, dass künftig drei vor 1992 geborene Kinder erzogen worden sein müssen, um allein aus Kindererziehung einen Rentenanspruch zu erwerben.

#### *Wer zahlt?*

Für die Mütterrente, die rund 7 Milliarden Euro zusätzlich kostet, wird das Geld der Beitragszahler verwendet, das sich in der Rentenkasse angesammelt hat. Die Reserve von 31 Milliarden Euro wird aber voraussichtlich 2017 verbraucht sein. Dann muss der Steuerzahler die Finanzierung übernehmen. Der Bundeszuschuss wird nach Berechnungen des DIW im Jahr 2030 deswegen um rund 7 Milliarden Euro höherliegen als ohne die neue Mütterrente. Außerdem zahlen die Rentner einen Teil der Leistungsausweitung selbst, denn durch den Griff in die Rentenkasse kann der Beitragssatz nicht sinken. Deswegen fällt auch der Rentenanstieg 2015 geringer aus als ohne Rentenpaket.

### **Rente mit 63**

#### *Wer gewinnt?*

Vor allem ältere männliche Facharbeiter. Denn profitieren sollen Arbeitnehmer, die 45 Beitragsjahre nachweisen können. Die Altersgrenze 63 Jahre gilt aber nur für die Geburtsjahrgänge 1951 und 1952. Sie steigt dann für spätere Jahrgänge in Zwei-Monats-Schritten, parallel zur Rente mit 67. Arbeitnehmer des Jahrgangs 1964, die grundsätzlich bis 67 arbeiten müssen, können 2029 im Alter von 65 abschlagsfrei in Rente gehen. Zu den 45 Beitragsjahren zählen nicht nur Jahre der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, sondern auch Zeiten mit freiwilligen Beiträgen, wenn mindestens 18 Jahre mit Pflichtbeiträgen aus Beschäftigung oder selbständiger Tätigkeit vorhanden sind, Zeiten des Wehr- oder Zivildienstes, Kindererziehungs- und Pflegezeiten, Zeiten des Bezugs von Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Insolvenzgeld, Zeiten des Bezugs von Leistungen bei beruflicher Weiterbildung sowie (unbegrenzt) Zeiten der Kurzarbeitslosigkeit. In den letzten zwei Jahren vor Rentenbeginn („rollierender Stichtag“) zählt die Arbeitslosenzeit allerdings nur, wenn sie Folge einer Insolvenz oder vollständigen Geschäftsaufgabe des Arbeitgebers ist. Nicht berücksichtigt werden Ausbildungszeiten und Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld.

#### *Wer geht leer aus?*

Die Rente mit 63 gilt vom 1. Juli an - aber nicht rückwirkend: Alle, die bis dann mit Abschlüssen in Rente gegangen sind oder noch gehen, müssen diese Abschlüsse auf Dauer hinnehmen - selbst wenn sie die Voraussetzungen sonst erfüllen. Die Rente mit 63 verstößt gegen das sogenannte Äquivalenzprinzip, nach dem sich die Höhe der Rente nach der Höhe der Einzahlungen bemisst. Verlierer sind daher auch alle, die (etwa wegen einer langen Ausbildung) weniger als 45 Beitragsjahre zusammenbekommen - selbst wenn sie in die Rentenkasse womöglich mehr eingezahlt haben. Verlierer könnten auch die Unternehmen sein, die in nächster Zeit auf unerwartet viele Fachkräfte verzichten müssen, die

von der Frührente Gebrauch machen. Als Ausgleich ist ein Einstieg in die „Flexi-Rente“ vorgesehen. Danach können Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer befristet nach Erreichen der Regelaltersgrenze (von derzeit 65 Jahren und drei Monaten) weiter beschäftigen.

*Wer zahlt?*

Die Frührente wird aus der Rentenkasse bezahlt, also von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Wie bei der Mütterrente zahlen auch hier die Rentner mit, weil der Rentenanstieg geringer ausfallen wird.

### **Erwerbsminderungsrente**

*Wer gewinnt?*

Alle, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können und nach dem 1. Juli erstmals eine Erwerbsminderungsrente beziehen, können im Vergleich zur heutigen Rechtslage mit einem Aufschlag von rund 40 Euro im Monat rechnen. Beim Eintritt der Erwerbsminderung in jungen Jahren wird gegenwärtig so getan, als ob noch bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres weitergearbeitet worden wäre. Künftig werden Erwerbsgeminderte so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen Einkommen bis 62 weitergearbeitet hätten. Außerdem sollen die letzten vier Jahre vor Eintritt der Erwerbsminderung, oft schon durch Ausfälle gekennzeichnet, künftig für die Bewertung der Zurechnungszeit herausfallen, wenn dies für den Rentner günstiger ist.

*Wer geht leer aus?*

Heutigen Erwerbsminderungsrentnern, die häufig in die Gefahr der Altersarmut geraten und zusätzlich Grundsicherung beziehen, bringt die Aufstockung nichts.

*Wer zahlt?*

Finanziert wird die Aufstockung von den Beitragszahlern.

### **Reha-Deckel**

*Wer gewinnt?*

Alle, denen die Rentenversicherung Leistungen der beruflichen Rehabilitation gewährt. Denn das Reha-Budget von zuletzt 5,8 Milliarden Euro wird aufgestockt. Bei der Erhöhung wird künftig nicht mehr nur die Entwicklung der Lohnsumme berücksichtigt, sondern auch die demographische Entwicklung. 2014 steigt das Reha-Budget um rund 100 Millionen Euro. Weil die Babyboomer ins Reha-Alter kommen, steigt die Erhöhung bis 2017 auf 233 Millionen Euro. Danach sinkt es.

*Wer zahlt?*

Finanziert wird die Erhöhung aus der Rentenkasse.

## Vom Ursprung des Verbrechens 103,85

Wer Akademiker beschäftigt, macht Polizisten arbeitslos: Die Kombination von Verstädterung und angespanntem Arbeitsmarkt führe zu hohen Kriminalitätsraten. Das haben Soziologen ermittelt.

23.05.2014, von JÜRGEN KAUBE



© DPA  Ein mit einem Messer bewaffneter Mann bricht in eine Wohnung in Frankfurt am Main ein.

Wovon die Kriminalitätsraten einer Gesellschaft abhängen, ist als soziologische Frage ein Evergreen. Je nach Delikt kann man sie mit sozialer Motivbildung beantworten: Armut führt zu mehr Eigentumsdelikten, starke Ehrbegriffe machen zu Gewalt geneigt. Oder die Soziologen weisen auf Gelegenheitsstrukturen hin: In Städten ist mehr zu holen als auf dem Land, die Wohnungen sind unbeobachtet und die Kontakte anonymer. Oder sie vermuten, dass Verbrecher ein Beruf ist, der in vielen Hinsichten wie andere Berufe organisiert ist, aber davon lebt, dass bestimmte Märkte - etwa der Drogenmarkt - nicht legalisiert sind.

Eine besondere These zur Kriminalitätsentwicklung hat vor kurzem der Soziologe Helmut Thome entwickelt. Ihr Ausgangsbefund sind unterschiedliche Deliktsraten in deutschen Großregionen. Im Norden, Westen und Osten des Landes sind danach statistisch mehr Gewaltdelikte zu beobachten als im Süden, namentlich in Baden-Württemberg und Bayern. Woran liegt das?

### **In relativen Wohlstandszonen gehe es friedlicher zu**

Zunächst zum Osten. Vor der Wiedervereinigung gab es auf dem Gebiet der DDR vergleichsweise wenig Kriminalität. Schätzungen sprechen gegenüber der alten Bundesrepublik von halb so viel Straftaten. Wie in anderen Nachbarstaaten des Ostblocks kam es im Zuge der „Verwestlichung“ in Ostdeutschland zu einem sprunghaften Anstieg der Kriminalität.

Bei vorsätzlicher Tötung überholte der Osten den Westen in Deutschland etwa 1993, aber 1998 hatten sich die Zahlen angeglichen und fielen gemeinsam auf den heute stabil bei etwa drei Delikten pro 100 000 Einwohner liegenden Wert. Ähnlich entwickelten sich die Zahlen bei den schweren Körperverletzungen, wo der Osten etwas weniger Fälle als der Westen aufweist, und beim Raub, wo nach starkem Anstieg bis 1997 die Werte heute ebenfalls unter den westlichen liegen.

Stärker fallen jedoch die Kriminalitätsraten im deutschen Nord-Süd-Vergleich auseinander. Dass in Nordrhein-Westfalen wie in Brandenburg signifikant mehr Delikte zu verzeichnen sind als in Sachsen, Thüringen oder Bayern, wird dabei oft ökonomisch erklärt. In den relativen Wohlstandszonen gehe es eben friedlicher zu.

### **Ein "desintegrativer Individualismus"**

Doch inwiefern wäre beispielsweise Thüringen, wo nur halb so viele Raubüberfälle stattfinden wie im Nordwesten, als Wohlstandszone anzusprechen? Auch die Tatsache, dass Bayern eine hohe Aufklärungsquote bei Raubdelikten hat, kann das Nord-Süd-Gefälle nicht vollständig erklären - die Aufklärungsquote in Baden-Württemberg ist ganz durchschnittlich.

Thome wartet mit einem anderen, überraschenden Erklärungsversuch auf. Die Kriminalitätsrate hänge nicht nur (positiv) mit dem Urbanitätsgrad und (negativ) mit dem Wohlstand zusammen, sondern auch (positiv) mit der Verbreitung eines akademischen Lebensstils. Darunter versteht Thome einen hohen Anteil an gutausgebildeten Singles, Pendlern und Beschäftigten im Dienstleistungssektor an der regionalen Bevölkerung. Es sei in solchen Regionen ein „desintegrativer Individualismus“ zu beobachten.

Das soll heißen: Überall dort, wo der Wettbewerb um berufliche Positionen besonders ausgeprägt ist und das Bildungssystem sozialen Aufstieg verspricht, ohne ihn einzulösen, steigen für die Verlierer die Anreize zum Einsatz illegaler Mittel. Nicht die Urbanisierung allein führe zu höheren Kriminalitätsraten, sondern die Kombination von Verstädterung und angespanntem Arbeitsmarkt.

### **Das Qualitätsniveau steigt, die Arbeitsplätze fehlen**

In ländlichen Gegenden, die Wohlstand kennen, wie etwa in Baden-Württemberg und Bayern, wäre es gerade diese Kombination, die zu den geringen Zahlen an Raubüberfällen führe. Umgekehrt führe gestiegener Wohlstand „nur dann zu einem Absinken der Gewaltkriminalität, wenn er nicht mit einem Zuwachs an desintegrativem Individualismus erkaufte worden ist“.

---

Mehr zum Thema

- Polizeiabkommen: In Polen gerast, in Deutschland festgenommen
- Kriminalitätsstatistik: Polizei zählt Zehntausende Einbrüche in Deutschland
- UN: Milliardenschäden durch organisiertes Verbrechen
- Hirnforscher: Der Psychopath in mir

Konkreter formuliert: Wenn das Qualifikationsniveau steigt, aber die Arbeitsplätze ausbleiben, macht sich das in den Deliktzahlen bemerkbar. Wenn der Wohlstand mehr auf mittelständischen Unternehmen gründet als auf Großindustrie, mag das zu geringeren Deliktzahlen beitragen, weil es für eine integrativere kommunale Struktur spricht. Wo es für Schüler, die andernorts als Bildungsverlierer gelten, Arbeitsplatzchancen gibt, wirkt das in dieselbe Richtung.

Allerdings erwähnt Thome auch, dass die Delikte mit Körperverletzungen und die Raubdelikte seit 2007 insgesamt rückläufig sind. Es kann also nicht ausgeschlossen werden, dass der Grad an vermeintlicher Desintegration unserer Gesellschaft geringer ist als von Zeitdiagnosen vermutet.

**Helmut Thome und Stephan Stahlschmidt:** „Ost und West, Nord und Süd: Zur räumlichen Verteilung und theoretischen Erklärung der Gewaltkriminalität in Deutschland“, Berliner Journal für Soziologie 23, 2013.

Quelle: F.A.S.

05/23/2014 03:38 PM

## **A Continent in Motion**

# **What Conchita Wurst Tells Us About EU Identity 103,87**

*An Essay By Georg Diez*

**Europe has struggled for decades to forge a common identity -- and now the Continent's response to Putin, its battle against Google and the victory of drag queen Conchita Wurst at the Eurovision Song Contest all suggest that shared values are finally emerging.**

In the new "Muppets" film, Europe is portrayed as a hodgepodge of clichés, including the snobbish French Interpol agent who, despite having plenty of work to do, goes on an eight-week summer vacation. Or the sexy Siberian bride who wants to lock Kermit the Frog up in a gulag forever.

Is Europe a place caught between decadence and totalitarianism the way it is portrayed in the new Disney film?

Or is this a tolerant Europe, one in which an Austrian drag queen can win the Eurovision Song Contest. Boundaries between countries and genders are relative, and it seems as if all the wars and killing of the last 2,500 years have led to Europeans taking a more relaxed view life and its abysses than people in other parts of the world.

One thing is true: Somewhere along the line, between Plato, Medici and colonialism, 1914, 1933 and 1989, the beautiful and the gruesome, Europe's identity has become an ongoing question.

What is Europe capable of doing, what does it want to be, what are its values and how does it defend those values? These questions will be raised, at least theoretically, during the European election on May 25. But these questions are also being addressed in a more hands-on fashion, with clubs and guns, in the Ukrainian cities of Donetsk, Kharkiv and Odessa.

### **Keeping Out of History**

There is an odd discrepancy to the current situation. On the one hand, there is a dubious sense of calm, a paralyzing passivity. The European election campaign is unfolding in precisely the way Europeans have come to expect, in the wake of world history. In fact, it is practically the European Union's *raison d'être*, to keep out history, with all of its unpleasant side effects, and it is one of the reasons the EU was founded after World War II, a product of the individual nations' fears of one another.

On the other hand, reality is poking its head, once again, in this darkened room with Brussels-blue walls. Governments have managed to somewhat effectively gloss over the public protests, youth unemployment and growing inequality as a consequence of European policy. But with his aggressive approach in Ukraine, Russian President Vladimir Putin, the vaguely Muppet-like supreme villain, is drawing attention to the fact that the EU is relatively clueless when it comes to defining which values, other than the euro, it represents.

So does Europe need a bogeyman like Disney-Putin to understand itself? Does Europe need a figure like Conchita Wurst to be reminded of its ideals and strengths?

According to a study conducted for SPIEGEL by Infratest, an opinion research institute, Germans disagree over the question of whether resistance to Putin's policies will make Europe more unified. Overall, the majority is dissatisfied with the way the EU member states have behaved in the Ukraine conflict. On the other hand, respondents feel that Conchita Wurst's victory is a sign of tolerance, and that European culture is neither decadent nor in decline.

### **A Laboratory of the Present**

The continent is certainly multicultural, if only out of necessity. It has no choice, and it was never anything but multicultural. From the Romans to the Germanic tribes, the Huguenots and the Poles, the continent has always been in motion, although it sometimes seemed to be suffering from vertigo, as historian Philipp Blom noted in his book about Europe before World War I. But his vertigo eventually led to the modern age, between psychoanalysis and Expressionism. Europe has always been a laboratory of the present.

What began then as the discovery of female desire now encounters the unholy troika of resentment: homophobia, anti-feminism and xenophobia.

So what is Europe in 2014? Is it closer to 1913 or 1938? Is it a continent that received its face in 1945 or 1989? And if the postwar era came to an end in the year in which the Berlin Wall was brought down, what began after that?

The Berlin Wall came down 25 years ago. Twenty-five years is an epoch. Were those the European years, and did we simply fail to notice? With America's decline, the attacks of 9/11, the war in Iraq, Guantanamo, Obama's drones and whistleblower Edward Snowden's revelations, the West, in the form of the United States, has lost some of its sparkle.

But what about China, whose rise is as rapid as it is troubling? Will the Asian century follow the American century? What are the premises on which this coming century is based? What role will Europe play? What is the value of ideals like freedom and tolerance?

We have to revise our perspective. Surprisingly, much of what was tested in the European postwar period seems very appealing, humane and still valid today.

### **A Machine Designed to Eliminate Politics**

An economy, for example, that adheres to rules. A society oriented toward fairness and justice. Human rights that apply to everyone. "After the experiences of the years from 1914 to 1945," writes historian Tony Judt in his history of Europe, people yearned for a "functioning state."

But what else? What was Europe supposed to be? This question was postponed, partly because of the sense of guilt over half of the continent being excluded from this debate, because it was separated from the West by the Iron Curtain.

As Judt writes, the European institutions were founded out of fear and uncertainty. They were never a symbol of strength or optimism. Instead, they represent a power whose decisions are largely exempt from the influence of the people. In Europe, politics is execution and promulgation, without process or discussion. In fact, the EU is a machine designed to eliminate politics.

The economy and prosperity replaced politics as the most important goal of the community. Not even specialists were overly interested in the democratic deficits of European institutions. The consequences are evident today. Europe, attacked from the outside by Putin and from the inside by right-wing populists, is rattled and doesn't know how to react.

Perhaps we know what kinds of values we want, but we don't know what we are prepared to do for those values. Europe is a little like the shy boy in glasses, who is pushed by bullies during recess.

### **'Europe's Original Sin'**

Judt calls it "Europe's original sin:" The inability to learn from the crimes of the past, a nostalgia that makes us forget, and the constant temptation to return to the passive policies of 1938, when Hitler was allowed to do as he pleased.

Some of this attitude still exists today. It seems that many would prefer it if Europe were an island, far away from the world's problems. Political scientist Francis Fukuyama promised this, to a certain extent, when he declared the West the winner in his 1992 book "The End of History and the Last Man," suggesting that the future held nothing but relaxation.

But that didn't happen. History simply continued, unwilling to go away. However, Europeans had already abandoned politics as a means of shaping policy for so long that they reacted helplessly, again and again, to the abrupt unfolding of history. The important questions of war and peace became debates of introspection and doubt in the wave-like rhythm of the decades. In the early 1990s, it was the Bosnian war and the massacre of Srebrenica, in 2003 it was the Iraq War, and today it is the conflict in Ukraine.

### **No Tolerance without Decadence**

So what can and should Europe do? What was missing, during this period of growth and peace in which Europeans became spoiled by success, was a European identity beyond the common market and a fair-weather patriotism of easy accessibility, reflected in the Easyjet feeling of the 2000s: depoliticized, hedonistic and painlessly cosmopolitan.

If Europe examines its identity in 2014, it seeks it in 1914, a fateful year for Europe, the year of World War I and trench warfare. But perhaps it would be better to think less about the war than the period preceding it: about the fears, disturbances and distortions, on the one hand, but also about the dynamism, ideas, scientific and artistic innovative strength of the second decade of the 20th century.

Europe was always a cultural project. It found -- and lost -- itself in its culture, especially when it remained stuck in resentment, the shrunken form of culture.

This is no different today. For instance, what exactly was German journalist Bela Anda trying to say when he wrote about Conchita Wurst, in the semi-reactionary tone of the day: "A beard on a woman's face, especially a full beard, bothers me. It bothers my sense of esthetics, but it also bothers my understanding of the roles of men and women." Anda, the head of the politics department of the German tabloid *Bild* and the former press secretary of ex-Chancellor Gerhard Schröder, warned against an "egalitarian" Europe. And when Vladimir Yakunin, head of the Russian state railroad and a close associate of Putin, uses terms like "vulgar ethno-fascism" and "Europe's moral decline," he is referring to Conchita Wurst and a decadent West.

But there is no tolerance without decadence. Decadence and tolerance go hand-in-hand, and both have always been closely connected in Europe, this untidy continent.

But the negative image of a homophobic Russia is not part of a European identity, just as Europe is not the antithesis of America. Europe needs foe images in order to understand itself.

### **Elevating Europe's Values**

Last week's [ruling by the European Court of Justice](#), requiring Internet giant Google to delete sensitive information could signify a different direction.

For Vice Chancellor Sigmar Gabriel, a member of the center-left Social Democratic Party (SPD), the ruling was an opportunity to elevate Europe's values over those of Google in an article in the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* newspaper: "Europe stands for the opposite of this totalitarian idea of making every detail of human behavior, human emotion and human thought an object of capitalistic commercial exploitation."

The general right of privacy is strongly influenced by a uniquely Euro-centric worldview. The notion that Google should not be allowed to keep all the information it is capable of storing corresponds to a continent that has learned that it is sometimes better to forget, because history, in its abundance and complexity, would be too suffocating. It also makes little sense to search for a viable European identity in history. That would be too selective and possibly manipulative. In the historical year 2014, we should remember that history tends to be dangerous in Europe, and often serves as justification for war, and Ukraine is only the most recent example.

The question is: What should replace history? Philosophers Jürgen Habermas and Jacques Derrida were the last intellectuals to have tried it. It was in 2003, when they speculated that the demonstrations against the Iraq war signaled the "birth of a European public."

Eleven years ago, they dreamed of a common European foreign policy. Since then, we have seen the economic and financial crisis and a few government crises. European identity and the European model, which Judt discussed for the 21st century, must establish itself beyond or in opposition to the institutions of a policy-free EU.

Conchita Wurst is not replacing a common foreign policy and any missing processes of democratic legitimation. Nevertheless, the TV vote in Copenhagen does show that when it comes to tolerance, the masses could very well be farther along than the elites.

At a time when politics is becoming more ideological once again, and as a new Cold War threatens to emerge, this alone is good news.

## À l'issue d'une campagne où la monnaie unique a souvent été désignée comme responsable de tous nos maux, l'ancien président de la BCE prend sa défense. 103,89



Jean-Claude Trichet défend la monnaie unique avant les européennes de dimanche. © Bodo

Marks / DPA / dpa Picture-Alliance/AFP

Sur nos billets, dans nos portefeuilles, figure sa signature. Président de la BCE de 2003 à 2011, Jean-Claude Trichet a subi de plein fouet la grande crise de 2008. Une crise due, selon lui, à la légèreté des gouvernements, et non à la monnaie unique, qui est sortie renforcée du cataclysme. Interview.

**Le Point : Pour vous, l'euro, c'est un semi-échec ou une semi-réussite ?**

**Jean-Claude Trichet :** C'est une grande réussite ! Cette monnaie, partie de rien en 1999, est, quinze ans après, la deuxième monnaie du monde. Je me souviens de conférences à New York, neuf mois avant le lancement de l'euro, où la quasi-totalité de l'assemblée était persuadée que cette devise ne verrait pas le jour, et ne pouvait, en tout état de cause, être qu'inexistante par rapport au dollar. Qu'elle ait pu se faire, qu'elle se soit imposée comme la deuxième devise mondiale, qu'elle ait gardé la confiance des épargnants européens et mondiaux malgré la crise, tout cela en fait un indéniable succès. Il n'y a pas de plus rigoureux stress test que la crise financière la plus grave depuis la Seconde Guerre mondiale ; et il n'y a pas de meilleure preuve du succès de l'euro, en tant que monnaie, que d'avoir gardé un haut niveau de crédibilité dans cette crise. Comme vous le savez, le débat principal, aujourd'hui, est de savoir si la monnaie n'est pas trop crédible, si elle n'inspire pas trop confiance aux épargnants mondiaux, au point de devenir trop forte.

**Mais, vu la crise, tout le bilan ne peut pas être si rose...**

Que l'euro, en tant que monnaie, soit un succès ne veut pas dire que la "gouvernance" économique et financière de la zone euro ait été un succès. La crise des dettes souveraines, qui a menacé tous les grands pays développés, a fait ressortir au moins quatre défaillances spécifiques de la gouvernance économique de la zone euro. La première a été le non-respect du pacte de stabilité, en 2003, quand la France, l'Allemagne et l'Italie ont choisi de ne pas se l'appliquer à elles-mêmes, en dépit des objurgations de la BCE et de la Commission. Ces pays ont donné le mauvais exemple aux autres, avec des conséquences très graves, notamment au Portugal et en Grèce. Autre grande lacune : l'absence de surveillance de la compétitivité et des grands déséquilibres internes et externes ; la BCE, depuis 2005, ne cessait pourtant de mettre en garde contre les divergences de compétitivité au sein de la zone euro. Ces deux faiblesses ont été corrigées : le pacte de stabilité et de croissance a été renforcé, tandis qu'une nouvelle procédure de surveillance des déséquilibres macroéconomiques a été créée.

**Et puis, il y a eu d'autres lacunes découvertes au cœur de la crise...**

Oui, on a découvert deux autres faiblesses. D'abord, l'absence d'union bancaire : la crise a démontré qu'il existait une corrélation élevée entre la crédibilité du secteur bancaire d'un pays et celle de l'État lui-même. Cela accentuait encore plus les tensions financières à l'intérieur de la zone euro ; mais, aujourd'hui, l'union bancaire a été créée précisément pour permettre aux banques de ne plus dépendre à ce point de la crédibilité des États. Autre faiblesse : l'absence d'outils de gestion de crise, qu'il a fallu inventer dans l'urgence, avec le Mécanisme européen de stabilité (MES).

**L'euro a quand même joué un rôle dans la crise dans les pays d'Europe du Sud. Il leur a permis d'emprunter sur les marchés à des taux d'intérêt très faibles, ce qui a favorisé l'apparition de déséquilibres dans ces pays...**

Avant la crise, presque tous les investisseurs et les épargnants du monde imaginaient que les pays avancés ne pouvaient pas faire défaut sur leur dette. D'où une décline des taux d'intérêt de tous les emprunts d'État dans le monde. La Grèce s'est retrouvée avec pratiquement les mêmes taux que les États-Unis en raison de ce phénomène, qui se combinait, bien sûr aussi, avec l'entrée d'Athènes dans l'euro. Il est exact que l'euro a facilité le financement du déficit de la balance des paiements courants de certains pays d'Europe du Sud, comme de l'Irlande dans le Nord. Mais est-ce à dire que l'euro est responsable de la crise des dettes ? Je ne crois pas. Dirait-on que le dollar est responsable de la faillite de Lehman Brothers ? L'euro est un bouc émissaire commode pour certains. Mais les vrais problèmes sont venus de la nonchalance des gouvernements : ils n'ont pas appliqué les règles de bonne gestion budgétaire qu'ils s'étaient eux-mêmes fixées et n'ont pas eu la lucidité nécessaire pour stopper des écarts croissants de compétitivité.

**Pourquoi ce déficit de popularité de l'euro ? Un tiers des Français voudraient revenir au franc...**

Y a-t-il réellement défiance des populations à l'égard de leur monnaie ? L'euro est apprécié de façon majoritaire par les Français : deux tiers d'entre eux veulent le conserver ! Les institutions européennes, c'est vrai, ont perdu beaucoup de popularité dans la crise. Mais les institutions nationales en ont perdu encore plus. Et dans beaucoup de pays, dont le nôtre, la confiance dans les institutions nationales est inférieure à la confiance dans l'Europe. L'Europe est souvent utilisée comme un bouc émissaire : "Si cela va mal, c'est à cause de l'Europe, si cela va bien, c'est grâce à nous !" La crise des pays avancés a créé un phénomène de défiance vis-à-vis des autorités dans tous les pays en crise : le Tea Party aux États-Unis, les mouvements nationalistes en dehors de la zone euro et, dans la zone euro, un mouvement antieuropéen de certains partis extrêmes. À mes yeux, ce sont des phénomènes voisins qui s'expliquent par une insatisfaction économique et sociale qui est réelle et exige des réformes courageuses pour être corrigée.

**Mais la défiance vis-à-vis de l'euro touche des cercles plus larges...**

Si la zone euro présentait des défauts si insupportables, comment se fait-il qu'aucune démocratie n'ait profité de la crise la plus grave depuis la Seconde Guerre mondiale pour la quitter, pas même la Grèce ? Comment se fait-il qu'aucun pays de l'Europe du Nord n'en ait profité pour provoquer le départ des pays en crise,

en refusant de les aider ? Comment se fait-il que trois nouvelles nations - la Slovaquie, la Lettonie et l'Estonie - l'aient rejointe depuis la faillite de Lehman Brothers ?

### **Qu'est-ce que l'euro a apporté concrètement aux Français des classes moyennes ou populaires ?**

L'euro joue un rôle central dans l'achèvement du grand marché unique, la grande ambition européenne depuis l'origine. Imaginez ce que seraient les États-Unis s'il y existait des monnaies différentes à New York, Los Angeles ou Miami... L'euro permet à tous les citoyens de profiter pleinement de ce très vaste marché unique, le plus grand du monde ! D'être dans la première puissance exportatrice et importatrice du monde ! Les Français, qui se plaignaient toujours de taux d'intérêt trop élevés, ont eu constamment, avec l'euro, des taux d'intérêt proches des plus bas dans la zone, y compris dans une période de très grave crise mondiale. L'euro nous a apporté beaucoup, à nous Français, dans une période très difficile. Mais le succès économique et la lutte contre le chômage ne dépendent pas que de la monnaie ; ils dépendent des politiques nationales. L'Allemagne avait plus de chômage que nous à la création de l'euro, en 1999. Elle a eu le même environnement européen, le même environnement international, la même monnaie et la même politique monétaire au cours des quinze dernières années. Elle a aujourd'hui deux fois moins de chômage que nous ! Les politiques nationales, en particulier de revenus, de coûts, de réformes structurelles, et les accords des partenaires sociaux pour lutter contre le chômage ont fait la différence.

### **Beaucoup espéraient que l'euro allait accélérer les réformes structurelles en Europe. N'avez-vous pas été déçu de ce point de vue ?**

Il faut avoir une économie souple et adaptable ; toute rigidité excessive se paie en moindre croissance et en chômage : c'était et cela reste une évidence, euro ou pas euro. Il faut avoir une économie aussi compétitive que possible si l'on veut lutter contre le chômage. Il est d'ailleurs frappant de voir à quel point les cultures nationales ont une influence sur la volonté de se battre ou non pour améliorer la compétitivité.

### **Avec l'Allemagne à un bout et la France à l'autre ?**

Je dirais simplement qu'il existe deux pôles extrêmes. Le premier est celui d'une économie de culture exportatrice très dominante : dans une telle économie, pour tous les partenaires sociaux dans l'entreprise, syndicats ouvriers comme entrepreneurs, la compétitivité est le sujet essentiel ; il faut absolument la redresser si jamais elle se dégrade, en pratiquant notamment la modération des revenus et des coûts, car tout le monde sait qu'une perte de compétitivité se traduit par la mise en cause de son propre emploi, faute de clients. Dans une économie où la culture dominante est non exportatrice (secteur public et secteur non exportateur), la question de la compétitivité est perçue totalement différemment. On considère que des revenus plus élevés sont une bonne chose pour la société, que l'argent dépensé va activer la machine économique. Dans ces deux pôles extrêmes, les partenaires sociaux sont parfaitement sincères ; c'est leur vécu qui est différent. Simplement, le premier pôle ira spontanément dans la direction du plein-emploi. Le second pôle aura spontanément tendance à augmenter le chômage, car les exportations, plus coûteuses, se réduiront comme une peau de chagrin. L'Allemagne a une culture plus proche du premier pôle et la France du second, même si les deux économies sont complexes. C'est pourquoi, en France, la question de la compétitivité doit remonter nécessairement au niveau central, gouvernemental : elle n'est pas perçue comme "naturelle" par toute la partie non exportatrice de la société.

### **La prise de conscience des problèmes de compétitivité est toute récente en France...**

Le paradoxe, c'est que la France avait mené une stratégie de renforcement de la compétitivité avant la création de l'euro, de 1983 à 1999, avec la "désinflation compétitive". Lorsque l'euro a été lancé, en 1999, la France avait moins de chômage que l'Allemagne et avait un excédent externe quand l'Allemagne était en déficit. Mais, depuis, notre pays a perdu de la compétitivité année après année, avec une tendance à arbitrer spontanément en faveur de ceux qui ont un travail contre ceux qui n'en ont pas. Faute d'une stratégie de "stabilité compétitive", que j'appelle de mes vœux, les coûts unitaires de production, les revenus en général et les salaires en France ont augmenté de 18 % de plus qu'en Allemagne depuis la création de l'euro. Il est vrai que l'Allemagne devait elle-même regagner sa compétitivité perdue. Sur ces 18 %, 8 % viennent du nécessaire rattrapage de l'Allemagne et 10 % d'une perte de compétitivité française, qui explique malheureusement une bonne partie de notre chômage de masse.

### **Pensez-vous que l'euro existera encore dans dix ans ?**

Cela ne fait aucun doute à mes yeux. Et la zone euro sera plus vaste, plus nombreuse, et comptera plus de pays qu'aujourd'hui. Mais je crois qu'il faut maintenant aller plus loin. Les Français évoquent parfois la création d'eurobonds, c'est-à-dire une mutualisation des dettes, qui implique que les décisions de dépenses budgétaires elles-mêmes soient prises en commun. Je crains que les esprits ne soient pas encore prêts pour une telle fédération budgétaire, donc politique, achevée. On peut, en revanche, progresser dans la voie d'une plus grande légitimité démocratique des décisions prises en matière économique et budgétaire. Une idée, parmi d'autres, serait la possible activation d'une "fédération économique et budgétaire par exception". Si un pays conteste les recommandations économiques et budgétaires qui lui viennent de Bruxelles, dans les cas graves où la stabilité de toute la zone euro est en jeu, il devrait pouvoir demander l'arbitrage du Parlement européen, en formation "zone euro", qui prendrait la décision ultime, en liaison étroite avec le Parlement national concerné. De la même manière, la Commission et le Conseil pourraient eux-mêmes demander le même arbitrage. Un tel mécanisme respecterait le principe de subsidiarité : il ne fonctionnerait que dans des cas exceptionnels. Il respecterait le principe d'efficacité : les décisions jugées nécessaires seraient prises. Et surtout il renforcerait très significativement la légitimité démocratique de la gouvernance européenne.

## Warnschuss für Europas Elite 103,91

Wie wäre es, wenn die Berufseuropäer für einen Moment das Wahlergebnis als das zur Kenntnis nähmen, was es ist? Eine dramatische Warnung. Die EU sollte den Ländern Kompetenzen zurückgeben. Ein Kommentar.

26.05.2014, von **HOLGER STELTZNER**



© LÜDECKE, MATTHIAS  Wie reagieren die Berufseuropäer auf das Wahlergebnis?

Nach der **Wahl zum Europaparlament** sind die EU-Schönredner wieder in ihrem Element. Die nach wie vor niedrige Wahlbeteiligung verfälsche das Bild, in Wahrheit seien doch viel mehr Bürger für die europäische Einigung. Für den schlichten Normaleuropäer sei der schwierige Konsensfindungsprozess in der EU zu komplex. Der leider etwas beschränkte Bürger wisse gar nicht, wie gut die EU für ihn sei. So redet sich die „europäische Elite“ das Wahlergebnis schön und blendet die Tatsache der drastisch schwindenden Zustimmung aus.



Autor: Holger Steltzner, Jahrgang 1962, Herausgeber. Folgen:

Nur ein paar Rechtspopulisten machten die europäische Einigung madig, behaupten die Berufseuropäer trotzig, die schon vor der Wahl Skeptiker als Anti-Europäer verunglimpften, ohne zu fragen, wie ein Europäer gegen sich selbst sein kann. Als das nicht reichte, stempelten manche die Kritiker der Brüsseler Zentralisierung sogar zu Europa-Hassern. So viel Verblendung war selten. Es ist an der Zeit, rhetorisch abzurüsten. Wie wäre es, wenn die Berufseuropäer für einen Moment das Wahlergebnis als das zur Kenntnis nähmen, was es ist? Eine dramatische Warnung vor dem, was Europas „Elite“ dem EU-Bürger wieder verordnen möchte: Ein weiter so wie bisher!

Etwa ein Fünftel der Sitze im neuen Europaparlament entfällt auf Kritiker der bisherigen EU-Politik. **In Frankreich wurde der rechtsextreme Front National, der einen Austritt Frankreichs aus der EU anstrebt, sogar stärkste Partei.** Anstatt sich über das Wählervotum zu erheben, sollten sich gerade die Berufseuropäer selbstkritisch fragen, warum sie immer weniger Bürger für Europa begeistern können. Offenbar reicht es nicht zu behaupten, das Verbot der Glühbirne oder des Olivenöls im Restaurant sei keine Brüsseler Idee, sondern aus Berlin oder vom Mond gekommen. Ja, der Wahlausgang ist maßgeblich auf die Wut über die Rettungsmaßnahmen in der Euro-Krise zurückzuführen. Das Wahldebakel haben sich die EU-Abgeordneten aber auch selbst zuzuschreiben. Im Europäischen Parlament herrscht der Konsens, informell regiert dort die ganz große Koalition aus Volkspartei, Sozialdemokraten, Sozialisten, Liberalen und Grünen. Weil sich die EU-Volkstreter als Gegenspieler zum Ministerrat verstehen, votieren sie in fast allen Abstimmungen gemeinsam. Selbst als Boni-Banker oder Schulden-Staaten mit dem Geld des Steuerzahlers gerettet wurden, gab es dort keine echte Debatte.

### **Die EU darf keine Einbahnstraße sein**

Offenbar verfährt die regelmäßig vorgebrachte Standardantwort mit der Forderung nach „mehr Europa“ bei immer weniger Leuten. Eine steigende Zahl der sich unterjocht fühlenden Bürger in Südeuropa und eine wachsende Schar der sich ausgebeutet fühlenden Bürger in Nordeuropa können mit dem „Hurra-Patriotismus“ der Berufseuropäer nichts mehr anfangen. In den Krisenländern wird über mangelnde Solidarität, den erzwungenen Sparkurs und die Stabilitätspolitik geklagt. Und in den Zahlerländern herrscht die Sorge, dass die Hilfe zu einem Fass ohne Boden werden könnte, während sich das Sparen wegen der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank nicht mehr lohnt. Europa wird von immer mehr Bürgern weniger als Versprechen, sondern als Bedrohung wahrgenommen. Für die meisten ist Brüssel ein undurchschaubares Gebilde, bürokratisch, zentralistisch, wuchernd, teuer und alles andere als demokratisch.

Europa ist mehr als der Euro und auch mehr als die Europäische Union. Die Losung in der Krise: Scheitert der Euro, scheitert Europa, sorgt deshalb immer noch für Verdruss. Denn durch die Rettungsmaßnahmen ist es zu einer gigantischen Ausweitung der Gemeinschaftshaftung gekommen, ohne dass im Gegenzug wirksame Kontrollrechte etabliert wurden, wie man am angeblich gehärteten Stabilitätspakt sieht, dem die Zähne schon wieder gezogen wurden. Das Verhältnis von Risiko und Haftung ist aus dem Gleichgewicht geraten, weshalb das Zurück zum Vertrag von Maastricht das Gebot der Stunde ist. Die Europäische Union ist vor jeder Wirtschaftsgemeinschaft zuerst eine Friedensgemeinschaft, deren Wert aktuell in der Ukraine wieder allen vor Augen geführt wird. Europa als Kontinent der Freiheit und der Freizügigkeit hat wenig mit dem Euro zu tun. Viel wichtiger sind der gemeinsame Binnenmarkt als Motor für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung und in der Zukunft eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Wie kann die EU wieder mehr Bürger gewinnen? Vielleicht indem man diejenigen gewinnt, die gegen weitere Aufgabenverlagerungen nach Brüssel sind. Die EU darf nicht länger eine Einbahnstraße sein, sondern sollte Kompetenzen an die Mitgliedstaaten oder die Gemeinden zurückgeben. Europa müsse vom Kopf auf die Füße gestellt werden, das in Vergessenheit geratene EU-Prinzip der Subsidiarität müsse wiederentdeckt und durchgesetzt werden, hat **Erwin Teufel, der langjährige CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung** gefordert. Brüssel ist nicht stark, wenn es alles vereinheitlichen will, sondern macht sich lächerlich, wenn es jedes Details regeln will. Die Vielfalt ist Europas Stärke, nicht seine Schwäche.

Meinung 26.05.14

Wahlbeteiligung

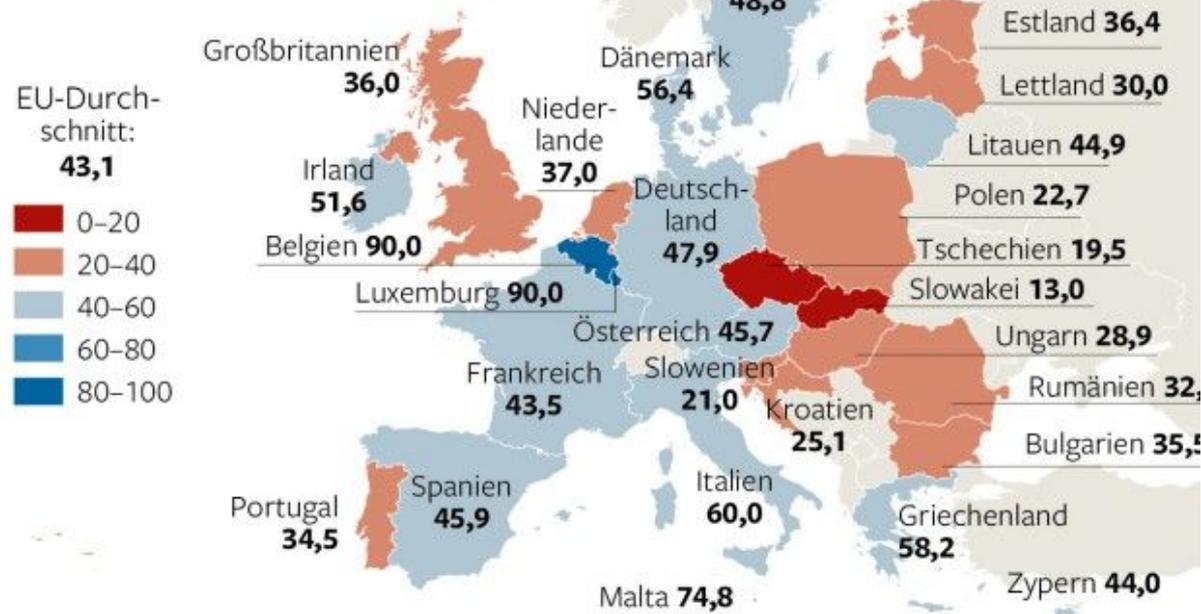
## Warum Europa im Osten kaum jemanden interessiert 103,92

In vielen osteuropäischen Ländern war die Wahlbeteiligung katastrophal. Aufgrund ihrer Geschichte sind Osteuropäer machtpolitisch schlau – und sie haben genug von der Westzentriertheit der EU.

Von *Boris Kálnoky*

### WAHLBETEILIGUNG IN EUROPA

Stimmenanteile 2014 in Prozent



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt

Es war ein neuer europäischer Rekord, aber nicht von der Art, mit der sich die EU gern brüstet: Für 87 Prozent der slowakischen Wahlberechtigten war die unter riesigem, europaweitem Aufwand beworbene **Wahl zum Europaparlament** nicht wichtig genug, um dafür eine halbe Stunde ihres Sonntages zu opfern. Das bedeutet: Die Volksvertreter, die das Land nach Brüssel schickt, vertreten eigentlich niemanden.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm, sah es anderswo in Ost- und Südosteuropa aus. Kaum jemand ging wählen. Rund 71 Prozent der ungarischen Wahlbürger blieben lieber zu Hause; ebenso 80,5 Prozent der Tschechen, 77 Prozent der Polen, 79 Prozent der Slowenen und 75 Prozent der Kroaten.

Es klingt schön, dass die Wahlbeteiligung in Rumänien stieg, eine der wenigen Ausnahmen im osteuropäischen Abwärtstrend – aber auch da gingen nur 32 Prozent der Wähler an die Urnen. Insgesamt sank die Wahlbeteiligung in Europa erstmals nicht noch weiter. Aber das kaschiert einen tiefen Riss quer durch den Kontinent. In West- und Südeuropa ließen sich die Bürger offenbar vom massiven Brüsseler Werbeaufwand für diese Wahl und drängenden Aufrufen von Meinungsmachern überzeugen. Aber im Osten sank das Interesse ins Bodenlose.

Demokratische Partizipation im Osten allgemein gering

Nicht dass die Beteiligung dort je sehr hoch gewesen wäre. In den früheren kommunistischen Ländern ist demokratische Partizipation immer noch schwächer ausgeprägt als im Westen. In Polen beispielsweise lag die Beteiligung bei der letzten nationalen Parlamentswahl auch nur bei 48 Prozent. Das liegt – nicht nur in Polen,

sondern in ganz Osteuropa - nicht zuletzt an einer allgemeinen Enttäuschung über die als korrupt und inkompetent empfundenen politischen Eliten nach der Wende.

Dennoch: Die dramatisch sinkende Beteiligung bei Europawahlen ist von anderer Qualität. Der slowakische EU-Kommissar Maros Sefcovic ringt denn auch die Hände: Es sei ein Versagen der Politik auf der ganzen Linie, die Medien müssten mehr EU-Themen ansprechen. Überhaupt müsse man besser mit den Bürgern "kommunizieren". Seine Ansichten ähneln jenen vieler EU-Politiker und Meinungsmacher. Sie können durchaus auch als Wählerbeleidigung interpretiert werden: Die dummen Bürger kapieren einfach nicht, wie unglaublich wichtig dieses EU-Parlament ist. Man muss es ihnen in die Köpfe hämmern.

Aber Osteuropäer sind machtpolitisch schlau und nach Jahrzehnten bedeutungsloser kommunistischer Parlamentswahlen ziemlich erfahren, wenn es darum geht, leere Sprüche als solche zu erkennen. "Die Menschen in Polen denken, dass im Europaparlament bestimmt keine polnischen Interessen durchgesetzt werden – unabhängig davon, ob das auch stimmt", sagt Igor Janke, Verfasser mehrerer Bücher und Leiter des unabhängigen Thinktanks Instytut Wolności (Freiheit-Institut).

Die nationalen Interessen des Landes – also die Interessen der Wähler – würden nach Ansicht der Bürger vielmehr zwischen den Regierungen verhandelt und am besten von einer starken nationalen Führung an den Verhandlungstischen der EU durchgesetzt. Die Wähler seien auch nicht bereit, sich zu bemühen für etwas, was sowieso nichts am Ergebnis ändert. "Es ist in den Köpfen der Menschen ja egal, wie viele Wähler zu den Urnen gehen", sagt Janke. "Durch die Wahlbeteiligung ändert sich nicht der Anteil der polnischen Mandate im Europaparlament. Ob 20 Prozent oder 90 Prozent wählen gehen, es sind gleichbleibend 61 polnische Mandate."

"Sie denken beim Wählen nicht an Europa"

Janke, der mit einer positiven Biografie des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in dessen Heimatland sowie in Polen zum Bestseller-Autor avancierte (deutsche Ausgabe: "Viktor Orbán. Ein Stürmer in der Politik"), sieht ähnliche Motive für die sinkende Wahlbeteiligung in Ungarn. Und überhaupt in Osteuropa. "Anfangs hatten die Menschen noch romantische, positive Vorstellungen davon, was die EU ist", meint er. "Inzwischen wissen sie: Da wird palavert und gestritten und um nationale Interessen gekämpft mit harten Bandagen. Es ist nicht schön anzusehen, und dazu noch steckt die EU in einer Krise, die ihr Ansehen verringert."

Bei EU-Wahlen zu wählen war in den ersten Jahren der Mitgliedschaft noch ein Ritual des – endlich! – Dazugehörens. Aber die Lust, sich mit Europa zu identifizieren, hat inzwischen deutlich abgenommen. Nicht nur ist den meisten Wählern das EU-Parlament egal. Jene, die dennoch wählen, tun dies nicht, weil sie an Europa denken. "Sie stimmen einfach nur für ihre Partei und denken dabei nicht an Europa, sondern an die Innenpolitik", meint Janke.

Kein Wunder, denn die EU in ihrer Westzentriertheit habe es nicht für nötig gehalten, Osteuropa überhaupt anzusprechen. Jean-Claude Juncker? Martin Schulz? Diese Spitzenkandidaten sagen den Menschen in der Region gar nichts, sagt Osteuropa-Experte Kai-Olaf Lang, Leiter der Forschungsgruppe EU-Integration bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. Schulz gilt im Osten sogar eher ein Antipathieträger aufgrund seiner oft bekundeten Bereitschaft, sich in die Belange der Nationalstaaten einzumischen.

Auch bei der Vergabe anderer Spitzenpositionen behandelt der Westen den Osten stiefmütterlich, meint Lang: "Bei der Diskussion über die Postenvergabe von anderen Spitzenämtern spielten mögliche Vertreter aus diesen Ländern keine Rolle." Der Wahlkampf sei insofern in Osteuropa "eher als eine Debatte aus Old Europe" wahrgenommen worden. Und zuletzt: Die inhaltlichen Themen, um die es ging – also die Zukunft des Euro, Fragen der EU-Verträge und Ähnliches –, all das gehe an der Lebensrealität in Osteuropa völlig vorbei.

## Le nucléaire coûtera de plus en plus cher en France 103,94

Publié le 27/05/2014 à 16:42



La Cour des comptes prévient que le coût de l'énergie nucléaire, qui représente 75% de l'électricité en France, devrait augmenter fortement en raison d'importants investissements dans les centrales vieillissantes d'EDF.

La nouvelle n'est pas bonne pour le gouvernement, ni pour le consommateur. Le coût de l'énergie [nucléaire](#), qui produit 75% de l'électricité en France, devrait augmenter fortement en raison d'importants investissements dans les centrales vieillissantes d'[EDF](#), assure ce mardi la [Cour des comptes](#). Ce coût de production moyen des 19 centrales nucléaires françaises a déjà bondi entre 2010 et 2013: la Cour l'estime à 59,8 euros le mégawattheure (MWh) l'an dernier, soit une augmentation de 20,6% (en euros courants) par rapport aux 49,6 euros de 2010, calculés dans un précédent rapport datant de janvier 2012.

Cette augmentation est importante, souligne-t-elle, car le coût de l'électricité nucléaire produite par EDF, groupe détenu à 84,4% par l'Etat, représente environ 40% du prix de l'électricité payé par les consommateurs. Les tarifs de l'électricité avaient augmenté de 5% en France en août 2013 et une hausse similaire est prévue cet été, mais la ministre de l'Énergie, [Ségolène Royal](#), a affirmé à plusieurs reprises sa volonté de maîtriser la facture des Français au cours des trois prochaines années.

### Des dépenses d'exploitation en forte hausse

La Cour explique cette progression par la «forte croissance» des dépenses d'exploitation (+11%) d'EDF (achats de combustible nucléaire, personnel, impôts, logistique, etc.). «Cette évolution, qui s'explique notamment par le déploiement du projet industriel d'EDF pour permettre le prolongement de la durée d'exploitation des réacteurs existants, a des conséquences lourdes sur le coût du MWh», souligne l'organisme public.

Ce chiffre intègre aussi les charges futures (+14%) et les dépenses de maintenance (+118%), qui devraient continuer à monter en flèche pour atteindre 3,7 milliards d'euros par an en moyenne entre 2011 et 2025, contre 1,7 milliard en 2010. Dans le futur, «on a un risque de continuation d'augmentation des dépenses d'exploitation», a souligné mardi le président de chambre de la Cour, Gilles-Pierre Lévy, devant la commission d'enquête parlementaire sur le coût de la filière nucléaire, qui avait commandé cette étude.

### 110 milliards d'euros d'investissements d'ici à 2033

Le programme de «grand carénage» d'EDF prévoit de mener pour 55 milliards d'euros de travaux de maintenance et de modernisation des 58 réacteurs nucléaires français qu'il exploite, à l'horizon 2025, pour pouvoir prolonger leur durée de vie au-delà de la limite de 40 ans initialement fixée lors de leur conception. La Cour évalue plutôt ces investissements à 62,5 milliards d'euros (en euros 2010), et même 90 milliards jusqu'en 2033 (ou 110 milliards d'euros courants).

Une étude réalisée par le cabinet WISE-Paris pour Greenpeace prévoit même un coût moyen de 4,35 milliards d'euros par réacteur si des critères de sûreté similaires à ceux du réacteur de troisième génération EPR étaient appliqués.

## «Fortes incertitudes» sur le coût du nucléaire à l'avenir

Le nucléaire est l'un des principaux enjeux du projet de loi de transition énergétique que le gouvernement souhaite présenter en conseil des ministres avant l'été. L'exécutif a réaffirmé à plusieurs reprises sa volonté de réduire de 75 à 50% la part de l'atome dans la production électrique à l'horizon 2025. Mais les moyens d'y parvenir divisent, entre partisans d'une sortie du nucléaire, défenseurs du tout atome et ceux qui prônent la prolongation de la durée de vie de certaines centrales seulement. Dans tous les cas, la Cour insiste sur «la nécessité» pour l'État de se prononcer sur l'éventuelle prolongation des réacteurs «afin de permettre aux acteurs, notamment à EDF, de planifier les actions et les investissements qui en résulteront».

Une prolongation permettrait de limiter le coût moyen de production, selon Gilles-Pierre Lévy: il atteindrait 61,6 euros pour la période 2011-2025 avec un lissage sur 50 ans. Le calcul d'EDF est plus optimiste et table plutôt sur 56,4 euros, en tenant compte de l'impact positif d'une prolongation dès 2014. La juridiction pointe toutefois de nouveau de «fortes incertitudes» dans le calcul des dépenses futures de la filière nucléaire (démantèlement du parc nucléaire et gestion des déchets radioactifs, dont le projet de stockage profond Cigéo, à Bure, dans l'Aube).

Elle dit aussi ne pas pouvoir calculer le coût de futurs EPR qui viendraient remplacer des réacteurs existants, mais juge probable que leurs coûts de production seront sensiblement supérieurs à ceux du parc actuel», affirme la Cour. L'EPR en construction à Flamanville (Manche) devrait coûter 8,5 milliards d'euros, trois fois plus que le budget initial. Les futurs EPR de Hinkley Point, en Angleterre, devraient eux produire à 92,50 livres (environ 114 euros). «Il y a un contexte d'incertitude sur ce que sera réellement le coût de production de l'électricité nucléaire dans les prochaines années», constate Cyrille Cormier, de Greenpeace. «On n'est pas loin, et dans certains cas au-dessus, du coût de l'éolien terrestre».

<http://blogs.telegraph.co.uk/news/danielhannan/100273542/euro-federalists-have-created-precisely-the-angry-nationalism-they-kept-warning-against/>

## Daniel Hannan

Daniel Hannan is the author of 'How we Invented Freedom' (published in the US and Canada as 'Inventing Freedom: how the English-Speaking Peoples Made the Modern World'). He speaks French and Spanish and loves Europe, but believes the EU is making its peoples poorer, less democratic and less free.



# Euro-federalists have created precisely the angry nationalism they kept warning against

103,96

By [Daniel Hannan](#) **Politics** Last updated: May 28th, 2014

[332 Comments](#) [Comment on this article](#)



We all know what we're AGAINST...

Twenty years ago, the argument that the EU would nurture extremism seemed academic. The Maastricht Treaty, averred Britain's fledgling Eurosceptic movement, would create disaffection. As powers were concentrated in Brussels, there would be a backlash – precisely the sort of nationalist backlash, paradoxically, that the European project had been designed to forestall. By sneeringly dismissing all opposition as “anti-European” or “xenophobic”, Eurocrats were ensuring that their words would eventually come true.

And so it has come to pass. Let me stress that plenty of the Euro-critical parties that triumphed at the weekend are moderate: you won't find a more respectable or likeable bunch than Germany's AfD, for example, most of whose leading figures are economists or professors. Some, though, are altogether darker. In France, in Spain, in Greece, in Ireland, the big winners of Sunday's poll were the politicians who combined attacks on Brussels with attacks on free markets, foreign companies and global finance (it looked, for a scary moment, as though Ukip might lurch in that direction, opposing the Pfizer bid and railing about low wages; but, I'm glad to say, the party's liberal instincts seem to have reasserted themselves).

Anti-Brussels feeling has risen fastest in the countries immiserated by monetary union. It's not just that the euro has caused preventable poverty and joblessness; it's that the politicians responsible are *still* in denial. As recently as 2012, Guy Verhofstadt claimed that “the creation of the euro has certainly boosted the economies of the participating states, and is therefore irreversible.”

You can hardly blame voters for wanting to lash out. The trouble is that they're not lashing out only at the Eurocrats and politicians who got them into this mess. They are lashing out, too, at the blameless Germans, whose only offence is to be bailing out more profligate countries than their own. They are lashing out at foreign workers, at bankers, at speculators, at the entire market system.

Sadly, the EU's response is to dole out more of the medicine that sickened the patient in the first place. As a general rule, politicians react to bad election results by 1) saying that they must take the result on board and then 2) insisting that this means doing more of whatever they were doing before. European leaders accordingly spent last night's summit dinner telling each other that the EU must "do more" to address people's concerns, "do more" to create jobs, "do more" to show that it is relevant in people's lives. In fact, what voters have just signalled is that *they want the EU to do less.*

If the EU truly wanted to arrest the rise of xenophobic, protectionist parties, it would slim its bureaucracy, reduce its competences, return power to the national capitals, cut its budget and open its markets to the rest of the world.

None of these things will happen, though. The EU will continue gobbling up new powers, as its officials assure one another that voters have been led astray by Eurosceptic demagogues and filthy tabloids. As Brecht put it, "Wouldn't it be easier to dissolve the people and elect another in their place?"

[http://www.stratfor.com/video/about-stratfor-intelligence-vs-journalism?utm\\_source=freelist-w&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=20130702&utm\\_term=WelcomeFL&utm\\_content=copy1&utm\\_source=Stratfor+Subscribers&utm\\_campaign=7da67d7378-Free+List+Welcome+13102912+16+2013&utm\\_medium=email&utm\\_term=0\\_1c43cbb1e-7da67d7378-49838317](http://www.stratfor.com/video/about-stratfor-intelligence-vs-journalism?utm_source=freelist-w&utm_medium=email&utm_campaign=20130702&utm_term=WelcomeFL&utm_content=copy1&utm_source=Stratfor+Subscribers&utm_campaign=7da67d7378-Free+List+Welcome+13102912+16+2013&utm_medium=email&utm_term=0_1c43cbb1e-7da67d7378-49838317)

## About Stratfor: Intelligence vs. Journalism 103,98

[Media Center](#), [Video](#)

JANUARY 1, 2012 | 1206 [Print](#) Text Size

### **Video Transcript:**

Founder and CEO George Friedman explains the different approaches taken by intelligence analysts and news reporters in coverage of world events.

Islam : qui stigmatise qui?

## La majorité silencieuse doit s'exprimer 103,99

Publié le 28 mai 2014 à 12:05 dans Société  
Mots-clés : [Boko Haram](#), [Islam](#), [jihadisme](#)



Au Nigeria, le récent enlèvement par le mouvement islamiste Boko Haram de plus de 200 jeunes filles a provoqué un remous sans précédent dans l'opinion publique mondiale. Sur Twitter, Michelle Obama, le pape François et l'ex-Première Dame Valérie Trierweiler ont désormais en commun un même #bringbackourgirls. « Ramenez-nous nos filles ! » exigent en chœur les célébrités du monde entier. Place du Trocadéro, nos sémillantes actrices et autres féministes ont bravé la foule et les médias pour porter haut le message.

On imagine Abubakar Shekau, chef de file de Boko Haram, se délecter de ces images, encore plus saoul qu'à l'ordinaire de l'impact inespéré de son rapt massif. Jusque-là, les exécutions sommaires de chrétiens et gardiens de la paix sur le sol nigérian avaient ému quelques heures, sans plus. L'image du leader Shekau expliquant en riant qu'il va vendre les jeunes filles sur le marché « au nom d'Allah » est particulièrement glaçante.

L'Académie Islamique Internationale du Fiqh (jurisprudence islamique), basée à Jeddah, en Arabie Saoudite, a condamné cette action en la qualifiant « d'acte odieux ». Les savants de cette institution ont également souligné que ce « crime et les autres crimes commis par ces organisations extrémistes contredisent tous les principes humanitaires, les valeurs morales et violent les dispositions du Coran et de la Sunna ».

Au Caire, [Al-Azhar appelle le groupe islamiste armé à relâcher les lycéennes](#), soulignant que faire du mal à ces jeunes filles est « totalement contraire aux enseignements de l'islam et à ses principes de tolérance ».

Dans l'hexagone, M. Dalil Boubaker, président du Conseil français du culte musulman, condamne l'enlèvement sans équivoque : « Les actes terroristes de la secte Boko Haram commis sous le prétexte de l'islam stupéfient le monde musulman et toutes les personnes qui respectent un minimum d'humanité », affirme-t-il.

De son côté, la jeune pakistanaise Malala, 16 ans, rescapée d'une tentative d'assassinat des talibans, a sobrement déclaré à CNN que Boko Haram « devrait aller étudier l'islam ». Dont acte.

L'actualité n'a pas ménagé le monde arabo-musulman. Toujours au Nigeria, 118 personnes ont été tuées le 20 mai et 56 autres blessées dans un double attentat sur un marché de Jos. Le 1<sup>er</sup> mai, une voiture piégée a fait plus de 16 morts en périphérie d'Abuja. L'explosion a eu lieu dans la gare de Nyanya, elle-même déjà ciblée par une attaque quinze jours auparavant, faisant 75 morts. Boko Haram est sur le coup.

Au Kenya, au moins sept personnes ont été tuées et une centaine blessées début mai, par des bombes artisanales à Mombasa. Le mouvement islamiste des Chebab est vraisemblablement à l'origine de l'attaque. Fuad Mohamed Khalaf, un des plus hauts responsables de ce groupe somalien lié à Al-Qaïda s'est adressé à ses troupes en ces termes : "Quand leurs soldats et leurs avions de combat (du Kenya, ndlr) tuent les vôtres, Allah vous autorise à riposter en conséquence".

En Syrie, plusieurs centaines de jeunes Européens, à grands coups de prêches allumés, ont d'ailleurs décidé de participer au jihad contre le « pouvoir impie » des Assad.

Plus proche de nous, en Seine-Saint-Denis, un directeur d'IUT a reçu des menaces de mort après avoir tenté de mettre fin à des magouilles au sein de son établissement. « J'appelle tous les musulmans à te punir. Tu dois payer, toi, tes proches, tes enfants » a-t-il pu lire dans des lettres anonymes. Le 21 mai au soir, alors qu'il sortait d'une réunion à Paris, il a été agressé par deux hommes qui l'ont roué de coup.

Au sultanat de Bruneï, la nouvelle législation basée sur la charia, la loi islamique, est désormais appliquée. Elle prévoit l'amputation de membres pour les voleurs, la flagellation pour la consommation d'alcool, la lapidation en cas d'adultère. "Avec l'entrée en vigueur de cette législation, nous remplissons notre devoir envers Allah", a déclaré le sultan.

Le 15 mai, Maryam Yahya Ibrahim, Soudanaise, médecin, 27 ans, a été condamnée par le tribunal islamique de Khartoum à la pendaison pour apostasie et, auparavant, à subir à cent coups de fouet pour adultère. La jeune femme est enceinte de huit mois et déjà mère d'un enfant de 2 ans.

**Tous ces actes ont été perpétrés au nom d'Allah. Il ne s'agit peut-être que d'une minorité numérique qui bénéficie d'une retombée médiatique quand le plus grand nombre, pacifique, est passé sous silence. Hélas, les condamnations de circonstance des autorités islamiques ne s'accompagnent pas de manifestations de masse de musulmans criant « Pas en mon nom ! ». En l'absence de tels cortèges, on est en droit de s'interroger sur la propension de l'islam à enfanter des monstres. Mohammed Merah et Youssouf Fofana ont-ils mal lu le Coran ? On aimerait que des millions de musulmans nous répondent d'une voix unanime. Au nom de tous ceux qui veulent la paix.**

*\*Photo : Kirsty W*

Européennes : face au FN, le bal des autruches 103,101

## Du déni au mépris, l'antifascisme est bien mal en point

Publié le 26 mai 2014 à 9:00 dans Politique

Mots-clés : [européennes](#), [FN](#), [Jean-Christophe Cambadélis](#), [Manuel Valls](#), [Marine Le Pen](#), [PS](#), [UMP](#)



Match nul UMP-PS. Avec un Front national planant à 26% des voix sur l'ensemble de la France, à cinq points devant l'UMP, à onze du Parti socialiste, le paysage politique hexagonal ne sort pas indemne de ses élections européennes. Notons au passage que le bon vieux mythe de l'abstention favorable au parti lepéniste prend du plomb dans l'aile puisque le léger regain de participation a ostensiblement profité aux listes frontistes. [Jean-Christophe Cambadélis en sera pour ses frais](#), lui qui avait pronostiqué, telle une Pythie au doigt mouillé : « le FN n'est fort que de l'abstention et, selon qu'elle sera forte ou basse lors des prochaines élections, il sera en bonne ou moins bonne position ». Loupé !

S'est au contraire vérifié le théorème de Guilly : les classes laborieuses, dites aussi classes dangereuses, votent massivement FN, lorsqu'elles ne s'abstiennent pas. La pointes de Marine Le Pen à 32% dans le Nord-Ouest, reléguant le Copé boy Jérôme Lavrilleux quinze points derrière son panache blond<sub>1</sub> et son adversaire socialiste à vingt points de distance, dessinent la caricature de la nouvelle géographie sociale française. De la même manière, la bonne tenue du fédéraliste UMP Lamassoure, vainqueur en Île-de-France, [l'un des rares avocats du Traité transatlantique](#) sur la place de Paris, confirme l'avenir de la droite bobo dans les ville-mondes. Qu'Hidalgo se le tienne pour dit...

Tout le sel de la soirée d'hier tenait dans le florilège de réactions dont nous ont gratifié commentateurs et politiques. Quelques jours avant l'élection, Cambadélis (encore lui, Harlem Désir lui ayant cédé son siège d'amuseur en chef) avait déjà annoncé la couleur : « Si le Front national arrivait en tête dimanche, cela signifierait que la France des droits de l'homme a cédé la place au pays qui veut exclure les autres. » Comme dans un tableau de Jérôme Bosch, il semblerait qu'une grande partie de l'électorat brûle aujourd'hui dans les flammes de l'enfer. L'annonce de cet épisode apocalyptique a ouvert une corrida autour du taureau frontiste que de tristes picadors asticotent de leurs banderilles. « Heures sombres », insiste Cambadélis, après une overdose de *Nuit et brouillard*. Mais la palme du grotesque revient à Carlos da Silva, député PS d'Evry en lieu et place de Manuel Valls. Le porte-parole du PS a poussé l'inconscience politique jusqu'à morigéner Nicolas Bay en direct sur Itélé, en lui prodiguant une petite leçon de morale digne des heures les plus noires de l'antifascisme. Verdict : « le FN est un parti antirépublicain » et ses électeurs des salauds à rééduquer. Et l'édile socialiste de plastronner : « vous ne servirez à rien », rappelant le profil peu ragoûtant des alliés étrangers du FN. Comme si l'électeur frontiste lambda espérait renverser l'Europe par l'alliance entre Marine Le Pen, le FPÖ autrichien et les libéraux-libertaires peroxydés de Geert Wilders. Même le Premier ministre a fait montre d'un meilleur sens politique dans [son allocution aussi creuse et grandiloquente qu'un discours](#)

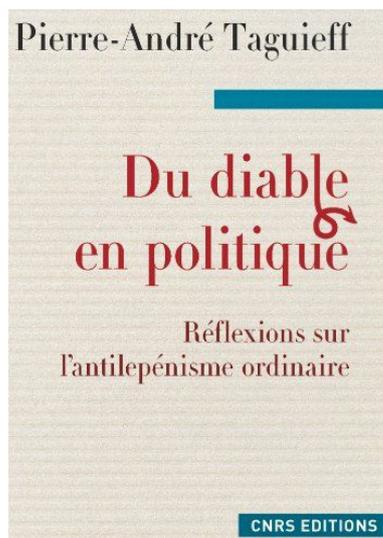
[présidentiel](#). Certes, Valls ne change pas de cap, le gouvernail de l'austérité organisée continuera à donner du grain à moudre au FN. Mention spéciale à son vœu pieux : « *Les Français aiment l'Europe* ».

Même topo à droite. Du côté de l'UMP, on méprise moins l'électeur frontiste, on se contente de relativiser, voire de nier, la raclée électorale. Les grognards sarkozystes Hortefeux et Morano étant dans les choux, ils se consolent avec des comptes d'apothicaire, en additionnant les 10% de la liste UDI-Modem à leur score médiocre. Las, le camouflet infligé à Sarkozy n'en est que plus flagrant, [les accents souverainistes de sa récente tribune](#) n'ayant pas suffi à berner le peuple de droite. Traduction, en langage techno : « *L'UMP est la seule force capable de résister au Front national* » (Bruno Le Maire). S'il est une vertu du cataclysme d'hier, c'est bien d'avoir suscité quelques vocations de comique. Rien que de très classique chez les autres ténors enroutés de l'UMP, Goasguen mettant la défaite de son camp sur le dos de Guaino. [Le premier qui dit la vérité...](#)

Et la lucidité dans tout cela ? Mélenchon, distancé par l'autre Front, tire de son petit 6% une morale désabusée : « *Le vote ethnique a supplanté le vote social.* » Mouais. Reprise au bond par Zemmour, cette semi-vérité dissocie à tort vote social et vote ethnique, alors que les deux sont étroitement liés. Cahin-Caha, la « *classe moyenne prolétarisée* » souffre autant des conséquences sociétales de l'immigration que de ses effets économiques, la multiplication des boucheries hallal faisant moins mal qu'une délocalisation.

La grande quinzaine antifasciste n'est vraiment plus ce qu'elle était. Douze ans après le 21 avril 2002, le PS se frotte les mains de voir Marine Le Pen accéder à la première marche de l'opposition. Depuis hier, Valls nous martèle le même message que Copé : la gauche doit partir unie dès le premier tour pour être sûre de se qualifier au second tour des élections qui en comptent deux (cherchez l'erreur, la politique libérale du gouvernement n'étant pas précisément faite pour s'attirer les bonnes grâces du Front de gauche...). En dépit des apparences, l'Elysée et Solférino ont donc enregistré leur plus grande victoire depuis les municipales : s'ils ne voulaient pas faire mousser le FN, pourquoi auraient-ils déterré le droit de vote des étrangers ? En exacerbant la guerre civile idéologique entre « *une France qui a peur devant certaines réalités plus ou moins mythifiées – à commencer par l'immigration* » et « *une France qui a peur de la peur des autres, et tend à nier les problèmes posés par ces derniers* » que Pierre-André Taguieff analyse dans son dernier essai, Hollande et Cambadélis se font les apprentis-sorciers de la diabolisation. Prudence : 2017 nous dira qui de l'UMP ou du PS a trop joué avec les allumettes.

*Du diable en politique. Réflexions sur l'antilepnisme ordinaire.* Pierre-André Taguieff, CNRS éditions, 2014.



\*Photo : AY-COLLECTION/SIPA. 00684371\_000011.

Saving Europe

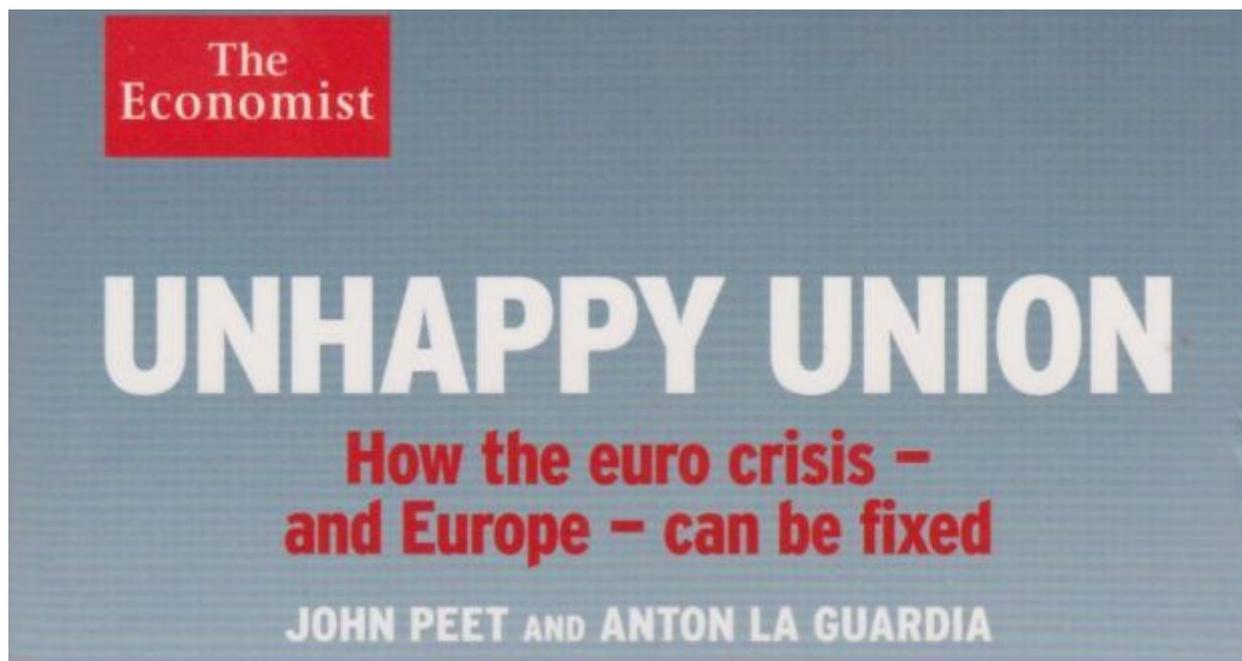
May 27th 2014, 18:41 by Economist.com



IN THEIR new book, John Peet and Anton La Guardia offer fresh solutions to the euro's longstanding structural problems

## Booked: Unhappy Union. John Peet and Anton La Guardia. €19.99

Among both Europhiles and Eurosceptics there is a growing belief that the euro has undermined, and may yet destroy, the union



Frank Dillon

This is a study by two Brussels correspondents of how and why the EU was born, the near-collapse of the euro and how the EU needs to respond to the challenges ahead. The authors note that while the euro zone has survived the financial crisis, it has come at a heavy price.

They argue that among both Europhiles and Eurosceptics there is a growing belief that the euro has undermined, and may yet destroy, the union. Rather than bringing [Europe](#) closer together, the euro is causing tension. [Germany](#) has emerged yet again as the all-powerful force within Europe, the decline of [France](#) has accelerated and the ungovernability of [Italy](#) has been reaffirmed.

The book examines the fault lines at the heart of the European integration project and has a gloomy perspective about prospects for growth. The actions of EU leaders may have averted collapse in the short term but they have not found a lasting solution. Peet and La Guardia are sceptical about the ECB bond-buying policy, while centralised economic governance involving tougher financial rules is seen as a short-term phenomenon. They argue that the EU's future will be determined by its ability to reform and address structural deficits. Monetary union should have been the culmination of political union, not a means to achieve it.

Wegen Rente mit 63

## Rentenpapst Ruland tritt aus der SPD aus 103,104

Franz Ruland, lange Jahre oberster Rentenexperte der Republik, tritt aus der SPD aus – nach 45 Jahren und aus Ärger über die Rentenpolitik. In einem Brief an den Parteivorsitzenden Gabriel geht er hart mit den Reformen ins Gericht.

28.05.2014, von DIETRICH CREUTZBURG



© PICTURE-ALLIANCE / DPA  Franz Ruland war 45 Jahre lang Mitglied der SPD.

Das vor einer Woche vom Bundestag beschlossene **Rentenpaket mit der neuen Rente ab 63** sollte der SPD neuen Zuspruch unter enttäuschten Gewerkschaftsmitgliedern verschaffen. Nun hat es ihr allerdings auch den Abschied eines gerade in rentenpolitischen Fragen besonders angesehenen Parteimitglieds beschert. Franz Ruland, langjähriger Geschäftsführer des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), hat aus Enttäuschung und Verärgerung über die aktuelle Rentenpolitik seine Mitgliedschaft in der SPD nach 45 Jahren gekündigt.

„Ich kann und will einer Partei nicht länger angehören, die gegen den Rat aller Sachverständigen mit Ihrer Rentenpolitik in verantwortungsloser Weise eine Klientelpolitik betreibt (...)“, schrieb Ruland in einem Brief an den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, in dem er die Gründe für seinen Parteaustritt darlegt und den er auch dieser Zeitung zur Kenntnis gegeben hat. In dem Schreiben listet Ruland insgesamt zwölf Gründe auf, weshalb das beschlossene Rentenpaket falsch und widersinnig sei. Vor allem sei es ein Gesetz, das „keine Gerechtigkeitslücke schließt, sondern nur neue Ungerechtigkeiten schafft“, wie Ruland beklagt.

Der heute 72 Jahre alte Sozialrechtler leitete von 1992 bis 2005 den VDR, der bis zur damaligen Neugliederung der gesetzlichen Rentenversicherung deren Spitzenorganisation war. Ruland hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten überdies in etlichen einschlägigen Expertenkommissionen mitgewirkt, die Reformen hin zu einem im demographischen Wandel stabilen Alterssicherungssystem entwickeln sollten. Von 2009 bis 2013 war Ruland überdies Vorsitzender des Sozialbeirats beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

### „Neue Ungerechtigkeiten“

„Ich war nun seit 45 Jahren in der SPD“, schreibt Ruland an den SPD-Vorsitzenden Gabriel. „Wegen Willy Brandt bin ich seinerzeit eingetreten. Ich war dankbar für Persönlichkeiten wie Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und Franz Müntefering, die eine sachgerechte langfristige Politik betrieben haben, die Deutschland voran brachte.“ Die aktuelle Rentenpolitik bewirke aber genau das Gegenteil, beklagt Ruland.

Im einzelnen schreibt er zur abschlagsfreien Rente mit 63 für Versicherte mit 45 Beitragsjahren, die nun zum 1. Juli eingeführt wird: Langjährig Versicherte würden „gleichheitswidrig bevorzugt“, denn sie bekämen nicht nur hohe Renten, sondern eben diese Renten wegen des vorgezogenen Ruhestands auch noch länger als andere – „Vorteil bei einem Durchschnittsverdiener über 30.000 Euro“. Und dieser Vorteil gehe auch noch zulasten von Versicherten mit niedrigeren Renten, die diese Kosten zu bezahlen hätten. Dies sei insgesamt eine Politik, welche „die Erfolge der auf nachhaltige Finanzierung bedachten Rentenpolitik der letzten 20 Jahre zunichte macht“, schreibt Ruland seiner SPD ins Stammbuch.

Kaum weniger hart geht Ruland mit der beschlossenen Ausweitung der Mütterrente ins Gericht, auf die sich die SPD im Interesse jener Klientelpolitik eingelassen habe. Falsch sei nicht nur, dass diese Mehrausgaben – etwa sieben Milliarden Euro im Jahr – größtenteils zulasten der Beitragszahler finanziert würden. Unverständlich sei überhaupt, wie die SPD eine Politik mitmachen könne, die „im Ergebnis zusätzliche Leistungen für Großmütter vorsieht, obwohl kein Geld dafür da sein soll, um der aktuellen großen Kinderarmut in Deutschland zu begegnen“.

Eine Kopie seines Briefs habe er auch an Arbeitsministerin Nahles geschickt, berichtet Ruland und schließt seine Austrittserklärung an die SPD mit tiefem Bedauern: „Ich bedauere meinen Schritt sehr, aber ich bedauere noch mehr die Umstände, die mich zu diesem Schritt genötigt haben.“

Nach der Europawahl

## Frankreich braucht ein blaues Wunder 103,105

Abgrenzung statt Anbiederung: Warum der Sieg des „Front National“ bei der Europawahl für die bürgerliche Rechte eine Befreiung sein kann.

28.05.2014, von JÜRIG ALTWEGG



© DPA  War der Europawahlsieg der Anfang vom Ende des ideologischen Einflusses des „Front Nationale“?

Kommunismus und Gaullismus waren die politischen Weltanschauungen, die Frankreich nach 1944 beherrschten. Sie waren die innenpolitischen Gewinner des Zweiten Weltkriegs und gemeinsam darum bemüht, die Niederlage von 1940 zu überspielen, die Kollaboration zu verdrängen, eine Gesellschaft ausschließlich aus dem Geist der Résistance zu gestalten und die Illusionen der vierten Siegermacht aufrechtzuerhalten. Die Literatur war „engagiert“, die Kultur stand unter der Hegemonie des Marxismus und hatte die Revolution zum Ziel.



Autor: Jürg Altwegg, Jahrgang 1951, Kulturkorrespondent mit Sitz in Genf. Folgen:

Der Mai 1968 - ein Aufstand gegen die Lügen der Vergangenheit - leitete den Niedergang des Kommunismus wie des Gaullismus ein. Im Jahr danach trat General de Gaulle zurück. Langsam kehrte die Wahrheit über Vichy ins Bewusstsein zurück. Den größten Schock löste allerdings Solschenizyns „Archipel Gulag“ über die sowjetischen Lager aus, mit ihm begann die Überwindung des Marxismus. 1978 wurde zum Jahr der großen Wende. Bei der Parlamentswahl galt der Sieg der vereinigten Kommunisten (mit Marchais) und Sozialisten (mit Mitterrand) als ausgemacht. Unvermittelt betraten die von Marx und Mao abgekommenen „Neuen Philosophen“ (Bernard-Henri Lévy, André Glucksmann) die Bühne und malten das Schreckgespenst eines roten Totalitarismus an die Wand.

Der Philosoph Jean-Marie Benoist trat zum ideologischen Schauwahlkampf gegen den KPF-Zentralsekretär Georges Marchais an. Politisch nicht besonders aktive Denker und Dichter von Ionesco bis Claude Lévi-Strauss kämpften „Für ein Europa der Freiheiten“ und gegen die Linke. Sie verlor - aber erstmals überholten die Sozialisten damals die Kommunisten. Im gleichen Jahr erschien François Furets Werk über das Ende der Revolution. Raymond Aron gründete gegen die befürchtete linke Machtübernahme die Zeitschrift „Commentaire“.

### Schweinefleisch in den Kantinen, Säuberung der Bibliotheken

Doch die antimarxistische Läuterung ebnete François Mitterrand den Weg in den Elyséepalast. Reminiszenzen an Vichy spielten bei der Entscheidung ebenfalls eine Rolle. Mitterrand verkörperte die Résistance, erst später kam seine braune Vergangenheit ans Licht. Ohne Not holte er die Kommunisten in die Regierung und beschleunigte deren Niedergang, der als seine große historische Leistung gewürdigt wird. Das Klima war fortan antitotalitär: Die Neuen Philosophen bezichtigten die deutsche Friedensbewegung des Defätismus vor dem roten Totalitarismus und bezeichneten die Pazifisten als „Juden des Dritten Weltkriegs“. Fortan ging es darum, Genozide und ethnische Säuberungen im Voraus zu verhindern. Saddam Hussein und Slobodan Milosević wurden mit Hitler gleichgesetzt. Diese Logik blieb bis zum Krieg gegen Gaddafi, den Bernard-Henri Lévy und Nicolas Sarkozy erwirkten, prägend.

Der Triumph Mitterrands hatte die französische Rechte fast so sehr erschüttert wie der Sieg der Volksfront 1938. Sie entdeckte die „Neue Rechte“ um Alain de Benoist, die mit Gramsci die politische Machtergreifung auf dem Weg über die Kultur propagierte. Der nach 1945 wegen Kollaboration verurteilte Verleger Robert Hersant erschloss, ebenfalls 1978, im neu gegründeten Magazin des „Figaro“ über Nacht dem neofaschistischen Gedankengut ein Millionenpublikum - es war, als ob die Schleusen geöffnet und alle nach 1945 errichteten Dämme einbrechen würden.

Mit der kulturell ausgerichteten „Neuen Rechten“ kehrte die politische, extreme Rechte in die Arena zurück: Mitterrand führte nach seinem Amtsantritt das Verhältniswahlrecht ein und förderte damit das Aufkommen von Jean-Marie Le Pens „Front National“, der kleine Teilsiege erringen konnte, die jedes Mal ein nationales Psychodrama auslösten. In den eroberten Kommunen wurde dann der rechte Kulturkampf geprobt: Schweinefleisch in den Kantinen, Säuberung der Bibliotheken.

### **Das antifaschistische Stoßtruppunternehmen**

Die Karte „Front National“ war Mitterrands zynischster Schachzug zur Absicherung seiner Macht. Er schwächte und spaltete den Gegner. Der Linken, die Mitterrands ideologische Rückzugsgefechte in eine tiefe Identitätskrise gestürzt hatten, blieb dank Le Pen zumindest der antifaschistische Reflex. Die Rückkehr des Faschismus erfolgte im Sog der Vergangenheitsbewältigung. Die Lebenslügen Mitterrands wie der Kommunisten wurden entlarvt. Die Kirche kritisierte ihr eigenes Verhalten im Krieg, Präsident Chirac erkannte die Mitschuld Frankreichs bei der Schoa an. Während zweier Jahrzehnte war sie der Bezugspunkt der Kultur, und das von einem kommunistischen Minister unter Mitterrand erlassene Anti-Rassismus-Gesetz, das ihre Leugnung bestraft, hat Le Pen wohl mehr genützt, als es die Opfer vor Diskriminierungen schützte.

Im Taumel seiner Vichy-Vergangenheit wurde Frankreich 1998 im eigenen Land erstmals Fußball-Weltmeister. Le Pen hatte die farbige Nationalmannschaft verhöhnt - nach dem Triumph wurde sie zum antifaschistischen Stoßtruppunternehmen verklärt. Frankreich feierte den Sieg wie jenen von 1944 und glaubte an einen neuen Gesellschaftsvertrag mit der Integration seiner Kinder der arabischen und afrikanischen Einwanderung. Ein blaues Wunder war geschehen.

Doch das Rückspiel 2002 war fürchterlich - sowohl sportlich, denn Frankreich schied bei der Fußball-WM als Gruppenletzter in der Vorrunde aus, als auch politisch. Bei den Präsidentenwahlen 2002 warf Le Pen den Sozialisten Lionel Jospin aus dem Rennen und kam in die Stichwahl. Danach demonstrierte die Gesellschaft ihre antifaschistische Gesinnung und wählte Jacques Chirac mit achtzig Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten.

### **Die Chance auf ein französisches Wunder**

Fünf Jahre später, bei der Wahl 2007, hielt Nicolas Sarkozy Le Pen in den Schranken von zehn Prozent. Doch seine ungehaltenen Versprechen und seine Radikalisierung - mit einem „Ministerium der nationalen Identität“ - kosteten ihn die Wiederwahl. Mit der Niederlage kamen der Streit und die Abrechnungen. Sarkozys ideologischer Berater Patrick Buisson, eine Schlüsselfigur der „Neuen Rechten“, hatte heimlich Gespräche aufgenommen. Sein Innenminister Claude Guéant verbrachte den Montag nach der Europawahl in Untersuchungshaft. Der bereits wegen seiner Wahlfälschungen angeschlagene UMP-Parteichef Copé muss jetzt wegen der Finanzierung von Sarkozys Kampagne zurücktreten. Es gab schon Gründe, nicht die UMP zu wählen.

Das von Mitterrand freigesetzte Gift hat die französische Rechte langfristig zersetzt. Zu einer kompromisslosen Abgrenzung von den Neofaschisten war sie nicht bereit oder fähig. Mit ihrem opportunistischen Taktieren verlor sie ihre Seele. Jetzt ist das Damoklesschwert, das sie seit drei Jahrzehnten bedroht, niedergegangen: Den Erben des Gaullismus ist von ihren Erzfeinden im Welt- und Algerien-Krieg ein entscheidender Schlag versetzt worden.

Für die bürgerliche Rechte kann die bittere Niederlage indes auch eine Befreiung sein. Sie kann und muss fortan nicht mehr wie das Kaninchen vor der Schlange in Schreckensstarre auf die extreme Rechte schauen. In der Defensive bietet die Anbieterung endgültig keine Alternative mehr zur ideologischen und historischen Abgrenzung. Die Linke kam an die Macht, als sie die intellektuelle Hegemonie verloren hatte. Auch für die Neofaschisten kann der Aufstieg zur stärksten Partei den Verlust ihres ideologischen Einflusses einläuten. Wenn die gemäßigte Rechte erkennt und anerkennt, dass ihr die Sozialdemokraten und Grünen näher sind als die Neofaschisten, wird aus dem Erdbeben ein französisches Wunder.

## Frankreich geht lieber pleite, als sich zu bewegen 103,107

Trotz Wahldebakels: Während die französischen Arbeitnehmer in die Depression driften, fordert die Elite ihre Solidarität im Stillstand. Die Geschichte scheint ihr sogar Recht zu geben.

Von [Berthold Seewald](#)

### Frankreichs historische Hypotheken



Foto: picture alliance / abaca

Selbstkritik ist nicht seine Stärke: Frankreichs Staatspräsident François Hollande steht beispielhaft für die Unfähigkeit der französischen Eliten, sich von historischen Chimären zu verabschieden.

In die Versuche, das [desaströse Abschneiden](#) des französischen Establishments bei den Europawahlen zu erklären, mischen sich verwirrende Töne. Da meldet sich zum Beispiel das Statistikamt Insee in Paris mit der Information zu Wort, dass die Franzosen im April ihren Konsum überraschend eingeschränkt haben. Ihre Ausgaben fielen um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Ökonomen hatten dagegen mit einem Wachstum von 0,3 Prozent gerechnet.

Die spröden Zahlen machen deutlich, dass zumindest breite Verbraucherkreise die Wirklichkeit nicht mehr durch den langjährigen Durchschnittswert von 100 repräsentiert sehen. Seit Monaten sehen sich die Franzosen auf dem Stimmungsbarometer bei der Zahl 85, was man durchaus als Erklärung für die erdrutschartigen Verluste zumal der linken Parteien heranziehen kann.

Und was tut der Führer der Linksfrente, Jean-Luc Mélenchon, der soeben traurige 8,5 Prozent der Stimmen einfahren konnte? [Er ruft die Arbeiter](#) des Landes auf, sich zusammenzureißen: "Lasst nicht zu, dass Frankreich etwas anderes wird, als das, was es im Herzen der ganzen Welt ist."

Nun, da Frankreich im globalen Diskurs zur Zeit vor allem für die Unfähigkeit zu jeglicher Reform steht, soll das wohl bedeuten, dass auch das sozialistische Establishment seine verbliebenen Anhänger dazu aufruft, sich dieser Blockadehaltung anzuschließen. Gründe, die eine solche Verweigerungshaltung befördern, findet man nicht [zuletzt in der Geschichte](#).

Frankreichs Reiz und Unglück



Foto: picture-alliance/dpa Noch heute sonnen sich Frankreichs Politiker lieber im Glanz einer großen Geschichte, als dass sie sich in der Kärnerarbeit von Reformen verlieren

Nicht umsonst wird die unterschiedliche "Schuldenkultur" gern ins Feld geführt, um die konträren Standpunkte in der Währungspolitik der Europäischen Union deutlich zu machen. Auf der einen Seite Deutschland und

einige wenig nord- und mitteleuropäische EU-Partner, die mit einer Drosselung der Ausgaben die Schulden in den Griff bekommen wollen. Auf der anderen Seite stehen Frankreich und das Gros der südeuropäischen Länder, die auf einen größeren Ausstoß der Gelddruckereien und einer Sozialisierung von Ramschpapieren setzen.

Der große Soziologe Max Weber hat das nicht zuletzt [mit religiösen Prägungen erklärt](#). Der protestantisch-calvinistische Erwerbsgeist sei der eigentliche Motor von Kapitalismus und Industrialisierung gewesen. Der französische Historiker Fernand Braudel, einer der einflussreichsten französischen Denker seiner Generation und Mitglied der Académie française, gab dem Deutschen recht, als er in seinem Spätwerk mit dem bezeichnenden Titel "[Die Identität Frankreichs](#)" resümierte: "Liegt nicht gerade darin, dass Frankreich sich nicht vom Kapitalismus hat gewinnen lassen, gleichzeitig Frankreichs Reiz und Unglück beschlossen?" – um für sich den Stolz über die Feststellung zu reklamieren, anders als andere Völker gelebt zu haben.

Der unterschiedliche Umgang mit Schulden zieht sich in der Tat durch die französische Geschichte. Anders als in Deutschland markiert jenseits des Rheins Staatsbankrott nicht die nationale Katastrophe, sondern welthistorischen Aufbruch. Das Ancien Régime der Bourbonen wurde ja gerade deswegen 1789 von der Revolution hinweggefegt, weil es wirtschaftlich am Boden lag und deswegen widerwillig die Generalstände einberufen musste. Über die Frage, wie die Schulden des Königs beglichen werden könnten, formierte sich der Dritte Stand als Nation der geeinten und freien Bürger. Noch heute reicht das Pathos dieser welthistorischen Leistung aus, um kleinliche Debatten um Etatsanierungen in Fußnoten zu verstecken.

Tatsächlich verdankt die Revolution ihr Überleben ja dem Zufall, dass die Rechnung ihrer Akteure aufging: Nicht zukunftssträchtige Wirtschaftspolitik sollte ihr die Zukunft sichern, sondern der Erfolg im Krieg gegen die Nachbarn. Die Niederlande, Italien, Schweiz, Spanien und weite Teile Deutschlands lieferten die Mittel, um dem nationalen Experiment in Frankreich auf die Sprünge zu helfen. Anschließend bediente sich Napoleon I. aus den Ressourcen seiner Unterworfenen und Bündnispartner. Nach dem Sturz des Empires waren weite Teile Süddeutschlands ausgeplünderte Landschaften. Die Kollateralschäden, lernten die bürgerlichen Eliten, die die Revolution hervorgebracht hatte, mochten andere tragen. Schon wenige Jahre später konnten sie sich wieder dem Slogan verschreiben: Bereichert Euch!

Das Dreißigfache der Steuereinnahmen

Überhaupt scheint sich die Vorstellung, dass unbedingtes Beharren am Unfertigen sinnvoller ist als behutsames Reformieren des Bestehenden, tief in die politische Kultur Frankreichs eingebrannt zu haben. Schon der spätmittelalterliche Einheitsstaat, der aus der Existenzkrise des Hundertjährigen Krieges gegen England entstand, war nur auf den ersten Blick so zentralistisch, wie er sich gab. Weite Teile wie etwa Burgund lebten weiterhin ihr Eigenleben.

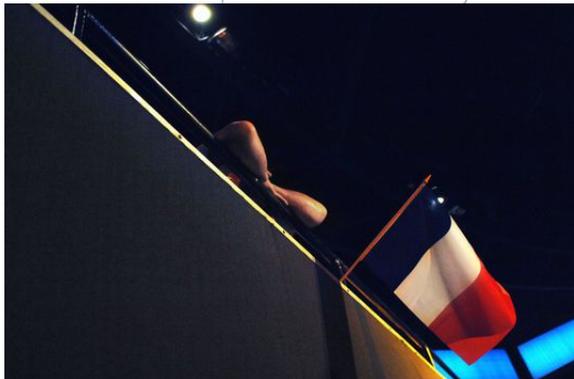
Auch der Absolutismus, den der Sonnenkönig Ludwig XIV. zum leuchtenden Vorbild für Europa hinstellte, war alles andere als absolut. Während sich die Aristokratie am Hof von Versailles unter königlicher Kontrolle in Dekadenz übte, übernahm ein Amtsadel auf dem Lande die Macht, ohne vom Herrscher kontrolliert zu werden. Am Ende von Ludwigs Regierungszeit betrug die Staatsschuld das Dreißigfache der Steuereinnahmen. Und das war erst der Anfang der Schuldenkrise.

Nicht einmal die gescheiterten [Versuche der Dritten Republik](#), ihre gesellschaftlichen Verwerfungen mit Hilfe der Notenpresse in den Griff zu bekommen, haben Frankreichs Eliten eines Besseren belehrt. Nicht den kostspieligen sozialpolitischen Experimenten der Volksfront, sondern dem Panzerdivisionen Hitlers konnte man den Zusammenbruch 1940 in die Schuhe schieben. Später boten sich für die Niederlagen gegen die Befreiungsbewegungen in den Kolonien die Amerikaner als Sündenböcke an, heute sind es Deutschland und die EU, die man als wahre Verursacher des wirtschaftlichen Niedergangs ins Feld führen kann.

Ausgerechnet am Beispiel der Französischen Revolution hat der Historiker Michel Vovelle ein Modell für den nachhaltigen Wandel von Mentalitäten entwickelt. Danach bedarf es tiefgreifender Brüche und Katastrophen, um neue Weichenstellungen in einer politischen Kultur zu verankern. So wurden die Nation und Bürgerrechte zu fundamentalen Werten Frankreichs und seiner Eliten. Die Bereitschaft zum Wandel, nicht einmal das konstruktive Nachdenken darüber, gehört aber nicht dazu.

## Ces intellectuels qui dédiabolisent le FN 103,110

LE MONDE DES LIVRES | 29.05.2014 à 09h50 • Mis à jour le 29.05.2014 à 11h59 | Par [Jean Birnbaum](#)



Les historiens retraceront un jour la résistible ascension du [Front national](#). Ils devront alors étudier les intellectuels qui ont œuvré à sa « dédiabolisation ».

Ils constateront que ces intellectuels partageaient peu ou prou une même trajectoire : formés à l'école du progressisme, ils avaient commencé par souligner les points aveugles de l'antifascisme ; de livres en tribunes, et à juste titre, ils avaient démontré que la gauche imposait l'« *obsession* » antifasciste pour terroriser ses adversaires et pour ne pas affronter ses propres démons ; petit à petit, cependant, c'est leur propre rejet qui était devenu obsessionnel ; à force de déconstruire l'antifascisme mais aussi l'antiracisme, ils avaient fini par en faire les principaux fléaux de notre société ; à force de présenter la « *bête immonde* » comme un monstre imaginaire, ils l'avaient imposée comme un animal de bonne compagnie.

### **Lire les informations [sur les manifestations anti-FN prévues le 29 mai dans l'après-midi](#)**

Ainsi les chercheurs du futur se pencheront-ils sur l'œuvre de Pierre-André Taguieff. Ils liront *Face au racisme* (1993), ou *Face au Front national* (1998), ouvrages visant à dessiller les yeux des militants antiracistes en leur montrant les angles morts de leur discours. Et ils essaieront de comprendre.

Comment ce républicain de tradition en est-il venu à accabler de ses sarcasmes les femmes et les hommes exprimant leur peur de l'intolérance et de la violence ? Comment cet homme à la mémoire longue s'est-il mis à prêcher l'oubli, au prétexte que le ressassement du passé « *encombre* » notre conscience ? Comment ce fin politologue a-t-il bientôt déployé des trésors de rhétorique pour convaincre que le Front national avait radicalement changé, et qu'il n'y avait plus de fascistes, en France, que dans la tête des antifascistes ?

Comment, donc, ce chercheur a-t-il peu à peu tourné le dos au réel, refoulant les valse de Vienne et la farandole des quenelles, les jours de colère et les nuits de haine ? Comment, enfin, à quelques jours d'un scrutin européen qui vit la victoire d'un parti dont certains fondateurs étaient des nostalgiques de Vichy, Pierre-André Taguieff a-t-il pu signer un livre intitulé *Du diable en politique. Réflexions sur l'antilepénisme ordinaire* (CNRS éd., 392 p., 22 €), qui lave le FN de sa mauvaise réputation en le décrivant comme un mouvement non seulement inoffensif mais ostracisé, victime de tous les acharnements ? A ces questions, les historiens du futur tenteront de répondre. Nous autres, contemporains, demeurons perplexes.

## Germany's European elections

# Germany gets a real Alternative 103,111

May 26th 2014, 10:53 by A.K. | BERLIN



THE largest country in the European Union did not make the largest news this time. No Eurosceptic "shock" or "earthquake" rippled through German politics as it shook [France](#), Britain and [other member states](#). It was more like a deep-mantle rumbling, one that may shift German politics more slowly.

First, the losers. Most obviously, these include Germany's once-grand liberal party, the Free Democrats (FDP). They continued their slide into irrelevance, getting a mere 3.4% of the vote, compared with 11% in 2009. They are no longer a factor in German politics for the time being.

Less obviously, the losers also include the nominal victors: the centre-right camp of Angela Merkel, the chancellor. It is composed of Mrs Merkel's party, the Christian Democrats (CDU), and its Bavarian sister party, the CSU. With 35.3% of votes, this "union" of the two remains Germany's largest delegation to Strasbourg. But it did worse than in 2009, when it got 37.9%. In domestic politics, this counts as a setback. Almost all of the loss, moreover, occurred in Bavaria, where the the CSU had dabbled in soft-Eurosceptic innuendo during the campaign.

The main winner is the closest thing Germany has to a Eurosceptic party, the one-year old Alternative for Germany, led by Bernd Lucke, an economics professor (pictured above). The Alternative claims to be only anti-euro, not anti-EU. Mr Lucke says he wants no part in a coalition with actual Eurosceptics in Strasbourg and will instead start talks with Britains Tories and other conservative parties. But even this milder form of anti-Brussels rhetoric marks a permanent change in Germany, where such talk has been taboo until now. The Alternative got 7%. It now has a good chance of entering state parliaments in Saxony, Brandenburg or Thuringia in their regional elections this summer. It could even enter the federal Bundestag in 2017. The mainstream parties can no longer simply ignore it.

The other winners were the Social Democrats (SPD), currently Mrs Merkel's coalition partners in Berlin but usually archrivals to the CDU and CSU. They reached 27.3%, a good gain from their 20.8% in 2009. Martin Schulz, a German Social Democrat who campaigned as the party's top candidate, still has not given up hope of becoming the next president of the European Commission. At the very least, he'll have to be bought off with some other big job.

In domestic politics, the SPD may now become a more cantankerous coalition partner within Mrs Merkel's government in Berlin, just as the CSU will become a less boisterous coalition partner for a while. All of them, meanwhile, will soon have to figure out how to respond to the increasingly eloquent, skillful and confident needling of the Alternative for Germany.

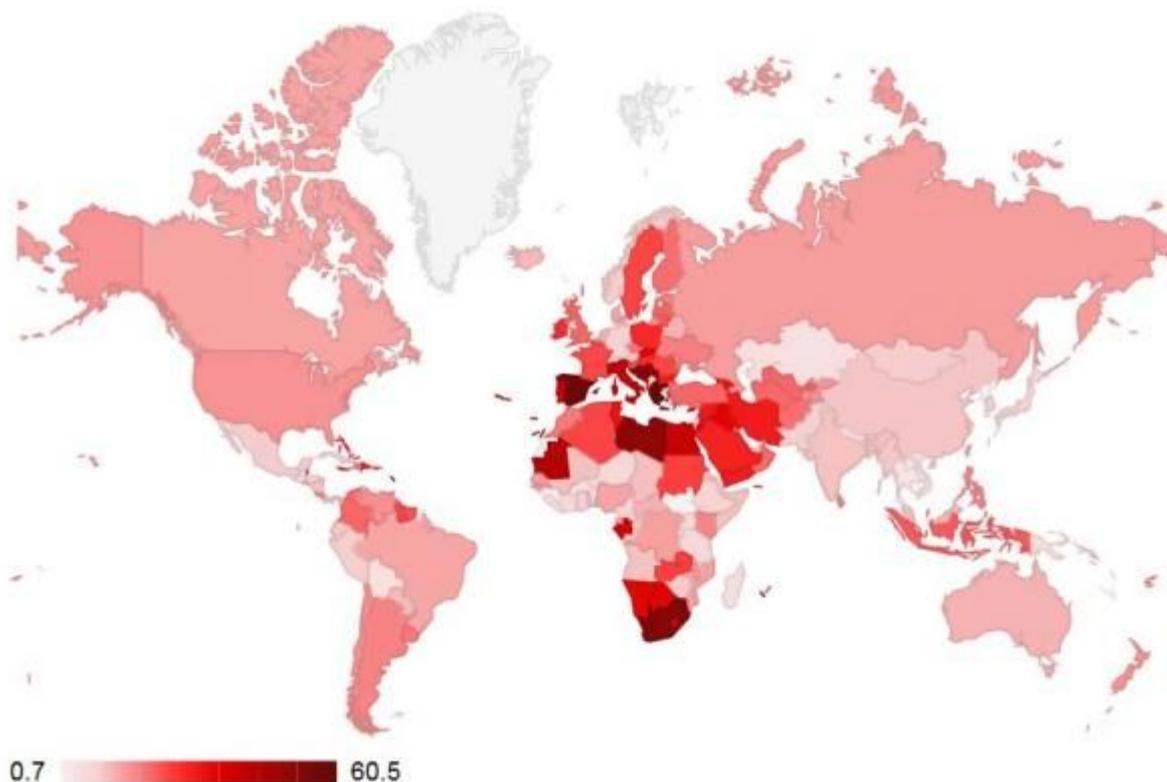
## Chart Of The Day: Global Youth Unemployment 103,112



Submitted by [Tyler Durden](#) on 05/28/2014 22:53 -0400

We have some bad news... for Africa: according to the latest data released by the International Labor Organization, your youth unemployment problem is almost as bad as that of Europe.

Youth unemployment rate, in % of youth labour force (2013)



Source: *ILO - Trends Econometric Models, April 2014.*

Maybe more to the point, just what is it about those bracing Mediterranean sea breezes (not to mention mandated Eurozone "political capital" and relentlessly liberating - of one's job - globalization) that makes the young people in the adjoining countries choose to do pretty much anything but work?

Source: [ILO](#)

# France Hikes Taxes, "Wildly Inaccurate Projections" Hilarity Ensues

## 103,113



Submitted by [Tyler Durden](#) on 05/28/2014 10:04 -0400

Having suffered a dismal confidence-sapping defeat in last weekend's elections, Francois Hollande's French government is at the center of another embarrassing faux pas this morning. Somewhat famously, Hollande has raised income tax, VAT and corporation tax since he was elected two years ago... and government forecast EUR30bn of extra tax income. As [The BBC reports](#), the actual amount gained... EUR16bn (leaving a EUR14bn black hole) and forcing The Court of Auditors to proclaim that "**forecasts of tax revenue in 2013 were so wildly inaccurate that they cast doubt on its forecasts for this year.**" Mon Dieu... they lied?

*As The BBC reports*, the **French government faces a 14bn-euro black hole in its public finances after overestimating tax income for the last financial year.**

*French President Francois Hollande has raised income tax, VAT and corporation tax since he was elected two years ago.*

*The Court of Auditors said receipts from **all three taxes amounted to an extra 16bn euros in 2013.***

*That was a little more than half the **government's forecast of 30bn euros of extra tax income.***

*The Court of Auditors, which oversees the government's accounts, said the Elysee Palace's forecasts of tax revenue in 2013 **were so wildly inaccurate that they cast doubt on its forecasts for this year.***

Of course, the French are not the only egregious liars projecting and forecasting any old crap to justify their bloated expenses... just look at what the IMF projects for Ukraine's V-shaped recovery...(more on that later)

## Séquestrer son patron : une méthode musclée mais efficace 103,114

Publié le 29/05/2014 à 17:37



Les détentions de patrons se multiplient, malgré les lourdes peines encourues par les salariés. Les risques sont en réalité moindres et les entreprises finissent souvent par céder.

Cinq cadres de l'usine Seita de Carquefou ont été [séquestrés pendant vingt-quatre heures par des salariés](#). En grève depuis le début de la semaine, ils souhaitent obtenir une indemnisation. Une méthode de négociation brutale de plus en plus utilisée lors de conflits sociaux.

Elle est pourtant risquée. [Selon l'article 224-1 du Code pénal](#), retenir son patron au sein de son usine est un acte assimilé à une séquestration qui peut être punie de 20 ans de prison. Si la personne séquestrée est libérée dans un délai inférieur à sept jours, la peine encourue est réduite à cinq ans d'emprisonnement et 75.000 euros d'amende. En revanche, si la séquestration concerne plusieurs personnes ou si elle est effectuée en bande organisée - ce qui est souvent le cas lors des séquestrations de patrons - les «geôliers» risquent la perpétuité et une amende dont le montant peut s'élever jusqu'à un million d'euros.

### Peu de peines prononcées

Pourtant, les salariés séquestrant leur patron ont en réalité [peu de raisons de s'inquiéter](#). Rares sont les plaintes déposées à la suite d'une détention. En 2009, Caterpillar avait été [la première entreprise à porter l'affaire en justice](#) après que quatre de ses cadres eurent été séquestrés pendant 24 heures par les salariés. En début d'année, c'est [Goodvear qui portait plainte pour la «détention et séquestration»](#) de deux de ses cadres pendant presque 30 heures à l'usine d'Amiens-Nord.

Mais là encore, peu de risques que ces procédures débouchent sur des peines de prison ferme, encore moins la perpétuité. En 2008, la plainte déposée à l'issue de la détention des cadres de l'usine Kléber de Toul a été classée sans suite. Et quand un jugement intervient, les magistrats tiennent compte du contexte social dans lequel ces séquestrations interviennent et du casier généralement vierge des accusés. En 2010, Olivier Besancenot et 12 autres postiers ont été [condamnés à 1500 euros d'amende](#) avant d'être finalement relaxés après la séquestration de plusieurs cadres de La Poste.

### Le risque de l'escalade

Les salariés n'hésitent donc pas à prendre le risque d'une procédure judiciaire. D'autant que la séquestration se révèle être un moyen de «négociation» efficace. En 2009, les Caterpillar isérois, alors menacés par un plan social, avaient [obtenu la revalorisation de leur plan de sauvegarde de l'emploi](#) à 50 millions d'euros, soit 80.000 euros par salarié. La même année, les salariés de l'usine Scapa de Bellegarde-sur-Valserine, en cours de fermeture, avaient récolté 1,7 millions d'euros d'indemnités supplémentaires - soit près du double de ce qui était prévu initialement -, après avoir notamment détenu quatre cadres dirigeants qui avaient alors accepté de reprendre les négociations.

Donner raison à ces salariés dans l'illégalité, n'est-ce pas les encourager à mener des actions musclées pour obtenir ce qu'ils veulent? Rien n'est moins sûr. Car si la méthode peut sembler violente, elle l'est pourtant moins que d'autres actions beaucoup plus radicales menées notamment au début des années 2000. En 2001, les

Moulinex de Cormelles-le-Royal, en Basse-Normandie, menacent de faire exploser leur usine. Deux ans plus tard, ce sont les employés de Metaleurop Nord qui déversent dans la Deûle du sodium pour protester contre leur licenciement. Plus récemment, en 2009, c'est l'usine JLG de Tonneins (Lot-et-Garonne) qui a été menacée d'explosion par ses salariés, qui avaient disposé des bouteilles de gaz tout autour. Tous ont finalement obtenu gain de cause.

Les entreprises préfèrent donc céder dès le début de la radicalisation des mouvements plutôt que de risquer l'escalade, préjudiciable évidemment pour le climat social interne mais aussi pour leur image auprès du grand public. Au risque de conforter les salariés dans l'idée que la force est la seule voie de négociation valable.

Frankreich in der Krise

## Kollektive Depression 103,116

Eine tiefe Identitätskrise hat in Frankreich den Erfolg des Front National Marine Le Pens beflügelt. Die Franzosen fühlen sich abgehängt. Die Schuld dafür geben sie der EU und Deutschland.

30.05.2014, von MICHAELA WIEGEL



© AP  Auf dem Weg in den Elysée-Palast: Marine Le Pen vor einem Treffen mit Frankreichs Präsident François Hollande (Mitte Mai)

Alles ist so gekommen, wie die französischen Wahlstrategen es vorhergesagt hatten. Geändert hat das nichts. Es ist Ausdruck der tiefen Identitätskrise in Frankreich, dass selbst die Kraft zur Empörung über den angekündigten Wahlerfolg der Partei Marine Le Pens geschwunden ist. Kein französischer Minister wagte es wie Schäuble, den Front National faschistisch zu nennen. In Frankreich ist die Zeit der Verteufelung und Angstmache vor der „braunen Gefahr“ vorbei. Präsident Hollande behandelt die Rechtspopulisten wie eine chronische Krankheit, die man eben nicht loswird. „Schmerzhaft“, seufzte er in einer Fernsehansprache, sei das Wahlergebnis, und beförderte so den Eindruck, dass er leider dagegen nichts ausrichten könne.

Diese Stimmung der kollektiven Depression ist es, die Marine Le Pen beflügelt. Längst trauen die Franzosen ihrem Staatsoberhaupt überhaupt nichts mehr zu, weder Lösungskompetenz in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise noch eine Führungsrolle in Europa. Sein drittes Amtsjahr hat gerade erst begonnen, aber schon wird von einem „verlorenen Mandat“ geredet. Hollandes Umfragewerte fallen unausgesetzt.

### Zwischen Resignation und Rebellion

Regierungschef Valls wirkt bereits nach knapp zwei Monaten im Amt verbraucht. Er hat die eigene Parlamentsfraktion nicht unter Kontrolle. Die sozialistischen Abgeordneten befürchten nach der zweiten Abstrafung in Folge nicht ganz zu Unrecht, dass sie mit Hollande keine Wahlen gewinnen können. Noch schwanken sie zwischen Resignation und Rebellion.

Aber auch die Mechanik der Fünften Republik, die geordnete Machtwechsel von links nach rechts und umgekehrt garantierte, funktioniert nicht mehr. Das sind Voraussetzungen für eine politische Krise, die in die Geschichtsbücher eingehen könnte, warnen Zeithistoriker. Zum ersten Mal profitierte die UMP an den Urnen nicht vom Verdruss über die Sozialisten.

Ende März hatten die Wähler sich noch an die eherne Regel gehalten und massenweise UMP-Bürgermeister in die Rathäuser entsendet. Dem Front National wurde nur in Ausnahmefällen und bei Totalversagen der traditionellen Parteien die Aufgabe anvertraut, für Kinderkrippen, Bibliotheken und Müllabfuhr zu sorgen. Der Zorn auf das erstarrte politische Establishment aber blieb und entlud sich in einer Kombination aus Nichtwählen und Protestwählen bei den Europawahlen. Am härtesten traf dies die UMP. Sie entledigte sich ihres Vorsitzenden und steht nun vor einer Grunderneuerung mit ungewissem Ausgang.

## Entfremdung von der EU

Das Wahlergebnis lässt sich dabei auch auf das zerrissene Verhältnis des Landes zur EU zurückführen. Seit dem 1992 mit hauchdünner Mehrheit errungenen „oui“ im Referendum zum Maastrichter Vertrag hat sich die Liebe der Franzosen zu Europa verflüchtigt. 2005 sagten sie mehrheitlich nein zum europäischen Verfassungsvertrag. Die europäische Staatsschuldenkrise und deren Folgen trugen nicht dazu bei, das Misstrauen der meisten Franzosen abzubauen.

Die Entfremdung von der EU hat sehr viel mit der Wahrnehmung Deutschlands zu tun. Mit Europa verbanden die Franzosen anders als die Deutschen nie das Versprechen einer politischen Rehabilitierung. Das Fundament der Dankbarkeit fehlt. Frankreich hatte Charles de Gaulle, es musste und wollte nicht dankbar sein, es zählte zu den Siegermächten. Es versuchte vielmehr, seinen politischen Führungsanspruch mittels Europa zu zementieren. Der Spruch, die EU sei der verlängerte Arm Frankreichs, stand für die Verheißung, dem Land werde es dieses Mal dauerhaft gelingen, Deutschlands Macht einzuhegen.

Dies aber ist aus Sicht einer Mehrheit gescheitert. Deutschland wird als großer Gewinner des Euro und der europäischen Souveränitätstransfers wahrgenommen, als Führungsmacht, deren Wünschen und Vorstellungen sich die Franzosen unterzuordnen haben. Das Land fühlt sich wirtschaftlich, aber auch politisch-kulturell abgehängt. Marine Le Pen schwang sich mit größtenteils aberwitzigen Argumenten zur Wortführerin derjenigen auf, die sich dagegen auflehnen. Einer sachlichen Debatte über die ökonomischen Folgen eines Euro-Ausstiegs und einer Abschottung Frankreichs durch Zoll- und andere Handelsschranken muss sie sich nicht stellen. Sie punktete mit germanophoben Tönen und mit ihrem Willen, gegen das vermeintliche Diktat der Bundeskanzlerin in der EU aufzubegehren.

So etwas kommt bei Arbeitern, Angestellten, Handwerkern, Kleinhändlern und Arbeitslosen mit geringem Bildungsniveau gut an, die das Gros der FN-Stammwählerschaft ausmachen. Das sind keine Deutschenhasser oder gar Faschisten. Die meisten von ihnen treibt die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg in die Arme des FN. Es gefällt ihnen, eine einfache, bequeme Erklärung für Frankreichs wirtschaftlichen Niedergang zu haben: Die EU und Deutschland sind daran schuld. Zur französischen Identitätskrise tragen nicht nur Angst vor Globalisierung, Wettbewerbsdruck, Sozialabbau und Überfremdung bei. Mindestens ebenso destabilisierend wirkt sich auf das französische Selbstverständnis die Einsicht aus, dass es sich nicht mehr auf Augenhöhe mit Deutschland messen kann.

## Un conseiller de François Hollande retenu par la Confédération paysanne 103,118

Publié le 30/05/2014 à 12:42

+ VIDEO



L'organisation a décidé de retenir pour une «garde à vue symbolique» le conseiller agriculture du président, à la préfecture de Rodez, en marge de l'inauguration du musée Pierre Soulages par François Hollande.

Visite sous haute tension pour François Hollande. L'inauguration du musée Pierre Soulages à Rodez ce vendredi matin a été le théâtre d'actions des intermittents du spectacle, mais aussi d'une délégation de la Confédération paysanne. Cette dernière affirme retenir dans une «garde à vue symbolique» le conseiller agriculture du président de la République.

La manifestation des intermittents en colère, place d'Armes, était déclarée et devait se dérouler dans le calme. Trois compagnies de CRS avaient d'ailleurs été postées en ville pour éviter tout dérapage. Mais vers 10h30, des affrontements ont éclaté entre les forces de l'ordre et les manifestants, mélangeant intermittents, précaires, agriculteurs et métallurgistes. [D'après Centre Presse](#), qui suit la situation en direct, au moins trois personnes ont été blessées et des lacrymogènes ont été tirés par les policiers.

«Garde à vue symbolique»

Au même moment, la Confédération Paysanne, invitée à la préfecture pour s'entretenir avec le conseiller agriculture de François Hollande, a décidé de retenir ce dernier. L'organisation évoque sur son compte Twitter une «garde à vue symbolique» du conseiller «accusé d'industrialiser l'agriculture». La Confédération a mis en ligne une photo de cet interrogatoire pour prouver ses dires. D'après Le Monde, le conseiller assure que «tout va bien». Selon l'Elysée, contacté par BFM, les termes «séquestration» et «garde à vue» sont excessifs.

Les militants réclament la libération de cinq de leurs camarades, interpellés mercredi et [entendus par la justice ce vendredi matin](#). Ces derniers auraient participé à [la dégration du chantier dans la ferme dite des «Mille vaches»](#), dans la Somme. [Les militants s'opposent à la construction de cet élevage industriel](#) géant qui devraient, selon eux, accueillir à terme 1750 bovins. Ils s'inquiètent également de l'installation d'un méthaniseur géant, censé transformer la bouse des vaches en énergie, mais qui pourrait être dangereux pour la santé des riverains.

«Tant que nos camarades ne seront pas libérés, nous resterons ici. On discute en attendant que la situation se débloque», a expliqué un membre de la Confédération paysanne lors d'un point presse.

## À Rodez, un conseiller de François Hollande retenu plusieurs heures 103,119



VIDÉO - La Confédération paysanne a relâché le conseiller agriculture du président de la République après la libération de cinq de leurs militants, placés en garde à vue depuis 48 heures pour le sabotage d'une ferme industrielle.

Visite sous haute tension pour François Hollande. L'inauguration du musée Pierre Soulages à Rodez ce vendredi matin a été le théâtre d'actions des intermittents du spectacle, mais aussi d'une délégation de la Confédération paysanne. Cette dernière a retenu durant trois heures dans une «garde à vue symbolique» le conseiller agriculture du président de la République.

La manifestation des intermittents en colère, place d'Armes, était déclarée et devait se dérouler dans le calme. Trois compagnies de CRS avaient d'ailleurs été postées en ville pour éviter tout dérapage. Mais vers 10h30, des affrontements ont éclaté entre les forces de l'ordre et les manifestants, mélangeant intermittents, précaires, agriculteurs et métallurgistes. [D'après Centre Presse](#), qui suit la situation en direct, au moins trois personnes ont été blessées et des lacrymogènes ont été tirés par les policiers.

### «Garde à vue symbolique»

Au même moment, la Confédération Paysanne, invitée à la préfecture pour s'entretenir avec Philippe Vinçon, conseiller agriculture de François Hollande, a décidé de retenir ce dernier ainsi qu'un fonctionnaire de la direction départementale des territoires. L'organisation évoque sur son compte Twitter une «garde à vue symbolique» du conseiller «accusé d'industrialiser l'agriculture». La Confédération a mis en ligne une photo de cet interrogatoire pour prouver ses dires. D'après [Le Monde](#), le conseiller assure que «tout va bien». Selon l'Elysée, contacté par BFM, les termes «séquestration» et «garde à vue» sont excessifs.

Les militants réclamaient la libération de cinq de leurs camarades, interpellés mercredi et [entendus par la justice ce vendredi matin](#). Ces derniers auraient participé à [la dégradation du chantier dans la ferme dite des «Mille vaches»](#), dans la Somme. [Les militants s'opposent à la construction de cet élevage industriel](#) géant qui devraient, selon eux, accueillir à terme 1750 bovins. Ils s'inquiètent également de l'installation d'un méthaniseur géant, censé transformer la bouse des vaches en énergie, mais qui pourrait être dangereux pour la santé des riverains.

«Tant que nos camarades ne seront pas libérés, nous resterons ici. On discute en attendant que la situation se débloque», a expliqué un membre de la Confédération paysanne lors d'un point presse. «C'est très calme pour l'instant: il n'y a pas eu d'altercation physique mais nous lui avons dit qu'il ne pouvait pas sortir». «Ils sont dans une pièce fermée à clé de l'intérieur», poursuit-il. «Ils discutent de la politique agricole de M. Hollande et de son gouvernement avec laquelle nous avons beaucoup de différends».

Peu avant 14 heures, le conseiller de François Hollande a été relâché. Les revendications de la Confédération semblent avoir été entendues: au même moment, les militants placés en garde à vue sortaient peu à peu du tribunal d'Amiens. Selon le conseiller régional du Nord-Pas de Calais Dominique Plancke, l'une des militantes a été mis en examen et placée sous contrôle judiciaire. Son audience est fixée au 1er juillet.

Gaspard Koenig a vérifié le programme économique du Front national, "savant mélange de fadeur énarchique et d'envolées maurrassiennes". 103,120



Notre chroniqueur a disséqué le programme économique du Front national. © VALERY HACHE / AFP

Par GASPARD KOENIG

On a appris récemment que Bernard Monot, penseur économique du FN et tête de liste aux européennes dans le Centre, se définissait comme "libertarien économiquement". Même si mes lectures de Robert Nozick ou de Murray Rothbard, les pères fondateurs du mouvement libertarien américain qui rejettent (à peu près) toute intervention de l'État dans l'économie, me semblent peu compatibles avec l'idéologie d'un parti qui ne cesse de dénoncer "l'ultralibéralisme", je ne demande qu'à être surpris. Je suis donc allé vérifier, sur le site du [Front national](#), l'évolution du projet, un document assez technique de 106 pages, savant mélange de fadeur énarchique et d'envolées maurrassiennes. Je me suis contenté d'en extraire les passages liés à l'économie, dont chacun pourra apprécier la teneur "libertarienne".

Premier principe libertarien FN : la planification. Le FN entend en effet mettre en place une "planification stratégique de la réindustrialisation" directement rattachée au Premier ministre. On est rassuré d'apprendre qu'un politique élu décidera de tout pour tout le monde. Cela évitera de laisser les acteurs économiques livrés à eux-mêmes et susceptibles de prendre des myriades d'initiatives incohérentes. Les Charbonnages de France ont leur heure de gloire devant eux.

L'archaïque statut de la fonction publique sera préservé

Deuxième principe libertarien FN, lié au premier : la nationalisation. Elle permettra à l'État de contrôler directement les grands secteurs économiques. Pour les banques, pas de quartier : "Les banques de dépôt feront l'objet d'une nationalisation partielle aussi longtemps que nécessaire." Les services publics seront aussi repris intégralement en charge : l'État "reprendra progressivement la compétence du transport", l'eau sera "re-municipalisée", et tous les processus de libéralisation seront interrompus ([France Télécom](#) y gagnera-t-elle un monopole sur la téléphonie mobile ?) Les participations publiques seront "sanctuarisées" pour empêcher toute privatisation (Montebourg sera content). Et les profits des grandes entreprises (s'il en reste) passeront directement dans la main de l'État, puisque "les 50 plus fortes capitalisations boursières, fleurons des entreprises françaises, devront affecter 15 % de leur résultat net en réserve spéciale de réindustrialisation". Les particuliers pourront eux aussi participer à l'effort national : leur épargne sera allouée à la dette publique "par des mesures fiscales et réglementaires"...

Troisième principe libertarien FN : la fonction publique. Plus question de couper dans les effectifs, qui seront "stabilisés", ni dans les traitements (dont le gel est "choquant" : ils ne dépassent pas assez les salaires du secteur privé). Rassurez-vous, l'archaïque statut de la fonction publique sera préservé, ainsi que l'Ena, qui devra toutefois s'assurer de recruter des "patriotes" (c'est-à-dire des sympathisants FN). Enfin, les fonctionnaires trop

indépendants, comme les infâmes professeurs d'université par exemple, seront réintégrés dans les structures de l'État central, qui récupérera la gestion de leur masse salariale.

Revoilà les droits de douane !

Quatrième principe libertarien FN : les prix réglementés. Fini, "le dogme de la concurrence libre et non faussée". L'État fixera directement les prix des transports, de l'électricité et du gaz, comme en Biélorussie. S'agissant de l'agriculture, il constituera des "stocks d'intervention" qui permettront de réguler les prix (on attend avec impatience les silos d'État, avec affectation obligatoire des récoltes).

Cinquième principe libertarien FN : l'autarcie. Vous aviez oublié, entreprises insouciantes du bien public, les droits de douane ? Les revoilà ! Mais, heureusement, vous ne devriez pas trop en souffrir, puisque vos forces de production seront "relocalisées" par l'État sur le territoire national et que les consommateurs devront "acheter français" grâce à une loi spéciale. Il va sans dire que le contrôle des capitaux sera parallèlement rétabli. La France pourra ainsi vivre heureuse dans ses frontières, laissant ses voisins naïfs endurer les peines de la mondialisation.

Le comble du comble du délire étatiste et autoritaire français

Résumons : planification, nationalisation, fonction publique, prix réglementés, autarcie. À cela s'ajoute la préservation de tous les acquis socialistes hérités des années 80 (l'ISF est maintenu - fusionné avec la taxe foncière - et l'âge légal de départ à la retraite ramené à 60 ans), 90 ("relance par le pouvoir d'achat"), 2000 (les 35 heures sont également conservées) et 2010 (alignement de la fiscalité du capital sur celle du travail). Malgré toute ma bonne volonté, il m'est difficile de voir dans ce programme la réalisation de l'idéal de l'économie de marché et des libertés individuelles. J'épargne au lecteur des saillies plus anecdotiques mais non moins brillantes, telles qu'une "alliance stratégique poussée" avec la Russie contrebalançant notre sortie de l'Otan ou l'audacieuse reprise en main de l'Académie française, sacrée par l'État FN "autorité de référence de la langue, aidée des commissions de terminologie".

On l'aura compris, le programme économique du FN est le comble du comble du délire étatiste et autoritaire français (qui s'illustra à gauche comme à droite au cours de notre histoire). Il me rappelle cet inoubliable discours du 11 octobre 1940, où le maréchal Pétain, écoeuré par "la faillite universelle de l'économie libérale", expliquait aux Français que l'économie devait être "organisée et contrôlée", et "subordonnée à l'intérêt national". À ceux qui dénoncent à cor et à cri les "fachos", rappelons que l'essence du fascisme, c'est d'abord l'étatisme.

